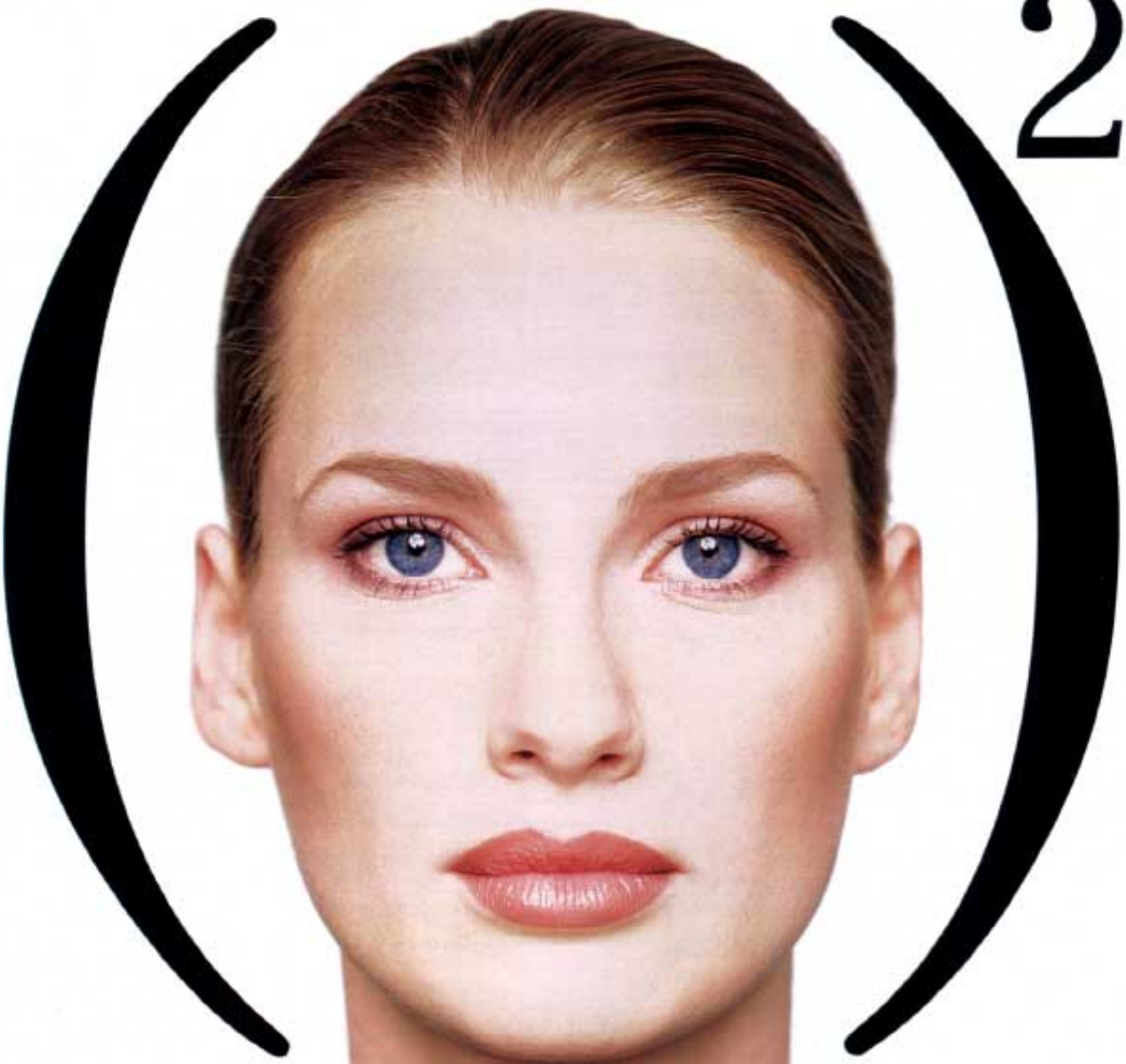
DER SPIEGEL

Nr. 25/21.6.99 · 5,00 DM



Sind Frauen klüger?

Die Töchter der Emanzipation auf dem Sprung nach vorn

EICHELS 30-MILLIARDEN-LISTE

Wo wieviel gestrichen wird

Werbeseite

Werbeseite

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung

21. Juni 1999 **Betr.: Kosovo, Jelzin**

Wochenlang war eine Berichterstattung aus dem Kosovo nicht möglich. Jetzt können Journalisten dort wieder arbeiten, und allmählich wird das Grauen sichtbar, das die kleine Bergregion auf dem Balkan überzogen hat. Alle sieben Reporter und Redakteure, die für den SPIEGEL im Krisengebiet unterwegs waren, können Horrorgeschichten erzählen: In der Luft liegt Verwesungsgeruch, heimkehrende Vertriebene finden ihre Angehörigen tot in Häuserruinen oder am Straßenrand verscharrt. Carolin Emcke, 31, folgte Hinweisen von Flüchtlingen und fand eines der vielen Massengräber, die nun allerorts im Kosovo entdeckt werden.

M. MATZEL / DAS FOTOARCHIV
Emcke

DER SPIEGEL
Ulrich

Die SPIEGEL-Kollegen Uwe Buse, 36, Susanne Koelbl, 33, Thilo Thielke, 31, und Andreas Ulrich, 36, beobachteten die Rückkehr der Bevölkerung aus den Wäldern und erste Versuche von Hilfsorganisationen, das humanitäre Chaos zu bewältigen. Koelbl erlebte in Prizren, wie die Menschen den Einzug der Bundeswehr feierten. Einige Bewohner erfuhren erst Tage danach, daß der Krieg vorbei ist: Thielke traf eine alte Frau, die aus Angst seit drei Monaten ihr Haus nicht verlassen hatte und dem Frieden nicht trauen mochte. Gefährlich ist es tatsächlich immer noch: Überall liegen versteckte Minen, und auch die Furcht vor Heckenschützen ist begründet. SPIEGEL-Mann Ulrich war vergangenen Montag im Nato-Konvoi von Mazedonien ins Kosovo mitgefahren. Unterwegs sah er einen Toten am Straßenrand liegen und fotografierte ihn. Wie sich später herausstellte, war es der „Stern"-Kollege Volker Krämer.
SPIEGEL-Reporter Carlos Widmann, 61, war in der Provinzhauptstadt Priština. Er beschreibt den mühsamen Umgang britischer Militärs mit ihren russischen Kollegen. Die albanische Befreiungsarmee UÇK verdächtigt die Russen der Kumpanei mit Serbien. „So leicht werden die sich nicht entwaffnen lassen", sagt Roland Schleicher, 41, der mit den Kämpfern in Albanien gesprochen hat (Seite 156).

Noch nie hatte ein ausländischer Journalist Zutritt zum Arbeitszimmer von Rußlands Präsident Boris Jelzin. Vergangenen Dienstag machte er eine Ausnahme für einen alten Bekannten und empfing SPIEGEL-Korrespondent Jörg R. Mettke, 56, zum Gespräch im Kreml. „Schön, daß Sie mich nicht vergessen", frotzelte Jelzin, als er Mettke die Hand gab. Betrübt zeigte sich der Präsident über den bisherigen Verlauf der Konfliktbewältigung im Kosovo: „Es ist dort nicht fair und nicht ehrlich zugegangen, nicht so, wie es sich Russen und wohl auch Deutsche gewünscht hätten." Offensichtlich gute Laune bereitet ihm aber immer noch die spektakuläre Besetzung des Flughafens von Priština durch russische Soldaten: „Das Aeroportchen haben wir jedenfalls unter unsere Kontrolle gebracht." Im Interview mit Mettke war Jelzin dann wieder ganz formaler Staatsmann (Seite 176).

P. KASSIN
Mettke, Jelzin

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

In diesem Heft

Titel

Das neue Selbstbewußtsein der Mädchen 76
Der kleine Unterschied im Hirn 80
Wie junge Frauen fit für die Karriere gemacht werden 87

Deutschland

Panorama: Christa Thoben als Kandidatin für Brüssel / Beutekunst kehrt zurück 17
Regierung: Reformen im Zickzack-Kurs 22
Haushalt: Eichels Streichliste 26
Renten: Riesters Verwirrspiel 28
Interview mit dem Rentenexperten Bert Rürup über die Bonner Reformpläne 30
Außenpolitik: SPIEGEL-Gespräch mit Joschka Fischer über die Folgen des Kosovo-Krieges 34
Europa: Interview mit dem US-Politologen Andrei Markovits über europäisch-amerikanische Rivalitäten 38
Zeitgeschichte: Rudolf Augstein über das neue Buch des Oxford-Professors Niall Ferguson zum Ersten Weltkrieg 46
Strafjustiz: Gisela Friedrichsen über den Auftritt des französischen Gendarmen Daniel Nivel im Hooligan-Prozeß 52
Millionäre: Wie ein reicher Wessi in Halle Politik macht 56
Justiz: Die drakonischen Urteile des Hamburger Amtsrichters Ronald Schill 60
Gewalt: Hausverbot für prügelnde Männer 68
Kirche: Papst düpiert deutsche Bischöfe 75

Wirtschaft

Trends: Coca-Colas PR-GAU / Ärger um Aral / Verfahren gegen Commerzbank-Aufsichtsratschef 93
Geld: Rallye der Bauaktien / Chancen mit Nebenwerten 95
Deutsche Bank: Die Investmentbanker übernehmen die Macht 96
Interview mit Deutsche-Bank-Chef Rolf Breuer über die Ermittlungen der Steuerfahnder 98
Atomkraft: Geheimer Konsens für den Ausstieg 99
Touristik: Krach beim Reiseriesen C&N 101
Unternehmen: Reemtsma-Manager auf Abwegen 102

Medien

Trends: Krach der Magazine / Wim Wenders auf Börsenkurs 105
Fernsehen: Die TV-Präsenz der Kanzlerkandidaten 106
Vorschau 107
Journalisten: Das tödliche Risiko der Kriegsreporter 108
Zeitgeschichte: Walter Kempowski über deutsche Soldaten im Fernsehen 114

Spiegel des 20. Jahrhunderts

Das Jahrhundert des Kapitalismus
Harald Schumann über die Auswirkungen der Globalisierung 121
Standpunkt: Herbert A. Henzler über Europas Chancen in der Weltwirtschaft 140

Durchmarsch ins Chaos

Seiten 22 bis 31

M. URBAN

Schröder, Eichel

Gerhard Schröders neue Chance als Chaos: Die Rentenreform war gut gemeint, doch Geheimaktionen und Kommunikationsstörungen der rot-grünen Koalition haben binnen einer Woche aus dem Durchmarsch des Kanzlers wieder ein Durcheinander werden lassen. Der Kanzler hat den Kontakt zur Basis verloren, das Kanzleramt des Bodo Hombach ist als Steuerzentrale überfordert. Neue Ökosteuer-Pläne und die bisher geheime Sparliste des Finanzministers Hans Eichel werden diese Woche für weiteren Krach in der Koalition sorgen.

USA: Freund oder Rivale?

Seiten 34, 38

M. DARCHINGER

Fischer

ARIS

Markovits

Hat der Kosovo-Krieg das Verhältnis zwischen Europa und den Vereinigten Staaten verändert? Außenminister Joschka Fischer und der amerikanische Politologe Andrei Markovits kommen zu unterschiedlichen Einschätzungen. „Das politische und auch persönliche Verhältnis“ sei „sehr eng“, sagt Fischer im SPIEGEL-Gespräch. Das „Coming-out der Europäer“, so Markovits dagegen im Interview, bringe Rivalitäten mit den USA.

Die Deutsche Bank wird amerikanisch

Seite 96

Die Deutsche Bank steht vor dem größten Umbau ihrer Geschichte: Mit einem Kraftakt ohnegleichen soll das Investmentbanking als neues Kerngeschäft aufgebaut werden. Das Traditionsinstitut will aggressiver werden – und amerikanischer.

Kluft zwischen Arm und Reich

Seite 121

Spiegel des 20. Jahrhunderts

Der Prozeß der Globalisierung ist so alt wie der Kapitalismus. Doch die grenzensprengende Kraft der weltweiten wirtschaftlichen Verschmelzung vergrößert die Spaltung zwischen Arm und Reich und erzeugt politische Instabilität. Schon einmal, in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, kehrte sich der Globalisierungstrend mit Krieg und Protektionismus ins Gegenteil um. Droht nun ein weiterer Rückschlag?

VISUM

Containerumschlag im Hamburger Hafen

K. MÜLLER

Bundeswehrtruppen in Prizren

P. BLAKELY / SABA

Gräber ermordeter Albaner

Kosovo-Greuel

Seite 156

Endlose Trecks heimkehrender Flüchtlinge verstopfen das Aufmarschgebiet der Friedenstruppe, in die nun auch Rußland eingebunden ist. Bundeswehrsoldaten zügeln siegesbewußte UÇK-Rebellen: Aufgebracht über immer neue Funde von Massengräbern suchen sie Rache. Die bedrohten Kosovo-Serben verlassen Hals über Kopf das Land. In Belgrad unterband die Polizei eine Protestaktion serbischer Flüchtlinge gegen Präsident Milošević.

Mit Starkstrom ins Ziel

Seite 186

J. WILTSIE

Elektro-Rennwagen

Sie fahren Elektroautos aus Überzeugung, doch mit den üblichen lahmen Ökomobilen haben sie nichts am Hut: Bis zu 200 Stundenkilometer schnell jagen amerikanische Tüftler mit batteriebetriebenen Vehikeln über Drag-Rennkurse. Im Wettkampf mit knatternden PS-Protzen um die Bestzeit auf der Viertelmeile wollen sie das umweltfreundliche Fahren vom freudlosen Alternativ-Image befreien.

Kaufrausch auf dem Kunstbasar

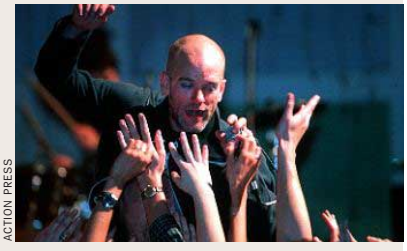
Seite 214

Das Publikum war illuster und die Ware millionenschwer. Auf der 30. Basler Kunstmesse „Art“ wurde sechs Tage lang großzügig nach Picassos, Mirós und Warhols gegriffen – der Kunstmarkt hat seine Krise endlich überstanden.

Superstars der Popwelt

Seite 224

In den Achtzigern galt die US-Band R.E.M. als avantgardistische Gitarrenrock-Truppe und wurde von einer kleinen Anhängerschaft verehrt, seit Beginn der Neunziger zählen R.E.M.-Sänger Michael Stipe und seine Mitstreiter zu den Superstars der Popwelt. Im SPIEGEL-Gespräch redet Stipe über den Rekordwahn der Musikindustrie, seine zeitweilige Lust, dem Massenpublikum „in den Arsch zu treten“, und eigene Fehler: „Einer unserer Songs ist echter Schrott.“



ACTION PRESS

R.E.M.-Sänger Stipe

Sport

Radrennen: Die variantenreichen Manöver des Team Telekom nach den Doping-Veröffentlichungen im SPIEGEL 144
Tennis: Nach Wimbledon will Boris Becker im DTB aufräumen 149

Ausland

Panorama: Mängel an der „Estonia“ / Neue Vorwürfe im Dioxin-Skandal 153
Balkan: Der Widerstand gegen den Despoten wächst 156
Kosovo: Behutsame Friedensstifter..... 158
Die Leichensuche der Rückkehrer..... 162
Täglich werden neue Massengräber entdeckt... 164
Bundeswehr: Die Deutschen zwischen Flüchtlingen und UÇK-Rebellen 166
Kriegskosten: Europas Hinterhof vor dem Bankrott 170
Humanitäre Hilfe: Die schnelle Truppe des Rupert Neudeck 172
Israels Herz für den Balkan 174
Rußland: SPIEGEL-Gespräch mit Präsident Boris Jelzin über den Balkan-Krieg und die anstehenden Wahlen... 176

Wissenschaft + Technik

Prisma: Falsche Verschreibungen bei Herzschwäche / 3500 Jahre alte Gummirezeptur rekonstruiert 183
Prisma Computer: Linux auch im Hosentaschencomputer / Neues „Star Wars“-Spiel von Nintendo 184
Automobile: Rennen mit Elektroautos in den USA 186
Medizin: Ross-Kur am Herzen erfolgreich 192
Psychiatrie: Therapeuten behandeln Stasi-Opfer 196
Tiere: Wildesel-Bestände sind bedroht..... 206
Verkehr: Motorräder mit Tempo 300 208

Kultur

Szene: Berliner Intendantenstreit / Christoph Vitali über das Urteil zum Weimarer Kunstskandal..... 211
Kunstmarkt: Moderne-Boom auf der Basler Messe „Art“ 214
Autoren: Biljana Srbljanovićs „Brief“ an die Serben und andere Völker 218
Film: „Little Voice“ – Das Porträt einer Sängerin 222
Pop: SPIEGEL-Gespräch mit R.E.M.-Sänger Michael Stipe über den Rekordwahn der Musikindustrie 224
Psychothriller: Horror-Romancier Stephen King über den neuen Hannibal-Lecter-Roman von Thomas Harris..... 228
Bestseller..... 230
Dirigenten: Wird Simon Rattle der neue Chef der Berliner Philharmoniker?..... 234

Briefe 8
Impressum..... 14, 240
Leserservice 240
Chronik 241
Register..... 242
Personalien 244
Hohlspiegel/Rückspiegel 246

SPIEGEL-Titel 23/1999

„Alle Welt redet jetzt vom Frieden im Kosovo, dabei wäre schon ein militärischer Waffenstillstand während der nächsten Jahre ein Traumergebnis.“

Dr. Wolfgang Erbe aus Osnabrück zum Titel „Kosovo: Frieden? – Der Preis, das Risiko, die Folgen“

Mit einem dicken Fragezeichen

Nr. 23/1999, Titel: Kosovo: Frieden? – Der Preis, das Risiko, die Folgen

Ich hatte die leise Hoffnung, daß Europa erkennt, daß es in den Frieden investieren muß. Das heißt, auf Konfliktprävention zu setzen anstatt auf Eskalation. Diese Hoffnung hat sich zerschlagen, seit klar ist, daß Europa die WEU – ausgerechnet unter der Federführung des jetzigen Nato-Generalsekretärs Solana – stärken will. Das bedeutet Aufrüstung, für die wir alle zahlen müssen, genauso wie wir diesen Krieg bezahlen werden – wir Bürger und Bürgerinnen in Europa, an denen die Ereignisse nicht spurlos vorbeigehen. So wird es keinen dauerhaften Frieden in Europa geben.

Stadtbergen (Bayern) J. C. Rothenberger

Es war sehr vernünftig, Ihren Titel „Frieden“ mit einem dicken Fragezeichen zu versehen. Die Abwesenheit von Krieg im Kosovo bedeutet nicht notwendigerweise die Anwesenheit von Frieden. Die eigentliche Aufgabe, Frieden im Kosovo und Stabilität auf dem Balkan zu schaffen, liegt noch vor der internationalen Gemeinschaft. Und die wird nicht erleichtert durch einen Präsidenten Milošević, der wohl mit allen Mitteln versuchen wird, sich an der Macht zu halten.

Grebenstein (Hessen) Rainer Degethoff

Warum wurde in dem G-7/G-8-Plan durch die Bundesregierung nicht das Element einer friedensstiftenden Politik verankert? Wo bleiben die finanziellen Mittel für den Aufbau einer zivilen Friedensarbeit, die in Jugoslawien, in den Teilrepubliken und angrenzenden Ländern für den Abbau von Feindbildern und für gegenseitiges Vertrauen wirken kann? Wie sollen die Menschen auf dem Balkan nach diesem Krieg mit seinen Bombardierungen, Tod von Familienangehörigen, Vertreibungen, Vergewaltigungen, Zerstörungen leben, ohne daß ihnen geholfen wird, den gegenseitigen Haß zu überwinden, damit ein neues Miteinander-Leben möglich wird? Oder will man gar keine Antworten geben, weil im Denken derjenigen, die nach geführtem Krieg jetzt den „Frieden“ organisieren, kein Platz ist für eine andere, zivile Art von Friedensarbeit? Glaubt man wirklich, demokratisches Handeln unter ständiger militärischer Präsenz realisieren zu können? Das könnte sich rächen.

Oberstenfeld (Bad.-Württ.) Edith Bensing-Horn

AP

Unterhändler Ahtisaari, Staatspräsident Milošević
Machterhalt mit allen Mitteln

Die einfachste Lösung für die Bezahlung der im Kosovo entstandenen Schäden wäre, die Verteidigungshaushalte der beteiligten Nato-Länder für diesen Zweck umzuwidmen. Dies hätte den nicht zu unterschätzenden Vorteil, daß sich so erneute kostspielige Abenteuer verhindern ließen.

Ronnenberg (Nieders.) Prof. Klaus Jährig

Unsinnige Unterscheidung

Nr. 23/1999, Zeitgeschichte: Interview mit dem Historiker Rolf-Dieter Müller über die Schwächen der Wehrmachtsausstellung

Da wird an Details gemäkelt, wenn die Richtung nicht paßt. Dies oder jenes Foto sei ungenau zugeordnet und dergleichen. Worauf baut Müller denn seine Kenntnisse? Er hat nicht den Pestatem des Nazismus erlebt, noch das zeitgenössische Geschwafel, das er jetzt aus trüben Quellen zusammenklauben muß, nicht einmal das hastige Unter-den-Teppich-Kehren im Kalten Krieg. Die Unwissenheit kann ihm keiner vorwerfen, Arroganz schon, etwa im Schlußsatz, wenn er tönt: „Die Ausstellung suggeriert ein Gesamtbild über die Wehrmacht, das undifferenziert und schief ist. Es wird Jahre an Arbeit kosten, dies wieder zurechtzurücken.“ Amen. Es wird sich gar nichts klären. Der Makel aller Diktaturen ist, daß sich aus Goebbels-Lügen, OKW-Sprüchen und Wehrmachtsberichten eben keine „Wahrheiten“ destillieren lassen.

München Claus Hansmann

Endlich, endlich – eine fundierte Kritik durch einen Historiker des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes. Es war schon so, daß sich jeder Kritiker der Wehrmachtsausstellung der Gefahr aussetzte, Beifall von der falschen Seite zu erhalten. Aber die große Anzahl ehemaliger Soldaten, die nicht in verbrecherische Aktionen verwickelt waren – nach Angabe des Wissenschaftlers über 95 % der Wehrmacht –, werden den Argumenten von Herrn Müller zustimmen. Die Ausstellung suggeriert ein Gesamtbild über die Wehrmacht, das undifferenziert, unfair und schief ist.

Braunschweig Hermann Kallfass

Die Wehrmacht sei in Nürnberg nicht den verbrecherischen NS-Organisationen zugeschlagen worden? Wen eigentlich tröstet heute noch diese Fehlbeurteilung? Die elementarste Wahrheit, daß der Krieg der Waffen das Hauptverbrechen Hitler-Deutschlands war, daß Artillerie, Panzer und Flugzeuge der Wehrmacht Millionen und Abermillionen von Nichtkombattanten Leben, Hab, Gut und Gesundheit geraubt und Europa in Trümmer gelegt haben, das hat die Gedankenwelt des Historikers Rolf-Dieter

Vor 50 Jahren

DER SPIEGEL vom 23. Juni 1949

Mathilde, Witwe des Weltkrieg-I-Feldherrn Erich Ludendorff, vor Spruchkammerverfahren Schöpferin der „Deutschen Gotterkenntnis“. **Erfolg mit schwäbischen Heimatzeitungen** Helmuth Seiler ist Herausgeber von 16 Blättern. **Ende der Pariser Außenministerkonferenz** Vom Kalten Krieg zum Kalten Frieden. **Bleibt das Atomgeheimnis der USA gewahrt?** Vier Gramm Uranium 235 spurlos verschwunden. **Kirchenkampf in der Tschechoslowakei auf dem Höhepunkt** Roter Gegenpapst aus Prag. **Erdöl gegen Ruhrkohle** Deutsche Proteste gegen Demontage. Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter **http://www.spiegel.de**

Titel: Wilhelm Furtwängler, Dirigent der Berliner Philharmoniker

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

TELEPRESS

Giordano

Müller offenbar nie erreicht. Selbst wenn die Wehrmacht an keinem einzigen Verbrechen des industriell betriebenen Massen-, Serien- und Völkermords beteiligt gewesen wäre – was kann das ausführende Organ eines verbrecherischen Angriffskrieges unter der verbrecherischen NS-Reichsführung und dem verbrecherischen Oberbefehlshaber Adolf Hitler zur Realisierung seiner verbrecherischen Eroberungs-, Unterdrückungs- und Ausrottungspläne objektiv anderes gewesen sein als verbrecherisch? Natürlich bedeutet das nicht, daß jeder Wehrmachtsangehörige im strafrechtlichen Sinn subjektiv ein Verbrecher war, wohl aber alle für eine verbrecherische Sache gekämpft haben.

Köln — Ralph Giordano

Solange die Front stand, konnten die KZ betrieben werden, hat Norbert Blüm einmal zutreffend angemerkt. Dies zeigt, wie unsinnig die Unterscheidung zwischen der sauberen und der verbrecherischen Wehrmacht ist. Die Ausstellung von Hannes Heer verstärkt dieses Klischee durch die Singularisierung des sogenannten Ostfeldzugs und schafft sich selber so erst den Protest der Biedermänner in Wehrmachtsuniform vom Schlage des Rüdiger Proske.

Hamburg — Bernd C. Hesslein

1995, als Müller einen Beitrag für den Begleitband zur Ausstellung schrieb, wußte er, daß es sich beim Krieg gegen die Sowjetunion um einen „Rassenkrieg“ handelte. Entsprechend wurde auch der Partisanenkrieg geführt, nicht nach „Kriegsbrauch“ und um rein „militärischer Ziele“ willen, wie Müller heute sagt. Wer Partisan oder Helfer war, entschieden nicht, wie üblich, die Kriegsgerichte, sondern die Truppe vor Ort. Und es reichte der Verdacht, „deutschfeindlich“ zu sein. Als solches galten die Juden. Müllers Behauptung, die Wehrmacht sei in Nürnberg „im Gegensatz zur SS“ nicht zur verbrecherischen Organisation erklärt worden, soll suggerieren, sie sei freigesprochen worden. Das ist nun endgültig Stammtisch. Zu den angeblich falsch zugeordneten Fotos: In Zloczów mußten die Juden die vom NKWD exekutierten Ukrainer ausgraben und wurden dann an Ort und Stelle selbst ermordet. Von drei Fotos zeigt wahrscheinlich eins NKWD-Opfer, die zwei anderen und drei neu aufgetauchte Fotos zeigen jüdische Ermordete. In Stari Bečej haben die ungarischen Verbündeten die Exekution vorgenommen. Die Bildlegende im Belgrader Archiv lautete anders. Wir werden in beiden Fällen den neuen Kenntnisstand vermerken. Die Behauptung Müllers, die Ausstellungsmacher würden Kritik an der Ausstellung dadurch unterbinden, daß sie die Kritiker „verklagen“, wird durch die Tatsachen widerlegt: In den nur 12 Verfahren, die das Hamburger Institut für Sozialforschung in vier Jahren geführt hat, wurde immer nur gegen diejenigen Aussagen vorgegangen, die eindeutig falsche Tatsachenbehauptungen waren, wie im Falle von Rolf-Dieter Müller, der in einem Buchbeitrag behauptet hat, die Ausstellung ziehe „die Linie von der Wehrmacht zur Bundeswehr“.

Hamburg — Hannes Heer
Institut für Sozialforschung

Mein Vater war Kompanieführer an der Ostfront im Mittelabschnitt. Im Frühjahr 1942 fand er durch Partisanen den Heldentod. Sein Bursche schickte uns ein Bild – er lag am Boden, mit dem Uniformmantel zugedeckt, die Stiefel unten sichtbar, den Helm übers Gesicht und an dem Holzkreuz ein Blumenkranz. Sein Bursche schrieb: „Diesen Kranz haben russische Mädchen gebracht.“ Demzufolge war die kämpfende Truppe fast freundschaftlich zur Bevölkerung. Aber diese Dokumente erschienen nicht in der verachtenswerten Ausstellung.

M. ZAPF

Wehrmachtsausstellung (Hamburg): *Details bemäkelt*

Penzberg (Bayern) — Hella Spornraft

Seelenruhig gewähren

Nr. 23/1999, Lebensmittel:
Laxe Dioxin-Kontrolle auch in Deutschland

Rinderwahnsinn, Dioxin-Hühner und Pestizidgemüse find’ ich gut! Endlich frißt der Mensch in Europa seinen Dreck selbst, statt ihn in die Entwicklungsländer zu schicken.

Valparaiso (Chile) — Michael Krosta

Die Profitgier der Konzerne bestimmt das Geschehen, und die Politiker lassen dieses Treiben seelenruhig gewähren, obgleich sich hier ein Ansatz bietet, die Kosten des Gesundheitssystems wirkungsvoll zu senken.

Alsbach (Hessen) — Jörg Schenk

Der Verbraucher ist doch selbst schuld, wenn es zu solchen Skandalen kommt, kurbelt er doch durch seine Nachfrage nach immer billigeren Lebensmitteln diese Art

AP

Dioxin-Test bei Eiern
Schuld ist der Verbraucher

der Produktion erst richtig an. Wenn alle bereit wären, für ein Ei wieder 40 Pfennig zu zahlen und dafür eins weniger zu essen, hätten wir dieses Problem doch gar nicht.
HAMBURG SABINE KOCH

Unter die Lupe nehmen

Nr. 23/1999, Asylbewerber: Der Tod eines Sudanesen

Der Tod des sudanesischen Asylbewerbers Aamir Ageeb tauge „nur bedingt zum Ideologenstreit“, schreiben Sie. Weil nämlich der Asylsuchende gar kein politisch Verfolgter, sondern nur ein Wirtschaftsflüchtling war, der zudem noch zum Jähzorn neigte. Wer als Ausländer in Deutschland zweimal die Notbremse im stehenden Zug betätigt, einem Beamten ins Gesicht spuckt und einem 15jährigen Mädchen an die Brust gefaßt haben soll, der hat selbstverständlich die indirekte Todesstrafe verdient. Schließlich ist Aamir Ageeb selber schuld, daß er die beabsichtigte Rückführung in sein Heimatland nicht überlebt hat.
LEMGO (NRDRH.-WESTF.) UWE TÜNNERMANN

Diese Tötung ist ein weiteres Beispiel für die zunehmende Brutalisierung der deutschen Gesellschaft. Die Entscheidung von Bundesinnenminister Otto Schily, vorerst keine Abschiebungen per Flugzeug vorzunehmen, bei denen mit gewalttätigem Widerstand zu rechnen sei, ist keine Lösung des angeblichen Problems Asylbewerber. Angesichts der eklatanten Menschenrechtsverletzung halte ich es für zynisch, von „gewalttätigem“ Widerstand derjenigen zu fabulieren, die durch staatliche Gewaltanwendung zu Tode gebracht werden.
BERLIN REGINA THIELE

Anstatt den Eindruck zu erwecken, daß der schwierige, unbequeme Charakter, den Sie dem getöteten Herrn Ageeb unterstellen, Maßnahmen rechtfertigt, die zu seinem Tode führen, wäre es wesentlich sinnvoller gewesen, die Berufsauffassung der beteiligten BGS-Beamten in mindestens der gleichen peniblen Art und Weise unter die Lupe zu nehmen, wie Sie es mit dem Vorleben des Herrn Ageeb taten.
KULMBACH (BAYERN) K. RAMEZANI

REUTERS

Lkw-Wrack im Tauern-Tunnel: *Einige schwarze Schafe*

Da wird gehupt und gedrängelt

Nr. 23/1999, Katastrophen: Mörderische Lastwagen

Es scheint bei Ihnen so, als wären die überarbeiteten Brummifahrer das letzte, schwächste Glied in der Kette. Wer je in Mitteleuropa mit dem Auto unterwegs war, kennt die Situation, von einem Lkw mit überhöhter Geschwindigkeit überholt und geschnitten zu werden. Lkw pflegen nicht auf Vorrangschilder zu achten, sie nehmen sich die Vorfahrt, denn in ihren Monstren fühlen sie sich sicher. Auch die Busfahrer, obwohl verantwortlich für ihre Passagiere, tun es ihnen gleich. Lästig sind Pkw, die auf lächerliche Dinge wie Geschwindigkeitsbegrenzungen achten. Da wird gehupt, gedrängelt, oft auch unter Beifall der Buspassagiere, die schnell nach Hause wollen. Es herrschen Darwinsche Gesetze auf Europas Straßen.

Tokio — Dr. Susanne Nishimura-Schermann

Ich, Fernfahrer seit 1988, fuhr am 11. Juni 1999 nach Maribor/Slowenien. Seit diesem Tag wurden die Tunnelabschnitte in Österreich für Gefahrguttransporte mit Gebühren belastet. Ich mußte für die Österreich-Durchquerung 366 Mark bezahlen. Dafür werden die Lkw von Taxifahrern (!) durch die Tunnel begleitet. Und die fahren nicht vorneweg, sondern hinterher. Ich habe einen der Begleiter auf das Thema Sicherheit angesprochen, jedoch nur Schulterzucken empfangen. Selbst wenn die Kapazitäten der Bahn jemals ausreichen werden, wird die Bahn niemals flexibel genug sein, um die Wünsche der Kunden zu erfüllen. Der Güterzugverkehr von Regensburg nach Graz (Alpenpassage, viele Tunnel!) ist erst vor kurzem eingestellt worden.

Brühl — Olaf Sabla

Die Hauptschuld haben die Leute, die mitten im Tunnel eine Baustelle mit Signallampen einrichten. Die haben wenig Gespür dafür, wie es ist, wenn man nachts schon Stunden unterwegs war und dann in einen Tunnel fährt. Außerdem hatte der letzte Pkw sicher nicht die Warnblinker eingeschaltet, und nur auf Blinkzeichen reagiert man nachts. Entweder muß ein Signal vor dem Tunnel installiert werden, oder er muß komplett gesperrt werden, und in Tag- und Nachtarbeit, wie zum Beispiel in den USA üblich, wird eine Arbeit erledigt!

Mainz — Ove Thomsen

Anstatt den Lkw samt Fahrer als potentielle mörderische Objekte darzustellen und einige schwarze Schafe als typisch für die gesamte Branche hinzustellen, sollten Sie sich mehr mit den wirtschaftspolitischen Ursachen befassen. Die Liberalisierung hat den Druck auf die Unternehmen unendlich erhöht, man verdient mit dem klassischen Transport nichts mehr, dafür um so mehr in der Vermittlung. Dies führte zur massenhaften „Verselbständigung“ der Lkw-Fahrer, wobei alle Risiken auf diese abgewälzt werden können.

Friedersdorf (Sachsen) — Mike Neugebauer

Ausschließlich Meisterwerke

Nr. 22/1999, Malerei: Karlsruhe feiert Chardin

Zwar stimmt es, daß Karlsruhe an erster Stelle den 300. Geburtstag von Chardin mit einer Ausstellung ehrt, aber jene „Bilderparade“ beginnt im September mit einer großen, von Pierre Rosenberg, dem Direktor des Louvre, organisierten Chardin-Retrospektive. Diese Retrospektive wurde zeitgleich und in freundschaftlicher Absprache mit den Kollegen in Karlsruhe vorbereitet. Sie wird im Anschluß an Paris vom 5. Dezember 1999 bis 20. Januar 2000 im Düsseldorfer Kunstmuseum gezeigt, bevor sie nach London und New York weiterreist. In Düsseldorf werden, im Unterschied zu Karlsruhe, ausschließlich Meisterwerke Chardins gezeigt. Karlsruhe bildet dafür einen in der Tat willkommenen, aber mit der internationalen Tournee nicht zu verwechselnden Auftakt.

Düsseldorf — Jürgen Harten
Kunststiftung Ehrenhof

DER SPIEGEL

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR dieser Ausgabe für Panorama, Regierung, Außenpolitik, Europa, Gewalt, Atomkraft: Michael Schmidt-Klingenberg; für Millionäre, Kirche, Kosovo (S. 164), Bundeswehr, Humanitäre Hilfe (S. 172), Journalisten, Verkehr: Ulrich Schwarz; für Trends, Geld, Haushalt, Renten, Deutsche Bank, Touristik, Unternehmen: Armin Mahler; für Spiegel des 20. Jahrhunderts: Dr. Dieter Wild; für Radrennen, Tennis: Alfred Weinzierl; für Panorama Ausland, Balkan, Kriegskosten, Humanitäre Hilfe (S. 174), Rußland: Dr. Olaf Ihlau; für Prisma, Prisma Computer, Automobile, Medizin, Psychiatrie, Tiere: Jürgen Petermann; für Titel (S. 76, 80), Fernsehen, Zeitgeschichte, Szene, Kunstmarkt, Autoren, Pop, Psychothriller, Bestseller, Dirigenten: Dr. Mathias Schreiber; für die übrigen Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Register, Personalien, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dr. Manfred Weber; für Titelbild: Stefan Kiefer; für Layout: Rainer Sennewald; für Hausmitteilung: Hans-Ulrich Stoldt; Chef vom Dienst: Thomas Schäfer (sämtlich Brandstwiete 19, 20457 Hamburg)
TITELFOTO: Frank P. Wartenberg für den SPIEGEL

Entschiedener Widerspruch

Nr. 23/1999, Tiere: Das Frettchen als Mode-Haustier

Als SPIEGEL-Leser sehe ich mich als „hirnerweichter“ Frettchenbesitzer und Halter einer „caniden Sabberpumpe“ durch diesen Artikel persönlich von Herrn Glass angegriffen und beleidigt. Eine öffentliche Entschuldigung halte ich für angebracht.

Augsburg — Martin Seidlmayer
1. Bundesverband der Frettchenfreunde

Erstaunt bin ich, daß Sie die Halter von Frettchen mehr oder weniger als „spleenig“ darstellen. Diesem muß ich nach meinen Erfahrungen wirklich und entschieden widersprechen. Seit Jahren gehören Frettchen zu unserer Klientel, und selten habe ich Tierbesitzer erlebt, die so gut und umfassend über ihr Haustier informiert sind.

Dortmund — V. Borchers
Tierarzt

Ein Frettchen ist kein Modetier, sondern ein liebenswerter Hausgenosse, welcher einer intensiven Pflege und aufwendigen Haltung bedarf. Man muß sich mit dem Tier beschäftigen, um sein Vertrauen zu gewinnen – dann beißt es auf keinen Fall; auch ist es ein sehr reinliches Tier bei guter Pflege.

Merseburg (Sachs.-Anh.) — Angelika Jerzewski
IG Frettchen Bad Dürrenberg

A. PACZENSKY / IMAGES.DE

Hausgenosse Frettchen
Reinliches Tier bei guter Pflege

So niedlich ein Frettchen auch sein mag, als Haustier ist es ungeeignet. Frettchen haben in der freien Natur einen Aktionsradius, der in keiner privaten Haltung realisiert werden kann. Neben Sand-, Natur- oder befestigtem Boden brauchen die Tiere Grabe-, Kletter- und Versteckmöglichkeiten. Als dämmerungsaktives Tier und dem Verhalten, bei Unwohlsein zuzubeißen, sind Frettchen auch keine Spielkameraden für Kinder.

Bonn — Thomas Schröder
Deutscher Tierschutzbund e. V.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit vollständiger Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen.

Einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe ist eine Postkarte der Deutschen Bank, Frankfurt, beigeklebt. Einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe liegt eine Beilage des Jahreszeiten-Verlags/Architektur + Wohnen, Hamburg, bei.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

H. WAGNER

Prodi, Schröder

M. EBNER / MELDEPRESS

Thoben

EUROPA

Streit um Kommissare

Zwischen dem designierten Präsidenten der EU-Kommission, Romano Prodi, und der Bonner Regierung bahnt sich ein Konflikt um die Besetzung der zwei den Deutschen zustehenden Kommissarsposten an. Kanzler Gerhard Schröder will die Grüne Michaele Schreyer und einen Sozialdemokraten – Favorit ist derzeit Außenamts-Staatsminister Günter Verheugen – nominieren. Prodi mißfällt an Schreyer, daß die ehemalige Berliner Umweltsenatorin keine Regierungserfahrung auf nationaler Ebene besitze. Und statt des Außenpolitikers Verheugen wäre ihm ein „universell einsetzbarer" Kandidat lieber.

Weiterer Konfliktstoff: Prodi will das wichtige Ressort für die Erweiterung der EU nicht mit einem Deutschen besetzen. Grund: Die anderen EU-Länder könnten einen Deutschen als ungeeigneten Verhandlungsführer ansehen, weil Deutschland von der Erweiterung besonders profitiert.

Bei einem für Anfang Juli geplanten Treffen mit Schröder will Prodi auch darauf drängen, für einen der Kommissarsposten einen Unions-Christen zu benennen. Mögliche Kandidatin: die ehemalige Staatssekretärin im Bauministerium, Christa Thoben. Prodi steht unter Druck der christdemokratisch-konservativen Europäischen Volkspartei (EVP), die nach der Europawahl stärkste Fraktion wurde. Die Deutschen stellen voraussichtlich den Fraktionsvorsitzenden der EVP.

Einer der Anwärter, der CDU-Abgeordnete Hans-Gert Pöttering, drohte am vorigen Mittwoch, Prodi und seine Kommission würden „große Probleme" bei der Bestätigung durch das Parlament bekommen, falls die Forderung der CDU/CSU nach einem Kommissar nicht erfüllt werde. Prodi habe die Macht, dieses „Begehren" bei der Bundesregierung durchzusetzen, da die Kommissare nur „im Einvernehmen" mit dem Präsidenten zu benennen seien. Bereits bei den Anhörungen, so Pöttering, könnten Kandidaten abgelehnt und die Wahl der Gesamtkommission damit ausgesetzt werden. Gegenüber dem deutschen Oppositionschef Wolfgang Schäuble hat Prodi erklärt, er unterstütze das Verlangen von CDU/CSU.

RÜSTUNG

Günstiges Ost-Angebot

Das Gerangel um ein neues Transportflugzeug für sieben europäische Nato-Partner geht in die entscheidende Phase. Die Angebote sind geprüft, Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping möchte noch in diesem Jahr den Milliardenauftrag für 75 Maschinen vergeben.

Die Bonner Rüstungsabteilung bevorzugt die Offerte, die ein Konsortium deutscher Ausrüstungsfirmen („Airtruck") gemeinsam mit russischen und ukrainischen Unternehmen abgegeben hat: eine Weiterentwicklung der in Osteuropa konzipierten „Antonow-70". Russen und Ukrainer würden die Flugzeuge auch in Deutschland, möglicherweise in Rostock, montieren lassen. Dieses Angebot sei um rund 25 Prozent günstiger als das von Airbus, ein komplett neues Flugzeug (A400M) zu konstruieren. Der Militär-Airbus soll – inklusive Ersatzteile – gut 150 Millionen Mark pro Stück kosten. Er würde im spanischen Sevilla gebaut werden, unter anderem auch mit Zulieferungen der deutschen DaimlerChrysler Aerospace (Dasa). Die Hoffnung, mehr vom Milliardenauftrag für ein Transportflugzeug zu erhalten, steckt hinter der kürzlich verkündeten Fusion der Dasa mit dem spanischen Casa-Konzern. Insgesamt wollen die Europäer 288 Maschinen kaufen, weitere sollen exportiert werden.

AP

Transportflugzeug „Antonow-70"

Tor zur „Kleinen Festung Theresienstadt“ (1998)

EPD

NS-VERBRECHEN

Ergebnislos ermittelt

Wieder ist ein Verfahren gegen einen mutmaßlichen Nazi-Verbrecher eingestellt worden. Dem früheren SS-Oberscharführer und Aufseher im Polizeigefängnis „Kleine Festung Theresienstadt“, Anton Malloth, 87, bleibt eine öffentliche Hauptverhandlung erspart. Nach fast 30 Jahre währenden, teils unterbrochenen Ermittlungen beendete jetzt die Staatsanwaltschaft Dortmund das Verfahren gegen ihn, weil trotz intensiver Archivrecherchen und Zeugenvernehmungen ein „im Sinne eines hinreichenden Tatverdachts beweissicherer Nachweis“ von Mordtaten nicht habe geführt werden können. Die „generelle Feststellung“, Malloth habe sich „in brutaler Weise an Leib und Leben von Gefangenen vergangen“, reiche für eine Anklageerhebung nicht aus. Malloth tat von 1940 bis Mai 1945 in Theresienstadt Dienst; dort sind mehrere tausend Menschen willkürlich getötet worden. Bis 1988 lebte er in Italien, nach seiner Ausweisung kam er in Bayern unter. Nun prüft die Staatsanwaltschaft in Prag, ob gegen Malloth ein Auslieferungsantrag gestellt werden kann.
Erst kürzlich hatte die Stuttgarter Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen den früheren SS-Obersturmbannführer und Vorsitzenden eines Polizeistandgerichts im KZ Auschwitz, Johannes Thümmler, 92, weitgehend eingestellt.

FORSCHUNGSREAKTOR

Meiler mit Uran

Der umstrittene Garchinger Forschungsreaktor München II kann voraussichtlich wie geplant zu Ende gebaut werden. Das ergibt sich aus dem Abschlußbericht einer von der Bundesregierung eingesetzten Expertenkommission, die seit Februar unter Leitung von Forschungsstaatssekretär Wolf-Michael Catenhusen (SPD) tagte. Der Reaktor soll mit waffentauglichem Uran betrieben werden. Eine Umrüstung der Neutronenquelle auf einen nicht mehr atombombenfähigen Brennstoff soll erst erfolgen, wenn weiterentwickelte Spaltmaterialien zu keinen „unzumutbaren Beeinträchtigungen für die Wissenschaft“ führen; damit wird nicht vor 2008 gerechnet. Reaktorkritische Mitglieder der sechsköpfigen Sachverständigengruppe aus Neutronenwissenschaftlern, Friedensforschern und Atomwaffenexperten konnten sich somit nicht durchsetzen. Sie wollten die Reaktorbauer verpflichten, den fast fertiggestellten 20-Megawatt-Meiler von Anfang an mit nicht waffentauglichem Brennstoff zu betreiben. Dagegen votierte unter anderen auch Catenhusen, nachdem

Reaktor-Baustelle in Garching

AP

die TU München mit Mehrkosten von rund 300 Millionen Mark gedroht hatte – eine Zahl, die mehrere Kommissionsmitglieder für „aberwitzig überhöht“ halten. Entscheidende Passagen des Berichts formulierte der Sozialdemokrat gleich selbst. Ursprünglich hatten SPD und Grüne das Konzept des Garchinger Forschungsreaktors zu Oppositionszeiten bekämpft, weil damit die Wiederbelebung des weltweiten Handels mit waffentauglichem Uran drohe. Der Einsatz des Bombenstoffs sei „hochproblematisch und außenpolitisch bedenklich“, hieß es folgerichtig im rot-grünen Koalitionsvertrag.

SPARPLÄNE

Willkommenes Diktat

Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) kommt das Spardiktat seines Kollegen Hans Eichel gerade recht. Schilys Staatssekretärin Brigitte Zypries nutzt den Kostendruck zur überfälligen Modernisierung im Haus. So wird der Posten des Bundesdisziplinaranwalts abgeschafft; ihm oblag es, über Disziplinarverfahren im Öffentlichen Dienst zu wachen.
Weil seit Jahren weniger Aussiedler nach Deutschland kommen, stehen zudem außer den Lagern Friedland und Bramsche alle Auffangeinrichtungen zur Disposition. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge wird 8 von 32 Außenstellen schließen. Behörden von zweifelhaftem Nutzen wie die Bundeszentrale für politische Bildung oder das Bundesinstitut für Sportwissenschaft in Köln werden einer peniblen Evaluation unterzogen, ihnen droht das Aus. Kurzfristig werden die Einsparungen zwar nicht wirksam, weil die Beamten in andere Funktionen versetzt werden. Mittelfristig fallen jedoch Ausgaben in dreistelliger Millionenhöhe weg.

LABORÄRZTE

Millionen mit Strohmännern?

Honorare in Millionenhöhe fordert die Kassenärztliche Vereinigung Bayern (KVB) von dem Augsburger Großlabor Schottdorf zurück.
Grund: Seit 1986 soll der Labormediziner Bernd Schottdorf durch die Aufnahme von Strohmännern in seine Gemeinschaftspraxis 35 Millionen Mark unrechtmäßig kassiert haben. Anlaß für die Rückforderungen sind Recherchen der Augsburger Staatsanwaltschaft, die seit Frühjahr vergangenen Jahres wegen Betrugsverdachts gegen Schottdorf ermittelt.

T. KLINK / ZEITENSPIEGEL

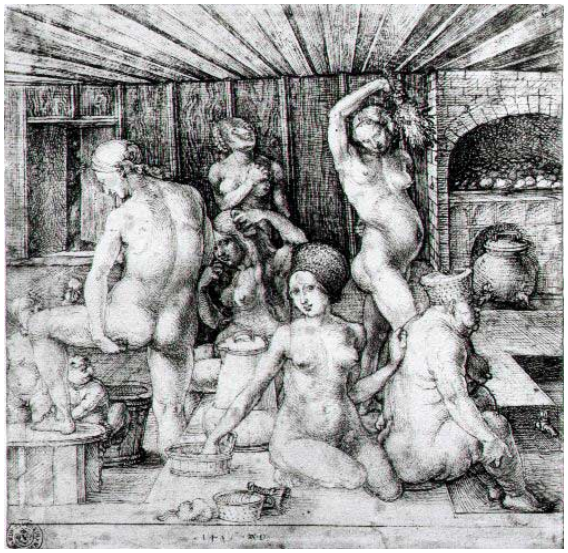
Schottdorf

Nach Ansicht der KVB-Experten, die Anfang Juni Einsicht in die Ermittlungsakte hatten, waren zeitweise 4 von 19 Ärzten in der von Schottdorf dominierten Gemeinschaftspraxis nur zum Schein für das Labor aktiv.
Mit diesem Trick, so die These der Staatsanwaltschaft, habe Schottdorf den Honorarverteilungsmaßstab der Kassenärztlichen Vereinigung unterlaufen. In Bayern galt zwischen 1986 und 1995 eine rechtlich umstrittene Vorschrift, wonach ein einzelner Laborarzt in einer Gemeinschaftspraxis nicht mehr als 1,1 Millionen Mark Umsatz pro Quartal erzielen durfte.
Während die vier Mediziner offiziell bei der KVB als Laborärzte gemeldet waren, haben sie laut Ermittlungsergebnis das hochautomatisierte Augsburger Labor (rund 1300 Beschäftigte) kaum von innen gesehen. Für ihre Scheintätigkeit sollen sie bis zu 30 000 Mark monatlich erhalten haben.
Schottdorf weist die Vorwürfe als „absurd“ zurück. Nirgendwo sei geregelt, welche Leistung ein Arzt in einer Gemeinschaftspraxis erbringen müsse.

BEUTEKUNST

Dürer gegen Nationalepos

Der Präsident von Aserbaidschan, Gejdar Alijew, will am Dienstag dieser Woche Beutekunst zum EU-Kaukasus-Gipfel nach Luxemburg mitbringen. Dabei handelt es sich um zwei im Zweiten Weltkrieg nach Brandenburg ausgelagerte Zeichnungen der Bremer Kunsthalle, die bei Kriegsende von Rotarmisten entwendet worden waren. Die Bilder gelangten später in den Besitz des Nationalmuseums von Baku.
Alijew will zudem auf Werke aus dem Bremer Bestand verzichten, die jüngst Gegenstand eines Strafprozesses in New York waren (SPIEGEL 20/1999), darunter die weltbekannte Dürer-Zeichnung „Frauenbad“, die Millionen Mark wert ist. Die Aserbaidschanerin Natawan Aleskerowa war schuldig gesprochen worden, die zwölf Blätter in die USA gebracht zu haben, um sie dort zu verkaufen.
Baku wollte die Kunstschätze, die sich derzeit in Obhut der US-Justiz befinden, ursprünglich zurückhaben. Die aserbaidschanische Regierung erhofft sich nun als Gegenleistung die Hilfe Bonns bei der Rückführung des Manuskripts „Dada Gorgud“ – einem aserbaidschanischen Nationalepos, dessen Aufenthaltsort bislang freilich unbekannt ist.



Dürers „Frauenbad“

Am Rande

Bierfreie Zone

Wenn ganz Deutschland eine Kirmes wäre, dann wäre München das Bierzelt, die Grünen-Parteizentrale das Kinderkarussell, der Berliner Wahlkampf fände in der Schießbude statt, und Ostdeutschland wäre die Geisterbahn – mit Ausnahme Thüringens, das zur Wurstbude würde. Elmshorn übernähme den Ordnungsdienst.

Elmshorn ist ein sauberes, frischgewaschenes Städtchen nördlich von Hamburg, und damit das so bleibt, hat Elmshorn seinen Bürgern unlängst verboten, sich auf öffentlichen Plätzen zu besaufen. Das Verbot zielte vor allem auf eine Gruppe Punker, die in der Innenstadt als Hauptinvestor im Dosenbierbereich auftrat – mit all den üblichen Begleiterscheinungen: Grölen, Pöbeln und Entsorgen von Körperflüssigkeiten an der Kirchenmauer.

Doch die Punker wollten sich nichts verbieten lassen. Im Sinne jenes Parlamentariers, der 1880 im Preußischen Abgeordnetenhaus gesagt hatte: „Ein Bier, das nicht getrunken wird, hat seinen Beruf verfehlt“, klagten sie auf das Grundrecht auf Besäufnis – und gewannen. Öffentliches Trinken, so stellte das Oberverwaltungsgericht Schleswig fest, sei keine straßenrechtliche Sondernutzung, sondern kommunikativer Gemeingebrauch. Schöner hätten das auch Nichtjuristen kaum ausdrücken können.

Wenn ganz Deutschland eine Kirmes wäre, was wäre dann Elmshorn wirklich? Zur Auswahl stehen drei Orte: Mobilklo, Ausnüchterungszelle oder – etwas besser – Bude zum Dosenwerfen.

ACTION PRESS

Honecker (bei der Beerdigung ihres Mannes 1994)

PROZESSE

Margots kleines Glück

Der Sorgfalt des Berliner Verwaltungsgerichts verdankt es Margot Honecker, daß sie aus einem Rechtsstreit um das hinterlassene Vermögen ihres Gatten Erich nicht gänzlich leer ausgeht. Die Honeckers hatten seit neun Jahren auf Rückgabe eines Sparkassenguthabens in Höhe von – umgerechnet – 117 000 Mark West geklagt, das die letzte DDR-Volkskammer sechs Tage vor der deutschen Einheit konfisziert hatte. Vergangene Woche bestätigte die 25. Kammer des Verwaltungsgerichts den Akt der Volksvertreter als rechtens. Doch kurz vor der – bereits rechtskräftigen – Entscheidung entdeckten die Richter in den Unterlagen (1600 Aktenbände), daß von Januar bis Juni 1990 versehentlich auch reguläre Rentenbeträge auf das bereits gesperrte Honecker-Konto geflossen waren, und gestanden der Klägerin nun den aufgelaufenen Betrag in Höhe von 12 630 Mark zu. Honecker-Anwalt Friedrich Wolff war der Irrläufer zuvor nicht bekannt gewesen: „Darum habe ich mich überhaupt nicht gekümmert.“ Honecker-Ehefrau Margot, die derzeit nach Wolffs Angaben monatlich rund 1800 Mark Altersrente und circa 1100 Mark Witwenrente erhält, hatte ebenfalls die Fehlbuchung nie reklamiert – und damit eine bessere Verzinsung verpaßt.

So bleibt der unterlegenen Klägerin nur wenig von dem überraschenden Segen übrig. Die reinen Gerichtskosten beziffert Richter Klaus Peé auf 3705,62 Mark, das Mindesthonorar ihres Rechtsvertreters nach der Bundesrechtsanwalts-Gebührenordnung auf 4189,17 Mark.

ABTREIBUNGSPILLE

Weg frei

In dieser Woche will der Bundestag den Weg zur Einführung der Abtreibungspille RU 486 freimachen. SPD-Fraktion und Gesundheitsministerium haben sich auf einen Kompromiß geeinigt. Wie von Ministerin Andrea Fischer geplant, wird die Pille nur an Ärzte und Krankenhäuser weitergegeben. Die Regelung soll nach zwei Jahren überprüft werden, teilte die SPD-Abgeordnete Regina Schmidt-Zadel mit. Sie hatte sich mit der Mehrheit des zuständigen SPD-Arbeitskreises dafür eingesetzt, das Mittel über Apotheken zu vertreiben. Das hatte auch der größte Teil der Experten befürwortet: In einer Anhörung sprachen sich vor allem Sachverständige aus Frankreich dafür aus; dort ist das Präparat seit 1988 auf dem Markt. Fischer bestand dagegen auf einem Sondervertriebsweg für RU 486, um Mißbrauch zu verhindern.

AFP/DPA

Nachgefragt

Stolz, nein danke

„Empfinden Sie Stolz auf die deutschen Soldaten, wenn Sie die Bilder der jubelnden Kosovo-Albaner beim Einmarsch der Bundeswehr sehen?“

Ja	34
Nein	58
Keine Angabe	8

Emnid-Umfrage für den SPIEGEL; rund 1000 Befragte; Befragungszeitraum: 15. und 16. Juni

DER SPIEGEL

Werbeseite

Werbeseite

SPD-Politiker Struck, Schröder, Hombach*: *Durcheinander aus Desinteresse an Details*

REUTERS

REGIERUNG

Die Chance als Krise

Kaum ist der Kosovo-Krieg überstanden, beginnen an Gerhard Schröders Heimatfront wieder die Chaostage. Die Rentenreform folgt dem Mißmanagement-Muster des 630-Mark-Gesetzes. Das Kanzleramt funktioniert nicht als Steuerzentrale. Diese Woche droht Krach bei der Ökosteuer.

Wie es seinen Deutschen geht, erfährt der Kanzler jeden Morgen in wenigen kurzen und großen Worten. Die Schlagzeile von „Bild“ gilt Gerhard Schröder als verläßlicher Seismograph für Volkes Stimmung.

Vergangenen Mittwoch war der Kanzler noch beruhigt: „Spar-Minister Eichel: Er rasiert uns alle“, hieß es da. Die Botschaft war gut, sie klang nach gerechter Verteilung der Grausamkeiten.

Tags darauf las Schröder die Wende. „Auch das noch! Riester plant Zwangsrente“ – die Berater des Kanzlers zitterten, mit ihnen das Kabinett und die Spitzen der rot-grünen Regierungskoalition: Jetzt fehlte nur noch die „Rentenlüge“. Würde Schröder unter dem Druck der veröffentlichten Meinung zur Reform seines Arbeitsministers stehen?

Er blieb sich treu und stand nicht. Noch bevor die „Wut-Welle“ („Bild“ am Freitag) losbrandete, hatte sich der Kanzler schon in Sicherheit zu bringen versucht. Walter Riesters Modell werde kassiert, meldete Schröders Regierungssprecher am Donnerstag. Aber am Freitag war wieder alles ganz anders.

Und damit war es wie immer. Auf die in sieben Monaten eingefahrenen Handlungsmuster der Regierung Schröder ist auch nach den drei Kriegsmonaten Verlaß. Wie beim Gezerre um das Staatsbürgerschaftsrecht, wie bei den 630-Mark-Jobs und Scheinselbständigkeit verdichteten sich handwerkliche Fehler, stümperhafte Kommunikation und des Kanzlers Desinteresse an Details zu einem großen Durcheinander.

Statt in dieser Woche wegen einer respektgebietenden Sparaktion gefeiert zu werden, wird die rot-grüne Regierung wohl wieder als Dilettantentruppe dastehen. Beharrlich verkehrt der Kanzler das Selbsthilfemotto „Krise als Chance“ ins Gegenteil: Er macht aus jeder Chance eine Krise.

Immer stehen große Sprüche am Anfang. Wie auf dem Jahrmarkt hatte Kanzleramtsminister Bodo Hombach angekündigt: „Drei Wochen, die die Republik verändern“.

Immer ist die Notwendigkeit des Handelns unumstritten: 30 Milliarden Mark mußten im Haushalt eingespart werden, mehr als je einer Nachkriegsregierung gelungen ist (siehe Seite 26). Der Einstieg in

*Am vergangenen Mittwoch im Bundestag.

eine gründliche Renten- und Steuerreform war überfällig.

Und immer sorgen Zeitmangel und aktuelle Umstände für zusätzlichen Druck: Sommerpause, Berlin-Umzug, Haushaltstermine. Dazu die desaströs verlorene Europawahl in Kombination mit einer leichtfertig losgetretenen Richtungsdebatte.

Am Ende aber steht stets das Chaos – sachliche Unklarheiten, Koalitionsquerelen, Mißtrauen und Schuldzuweisungen, eine miserable Presse und eine höhnische Opposition, die der im Volk sich ausbreitenden Meinung Stimme gibt: „Die können es einfach nicht."

Vergangene Woche war es besonders dramatisch. Finanzminister Hans Eichel drohte am Donnerstag in der „Steuerungsgruppe Haushalt" gleich dreimal mit Abbruch. „Wenn das hier so läuft, ist das nicht mehr meine Veranstaltung", empörte er sich. „So geht man nicht miteinander um."

Auch Kollege Riester hatte den Job satt und war den Tränen nahe. Während er noch über sein Rentenkonzept referierte, wurde eine Agenturmeldung hereingereicht: Die Zwangsabgabe für die private Vorsorge solle doch nicht kommen. Darauf hätten sich die Fraktionschefs Peter Struck (SPD) und Rezzo Schlauch (Grüne) und Schröder angeblich geeinigt.

Tatsächlich war das in der Dreierrunde von Fraktionschefs und Kanzler morgens gar nicht beschlossen worden. „Aber alle drei waren sich einig, daß es so nicht geht", sagt einer der Beteiligten. Nun vermuten viele eine Intrige aus dem Kanzleramt.

Außenminister Joschka Fischer war inzwischen wieder als Pendeldiplomat unterwegs. Diesmal allerdings zwischen Kanzleramt und eigener Fraktion. Ein wütender Schröder hatte den Ober-Grünen Mittwoch abend einbestellt, weil Mit-Fraktionschefin Kerstin Müller einmal mehr ihren Oppositionsreflexen nachgegeben und die Riester-Reform als „reine Sparorgie" gegeißelt hatte, obgleich der Schwenk zur kapitalgedeckten Altersvorsorge ganz im Sinne des Grünen-Programms ist.

Noch mehr hatte sich Schröder über Umweltminister Jürgen Trittin erregt. Der habe ihn „persönlich desavouiert", klagte der Kanzler. Der Automann hatte der Pkw-Industrie zugesagt, die geplante Altauto-Verordnung zu entschärfen, nach der die Unternehmen die Schrottwagen kostenlos zurücknehmen müssen. Trittin hatte erst der weichen Version zugestimmt, dann aber in Briefen an seine EU-Kollegen wieder die alte Position bezogen. Der Regierungschef tobte: „Entweder der nimmt das zurück, oder er fliegt."

In der Lobby des Deutschen Bundestags knöpfte sich ein entnervter Fischer tags darauf seine Kollegin Müller vor. Auf dem Tresen der Saaldiener hockend, die Hände wie zum Gebet gefaltet, redete er auf sie ein, bis beide verstockt in Schweigen versanken.

Bilder einer Koalition, die sich selbst opponiert. Am Ende der Woche hatte die Koalitionskrise beide Fraktionen erfaßt. „Das Maß ist voll", grummelten führende Sozialdemokraten. Grüne Abgeordnete bekannten: „Die Nerven liegen blank."

Dabei hatte Kanzler Schröder mit dem frischen Elan, den er aus dem erfolgreich überstandenen Kosovo-Krieg bezog, auch an der Heimatfront siegen wollen: nicht wackeln und nicht fackeln. Prompt versuchte er seine Sparidee im Handstreich durchzusetzen. Statt am 30. Juni soll sie jetzt schon eine Woche früher, am kommenden Mittwoch, durch das Kabinett gepeitscht werden.

F. DARCHINGER

Finanzminister Eichel
„So geht man nicht miteinander um"

Entschlossenheit und Führungsstärke, so hatten ihn die vergangenen drei Monate gelehrt, zahlen sich aus. Was nach außen so prächtig funktionierte, sollte nun auch nach innen wirken.

Die verheerende Europawahl schreckte den Kanzler nicht, im Gegenteil. „Wir haben verstanden", blinzelte er anbiedernd am vorvergangenen Sonntag in die Kameras – schon ganz wieder potentieller Sieger.

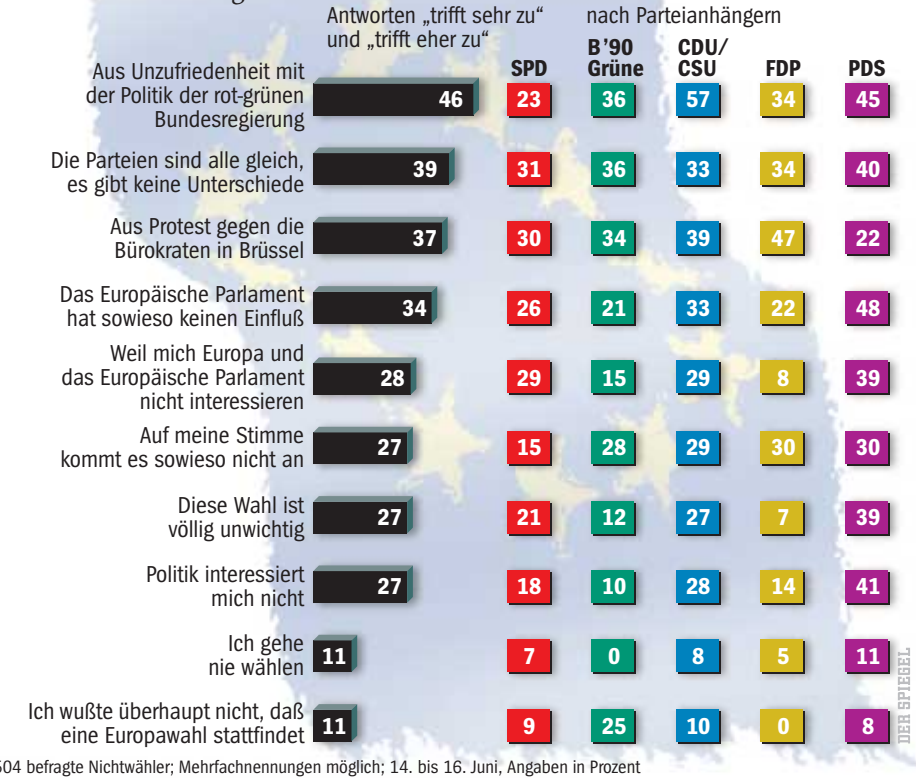
Er hatte freilich unterschätzt, wie wichtig die institutionelle Absicherung durch Nato und EU-Präsidentschaft für seinen Erfolg im Balkankrieg gewesen war. Die Einbindung in diese Systeme gaben dem noch immer neuen Regierungschef nicht nur Autorität und Rückgrat. Sie banden ihn auch in ein enges und verläßliches Kommunikationsnetz ein.

Zu Hause aber war Schröder wieder ganz allein. Weder nach außen – verantwortlich: Staatssekretär Uwe-Karsten Heye und alle Ressortsprecher – noch nach innen – verantwortlich: Kanzleramtschef Bodo Hombach und die Minister – funktionierte auch nur halbwegs jene Feinabstimmung und Sprachregelung, wie sie auch im komplexen Geflecht von Partei und Fraktion, zwischen Ministerpräsidenten und Kanzleramt, Gewerkschaften, Industrie sowie

Der Protest der Nichtwähler

Nur 45,2 Prozent der Deutschen nahmen vorvergangenen Sonntag an der Europawahl teil. Die Emnid-Umfrage für den SPIEGEL erforscht die Motive der Nichtwähler.

„Warum haben Sie sich nicht an der Wahl zum Europäischen Parlament beteiligt?"



504 befragte Nichtwähler; Mehrfachnennungen möglich; 14. bis 16. Juni, Angaben in Prozent

F. DARCHINGER

Grünen-Fraktionssprecher Schlauch, Müller: *Den Oppositionsreflexen nachgegeben*

zahllosen Interessengruppen und der Öffentlichkeit überlebenswichtig ist.

Statt dessen überrollte der Kanzler („Ich eigne mich nicht dazu, Gefolgschaft zu bilden“) wieder einmal alle mit einem Kommandounternehmen in eigener Erfolgssache. Zusammenarbeit? Schröder braucht niemanden. Er stößt die Parlamentarier vor den Kopf, wenn er gelangweilt ihre Sitzungen verläßt („Ich muß jetzt arbeiten“), er brüskiert die Spitzengremien der Partei durch Nichtinformation, er nervt die Minister mit Desinteresse an ihren Problemen und seinen Stab mit extremen Launen.

Seit Amtsantritt steckt Schröder in selbstverschuldeter kommunikativer Isolationshaft. Das Kanzleramt, quasi die Telefonzentrale der Macht, funktioniert noch immer nicht. Amtschef Hombach, der sich in immer neuen, triumphierend angekündigten „Chefsachen“ verkämpft – zuletzt erfolglos bei dem Versuch, die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern mit Hilfe der deutschen Industrie zu organisieren –, gilt in der Fraktion als „Un-Kommunikator“ schlechthin.

Beispielhaft demonstrierte Schröders Haus in der vergangenen Woche, wie man ein innovatives und gerechtes Reformkonzept wie das von Riester (siehe Seite 28) binnen zwei Tagen ruiniert. „Jede WG kontrolliert ihre Kaffeekasse besser als diese Regierung ihre Finanzen“, spottet der grüne Haushälter Matthias Berninger.

Schon vor drei Wochen hatte der Arbeitsminister seine Pläne bei Schröder vorgestellt. Doch den Kanzler interessierten die Einzelheiten wenig, und auch sein Amt funktionierte nicht. Niemand achtete auf die heiklen Passagen des Jahrhundert-Konzepts.

Auch als Riester am Mittwoch seine Rentenpläne im Kabinett präsentierte, zog keiner wegen des Sprengpotentials die Notbremse. Gelangweilt blätterte der Kanzler in seinen Unterlagen. Nur die Frauen witterten Unheil, Gesundheitsministerin Andrea Fischer, eine gestandene Rentenexpertin, hakte nach: „Jetzt rächt sich bitter, daß wir nach der Wahl den Demographiefaktor zurückgenommen haben.“ Die Kollegin vom Justizressort, Herta Däubler-Gmelin, bat um Nachhilfe: „Muten wir den Rentnern jetzt ein Sonderopfer zu oder nicht?“

Daß gleichwohl die Abstimmung einer Strategie für die öffentliche Präsentation fehlschlug, lag nicht zuletzt an Riester selbst. Der hielt alles geheim. Ein Kabinettskollege, der als einer der ersten die vollständigen Rentenpläne eingesehen hatte, war entsetzt über das Konzept: „Mensch Walter, das kannst du doch nicht so machen.“

Er machte aber. Und brachte alle auf. Erst sitze man ein halbes Jahr in der Rentenkommission beisammen, dann presche der Minister mit einem völlig anderen Konzept vor, maulten die SPD-Sozialpolitiker vergangenen Donnerstag bei einem Treffen mit Riester.

Die meisten Parlamentarier erfuhren die Details erst aus den Medien. Riester hatte am Dienstag nachmittag eine kleine Journalistenrunde ins Ministerium geladen, um seine Pläne zu erläutern – in der Hoffnung auf eine verständnisvolle Presse. Doch blitzschnell sickerten diese Informationen weiter und sorgten für Ärger. „Das war wie beim 630-Mark-Gesetz“, schimpfte SPD-Sozialexperte Rudolf Dreßler, „das hat uns Schröder auch aufgezwungen. Plötzlich muß alles ganz schnell gehen, und immer gibt es dann Sachzwänge, das ist typisch.“

Am Donnerstag abend, nach eineinhalb hektischen Tagen, war die Stimmung in und zwischen beiden Fraktionen auf dem Tiefpunkt. Alles hatte so halbwegs prächtig geklappt mit der „Operation Sparschwein“ von Eichel, alle hatten das 30-Milliarden-Paket mit wolkigen Worten unterstützt – und plötzlich liefen doch wieder alle in eine andere Richtung.

Ratlos stürmten rote und grüne Parlamentarier um kurz vor acht Uhr abends, nach der letzten Abstimmung des Tages, aus dem Plenum. Wer hatte schuld an diesem Desaster?

Die Grünen traten gleich in der Lobby zur spontanen Krisenberatung zusammen. Fraktionschef Rezzo Schlauch, Bundesgeschäftsführer Reinhard Bütikofer, die Abgeordneten Cem Özdemir und Matthias Berninger stritten mit Vormann Fischer über das Renten-Hickhack. Der Außenminister war erschrocken über die Wut seiner Parteifreunde: „Ich verstehe das nicht, ich begreife euch nicht.“

Schuld am Chaos, wiegelte Fischer später ab, sei wohl „das sumpfige Klima und das schwüle Wetter in Bonn“ gewesen. Beides habe die Koalition in einen „reformpolitischen Malariazustand“ versetzt. Halt gab ihm nur noch Hegel: „Vielleicht gibt es ja doch Vernunft in der Unvernunft.“

Schnell machten Verschwörungstheorien die Runde, alles schien im Reizklima möglich. War Riester gezielt in die Falle gelockt worden? Niemand, weder im Kanzleramt noch in der Fraktion, habe den Arbeitsminister auf die Brisanz seiner Vorschläge hingewiesen, wisperte es bei den Grünen.

Oder hatte Kanzleramtsminister Hombach hinter den Kulissen mal wieder eine PR-Aktion initiiert – und den Arbeitsminister mittels der „Bild“-Zeitung wegmobben wollen? Das waberte bei den Sozialdemokraten herum.

Genosse Bodo steht aber auch bei den Grünen im Verdacht, seit er als Wirtschaftsminister der rot-grünen Regierung in Nordrhein-Westfalen mit ähnlichen Tricks geglänzt hatte. Irritiert merkten die Juniorpartner auf bei dem Gerücht, der Kanzlervertraute habe im kleinen Kreis ge-

gen die Gesundheitsministerin gestänkert: „Im Herbst ist die Fischer fertig."

Hombach hat sich für die gesamte rot-grüne Belegschaft zur Reizfigur entwickelt. Der dicke Mülheimer steht unter permanentem Intrigenverdacht. Zugleich fehlt der gewiefte Wahlkämpfer seinem Kanzler als Kontakt zum Volk. Denn den hat Schröder verloren.

Als Ministerpräsident in Hannover pflegte er mehrmals die Woche durch Betriebe und über Schützenfeste zu tingeln. Reizthemen wie Rente oder 630-Mark-Jobs hätte Schröder mit den Malochern an der Theke diskutiert.

Jetzt fehlt ihm die Zeit für die Erhebung an der Basis, der einstige Realitätsblick ist durch den Cohiba-Dampf im Kanzleramt verschleiert. Schröder, hat ein Kabinettsmitglied beobachtet, gilt inzwischen „nicht mehr als Mann des Volkes, sondern zeigt zunehmend Neureichensymptome. Da geht die Glaubwürdigkeit ganz schnell flöten."

Seine Macht aber ist ungebrochen. Mit wem – wenn nicht mit Schröder – wollen die Sozialdemokraten die anstehenden Wahlen gewinnen? Kein Wunder, daß Schröder in der Partei mit seiner brachialen Art auch Erfolge erzielt. Rudolf Scharping und NRW-Ministerpräsident Wolfgang Clement signalisierten im Parteipräsidium vorbehaltslose Zustimmung zum Gemeinschaftspapier mit Tony Blair und zum Sparprogramm. Auf die Kieler Landeschefin Heide Simonis kann Schröder ebenso zählen wie auf den Mainzer Ministerpräsidenten Kurt Beck: „Wir müssen den Stier bei den Hörnern packen."

Selbst in den neuen Ländern erfährt Schröder Beifall. „Es muß auch mal gesagt werden, daß der Staat nicht jeden von der Wiege bis zur Bahre bemuttern und betutteln kann und auch nicht soll", verkündet das schrille Ostgewissen, Brandenburgs Sozialministerin Regine Hildebrandt.

Mit Schröders Durchmarsch, sagen die Berater, seien die traditionellen Milieus in Arbeitervierteln und Kleinstädten zurückzugewinnen, die bei der Europawahl aus Protest zu Hause geblieben sind. „Leute wollen Führungskraft", sagt ein Vertrauter des Kanzlers.

Bedingungslose Solidarität erwartet Schröder auch von Bundesgeschäftsführer Ottmar Schreiner. Tapfer präsentierte der Genosse mit dem traurigen Gesicht vergangene Woche seine drei Arbeitskommissionen zur Zukunft der Familie, der Arbeit und der Selbständigen. Wie praktisch: Mit der aktuellen Diskussion der sozialen Sicherungssysteme, dem strittigsten und sensibelsten Thema, beschäftigt sich in der Partei derzeit niemand.

Schreiner hat es gegenwärtig besonders schwer. Die verlorene Europawahl lasten ihm viele Sozialdemokraten an. Besonders peinlich wirkte auf Genossen das „Gurken"-Plakat der SPD, das nicht nur „völlig abstrakt" und „überheblich" gewesen sei, sondern auch in der Sache falsch gelegen habe: Es gebe, anders als suggeriert, überhaupt keine EU-Norm für die abgebildeten Gewürzgurken. Abschätziger Kommentar eines Funktionärs über Schreiners Wahlkampfteam: „Gurkentruppe".

Schröders Modernisierungskurs brachte die Truppe den beharrungsträchtigen Deutschen jedenfalls nicht nahe. Von 20 Millionen Wählern, die im September 1998 Schröder wählten, waren bei der Europawahl fast 12 Millionen verschwunden.

Schon die Bundestagswahl hatten Schröder und Oskar Lafontaine nur gewonnen, weil ein Großteil der Wähler die Zusagen für Jobs und soziale Sicherheit ernst nahm.

Aus einer Untersuchung der Freiburger Politologen Ulrich Eith und Gerd Mielke geht hervor, daß bei der Bundestagswahl „die Erwartungen an eine stärkere wohlfahrtsstaatliche Komponente eine bedeutsame Rolle spielten". Die Forscher kommen zu dem Schluß, „daß das Ausmaß der Staatsorientierung in der SPD-Wählerschaft von 1998 weitaus größer ist", als es die Kanzlerbegeisterung über die neue Mitte vermuten läßt. Schröder, der immer auflebt, wenn sein Untergang droht, ist entschlossen, die Leidensfähigkeit der Stammklientel weiter zu strapazieren. Schon in dieser Woche stehen wieder Chaostage auf dem Programm.

Gleich am Montag wird die Koalitionsrunde über das Reizthema Ökosteuer beraten. Mit Hilfe der neuen Umweltabgaben wollten die Koalitionäre endlich die Sozialast bei den Lohnkosten unter die magische 40-Prozent-Marke drücken – laut Koalitionsvertrag in drei Schritten.

Mindestens zwölf Milliarden Mark müßte Finanzminister Eichel dazu bei der für 2000 geplanten zweiten Ökosteuerstufe einsammeln. Vergangene Woche jedoch ließ der Bonner Kassenwart einer Arbeitsgruppe aus Ministerien und Koalitionsexperten ausrichten, er gedenke lediglich die Mineralölsteuer in drei Schritten um maximal je acht Pfennig anzuheben. Weil dies kaum reichen kann, fordern eifrige Parlamentarier schon Steuern auf Strom, Gas und Heizöl – der nächste Tritt für die Bürger.

Krach ist garantiert. Drückt Schröder die halbfertige Großreform noch vor der Sommerpause durch, droht Wirrwarr wie beim Zickzackkurs des 630-Mark-Gesetzes: „Dann bessern wir das ganze Sommerloch lang nach", fürchtet der grüne Haushälter Berninger. Warum eigentlich nicht, fragen Sozialexperten der SPD dagegen bissig. Kann die Fraktion nicht ganz andere 30 Milliarden Mark sparen?

Wie auch immer – der nächste Anfang kommt bestimmt.

Der Termin steht schon fest: der 6. September, wenn die Berliner Republik beginnt. Und wenn es da nicht klappt, ist da ja noch der 1. Januar des neuen Jahrtausends.

Horand Knaup, Jürgen Leinemann, Elisabeth Niejahr, Christian Reiermann, Ulrich Schäfer, Hajo Schumacher

Weidmann Riester BUNTE

Verschiebung à la Waigel

Bundesfinanzminister Hans Eichel hat seine Sparliste fertiggestellt. Jetzt muß er sie nur noch durchsetzen – vor allem gegen den Widerstand aus den eigenen Reihen.

Wieder hatte der Musterschüler ein Erfolgserlebnis. Am vergangenen Donnerstag präsentierte Finanzminister Hans Eichel (SPD) in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalens in Bonn die jüngste Fassung seiner Sparliste. Zu vertraulicher Sitzung hatte sich die Steuerungsgruppe Haushalt versammelt.

Stolz schaute Eichel in die Runde. Neben Arbeitsminister Walter Riester (SPD) beugten sich die Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Kerstin Müller und Rezzo Schlauch, sowie der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck und sein Vize Joachim Poß über das 22 Seiten starke Werk.

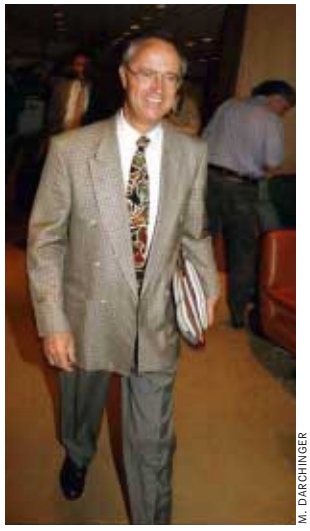
Es war vollbracht – fast jedenfalls. Das größte Sparpaket in der Geschichte der Republik lag auf dem Tisch. In einer vorläufigen Fassung zwar – letzte Feinheiten müssen bis Anfang dieser Woche geklärt werden –, doch dafür mit anspruchsvollem Titel: „Zukunftsprogramm 2000 bis 2003“. Was Eichel besonders freute: 275 Millionen Mark mehr als die geplanten 30 Milliarden Mark Sparvolumen waren zusammengekommen.

Die Freude währte nicht lange. Schon am Donnerstag zeichnete sich ab, welche Sprengkraft Eichels Liste besitzt. Viele Stunden stritten sich die Koalitionäre, hielten sich an Einzelheiten auf.

Die vergangene Woche hat dem Bonner Neuling klargemacht: Das Einsammeln der Sparbeiträge war erst die Ouvertüre. Das größte Hindernis steht ihm noch bevor: Sein Konzept muß er widerstrebenden Koalitionsfraktionen verkaufen. Schon am Freitag ereiferten sich SPD-Abgeordnete über Kopien der Streichliste.

Für strenggläubige Sozis, aber auch für Grüne, hält das Paket Zumutungen zuhauf bereit. Allein die Kürzungsvorschläge aus dem Hause Riester verstoßen gleich reihenweise gegen sozialdemokratische Grundüberzeugungen.

So will der Ex-Gewerkschafter 7,2 Milliarden Mark bei Langzeitarbeitslosen einsammeln. In diesem Ausmaß möchte Riester die Beiträge zusammenstreichen, die der Bund für Empfänger von Arbeitslosenhilfe an Renten-, Pflege- und Krankenversicherung überweist. Die Höhe der Beiträge errechnet sich bislang auf Grundlage von 80 Prozent des zuletzt verdienten Bruttolohns. Rechenbasis soll künftig aber die viel niedrigere Arbeitslosenhilfe sein.



M. DARCHINGER

Sparstratege Eichel

3,8 Milliarden Mark spart Riester, weil er die Renten nur um die Inflationsrate anheben will, was den Bundeszuschuß zur Rentenversicherung schont.

Schon beim ersten Posten, der Kürzung der Sozialbeiträge für Arbeitslose, meuterten die grünen Vertreter in der Steuerungsgruppe. Eichel verschiebe wie Vorvorgänger Theo Waigel Lasten vom Bund auf die Sozialkassen, schimpften sie. Allein den Krankenkassen nehme er 2,7 Milliarden Mark.

Das Defizit lasse die Kassenbeiträge steigen, was die Gesundheitsreform ihrer Parteikollegin Andrea Fischer unmöglich mache. Kurzum: Diesem Verschiebebahnhof könnten sie nicht zustimmen, revoltierten Müller und Schlauch.

Mit Hilfe einiger Beamter fand die Runde eine Lösung: Das Sterbegeld, eine Art Lohnfortzahlung für Hinterbliebene, soll ersatzlos gestrichen werden. Das spart den Krankenkassen

Rot-Grüner Rotstift

Auszüge aus den vorläufigen Sparplänen der Ressorts, in Millionen Mark

✓ Sparziel erreicht
✗ noch nicht erreicht

Gesamteinsparung ↓

Bundeskanzleramt ✗ — 190,1 (Sparziel: 217,6)

Einsparungen im Bereich Kultur und Medien (Staatsminister Naumann)	138,5
Verschiebung des Umzugs der Stiftung Wissenschaft und Politik nach Berlin	17,0
Einschränkung der Öffentlichkeitsarbeit	6,3
Kürzung der PR-Mittel für die Expo 2000	2,0

Bundespräsidialamt ✗ — 0,7 (Sparziel: 3,0)

Staatsbesuche des Bundespräsidenten	0,5
Deutsche Künstlerhilfe	0,2

Auswärtiges Amt ✓ — 270,4

Kürzungen bei der auswärtigen Kulturpolitik (u.a. Goethe-Institute)	43,5
Schließung von Botschaften und Konsulaten	19,9

Arbeitsministerium ✓ — 12 800

Beiträge des Bundes in die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung für Empfänger von Arbeitslosenhilfe werden reduziert	7200
Geringere Rentenerhöhung	3800
Originäre Arbeitslosenhilfe, beispielsweise für Referendare oder Zeitsoldaten, wird gesenkt	1000
Geringere Strukturanpassungshilfen für Ost-Unternehmen	800

Familienministerium ✓ — 879,8

Abbau von 30 000 Zivildienststellen	286,4
Geringere Rentenzuschüsse für Zivildienstleistende	274
Dienststellen müssen sich an der Abschiedsprämie für Zivildienstleistende beteiligen	57,2
Geringere Bundeszuschüsse für die Dienststellen der Zivildienstleistenden	44,0
Länder und Gemeinden sollen statt des Bundes einen Teil der Unterhaltszahlungen säumiger Väter übernehmen	218,0

Justizministerium ✗ — 54,3 (Sparziel: 68,1)

Höhere Patentgebühren und sonstige Entgelte	38

Vorläufige Fassung: Zukunftsprogramm 2000 bis 2003
(noch nicht in allen Positionen abgestimmt)

Kurzbeschreibung der Einsparmaßnahme	Finanzielle Auswirkungen in Mio. DM Haushaltsent- bzw. -belastung (-)			
	2000	2001	2002	2003
Bundesministerium der Finanzen				
Strukturveränderung in der Bundesfinanzverwaltung	-	50,0	250,0	400,0
Baumaßnahmen in der Bundesfinanzverwaltung	20,0	20,0	20,0	20,0
Zuschuß an die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein	30,0	50,0	70,0	90,0

1,4 Milliarden Mark. Nur Härtefälle sollen noch etwas Geld bekommen.

Für Aufregung dürften auch die Pläne von Familienministerin Christine Bergmann sorgen. Sie muß knapp 880 Millionen Mark sparen. Diese holt sie sich fast ausschließlich bei Zivildienstleistenden. 30 000 von jetzt 140 000 Stellen sollen wegfallen, die Dienstzeit soll von 13 auf 11 Monate sinken.

Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke will die Zuschüsse des Bundes zu Versicherungen der Landwirte kürzen: 392 Millionen Mark bei der Rente, 200 Millionen Mark bei der Krankenversicherung und 115 Millionen Mark bei der Unfallversicherung. Um 100 Millionen Mark wird die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz gekappt. Außerdem soll der demonstrationswütige Nährstand auf 50 Millionen Mark Steuervergünstigungen für Dieseltreibstoff verzichten.

Nach anfänglichem Zaudern beteiligt sich nun auch Außenminister Joschka Fischer an der Sparrunde. Er bringt 270 Millionen Mark bei. Die Folge: Rund 20 Konsulate und Botschaften, vor allem in Afrika, werden geschlossen oder müssen mit denen anderer Staaten zusammengelegt werden. Auch zahlreiche Goethe-Institute müssen dichtmachen.

Sein Plansoll verfehlt hat ausgerechnet das Bundeskanzleramt. Statt der geforderten 217 Millionen Mark kam es nur auf 190 Millionen. Trotzdem ließ Gerhard Schröder demonstrieren, wie ernst es ihm mit dem Konsolidieren ist. Das etatmäßig angeschlossene Bundespresseamt strich zwei Millionen Mark Zuschüsse für die Expo 2000 in Schröders Heimatstadt Hannover.

Auch das noch amtierende Staatsoberhaupt verschloß sich weitgehend dem Sparappell. Ruck-Präsident Roman Herzog sollte drei Millionen Mark liefern, brachte aber nur 700 000 Mark zusammen.

Zu welchen Taten ein notorischer Klassenprimus fähig ist, bewies Hans Eichel selbst. Sein Ministerium sparte 1,09 Milliarden Mark, fast doppelt soviel wie eingeplant. Bei sechs Ministerien, darunter Verteidigung und Verkehr, verzeichnet das „Zukunftsprogramm“ keine Details. Eine Standardanmerkung kündet in Beamtendeutsch von schwierigen Verhandlungen: „Erreichung der Einspargröße ist zugesagt. Abstimmung über titelscharfe Aufteilung ist noch nicht abgeschlossen.“

Eines ist trotzdem sicher: Dem Kabinett kann Eichel einen verfassungsgemäßen Haushalt vorlegen. Mit seinem Sparpaket drückt er die Neuverschuldung auf 49,5 Milliarden Mark, 4 Milliarden Mark weniger als in diesem Jahr. Zum erstenmal seit 1992 Jahren liegt sie damit wieder unter der 50-Milliarden-Marke. Mehr noch: Die Ausgaben des Bundes schrumpfen auf 476 Milliarden Mark im Jahr 2000, etwa 10 Milliarden Mark weniger als 1999.

Wenn alles bleibt. Denn nach dem Kabinettsbeschluß übernehmen die Haushälter der Fraktionen das Kommando. Und die sind, vor allem durch Eichels zögerliche Informationspolitik, aufgebracht. „Der kann doch von uns nicht erwarten, daß wir die Katze im Sack kaufen“, beschwert sich Grünen-Fraktionschefin Kerstin Müller. Der grüne Haushaltsexperte Matthias Berninger freut sich: „Jetzt sind wir am Zuge.“

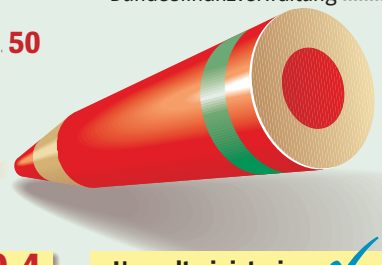
CHRISTIAN REIERMANN

Landwirtschaftsministerium ✓ 857,0

Weniger Zuschuß zur Altersversorgung der Landwirte	392
Einsparungen bei der Unfall und Krankenversicherung für Landwirte	315
Geringere Ausgaben für Küstenschutz und Umwelt	100
Abbau der Steuervergünstigung für Dieselkraftstoff	50

Finanzministerium ✓ 1090,5
übererfüllt, Sparziel: 565,0

Geringerer Zuschuß für die Treuhand-Nachfolgeorganisation BvS	915,3
Kein Rabatt mehr beim Verkauf von staatlichen Immobilien	60
Einsparungen beim Bau der Bundesfinanzverwaltung	20



DER SPIEGEL

Gesundheitsministerium ✓ 119,4

Streckung der Finanzhilfen für Pflegeeinrichtungen in den neuen Bundesländern	109,2

Umweltministerium ✓ 83,6

Einsparungen bei den Atommüllendlagern wegen der geänderten Atompolitik	63,7

✗ Die folgenden Ministerien haben die Ausarbeitung ihrer Sparpläne noch nicht abgeschlossen, laut Streichliste ist die „Erreichung der Einspargröße“ aber zugesagt.

	Sparziel
Verkehr	3528,1
Verteidigung	3435,9
Wirtschaft	1201,5
Forschung	1108,7
Entwicklungshilfe	576,5
Inneres	536,6

Kürzungen im Bereich der
Allgemeinen Finanzverwaltung ✓ 3507,0

Weniger Geld für Lohnsteigerungen und zusätzliche Stellen im Öffentlichen Dienst. So sollen beispielsweise Beamtengehälter und Pensionen im Jahr 2000 nur entsprechend der Inflationsrate steigen	2000

RENTEN

„Das gibt einen Aufschrei“

Die Rentenreform gerät zum Verwirrspiel. Versprochen waren niedrigere Sozialbeiträge, nun drohen neue Abgaben: Die Deutschen sollen stärker privat vorsorgen – und gleichzeitig für Lebensversicherungen Steuern zahlen.

Beim Rückflug von Berlin nach Bonn machte Gerhard Schröders Mann fürs Kulturelle seinem Ärger Luft. Aufgeregt wedelte Michael Naumann mit einer frisch erworbenen Sonntagszeitung und fragte die mitgereiste Gesundheitsministerin Andrea Fischer um Rat: „Jetzt geht es auch noch an die Lebensversicherungen“, berichtete er. „Wissen Sie da schon was Genaueres?“

Die grüne Ressortchefin mußte passen. Vermutlich werde nur ein kleiner Teil der Erträge besteuert, tröstete sie den Kulturstaatsminister. Für längst gezahlte Beiträge sei bestimmt ein Bestandsschutz vorgesehen. Aber Einzelheiten kenne sie leider nicht.

Was die beiden Minister irritierte, verwirrt seitdem das ganze Land. Wer künftig im Alter wieviel Geld aus der gesetzlichen Rentenkasse oder privaten Zusatzversorgungen bekommt, ist so unklar wie noch nie. Sinkt das Rentenniveau nur in den kommenden Jahren oder dauerhaft? Ist die private Zusatzversorgung künftig freiwillig oder Pflicht für jedermann? Müssen für die neue Zwangsvorsorge künftig auch noch höhere Steuern gezahlt werden, weil der Fiskus bei den Lebensversicherungen stärker zulangt?

M.-S. UNGER

Arbeitsminister Riester: *Da angekommen, wo seine Vorgänger gestrauchelt waren*

Ausgerechnet das Massenthema Altersversorgung, das ohnehin schnell Existenzängste bei Millionen auslöst, ist dem Schröder-Team entgleist. Wieder mal treffen die Steuerpläne eine klassische SPD-Klientel: 80 Prozent aller Arbeitnehmer haben eine private Lebensversicherung, in ganz Deutschland gibt es 85,1 Millionen Verträge. Für Walter Riesters ungeschickt lancierte Rentenpläne gilt wieder mal das Motto: Gut gemeint, doch schlecht gemacht.

Denn eigentlich hat Riester, 55, durchaus Mut bewiesen – etwa mit seinem Plan, die Renten in den kommenden zwei Jahren nur um die Inflationsrate steigen zu lassen. Der Darmstädter Ökonom und Riester-Berater Bert Rürup erwartet allein durch diese Radikalkur bis zum Jahr 2030 Einsparungen bei den Rentenkassen von etwa 100 Milliarden Mark (siehe Interview Seite 30).

Für die Lastenverteilung zwischen Jung und Alt bewirke das kurzfristig viel mehr als die Rentenreform von Riesters Amtsvorgänger Norbert Blüm – die war von den Sozialdemokraten im Wahlkampf noch als unsozial gegeißelt worden. Ein „fulminanter Beitrag zur Generationengerechtigkeit“ sei das, lobt Rürup.

Was sich Riester langfristig vorgenommen hat, entspricht vielem, was Experten in unzähligen Kommissionen und Gutachten stets gefordert haben: Das alte Umlagesystem, bei dem die jeweils junge Generation für die Alten sorgt, soll ergänzt werden; die private Vorsorge, ob durch Aktien, Immobilien oder Lebensversicherungen, soll steigen. Riesters Konzept ist zwar nur ein vorsichtiger Schritt in diese Richtung, doch für die meisten SPD-Parlamentarier bedeutet schon das eine kleine Revolution.

„Bei der Verlagerung auf private Vorsorge verschieben sich still und leise die Lasten von der Wirtschaft zu den Arbeitnehmern – schließlich ist bei der Lebensversicherung kein Arbeitgeberbeitrag fällig“, empört sich selbst der wirtschaftsnahe Fraktionsvize Ernst Schwanhold. IG-Metall-Chef Klaus Zwickel sieht in Riesters Plan ohnehin eine gigantische „Umverteilungsmaschine zugunsten der Arbeitgeber“.

Riesters besonderes Anliegen war stets, außerdem die steigende Zahl von Job-Hoppern, Teilzeitkräften und Langzeitarbeitslosen mit Steuermitteln abzusichern. „Ein größerer Teil der Sozialsysteme muß aus der zu engen Kopplung an die Erwerbsarbeit heraus“, findet er seit langem. So eine Grundsicherung ist nun vorgesehen. Nach einem vergangene Woche erstellten sechsseitigen Vermerk des Arbeitsministeriums soll sie ungefähr so hoch sein wie die Sozialhilfe.

Doch anders als bei der Fürsorge können die Ämter das ausgezahlte Geld nicht bei unterhaltspflichtigen Kindern eintreiben – damit soll den Alten geholfen werden, die aus Rücksicht auf ihre Angehörigen lieber auf Unterhalt verzichten.

Außerdem werde den Beziehern „der Weg zum Sozialamt erspart: Die soziale Grundsicherung wird von den Rentenversicherungsträgern durchgeführt“, heißt

F. HELLER / ARGUM

Reformopfer Rentner
Zwei Jahre lang nur Inflationsausgleich

Wie hoch ist die Rente?

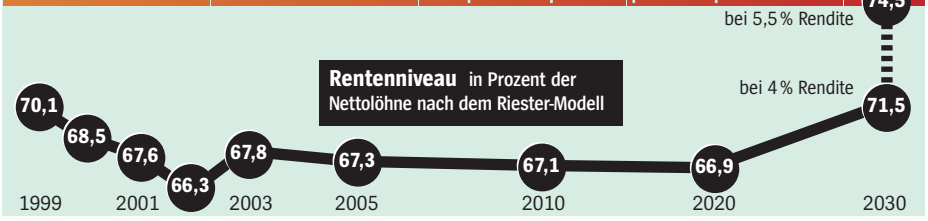
Monatliche Standardrente* in Mark

*eines Rentners, der 45 Jahre lang ein durchschnittliches Einkommen hatte (derzeit ca. 4400 Mark brutto)

	1999	2000	2001	2030
UMLAGESYSTEM geltendes Recht: Die arbeitende Generation finanziert die Renten auf einem konstanten Niveau von 70 % der Nettolöhne	2170	2250	2320	4950
BLÜMSCHE RENTENREFORM Das Rentenniveau wird allmählich von 70 % auf 64 % des Nettolohns abgesenkt, weil die Lebenserwartung steigt (demographischer Faktor)	2170	2230	2290	4650
RIESTER-MODELL In den Jahren 2000 und 2001 werden die Renten nur um die Inflationsrate erhöht. Das Rentenniveau sinkt auf etwa 67 % der Nettolöhne. Ab 2003 wird eine private Zusatzversorgung aufgebaut	2170	2185	2220	Rente mit Rendite für zusätzliche Kapitalanlagen (z. B. Pensionsfonds) **5100** bei 5,5 % Rendite **4950** bei 4 % Rendite

Für alle Modelle gilt: eine jährliche Entgeltsteigerung von 3 % und geringer Beschäftigungsanstieg bis 2010

DER SPIEGEL



es in dem Papier. Finanziert wird sie zum Teil durch Ökosteuern, die Kosten trägt der Bund.

Eine ähnliche Kombination von privater Vorsorge, steuerfinanzierter Grundsicherung und Betriebsrenten hat sich in Nachbarländern schon bewährt. Vom „Cappuccino-Prinzip“ sprechen die Holländer: Kaffee für alle, Sahne für die beschäftigten Beitragszahler, den Kakao obendrauf zahlt jeder selbst.

Ein Umbau des deutschen Systems war von SPD und Grünen eigentlich als großer Wurf geplant. „Zukunftsfest und armutssicher“ müsse die Rente werden, verkündete Riester schon im Wahlkampf regelmäßig. Seit Monaten beriet der Minister mit Fraktionsexperten und Wissenschaftlern in zwei streng geheimen Zirkeln über ein geeignetes Konzept.

Erst mit den Kürzungsplänen von Finanzminister Hans Eichel kam Riesters Renten-GAU. Um das Sparziel zu erreichen, waren Abstriche für die Jahre 2000 und 2001 fällig. Als die Kritik daran vor der Europawahl immer heftiger wurde, entschloß sich Riester Ende vorvergangener Woche zur Flucht nach vorn: Die geplante Aussetzung der Rentenerhöhung sollte gemeinsam mit Wohltaten wie der geplanten Grundsicherung verkündet werden. Riester ließ seine Pläne durchsickern, von da an nahm das Verhängnis seinen Lauf.

Für Irritationen sorgt nun vor allem ein absurder Widerspruch zwischen Riesters Rentenkonzept und Eichels Haushaltsplänen. Was der Staat auf der einen Seite den Beitragszahlern gibt, will er den Steuerzahlern gleichzeitig wieder nehmen. „Das paßt beides nicht zusammen“, bekennt selbst Riesters Parlamentarische Staatssekretärin Ulrike Mascher.

Während der Minister die Arbeitnehmer dazu zwingen will, künftig neben der staatlichen Rente auch mit Lebensversicherungen fürs Alter vorzusorgen, hat Eichel auf der Suche nach Einnahmequellen für seine Steuerreform genau diese Versicherungen entdeckt.

Die würde, so hat Eichel festgestellt, gegenüber anderen Geldanlageformen steuerlich begünstigt: Für Sparguthaben ist die Zinsertragsteuer fällig, Aktienbesitzer zahlen Steuern für die Dividenden. Zwar existieren diese Vorteile vor allem auf dem Papier – schließlich langt der Fiskus etwa bei den weitaus höheren Kursgewinnen von Aktien ebenfalls nicht zu –, doch das stört Eichel nicht.

Er will die Steuerpflicht für die Police einführen, und das nicht nur für neue Abschlüsse, sondern auch bei den 85 Millionen schon bestehenden Verträgen. „Die Lebensversicherung ist eine der größten Steueroasen“, begründet Eichel seine Begehrlichkeit.

Besteuern will der Finanzminister künftig die Zinserträge, die der Versicherte für sein angespartes Kapital bekommt. Davon verspricht er sich Einnahmen von sieben

Was muß eingezahlt werden?

Monatlicher Arbeitnehmeranteil für eine Standardrente in Mark

		2000	2010	2020	2030
UMLAGESYSTEM geltendes Recht		444	661	967	1493
RIESTER-MODELL	Beiträge für die Rente in Prozent des Bruttolohns	428 9,4 %	582 9,5 %	823 10,0 %	1272 11,5 %
	Beiträge für die Kapitalanlage	–	+153	+206	+276
	Gesamtbetrag	=428	=735	=1029	=1548

DER SPIEGEL

„Jedes System hat Risiken“

Der Rentenexperte und Wirtschaftswissenschaftler Bert Rürup über die Bonner Reformideen

SPIEGEL: Schaffen die neuen Bonner Rentenpläne mehr Gerechtigkeit zwischen Alten und Jungen?

Rürup: Wenn die heutigen Rentner in den kommenden zwei Jahren tatsächlich nur einen Inflationsausgleich bekommen, hat das auf Dauer durchschlagende Wirkung. Denn damit würde das Rentenniveau von heute 70 Prozent der Nettolöhne auf etwa 66 Prozent abgesenkt. Die Rentenkasse spart damit bis zum Jahr 2030 Ausgaben von etwa 100 Milliarden Mark, die Beiträge können zunächst sinken und langfristig stabil bleiben. Die alte Kohl-Regierung hatte mit ihrer Rentenreform das gleiche Ziel, hätte es aber bei höheren Beitragssätzen erst im Jahr 2015 erreicht.

SPIEGEL: Was verbessert sich für die Beitragszahler, wenn gleichzeitig neue Zwangsabgaben für die private Vorsorge eingeführt werden?

Rürup: Wer sowieso schon eine Lebensversicherung oder eine Betriebsrente hat, zahlt auf jeden Fall weniger, weil seine private Vorsorge angerechnet wird. Alle anderen bekommen für ihr Geld immerhin eine bessere Versorgung als im bisherigen System. Schließlich werden die Renditen bei fast allen privaten Anlageformen in den kommenden Jahren besser sein als im alten Umlagesystem.

SPIEGEL: Sie selbst hatten für die alte Regierung eine Rentenformel mit einem sogenannten demographischen Faktor entwickelt, der das Rentenniveau allmählich gesenkt hätte. Wäre ein langsamer Umstieg nicht doch besser gewesen?

Rürup: Riester hat sich für eine Schocktherapie entschieden, die das Vertrauen vieler Rentner nachhaltig erschüttern wird. Die Aussetzung der Rentenerhöhung ist eine Notbremse, ein sozialpolitischer Offenbarungseid. Der politische Schaden ist groß. Die Radikalkur hat allerdings einen entscheidenden Vorteil: Die Generation der heutigen Rentner wird stärker in die Pflicht genommen als bei der Rentenformel der alten Regierung. Riesters Plan trifft genau die Jahrgänge, die auch im bisherigen Rentensystem noch vergleichsweise gute Renditen erzielen und denen deshalb auch mehr Solidarität mit den Jungen abverlangt werden kann.

T. WEGNER / LAIF

Ökonom Rürup: *„Der politische Schaden ist groß“*

SPIEGEL: Die geplanten Abstriche bei der Rentenerhöhung sind keine Strukturreform, das Problem der Überalterung der Gesellschaft wird nicht dauerhaft angepackt. Brauchen wir nicht bald zusätzlich eine Rentenformel, die den Anstieg der Lebenserwartung berücksichtigt?

Rürup: Das schließe ich für die Zeit nach 2015 nicht aus. In den Folgejahren werden wir das größte Ungleichgewicht zwischen Alten und Jungen haben. Die Belastung der Beitragszahler durch Renten und Pensionen wird auf jeden Fall zunehmen. Nach neuen Bevölkerungsprognosen, die im Herbst vorgestellt werden, fällt der Anstieg der Lebenserwartung noch viel deutlicher aus, als bisher angenommen wurde.

SPIEGEL: Ist es nicht widersinnig, einerseits Millionen von Beitragszahlern in die private Vorsorge zu zwingen und gleichzeitig Lebensversicherungen massiv zu besteuern?

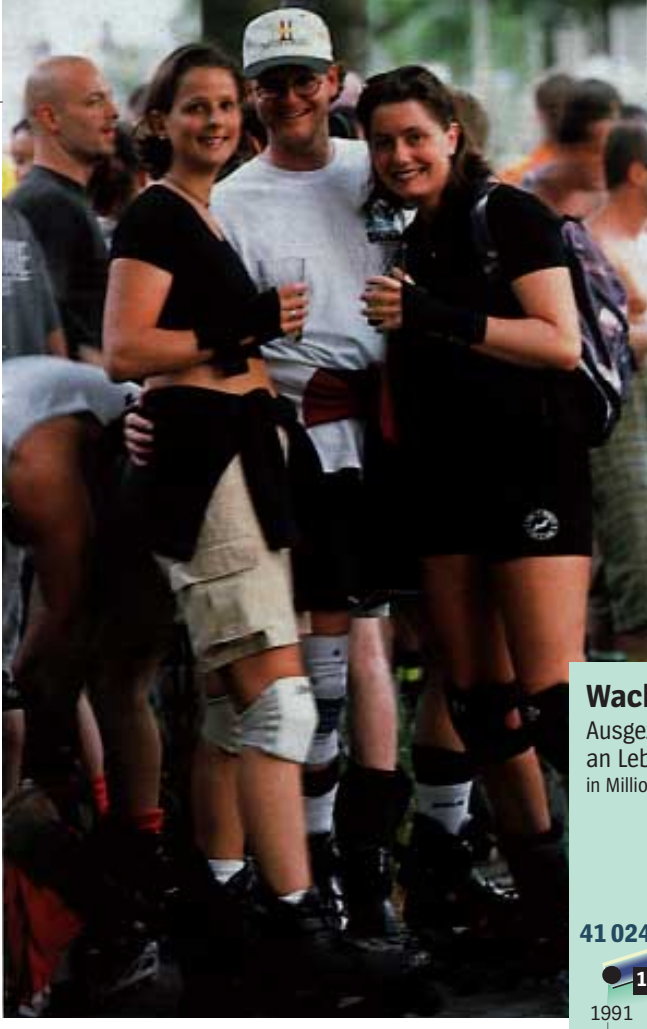
Rürup: Der Zeitpunkt war denkbar ungünstig. Bei Lebensversicherungen muß unterschieden werden, ob sie wirklich zur Altersvorsorge dienen oder nur als Kapitalanlage oder Sicherheit gedacht sind. Im zweiten Fall gibt es keinen Grund für eine steuerliche Freistellung der Erträge.

SPIEGEL: In der Praxis dürfte es schwierig sein, beides zu unterscheiden. Was ist mit demjenigen, der sich von seiner ausgezahlten Lebensversicherung ein Haus kauft und damit fürs Alter vorsorgt?

Rürup: Der Gesetzgeber sollte danach urteilen, ob dieser Betrag nach Erreichen des Rentenalters ausgezahlt wird, und nur dann einen Steuerrabatt gewähren. Am besten wäre es aber, sämtliche Vorsorgeleistungen für das Alter in der Einzahlphase freizustellen und dafür erst bei der Auszahlung zu besteuern. Dann würden sich auch in Deutschland echte Pensionsfonds wie in Großbritannien oder den Vereinigten Staaten entwickeln, und wir hätten bei der Altersvorsorge ein echtes Drei-Säulen-Modell.

SPIEGEL: Nachbarländer wie die Schweiz oder die Niederlande haben solch ein System längst. Warum tun die Deutschen sich mit der Rentendebatte so schwer?

Rürup: Es hat sich noch nicht herumgesprochen, daß jedes System der Alterssicherung Risiken hat und es deshalb am sinnvollsten ist, verschiedene Modelle zu kombinieren. Ein ausschließlich kapitalgedecktes System ist zum Beispiel zu anfällig für die Schwankungen der Weltfinanzmärkte. Mir erscheint eine Mischung von etwa 60 Prozent Umlagefinanzierung und 40 Prozent Kapitaldeckung am attraktivsten. Davon ist die Bundesrepublik noch ein Stück entfernt.



T. WEGNER / LAIF

Teenager-Clique
In Zukunft geringere Sozialabgaben

Milliarden Mark, mit denen er eine Absenkung der Steuersätze für Unternehmen finanzieren will.

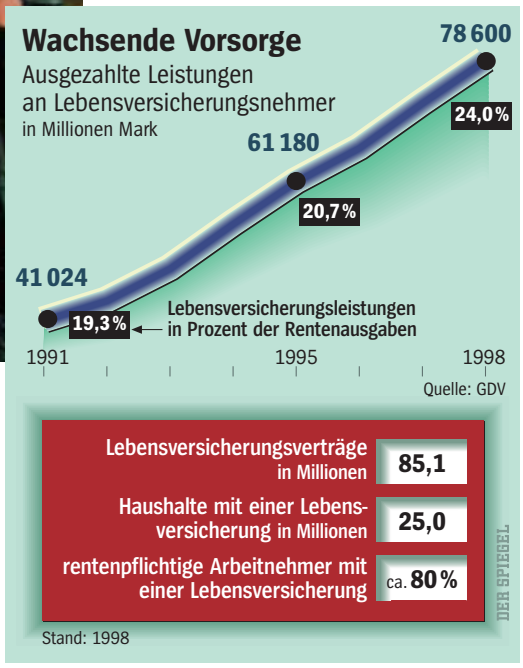
Das Vorhaben ist nicht ohne Tücken, denn Eichels Beamte haben sich ein kompliziertes und bürokratisches Verfahren ausgedacht. Von der Steuer verschont bleiben danach auch weiterhin Lebensversicherungen, die im Alter eine monatliche Rentenzahlung begründen.

Wird jedoch die Lebensversicherung auf einen Schlag ausgezahlt, greift der Fiskus zu. Die Begründung: Mit der Einmalzahlung finanzierten viele Rentner nur ein neues Auto oder eine Weltreise. Mithin diene die Versicherung nicht der Altersvorsorge, sie sei also auch nicht steuerlich zu begünstigen.

Doch keine Regel ohne Ausnahme: Bezahlt der Versicherte mit dem Betrag sein Eigenheim ab, soll auch diese Police steuerfrei sein. Das Beispiel offenbart die verwaltungstechnische Herausforderung des Vorschlags. Muß sich der Versicherte gleich bei Vertragsabschluß verpflichten, im Fall der Einmalzahlung seine Eigenheimschulden zu tilgen? Oder bekommt er nachträglich die über die Laufzeit bezahlte Steuer vom Finanzamt zurückerstattet?

Die geplanten Abgaben für die Einmalzahlung verraten zudem eine sehr kurzfristige Sicht. Längst gehen auch die meisten Sozialdemokraten davon aus, daß die staatliche Rentenversicherung die künftigen Ruheständler nicht mehr so üppig mit Altersgeld versorgen kann wie heute. Nach dieser Logik können es sich die meisten Rentner der Zukunft ohnehin nicht mehr leisten, mit dem Auszahlungsbetrag ihrer Lebensversicherung eine Kreuzfahrt zu buchen.

Zur Ehrenrettung führen die Finanzministerialen an, die Regierung Kohl habe in ihrem Petersberger Steuerkonzept auch vorgehabt, Kapitalerträge von Lebensversicherungen zu belasten. Dabei verschweigen sie einen feinen, aber folgenreichen Unterschied: Eichels Vorvorgänger Theo Waigel wollte sich mit einem Steuersatz von 10 Prozent begnügen, Eichel fordert 25 Prozent.



Damit nicht genug: Diese Quellensteuer auf die Police soll nur ein Abschlag, also eine Vorauszahlung, sein. Bei der Einkommensteuererklärung wird der Versicherte dann richtig zur Kasse gebeten. Dann gilt der persönliche Steuersatz, der in vielen Fällen über 25 Prozent liegen dürfte.

Auf die Versicherungsunternehmen kommt mit der geplanten Neuregelung erheblicher Verwaltungsaufwand zu. Für jede Police müssen sie künftig jährlich den Sparbeitrag ausweisen und ihren Kunden die Höhe der Zinserträge zur Vorlage beim Finanzamt quittieren. „Das gibt einen Aufschrei in der Branche“, prophezeit ein Ministerialer.

Weitere komplizierte Vorgaben sollen folgen. Im Arbeitsministerium, das verabredeten die Koalitionäre Ende vergangener Woche, soll eine Liste darüber erstellt werden, welche Policen als Instrument der neuen Zwangsvorsorge gelten. Ein Akt der Willkür bahnt sich an. Warum wäre etwa die Police über 100 000 Mark akzeptabel und die über 80 000 Mark nicht? Viele weitere Fragen sind noch ungeklärt: Was passiert etwa mit denen, die große Vermögen erben? Sollen sie trotz ihrer Reichtümer in das Zwangssystem gepreßt werden?

Auch das Rentenkonzept enthält noch viele Ungereimtheiten. So erwartet der Sozialbeirats-Vorsitzende und Bremer Ökonomie-Professor Winfried Schmähl, daß die Rentenausgaben schon bald viel schneller wieder steigen werden, als es in Riesters Konzept vorgesehen ist.

Die absehbare Verlagerung von direkten Steuern auf Lohn und Einkommen hin zu indirekten Abgaben wie Öko- und Mehrwertsteuer wirke sich auf die Rentenkassen aus: Die tatsächliche Abgabenlast bleibt dadurch zwar vermutlich gleich, doch pro forma steigen die Nettolöhne automatisch – und damit auch die Renten, die dieser Entwicklung folgen.

Fragwürdig ist auch der Bonner Plan, die Renten für Arbeitslose abzusenken. Der Bund soll künftig Rentenbeiträge nur noch für weniger als die bisherigen 80 Prozent der letzten Bruttolöhne zahlen – entsprechend niedriger fallen später die Alterseinkommen aus. „Da schafft die Bundesregierung erst die Altersarmut, die sie eigentlich bekämpfen will“, warnt Andreas Storm, Rentenexperte der Union.

Für Riester ist das allgemeine Kuddelmuddel auch deshalb bitter, weil Teamarbeit für ihn vor der Wahl ein ernstes Anliegen war. „Ich wünsche mir, daß man in der neuen Regierung gemeinsam nachdenkt – und gemeinsam entscheidet“, erklärte er damals im SPIEGEL-Interview. In der Kohl-Ära seien zu oft „die Steuerthemen isoliert von den sozialpolitischen Fragen diskutiert worden“.

Nach neun Monaten ist Riester nun genau da angekommen, wo seine Vorgänger gestrauchelt waren. Schon wird allerorten über seinen Rücktritt spekuliert, als Nachfolger gilt unter anderen der Chemie-Gewerkschafter Hubertus Schmoldt.

Das Verhältnis zum Kanzler ist nach dem Gerangel um 630-Mark-Jobs und Scheinselbständigkeit strapaziert, in der SPD-Fraktion sorgt das Rentenkonzept für Mißfallen, die meisten Gewerkschafter betrachten den früheren IG-Metall-Vize nicht mehr als Bündnispartner. Beim Besuch der Gewerkschaft Holz und Kunststoff ergatterte er vergangenen Freitag nur Höflichkeitsapplaus. Resigniert offenbarte der Arbeitsminister, er habe bei den Streitereien über die Arbeitsmarktgesetze zwar „gestanden“, aber er habe „das Gefühl, daß nicht mehr viele neben mir stehen“.

Elisabeth Niejahr, Christian Reiermann

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Es gab nie eine Alternative“

Außenminister Joschka Fischer über die Lehren aus dem Kosovo-Krieg

M. DARCHINGER

Grünen-Politiker Fischer: *„Debatten über Krieg und Frieden sind immer hoch moralisch“*

SPIEGEL: Herr Fischer, auf Ihrem Stuhl saß vor Jahren der Friedensnobelpreisträger Willy Brandt. Jetzt haben Sie einen Krieg, den ersten seit 1945, mitzuverantworten. Ist Brandt für Sie noch ein Vorbild?

Fischer: Willy Brandt? Seine Wahlveranstaltung 1965 war die erste, die ich überhaupt besuchte. Damals wurde ihm noch vorgeworfen, er habe eine fremde Uniform getragen. Er war in seiner Jugend ein revolutionärer demokratischer Sozialist. Er war kein Pazifist. Er war bereit, für Freiheit und Gerechtigkeit und gegen Faschismus zu kämpfen. Sein Vermächtnis ist eine visionäre Friedenspolitik. Dafür hat er gekämpft im wahrsten Sinne des Wortes.

SPIEGEL: Und der Krieg im Kosovo ist die Fortsetzung seiner Friedenspolitik?

Fischer: Nein, das wäre zu platt. Ich sage nur, wenn politische Gewalttäter den Frieden in Frage stellen, wird die Demokratie als Ultima ratio letztendlich kämpfen müssen.

SPIEGEL: Hat Sie dieser Krieg verändert?

Fischer: Ich denke, er hat alle Beteiligten verändert. Es ging um Entscheidungen über Leben und Tod.

SPIEGEL: Haben Sie Schuldgefühle?

Fischer: Jeder von uns fragte sich ständig: Ist das richtig, was wir tun? Aber obwohl es mir zunehmend schwerer fiel, täglich die vielen kritischen Zeitungskommentare zu lesen, sehe ich keine Situation, in der ich falsch entschieden hätte. Am deprimierendsten war für mich der Tag, als mir klar wurde, daß wir es nicht schaffen würden, allein mit diplomatischen Mitteln die Kosovo-Krise zu lösen.

SPIEGEL: Die Debatte um die Legitimation des Krieges haben Sie hoch moralisch geführt: „Nie wieder Auschwitz.“ Mußten Sie innere Zweifel übertönen, ob es ein gerechter Krieg ist?

Fischer: Hoch moralisch sind die Debatten um Krieg und Frieden immer geführt worden, so zum Beispiel über die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg. Auch die Debatte um den Kolonialkrieg in Vietnam war hoch moralisch. Jahrzehnte später erst haben Verantwortliche der USA den furchtbaren Irrtum erkannt.

SPIEGEL: Gerade Linke haben den Verdacht, das Moralische werde zu durchsichtigen Zwecken überstrapaziert.

Fischer: Mich stimmt es äußerst skeptisch, wenn ausgerechnet Linke eine prinzipienorientierte Politik als eine Art Tabubruch hinstellen. „Nie wieder Auschwitz“ heißt heute „Wehret den Anfängen“. Gemeinsam mit „Nie wieder Krieg“ sind dies die drei konstitutiven Prinzipien meiner politischen Biographie. Das war schon so, als 1966 mit den ersten Erfolgen der NPD die Geister der Vergangenheit wieder wach wurden. Wir haben bei den Anschlägen auf Flüchtlinge und türkische Mitbürgerinnen und Mitbürger auch immer historisch und moralisch argumentiert.

SPIEGEL: Auch die Terroristen der RAF haben ihre Aktionen historisch und moralisch gerechtfertigt. Ein unpassender Vergleich?

Fischer: Die wurden aus Gründen des Antifaschismus zur Kopie der Faschisten, am schlimmsten symbolisiert in dem Brief, der nach der Ermordung Schleyers veröffentlicht wurde: Da zeigte sich dieselbe Genickschußmentalität, die sie bei den Nazis der Elterngeneration kritisierten.

SPIEGEL: Hätten Sie in der Opposition den Krieg gegen Milošević genauso leidenschaftlich gerechtfertigt?

Fischer: Das Massaker in Srebreniça, 1995, war der Wendepunkt. Damals waren wir noch in der Opposition. Nach der blutigen Erfahrung von vier Balkankriegen bin ich überzeugt: Milošević wird nicht aufhören, wenn man ihn nicht stoppt.

SPIEGEL: Wenn die Amerikaner nicht so gedrängt hätten, wären Sie vorangegangen?

Fischer: Wir sind eher in eine Situation hineingekommen, die wir nur noch bedingt beeinflussen konnten. Manches spricht dafür, daß unter einer anderen Regierung der Krieg früher losgegangen wäre.

SPIEGEL: Unter Helmut Kohl? Ihn hat doch der Zweite Weltkrieg geprägt.

Fischer: Na ja, es war nicht Kohl, der in diesen Fragen das Sagen hatte.

SPIEGEL: Sie meinen eher den damaligen Verteidigungsminister Volker Rühe?

Fischer: Er hat ja sehr früh für ein militärisches Eingreifen plädiert …

SPIEGEL: … und sich dann außerordentlich skeptisch geäußert.
Fischer: Von solchen Wandlungen eines Oppositionspolitikers halte ich nicht sehr viel.
SPIEGEL: Eine Grundfrage lautet: Darf denn die Nato anderen Völkern westliche Werte mit Gewalt aufzwingen?
Fischer: Menschenrechte, sind das denn nur westliche Werte?
SPIEGEL: So wird das von manchen Staaten empfunden.
Fischer: Was unterschreiben eigentlich die Länder, wenn sie der Uno beitreten? Die Uno-Charta ist für mich kein westlicher Wert. Wenn ein Massenmord am eigenen Volk verhindert werden soll, wie in Kambodscha, wenn das Mittel der Vertreibung eines ganzen Volkes zur Korrektur politischer Landkarten führt, dann geht es um elementare Werte. Wie sollen denn sechs Milliarden Menschen friedlich miteinander leben, ohne ein allseits akzeptiertes Wertefundament?
SPIEGEL: Nach dem Eingreifen der Nato scheint ein Zusammenleben von Albanern und Serben nur schwer vorstellbar.
Fischer: Man mußte doch eine Abwägung vornehmen. Praktisch herrschte im Kosovo seit der Aufhebung des Autonomie-Status ein Apartheid-Regime. Das hat die westeuropäische Linke nie oder kaum zur Kenntnis genommen.
SPIEGEL: Während des Krieges kamen Ihnen auch keine Zweifel angesichts der zivilen Opfer und der Schäden für das Land?
Fischer: Nein, ich war mir immer sicher: Europa kann nicht akzeptieren, daß Milošević siegt, mit fatalen Folgen auch für die Nachbarländer. Viele unschuldige Opfer sind zu beklagen, aber die Verantwortung liegt bei Milošević.
SPIEGEL: Die Nato hat gebombt, das Land verwüstet und Zivilbevölkerung getroffen.
Fischer: Das ist eine wirklich merkwürdige Argumentation. Milošević trägt die Verantwortung dafür, daß allein in Bosnien über 200 000 Menschen in Massengräbern liegen; und gerade werden im Kosovo neue Opfer ausgegraben. In Kriegen sind immer auch Unschuldige die Opfer. Die Bomben der Alliierten haben vor allem die deutsche Zivilbevölkerung getroffen, nicht aber Hitler und die braune Kamarilla. Eine ähnliche Situation haben wir jetzt wieder erlebt.
SPIEGEL: Hätte die Nato diese Bombardements noch lange durchhalten können?
Fischer: Es wurde zunehmend schwieriger. Aber es war eine große Fehlkalkulation: Milošević hat die Entschlossenheit und Geschlossenheit des Westens unterschätzt.
SPIEGEL: Die Zustimmung in der Bevölkerung drohte abzubröckeln?
Fischer: Eben nicht. Es gab nie wirklich eine Alternative, selbst für die nicht, die diesen Krieg heftig kritisiert haben – wenn sie wirklich die Konsequenzen des Nachgebens bedacht hätten.
SPIEGEL: Gehört also der Krieg wieder zum Repertoire in der deutschen Außenpolitik?
Fischer: Im Gegenteil, aber jeder, der auf eine Politik der ethnischen Kriegsführung setzt, wird sich das in Zukunft doppelt und dreifach überlegen. Wir haben den Krieg mit einer Mischung von Militärschlägen aus der Luft, politischer und moralischer Entschlossenheit und letztlich auch der Klugheit und Intelligenz der Diplomatie gewonnen. Aber solche Konstellationen lassen sich nicht beliebig wiederholen. Prävention muß die Zukunft bestimmen.
SPIEGEL: Der Krieg sollte Testfall sein für eine neue Nato-Strategie, so die Befürchtung, die Intervention ohne Uno-Mandat.
Fischer: Wenn Sie sich das Ergebnis anschauen, sehe ich eher eine Revitalisierung der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrats. Jetzt geht es darum, diese Debatte voranzubringen. Denn ich halte die Vereinten Nationen im Hinblick auf eine multilateral orientierte Politik im 21. Jahrhundert für unverzichtbar.
SPIEGEL: War die Zugehörigkeit zur gleichen Generation ein verbindendes Element zwischen den europäischen Politikern?
Fischer: Die spielte sicher eine Rolle, aber sie ist nicht entscheidend gewesen. Für uns alle gemeinsam war, nicht wieder einen aggressiven Großnationalismus, wie wir ihn aus den zwanziger und dreißiger Jahren kennen, gewähren zu lassen. Wir haben zunächst versucht, diese Notwendigkeit von uns wegzuschieben, was nicht alle verstanden haben. Ich habe noch ein Gespräch mit dem israelischen Ministerpräsidenten Rabin in Erinnerung: Er konnte damals nicht begreifen, daß die Europäer dem Morden in Bosnien nicht entschlossen Einhalt geboten.
SPIEGEL: Sie haben während der Krise ununterbrochen mit Ihren Kollegen telefoniert, haben sich immer wieder getroffen. Ist dabei so eine Art Klassenkameradschaft entstanden?
Fischer: Das politische und persönliche Verhältnis zu den Kollegen war schon sehr eng, und da beziehe ich den von mir sehr geschätzten russischen Kollegen Iwanow voll mit ein. Vielleicht wird es die Historiker künftig interessieren: Zum erstenmal haben wir eine ständige Telefonkonferenz eingerichtet. So gelang die Feinabstimmung der Politik. Das Bündnis hat so zusammengehalten, auch wenn es oft Phasen gab, wo man deprimiert den Hörer aufgelegt hat.
SPIEGEL: Wann war das?
Fischer: Wir haben fast zweieinhalb Stunden miteinander telefoniert, als die Frie-

F. HORVAT / SABA

Mazedonien-Besucher Fischer*: *„Kein Rückfall in militärisch gestützte Machtpolitik“*

* Anfang Juni mit Brigadegeneral Fritz von Korff und Verteidigungsstaatssekretär Walter Kolbow in einem Flüchtlingslager für Kosovo-Albaner.

AP

P. BRENNEKEN / IMAGO

REUTERS

Außenminister Fischer*: *„Wenn politische Gewalttäter den Frieden in Frage stellen, muß die Demokratie kämpfen“*

densinitiative Tschernomyrdins zum erstenmal angelaufen ist. Das endete zunächst frustrierend. Aber am nächsten Tag ging es plötzlich voran, bis sich die G-8-Staaten in Köln auf den Text einer Sicherheitsratsresolution verständigen konnten.

SPIEGEL: Haben sich durch den Krieg die Gewichte im Verhältnis der Europäer zu den Amerikanern geändert?

Fischer: Die USA sind eine Gewichtsklasse für sich, ein Super-Schwergewicht. Die Europäer sind dabei, aus verschiedenen leichteren Klassen allmählich ein oberes Mittelgewicht zu formen. Das wird die entscheidende Herausforderung der nächsten Jahre für die EU sein.

SPIEGEL: Ist Rußland aus dem Abseits in die europäische Politik zurückgekehrt?

Fischer: Rußland ist ebenfalls eine eigene Gewichtsklasse, wenn auch anderer Art als die USA. Letztlich ist der diplomatische Erfolg aus der Dreieckskonstellation entstanden, dem Zusammenwirken von USA, Rußland und Europa.

SPIEGEL: Aber einen deutschen Prestige-Gewinn haben Sie doch sicher zufrieden zur Kenntnis genommen?

Fischer: Ich habe der amerikanischen Außenministerin Albright immer gesagt: Madeleine, ich lege auf Prestige keinen Wert. Ich werde der erste und der lauteste sein, der „Hurra“ ruft und „in dulci jubilo“ singt, wenn ihr das hinkriegt. Zu unserem eigenen Erstaunen und zum Erstaunen unserer Nachbarn hat eine rot-grüne Regierung einen Beitrag im Bündnis geleistet. Vielleicht symbolisiert das mehr die Veränderung als vieles andere.

SPIEGEL: Haben die Grünen ihren Frieden mit Nato und Bundeswehr geschlossen?

Fischer: Ich schildere Ihnen dazu einmal, was am Karfreitag, einem der dramatischsten Tage, geschehen ist. Eine Welle der Vertriebenen drohte Mazedonien zu überrollen und zu destabilisieren. Nachts um halb zwölf teilte mir der mazedonische Kollege mit, daß unsere Militärs die Kasernen räumen sollten, um dort Flüchtlinge unterzubringen, daß die Grenzen geschlossen werden sollten. Das Militär, auch und gerade die Bundeswehr, hat dann für die Flüchtlinge Lager gebaut und allein ein Desaster verhindert. Ich denke, das Beispiel zeigt, daß wir Grünen die deutsche Beteiligung nicht als nationalen Rückfall in militärisch gestützte Machtpolitik sehen können.

SPIEGEL: Erwarten Sie, daß die Entschlossenheit des Westens eine abschreckende Wirkung hat?

Fischer: Ich hoffe, es ist der letzte Krieg in Europa gewesen. Das ist nicht nur einfach so dahingesagt. Es war kein Krieg, um alle Kriege überflüssig zu machen. Aber ich hoffe, daß der Nationalismus in Europa am Ende ist, daß jetzt überall auf unserem Kontinent sich das Europa der Integration durchsetzt. Dabei müssen wir dann unsere Verantwortung wahrnehmen, und zwar nicht pfennigfuchserisch. Mit dem Stabilitätspakt wollen wir dem gerecht werden.

SPIEGEL: Im Kosovo wurde also eine Art europäischer Einigungskrieg geführt?

Fischer: Der Begriff ist irreführend, weil der Eindruck entsteht, der Krieg sei für die europäische Einigung geführt worden. Das war nicht der Fall. Aber schauen Sie sich die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts an: Als Konsequenz aus den beiden selbstzerstörerischen Weltkriegen ist der europäische Einigungsgedanke entstanden und zur politischen Wirklichkeit geworden. Am Ende des Kalten Kriegs konnte dann die deutsche Teilung überwunden werden. Die östlichen Staaten wurden an Europa herangeführt. Außen vor blieb der Balkan. Mit Milošević begann dann wieder ein Nationalismus, der zur Selbstzerstörung seines Landes führte.

SPIEGEL: Der Krieg hatte auch die Demokratisierung des Balkan zum Ziel?

Fischer: Ich kann nur sagen: Der Krieg wurde nicht deswegen geführt. Aber ich hoffe, ein Ergebnis ist, daß die Kräfte der Demokratie und der europäischen Öffnung sich auch dort durchsetzen.

SPIEGEL: Die Deutschen haben sich ausgerechnet am Übergang zur Berliner Republik erstmals seit 1945 an einem Krieg beteiligt. Ein problematisches Vorzeichen?

Fischer: Im Gegenteil. Die Berliner Republik ist nur ein neues Kapitel in ein und demselben Buch, dem Buch der deutschen Demokratie. Deren Fundamente werden immer mit dem Namen Bonn verbunden bleiben. Nach meinem Eindruck haben heute unsere Nachbarn weniger Angst denn je vor diesem vereinigten Deutschland.

SPIEGEL: Der deutsche Pazifismus werde mehr gefürchtet, meinte der französische Philosoph Raymond Aron, als der deutsche Militarismus. Ist da was dran?

Fischer: Nein. Die Geschichte unseres Volkes und unseres Kontinents sähe ganz anders aus, wenn die später von den Nazis verfolgten und gequälten deutschen Pazifisten in den zwanziger und dreißiger Jahren die Mehrheit gehabt hätten, gemeinsam mit den Spanienkämpfern, die bereit waren, für menschliche Werte auch die Waffe in die Hand zu nehmen. Unsere Demokratie hat starke pazifistische Wurzeln und ein starkes pazifistisches Gewissen. Das muß so sein. Aber ebenso sind wir bereit, der Gewalt entschlossen entgegenzutreten.

SPIEGEL: Herr Fischer, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

M. DARCHINGER

Fischer (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*: *„Der Krieg hat alle verändert“*

* Oben, links: mit Serben-Präsident Milutinović im Februar in Rambouillet; Mitte: am 13. Mai auf dem Grünen-Parteitag in Bielefeld, nachdem Kriegsgegner ihn mit Farbbeuteln beworfen hatten; rechts: mit den Außenministern der USA und Rußlands, Albright und Iwanow, am 8. Juni auf dem G-8-Treffen in Köln; unten: mit Redakteuren Jürgen Hogrefe, Paul Lersch und Stefan Aust im Auswärtigen Amt.

Werbeseite

Werbeseite

NATO

„Nörgeln über den großen Onkel“

Der US-Politologe Andrei Markovits über die Folgen des Kosovo-Kriegs und den wachsenden Antiamerikanismus

REUTERS

US-Truppen im Einsatz*: *„Wer die größte Bürde trägt, hat auch das Sagen“*

SPIEGEL: Herr Markovits, war der Kosovo-Krieg moralisch gerechtfertigt, oder ging es womöglich um geostrategische Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika: Rußlands Einfluß auf dem Balkan zurückzudrängen oder den internationalen Großinvestoren zu zeigen, wie instabil Euroland ist?

Markovits: Wirtschaftsfaktoren waren unbedeutend. Viel interessanter sind doch die überraschenden Konsequenzen. Der Kosovo-Krieg war für mich eine Art „Coming out Party“ für die Europäer.

SPIEGEL: Das war doch schon die Einführung des Euro.

ARIS

Andrei Markovits wurde im vergangenen Jahr mit seinem Buch „Das deutsche Dilemma“ auch in der Bundesrepublik bekannt. Der 50jährige Amerikaner, in Österreich aufgewachsen, beendet im Juli sein Jahr als Fellow am Wissenschaftskolleg in Berlin und tritt eine Professur an der University of Michigan in Ann Arbor an.

Markovits: Das geht jetzt weiter. Europas Einigung bedeutet eine potentielle Rivalität zu den USA. Keine Frage, daß der Euro eine Konkurrenz zum Dollar ist. Die Amerikaner haben allerdings ein ambivalentes Verhältnis zur Stärke Europas. Sie wollen den Europäern nicht mehr zugestehen, sich billig von ihnen schützen zu lassen. Auf der anderen Seite wollen sie die Europäer nicht zum Rivalen haben.

SPIEGEL: Der Krieg hat die Differenzen deutlich gemacht.

Markovits: Natürlich hätten die Amerikaner es gern gesehen, wenn die Europäer diesen Konflikt selber lösen. Das tun sie nicht. Also kommen eben die US-Boys mit ihrem Flugzeugträger, und die Europäer finden das abstoßend. Wenn es zu einem Bodenkrieg gekommen wäre, wären sofort mindestens drei Regierungen gestürzt: in Griechenland, Italien und Deutschland. Das ist ein Beispiel dafür, wie problematisch Kriegführung für Demokratien ist, die keine eigenen Opfer akzeptieren. Zu einem Krieg mit Opfern sind derzeit offenbar nur die USA in der Lage.

SPIEGEL: Sind denn die Differenzen grundsätzlicher oder nur vorübergehender Natur?

Markovits: Auf jeden Fall grundsätzlich. Über 85 Prozent aller Allianzen in der Geschichte sind zwei Jahre nach einem Krieg zerfallen. Es ist eigentlich ein Wunder, daß die Nato noch existiert, zumal ganz andere Interessen bestehen: Amerika hat globale, Europa hat klare regionale Interessen. Amerika hat wichtige Interessen in China und Taiwan, die Europa egal sind. Ich glaube, dieser Krieg hat die großen Gegensätze eher übertüncht.

SPIEGEL: Das heißt, der Krieg ist das einende Moment der Nato?

Markovits: Ja, auf einer schlichten Ebene, aber nicht immer. Wenn wir die Tragödie in Ruanda betrachten, gibt es keinen Zweifel, daß die verhängnisvolle Rivalität zwischen Franzosen und den USA ein Eingreifen dort verhindert hat. Die Kluft zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich war so massiv, daß der Leiter der Académie française sich sehr aufregte, daß die sozialistische Regierung feminisierende Worte einführte wie „Madame la Professeur“. Und wer war aus seiner Sicht schuld? Die amerikanischen Feministinnen, die die französische Sprache über den Umweg der frankokanadischen Provinz Quebec bastardisieren. Im Kosovo-Krieg gab es hingegen plötzlich eine Allianz, da sind die Franzosen umgefallen.

M.-S. UNGER / MODUS

Partner Albright, Fischer (M.)*: *Wunder Nato*

SPIEGEL: Dennoch entstand der Eindruck, daß die Europäer nicht gleichberechtigt sind.

* Oben: Flugzeugträger „George Washington“ im Persischen Golf 1998; unten: mit G-8-Außenministern und EU-Kommissar Leon Brittan (r.) in Köln in der vorvergangenen Woche.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Markovits: Es leuchtet mir schon ein, daß die Vereinigten Staaten das Sagen haben, wenn sie die größte Bürde tragen. Auch haben die Europäer keinen gemeinsamen Vertreter. Deswegen ist der „Mister Gasp“ unbedingt notwendig. Wenn dieser Posten des europäischen Außenministers entsprechend aufgebaut wird, ist die EU gegenüber den USA gleichberechtigt. Solange das nicht passiert, wird es immer diese Nörgeleien geben.

SPIEGEL: Bestehen nicht grundsätzliche Mentalitätsunterschiede, die sich am Beispiel des Kosovo-Kriegs zeigen? Die Europäer wollten eine friedliche Lösung hinbekommen, die Amerikaner einen Krieg gewinnen.

Markovits: So stimmt das nicht. Die Engländer wollten auch kämpfen und siegen. Im Zuge der postjugoslawischen Erbfolgekriege seit 1991 zeigt sich, die Amerikaner wollten Jugoslawien als Ganzes beibehalten, die Deutschen aber nicht.

SPIEGEL: Suchen die Europäer nur Belege, um ihren Antiamerikanismus zu pflegen?

Markovits: Den Antiamerikanismus gibt es seit dem 5. Juli 1776, also einen Tag nach der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten. Der vereint sogar die Friedensbewegung und die deutschen Rechtsradikalen. Ich habe die „Junge Freiheit“ daraufhin durchgelesen und die Schriften der Pazifisten – inhaltlich völlig gleich.

REUTERS

Bundeswehr im Kosovo: *„Kohl hätte es nicht machen können“*

SPIEGEL: Das heißt, die deutschen Rechten waren gegen diesen Krieg, weil sie gegen die Dominanz der Amerikaner sind?

Markovits: Ja, es ist auch eine Reaktion auf die Einbindung der Bundesrepublik in eine weitgehend amerikanisierte Weltgesellschaft. Reinhold Oberlercher, einst als „Hamburgs Dutschke“ bekannt, nun der neurechten Szene zugeordnet, hat geschrieben, daß die Ostdeutschen ihre Arbeit getan haben: Sie haben sich des russischen Jochs entledigt. Jetzt sind die Westdeutschen an der Reihe: Ihnen geht es nicht nur um ein paar GIs, die hier sind, sondern die ganze westliche Orientierung, eine Art Revolte gegen die Bonner Republik. Das finde ich potentiell sehr gefährlich.

SPIEGEL: Wird die Nato durch den Antiamerikanismus bedroht?

Markovits: Diese Allianz wird sich – zumindest zu unseren Lebzeiten – nicht auflösen, schon aus einem Grund nicht: bürokratische Trägheit. Es sind zu viele Leute in Brüssel: Militärs, Beamte, Konferenzmenschen.

SPIEGEL: Der träge Apparat stabilisiert?

Markovits: Ja. Man kann die Apparate umbauen, aber sie verschwinden nicht so leicht. Es wird weiter diese Allianz geben: nicht getrennt, aber trennbar. Eine sehr moderne Form, die Widersprüche aushält. Die Europäer wollen den großen Onkel, aber wenn er kommt, nörgelt man über ihn. Die Amerikaner wollen den netten kleinen Neffen, wollen, daß er endlich aufwächst, endlich unabhängig ist und ins College geht; aber sie wissen, daß er auch ein Rivale wird.

SPIEGEL: Nicht alle Familien halten das aus.

Markovits: Natürlich wird sich langfristig eine andere Nato entwickeln. Der Onkel will den Neffen noch kontrollieren, aber auch seine Ruhe haben. Dieser soll endlich seinen eigenen Kram machen, sein eigenes Geld verdienen und ihn nicht dauernd belästigen, nicht mit komischen Problemen kommen aus seinem Hinterhof wie dem Kosovo.

SPIEGEL: Was sollen die Europäer tun?

Markovits: Eine Freundin hat mir einmal eine wunderbare Auflösung für die Abkürzung Nato gegeben. Auf die Frage, wie ihr letztes Date war, sagte sie: Oh, es war Nato: No action, talk only. Momentan finde ich es „Nato“, wenn die Europäer nicht ihr Geld dafür ausgeben, worüber sie große Worte machen. Das heißt, sie müssen ihre Streitkräfte europäisieren. Solange das nicht passiert, sind die Amerikaner immer der Onkel, dessen schon ausgezogener Neffe einen Führerschein hat, aber noch immer zurückkommt, wenn er am Samstagabend wegfahren will, und sagt: „Kann ich das Auto haben?“

SPIEGEL: Wie würden Sie die europäische Identität beschreiben?

Markovits: Ich habe bis jetzt noch nie ein europäisches Bewußtsein gesehen – außer beim Ryder Cup, dem Golfturnier zwischen Europa und den USA. Da schwenken die Leute Europa-Fahnen. Die Spanier, die bekanntlich die Briten sonst nicht besonders mögen, haben getobt, als ein Schotte den spielentscheidenden Putt gemacht hat.

SPIEGEL: Welche weltpolitischen Veränderungen erwarten Sie vom Kosovo-Krieg?

Markovits: Vielleicht schauen wir in 30 Jahren zurück und sagen: Diese zehn Wochen waren der Anfang für einen wirklichen europäischen Einigungsprozeß, der mehr ist als eine nur wirtschaftliche Einigung.

SPIEGEL: Wie ist die neue Rolle Deutschlands als kriegführende Macht in der Welt angekommen?

Markovits: Das war vorher überhaupt nicht klar. Aber ich habe keine einzige Minute lang ein unwohles Gefühl gehabt, weil zum erstenmal deutsche Kampfflugzeuge mit dem Eisernen Kreuz da geflogen sind. Ich fand auch sehr wichtig, daß es dieser Regierung gelang, mitzumachen.

SPIEGEL: Ausgerechnet eine rot-grüne Regierung …

Markovits: Eine Kohl-Regierung hätte es nicht machen können. Das können nur die Unverdächtigen, die über jeden Verdacht Erhabenen. Wenn Kohl Krieg geführt hätte, hätte Joschka Fischer die große Rede in Berlin gehalten, und bei der Demonstration wären nicht 30 000, sondern vielleicht 2 Millionen Menschen gewesen.

SPIEGEL: In Wirklichkeit war die CDU die Partei der Kriegsskeptiker. Waren die Rechten womöglich auch dagegen, weil es der erste Krieg der 68er war? Schließlich hieß die Begründung von Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Scharping: Im Kosovo dürfe kein zweites Auschwitz geschehen.

Markovits: Es ist komisch, das als Jude zu sagen – aber ich war nicht so wie einige meiner jüdischen Freunde über diesen Vergleich empört. Fischer und Scharping wollten natürlich nicht Milošević mit Hitler gleichsetzen und behaupten, daß die Serben die Kosovaren in Gaskammern umbringen. Aber daß tendenziell etwas Ähnliches angestrebt worden ist, das ist eine unerhörte Geschichte. Fischer hat meines Erachtens richtig gesagt, daß Auschwitz auch ein identitätsstiftendes Moment der alten Bonner Republik war.

SPIEGEL: Wie hat dieser Krieg das Image der rot-grünen Regierung in Washington verändert?

Markovits: Die Treue zur Nato war schon beeindruckend. Es ist ein großes Verdienst der deutschen Politik, Rußland nicht nur einzubinden, sondern auch irgendwie auf die Nato-Linie festzulegen. Mich hat überrascht, daß die Grünen – unter Verlusten, aber doch mit breitem Konsens – den Bombardierungskurs durchgezogen haben. Andererseits: Bill Clinton und Joschka Fischer verstehen sich in vielem sehr gut. Das sind wirklich 68er. Ich könnte mir gut vorstellen, daß sie viel über Bob Dylan reden und Woodstock …

SPIEGEL: … und eine Wasserpfeife anzünden …

Markovits: … aber nicht inhalieren.

Interview: Jürgen Hogrefe, Hajo Schumacher

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

BPK

Deutsche Soldaten vor Langemarck (1914)*: *Die Stimmung der Zeit drängte auf den Ersten Weltkrieg zu*

ZEITGESCHICHTE

Gott strafe England

Rudolf Augstein über das neue Buch des Oxford-Professors Niall Ferguson zum Ersten Weltkrieg

Im Alter von 33 Jahren war Napoleon schon mit seinem Ägypten-Feldzug gescheitert, gleichwohl aber in Frankreich Erster Konsul auf Lebenszeit geworden. Mit 33 Jahren kann man also durchaus schon ein beachtliches Werk hinter sich haben. Das gilt auch für den 35jährigen Oxford-Professor Niall Ferguson, der sein Können bereits mit einem Werk über die Rothschilds unter Beweis gestellt hat.

Nun aber hat er sich dem Ersten Weltkrieg, dem von Engländern und Franzosen heute noch so genannten Großen Krieg zugewandt. Seine Methode ist einfach: Er rennt imaginäre Türen ein und muß notwendigerweise aus jeder Argumentation als Sieger hervorgehen. Das ist nicht gerade historisch, erregt aber wie Daniel Jonah Goldhagens Buch über „Hitlers willige Vollstrecker“ Aufsehen.

Es wäre schön, wenn die historischen Tatsachen in etwa denen entsprochen hätten, wie sie sich der Autor in seinem Buch wünscht. Sie waren aber nicht so.

Man ahnt gleich zu Beginn der Lektüre: Ferguson selbst hält diesen Krieg für ganz und gar überflüssig. Nach Ferguson wäre es zum Ersten Weltkrieg nicht gekommen, hätten die Briten sich aus diesem Krieg herausgehalten. Denn, so lesen wir einigermaßen erstaunt, die Deutschen waren für die Briten keine Bedrohung.

Autor Ferguson zunächst wörtlich: „In Kolonialfragen und in bezug auf die Flotten konnten Großbritannien und Deutschland ihre Differenzen regeln.“

Das eben konnten sie nicht. Sir Edward Grey, der Leiter der britischen Außenpolitik, ließ 1911 verlauten, wenn die Deutschen einen Flottenstützpunkt im Süden Marokkos errichten würden, so könne Großbritannien das nicht hinnehmen – „a casus belli“.

Und ebensowenig nutzte in dieser Hinsicht die Reise des englischen Kriegsministers Lord Haldane nach Berlin, wo er mangels technischen Wissens sachliche Gespräche gar nicht führen konnte. Das neue Flottengesetz der Deutschen, das man ihm nach London mitgab, reichte er der Admiralität ungelesen weiter. Diese empfand die Gesetzesnovelle durchaus als bedrohlich, und damit ging das Wettrüsten weiter.

AKG

Kaiser Wilhelm II. (1900)*
Schwankendes Rohr im Wind

Ferguson bedeutet uns weiterhin, warum England und Deutschland kein formales Bündnis abschlossen, indem er argumentiert: „Die wirkliche Erklärung für das Scheitern eines anglo-deutschen Bündnisprojekts lag nicht in der Stärke, sondern in der Schwäche Deutschlands.“

Doch hätte ein formales Bündnis mit Deutschland das Unterhaus gar nicht passieren können. Ferguson berichtet uns beispielsweise nichts davon, daß die britische Regierung indirekt schon eine Bindung zu Frankreich eingegangen war, als die französische Flotte ins Mittelmeer verlegt wurde und England den Schutz der französischen Kanalküste übernahm. Es gibt sehr gute Schulbücher, wo man alles das nachlesen kann.

Ferguson baut Pappkameraden auf, die er dann mühelos erschießt: Nein, nicht die Kriegslust, nicht die Gewinnsucht der Großindustrie, nicht die Geheimdiplomatie hatten den Krieg verursacht, meint er. Man sei 1914 sehr friedlich gestimmt gewesen.

Wir glauben gern, daß die Arbeiter friedlich gestimmt waren. Die Generalstäbe des Reichs und Österreich-Ungarns waren es nur leider nicht. Auch der Kaiser in Wien war es nicht. Auf Kaiser Wilhelm allerdings kam es dann zum Schluß nicht mehr an; er folgte seinen Generälen. Man hat früher

* Oben: Gemälde von Fritz Grotemeyer; unten: Gemälde von Carl Bublitz.

HULTON GETTY

SÜDD. VERLAG

Premierminister Asquith (1915), Außenminister Grey (1912): *Geheimpolitik betrieben*

schon behauptet, die deutsche Reichsleitung habe nicht aus Stärke, sondern aus Schwäche gehandelt. Ein Präventivkrieg wird aber meistens aus Stärke oder aus Schwäche heraus vom Zaun gebrochen, je nach Interpretation.

Generalstabschef Helmuth von Moltke (der Jüngere) fürchtete – ohne sehr viel Grund, wie man heute weiß –, daß der Ausbau der russischen Eisenbahn dank französischer Anleihen im Jahr 1917 eine echte Gefahr darstellen würde, daß Rußland dann militärisch überlegen sein könnte. Den späteren Zerfall Österreich-Ungarns, des einzigen sicheren Verbündeten der Deutschen, sah man ebenfalls voraus, aber vielleicht auch zu schwarz.

In Deutschland waren kriegerisch Gesinnte nicht gerade ausgestorben, anders als uns der Autor vor Augen führen möchte. Interessenverbände der deutschen Industrie im Verein mit dem nationalistischen Alldeutschen Verband unterstützten das Weltmachtstreben der deutschen Reichsleitung. Ihnen war der Krieg willkommen; sie strebten nach dem Platz an der Sonne, der dem Reich vorenthalten worden war. Nun gut, wenn die nun nicht dagewesen wären? Sehr schön – nur, es gab sie.

Die Deutschen begannen diesen Krieg ohne eine sichergestellte Neutralität Englands. Dies grenzte an Hybris, war aber mehr ein Resultat von Dummheit. Natürlich, das saturierte England, während des 19. Jahrhunderts die stärkste Weltmacht, hätte den Krieg tatsächlich am wenigsten gebraucht. Aber was hätte es tun sollen? Teile des Schlieffen-Plans für die weit ausholende Offensive gegen Frankreich durch Belgien waren natürlich durchgesickert, und schließlich garantierte Großbritannien Belgiens Neutralität.

Hätte noch irgendein Zweifel darüber bestanden, ob England vorerst neutral bleiben würde, so hätte er sich spätestens an dem Tag verflüchtigt, an dem die Deutschen Belgien rücksichtslos überfielen, denn Sir Edward Grey war ein Mann, der Tatsachen schuf. Er erwartete oder ersehnte den deutschen Überfall sogar, weil er unter Premierminister Herbert Henry Asquith eine geschlossene Regierung in den Krieg führen wollte.

Grey ist im eigenen Land später dafür getadelt worden, daß er eine Geheimpolitik betrieb. Er tat das, aber sein Hauptmotiv war, die Geschlossenheit des Kabinetts, dessen Außenpolitik er bestimmte, zu wahren.

Zwar hat noch niemand behauptet, die Briten hätten die Belgier so liebgehabt, daß sie aus lauter Mitgefühl in den Krieg gezogen seien. Aber die Vorstellung Fergusons, die Engländer als erste hätten zu Beginn des Krieges durch Belgien marschieren können, ist abenteuerlich:

„Wenn Deutschland die belgische Neutralität 1914 nicht verletzt hätte, würde Großbritannien es getan haben. Der Schlüssel zum Verständnis des Geschehens besteht in der Überzeugung einer Minderheit von Generälen, Diplomaten und Politikern, daß Großbritannien im Falle eines Krieges auf dem Kontinent ein Heer hinüberschicken müsse, um Frankreich zu unterstützen. Diese Auffassung gründete sich auf eine Fehlinterpretation der deutschen Absichten, die die Anhänger einer Interventionspolitik als ‚napoleonisch' betrachteten. Die Verantwortlichen führten das Unterhaus irre, taten aber gleichzeitig nichts, um das britische Heer auf die vorgesehene Strategie vorzubereiten. Als am 2. August 1914 der Augenblick der Entscheidung kam, war es keineswegs von vornherein sicher, daß Großbritannien gegen Deutschland eingreifen würde; die Mehrheit der Kabinettsmitglieder zögerte. Am Schluß einigten sie sich darauf, Grey zu unterstützen, zum Teil aus der Angst heraus, aus ihren Ämtern verdrängt zu werden und die Geschäfte den Tories übergeben zu müssen."

Es mag ja sein, daß Großbritannien, rückschauend betrachtet, dem Krieg besser ferngeblieben wäre. Aber die Verhältnisse gestatteten kein Abseitsstehen. Die Deutschen drängten nicht nur nach der Vorherrschaft auf dem Kontinent.

Genausogut könnte man ja auch behaupten, die Insel hätte Napoleon auf dem Festland und in Asien ruhig schalten und walten lassen sollen – einen Mann immerhin, der nach Indien, dem Herzstück des britischen Kolonialreichs, strebte. Da den Engländern zuzumuten, sich lediglich die Seeherrschaft zu sichern und den Deutschen die Hegemonie auf dem Kontinent anzudienen, wie Ferguson sich das vorstellt, erinnert an Hitlers Ideen aus „Mein Kampf".

Es gab nur einen einzigen Mann, der den Ausbruch des Krieges 1914 hätte verhindern können, und das war der deutsche Kaiser Wilhelm II., ein schwankendes Rohr im Wind. Wilhelm war seiner konstitutionellen Aufgabe, oberster Schiedsrichter in Fragen der Außen-, Bündnis- und Militärpolitik zu sein, in keiner Weise gewachsen. Ihm war nie klar, daß der Schlieffen-Plan und die ehrgeizige Flottenrüstung des Großadmirals Alfred von Tirpitz England quasi in den Krieg zwingen mußten. Die Stimmung der Zeit drängte auf den Ersten Weltkrieg zu – sicher, in England weniger als in Deutschland.

Niall Ferguson:
„Der falsche Krieg"
Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart
512 Seiten
49,80 Mark

Eine ernsthafte Analyse seitens der Deutschen hätte klargemacht, daß England an einem Krieg gegen Wilhelms Reich würde teilnehmen müssen. Zudem haben von Beginn des Krieges an die deutschen Generalstäbler Frankreich als eine abzusprengende Frucht unterschätzt. Die Parole vieler Deutscher hieß ja nicht „Gott strafe Frankreich", sondern „Gott strafe England". Erwartete Antwort: „Gott strafe es!"

Das Buch des britischen Professors Niall Ferguson liest sich interessant, namentlich wenn er als Buchhalter des Todes auftritt und auflistet, wieviel Geld man damals brauchte, um einen Soldaten zu töten. Als Thesenbuch taugt es weniger, weil die möglichen Voraussetzungen für einen Nichteintritt Englands in den Krieg verschoben sind oder gar nicht erwogen werden. Da, wo der Autor Neues hätte bringen können, wirkt er reichlich naiv. ◆

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

R. OBERHÄUSER / DAS FOTOARCHIV

DPA

Ehepaar Nivel im Essener Landgericht, Vorsitzender Richter Esders: *„Haben Sie den Eindruck, daß er Sie versteht?“*

STRAFJUSTIZ

Er ist nur noch am Leben

Zwei Tage hat das Opfer Daniel Nivel im Hooligan-Prozeß in Essen zugebracht. Fragen des Gerichts mußte seine Frau beantworten. *Von Gisela Friedrichsen*

Die Hinterbliebenen eines Menschen, der getötet worden ist, tragen ihr Leben lang an dem Verlust, den ihnen der Täter zugefügt hat. Es gibt mitunter ein noch unentrinnbareres Lebenslang: wenn das Opfer die Straftat überlebt hat, unheilbar gezeichnet, nur mit dem Namen noch der Mensch von ehedem.

Da wird die junge Frau, die man überfallen hat, im Rollstuhl in den Gerichtssaal gebracht. Seit der Tat ist sie querschnittsgelähmt. Der Polizist als Zeuge, dem Kugeln den Unterleib zerfetzten: Für immer ist er berufsunfähig, gehbehindert. Bis zum Tod werden ihn Tag und Nacht Nervenschmerzen peinigen. Er hatte kurz vor der Tat geheiratet, ein kleines Kind ist da. Er wird seiner Frau und seinem Kind nie mehr der sein können, der er einmal für sie war.

Am Leben sind diese Opfer noch. Manchem gelingt es bewundernswert, ein neues, ganz anderes Leben zu beginnen.

Der Gendarm Daniel Nivel, 44, sitzt nicht im Rollstuhl. Er kann gehen, wenn auch unsicher, Treppen steigen hat er wieder erlernt. Doch sonst ist nichts von ihm geblieben. Er ist nur noch am Leben.

Er kann nicht mehr lesen, nicht schreiben. Sein Sehvermögen ist schwer beeinträchtigt, er hört nicht mehr richtig. Er schmeckt nichts mehr und riecht fast nichts. Seiner Umgebung kann er sich nicht mitteilen. Was begreift er noch?

Selbst denen, die ihm am nächsten sind, ist er fremd. Er kann nicht mehr Verantwortung tragen, nichts mehr entscheiden. Er kann nicht ohne Hilfe leben. Immer muß jemand bei ihm sein, ihn führen. Was früher war, weiß er nicht mehr. An den 21. Juni 1998, als aus ihm innerhalb von vielleicht 90 Sekunden ein Behinderter wurde, hat er keine Erinnerung.

Mit seiner Frau Lorette und dem ältesten Sohn ist er in der vergangenen Woche für zwei Tage nach Essen gekommen, wo sich vor dem Landgericht vier Hooligans gegen den Vorwurf des versuchten Mordes an Nivel verteidigen. „Haben Sie den Eindruck, daß er Sie versteht?“ fragt der Vorsitzende Richter Rudolf Esders, 59, die Zeugin Nivel. Zögernd sagt sie, mehr zu sich selbst als zum Gericht: „Ja – doch.“ Kompliziertere Sätze erschließen sich ihm nicht. Man müsse ganz einfache Worte gebrauchen.

„Versteht er Witze?“ fragt der Vorsitzende. Einen Moment lang ist die Zeugin verblüfft über die Frage. Sie überlegt. Nein, so etwas versteht er nicht.

Daß Nivel den Wunsch gehabt haben soll, den Angeklagten „ins Gesicht zu sehen“ – man mag es nicht glauben. Er geht hinter seiner Frau her. Er setzt sich nieder, wo sie es ihm bedeutet. Wenn sie aufsteht, steht auch er auf und nestelt ängstlich an Hemd und Hose. Wenn sie geht, geht er wieder hinterher.

Einmal versucht seine Frau, ihn anzusprechen. Sie lacht dabei. Er verharrt regungslos. Noch einmal versucht sie es nicht. Sie hat ihn mitgebracht zum Beweis dafür, daß er nur noch am Leben ist.

Hinter Frau Nivel sitzt der 21jährige Sohn. Mitunter meint man sein Unbehagen an dem Auftritt zu spüren. Daß es ihm wohl lieber gewesen wäre, man hätte den Vater nicht mitgebracht und vorgeführt.

Die Gerichtsverhandlung in Essen ist durch die Dramatik des Besuchs der Familie Nivel nicht vorangekommen. Es sind nur die tragischen Folgen des Krawalls in Lens, die bekannt sind, vor Augen und Kameralinsen geführt worden. Der Abstand zwischen den Erwartungen der Öffentlichkeit – es ist wieder von Mordversuch und lebenslanger Vergeltung gesprochen worden – und dem, was als Beweis individueller Schuld gelten könnte, hat sich nicht verringert. Hier die Katastrophe, der zerstör-

REUTERS

Der Gendarm Daniel Nivel wurde am 21. Juni 1998 zum Opfer deutscher Hooligans am Rande der Fußball-WM im französischen Lens. Nach dem Spiel Deutschland gegen Jugoslawien kam es dort zu Ausschreitungen gewalttätiger Fußballfans. Nivel, der mit zwei Kameraden eine Seitenstraße absperren sollte, wurde niedergerannt und lebensgefährlich am Kopf verletzt. Sechs Wochen lang lag er im Koma. Zurück blieben schwerste Behinderungen. Nivel, 44, ist verheiratet und hat zwei Söhne. Seit dem 30. April verhandelt das Landgericht Essen gegen vier junge Männer, unter anderem wegen versuchten Mordes.

Werbeseite

Werbeseite

te Mann, die Frau unter ihrer Last, der gequälte Sohn. Dort junge Kerle, die allenfalls zwei Fußtritte zugeben.

Stehen Angeklagte vor Gericht, die sich im Nachbarland strafbar gemacht haben, kommen auf ein Gericht zusätzliche Probleme zu, ohne daß dies der einen oder der anderen Seite vorzuwerfen wäre. Jedes Rechtssystem hat seine Geschichte, seine Besonderheiten. Was am Gerichtsort für das Urteil wichtig ist, spielt in den Ermittlungen am Tatort im Nachbarland nur eine untergeordnete Rolle. Die Verfahrensweisen sind unterschiedlich, mancher Tatbestand lautet bei den Nachbarn anders.

Das Essener Gericht bemüht sich um Beweismaterial. Noch immer steht vieles nicht zur Verfügung. Der Vorsitzende Esders hat ständig Kontakt mit Jean-François Bohnert, dem französischen Verbindungsrichter beim Bundesjustizministerium. Esders ist zu erfahren, als daß ihm nicht das Ausmaß an Komplikationen vor Augen stünde.

DPA

Angeklagte Hooligans*: *„Was nicht zu entschuldigen ist“*

In Frankreich hat man das Tatgeschehen unter Beteiligung von Verdächtigen und Tatzeugen rekonstruiert und Nivels Verletzungen entsprechend interpretiert. Die Verteidigung in Essen gibt sich damit nicht zufrieden. Sie besteht auf medizinisch neutralen Befunderhebungen, auf Röntgenbildern, auf Sachbeweisen. Es ist ihre Pflicht zu fragen: Welche Verletzungen gehen auf welche Einwirkungen von Hooligans zurück? Welche Schäden sind Folgen des Sturzes, als Nivel, vor Hooligans zurückweichend, umfiel und mit dem Kopf auf den Bordstein prallte? Denn am Hinterkopf Nivels befand sich die einzige, äußerlich sichtbare offene Verletzung. War sein Helm ordnungsgemäß festgeschnallt?

Am Mittwoch vergangener Woche wurden in Essen – taktvoll und zurückhaltend – die beiden französischen Gendarmen als Zeugen vernommen, die unter dem Befehl Nivels die kleine Seitenstraße in Lens abgesperrt hatten, bevor sie zum Schauplatz des Ansturms von Hooligans wurde. Einer der Gendarmen ging damals wie Nivel zu Boden, raffte sich aber wieder auf, weil der Helm ihn schützte. Der andere Kamerad verkroch sich unter einem Auto.

Neben Helm, Beinschützern und Schutzweste hatten alle drei ein Gewehr dabei. „Mit scharfer Munition?“ fragt der Vorsitzende. „Ja“, antwortet der Gendarm, „im Etui.“ „Warum war die Waffe nicht geladen?“ fragt Esders. Die Erklärung ist wortreich: „Wenn man bei der Gendarmerie für Ordnung sorgt, darf man das nicht mit geladener Waffe tun. Das ist eine Dienstanweisung. Die Patronen müssen am Gurt angebracht sein. Sie werden nur benutzt, wenn man auf uns schießt. Man soll nicht die Ordnung wiederherstellen, sondern aufrechterhalten.“

„Hatten Sie eine Pistole dabei?“ „Nein.“ „Hatten Sie einen Schild?“ „Nein.“ „Hatten Sie einen Gummiknüppel?“ „Nein.“ Den Helm wollen die Gendarmen nur zum Essen abgesetzt haben. „War es nicht warm an jenem Tag?“ Doch, aber die Anweisung befahl das Tragen. „Na ja“, sagt Esders, „über eine Anweisung setzt man sich auch mal weg.“ „Bei uns nicht. Wir sind beim Militär. Wir hatten einen Helm auf.“ Ein Foto zeigt die Gendarmen mit Käppi.

Eine deutsche Besonderheit bei den Ermittlungen arbeitet der Vorsitzende anläßlich der Vernehmung eines Kripo-Zeugen besonders gründlich heraus, wohl, um das Thema nicht den neun Verteidigern zu überlassen. Es geht um Fotos, die einzelnen Beschuldigten aus der Hooligan-Szene vorgelegt wurden. „Der Ausschnitt hier zeigt junge Männer in einer unverfänglichen Situation“, stellt Esders fest. Der Zeuge nickt. „Wollten Sie, daß der Beschuldigte erst zugibt, dabeigewesen zu sein?“ Der Zeuge nickt wieder. „Später dann zeigten Sie ihm das Bild in Gänze?“ Nun sieht man, wie nahe der so Befragte bei Nivel steht. „Einen konkreten Anhalt hatten wir nicht“, räumt der Zeuge ein, „aber wer so in der Nähe war, war meines Erachtens auch am Geschehen beteiligt.“ Es ging bis an die Grenze des Zulässigen.

Hinten: Tobias Reifschläger, Frank Renger, André Zawacki; vorn rechts: Christopher Rauch.

Wer von den Angeklagten in welcher Weise beteiligt war, ist nach wie vor unklar. Der Ablauf ist unklar. Was beweisen die Fotos? Sie lassen sich so oder so interpretieren. Der Angeklagte André Zawacki soll mit Nivels Gewehraufsatz auf ihn eingedroschen haben. Wo sind Zawackis Fingerspuren? Wo sind Haar-, Haut-, Blutspuren? Daß Nivel das Teil in der Hand hatte, läßt sich feststellen. Auch Fingerabdrücke von Unbekannten gibt es. Keine Spuren aber von Zawacki, der bereits als der am stärksten belastete Angeklagte gilt.

Den Vorsitzenden scheint die Kluft zwischen öffentlicher Emotion und der Beweislage zunehmend zu bedrücken. Die „Schande von Lens“ erweist sich in der multimedialen Welt als ein kaum noch einzudämmendes Thema.

Für die Strafjustiz war lange der Staat das Opfer, dessen Gesetze der Täter verletzt hat. Die Menschen, die zu Tode kamen oder geschädigt wurden, die Angehörigen, denen Unwiederbringliches genommen wurde, standen am Rand. Ihr Leid störte im Ablauf der Strafverfahren. Das hat sich auch in Frankreich geändert, wo gleichfalls die wahren Geschädigten nun zu Wort kommen. Seitdem haben die Bilder die Oberhand über Worte und Paragraphen. Vielleicht entschloß sich Frau Nivel auch deshalb dazu, ihren Mann in Essen zu zeigen.

Adolf Arndt hat 1968 in seinem Vortrag „Strafrecht in einer offenen Gesellschaft“ gesagt: „Die Frage des Strafens, wie immer dieses Strafen beschaffen sein mag und welcher Theorie einer auch anhängen mag, – die Frage des Strafens entsteht dort, wo die Welt nicht mehr heil ist, weil von Menschenhand ein Unheil geschah, das sich von Menschenhand nicht wieder heil machen läßt. Die Frage des Strafens erhebt sich dort vor uns, wo Gerechtigkeit unerreichbar geworden ist.“

Die Angeklagten Frank Renger und Tobias Reifschläger haben sich in Essen bei den Nivels entschuldigt für das, „was nicht zu entschuldigen ist“. Renger sagte, er schäme sich sehr dafür, was er Herrn Nivel und seiner Familie angetan habe. Öffentliche Reue und Scham helfen Angeklagten heute aber nicht mehr. Die multimediale Welt mag solche Bekenntnisse nicht. Brutalen Schlägern ehrliches Entsetzen und Verzweiflung zugestehen?

Es hieß bei Arndt auch: „In seinem Essay über die Todesstrafe hat Albert Camus gesagt: Wenn die Gerechtigkeit einen Sinn habe in dieser Welt, bedeute sie nichts anderes als die Anerkennung der Solidarität im Irrtum und der Verblendung.“ ◆

Werbeseite

Werbeseite

MILLIONÄRE

Halle für alle

Ein wohlhabender Westdeutscher investierte in die Kommunalpolitik: Seine „Mieter- und Bürgerliste“ schaffte auf Anhieb den Sprung in den Hallenser Stadtrat.

Im Umfeld des Hamburger Klinikbetreibers Marseille bilden sich gern Vereinigungen. Der „Freundeskreis der Geschädigten der Marseille-Kliniken AG“ ist so eine Gruppierung. Darin haben sich ehemalige Mitarbeiter des Millionärs Ulrich Marseille, 43, versammelt, die dem leicht cholerischen Unternehmer dessen allzu rüden Umgang mit seinen Angestellten übelnehmen.

Einen anderen Verein hat Marseille vorsichtshalber selbst gegründet. „Mieter- und Bürgerliste“ (MBL) heißt die wohltätige Initiative im ostdeutschen Halle, die laut Satzung „den Gemeinsinn der Hallenser fördern und dem Zusammenwachsen nach der bewegten Wendezeit dienen“ sowie „dem einzelnen Hilfe und Rat in Notlagen“ geben will.

Der Verein, erst im Januar dieses Jahres gegründet, hat schon viele Anhänger: Bei den Kommunalwahlen am 13. Juni kam die MBL aus dem Stand auf über sieben Prozent (19 766 Stimmen) und sitzt nun neben CDU, SPD und PDS als viertstärkste politische Kraft im Stadtrat.

Besonders großen Zuspruch bekam die MBL in einem Stadtteil, der zu DDR-Zeiten als modernste Plattenbausiedlung des Landes galt: Halle-Neustadt. Knapp elf Prozent der Stimmen in der eher tristen Trabantensiedlung entfielen auf die Marseille-Liste. Viele der Wähler haben dabei einfach für ihren Vermieter gestimmt. Denn Marseille („Ich habe mich in Halle verliebt“) kaufte vor drei Jahren 2700 Plattenbauwohnungen im Stadtteil und gehört damit zu den einflußreichsten privaten Immobilienbesitzern der Stadt.

M. MATTHES / BILD ZEITUNG

MBL-Werbefigur

Den ungewöhnlichen Wahlerfolg hat sich Unternehmer Marseille nach eigenen Angaben rund 420 000 Mark kosten lassen. Seine Bürgerliste, für die er offiziell lediglich als „Kassenwart“ firmiert, überzog die Stadt wochenlang mit einer beispiellosen Kampagne im Stil amerikanischer Wahlfeldzüge, Motto: „Halle für alle – alle für Halle“. Mit MBL, so die Werbung, werde es sauberere Straßen und mehr Kneipen mit Stühlen vor der Tür geben, mehr Straßenlaternen und weniger teure Ampeln. „Den Verkehr können auch Polizisten regeln“, so ein MBL-Kandidat, das sei billiger. „Platter kann man Wählerstimmen nicht erschleichen“, ärgert sich CDU-Stadtrat Bernhard Bönisch, dessen Partei bei der Kommunalwahl auf 29 Prozent kam.

NEUMEISTER / BILD ZEITUNG

Polit-Sponsor Marseille: *Ein bißchen in den Hintern treten*

Doch Marseilles Truppe scheint die Seele vieler Hallenser getroffen zu haben. Die Stadt leidet unter hoher Arbeitslosigkeit (knapp 20 Prozent), einer trostlosen Innenstadt und dem wachsenden Abzug von Firmen und Einwohnern. Da brauche es, so der Millionär, „soziale Kompetenz“. Die demonstrierten Marseille und seine Mitstreiter mitten in der Stadt. Ende April eröffneten sie nahe dem Bahnhof ein „Kaufhaus ohne Geld“, in dem sich bedürftige Bürger jeden Mittwoch Lebensmittel mit abgelaufenem Verfallsdatum und liegengebliebene Kleidung aus den Lagern von Hallenser Kaufhäusern abholen können. Allein vom Mitteldeutschen Mode Center, erzählt Marseille stolz, habe der Verein 60 000 Kleidungsstücke aus den piekfeinen Vorjahreskollektionen geschenkt bekommen: „Halle ist die einzige deutsche Stadt, in der die Penner in Armani-Anzügen rumlaufen.“

Der Run auf die Gratisgaben ist immens. Mittwoch morgens stehen Hunderte vor der Tür des „Kaufhauses“, um sich verpflegen oder einkleiden zu lassen. Daß sie vor der Wahl dabei an den Werbeplakaten der MBL-Kandidatin Jacqueline Fuhrmann vorbei mußten, war kein Zufall: Die gelernte technische Zeichnerin ist Leiterin des „Kaufhauses ohne Geld“, das nach eigener Darstellung „völlig getrennt ist von Politik und Bürgerliste“.

Nicht minder erfolgreich agiert auch die MBL-Werbefigur „Benno Bürger“, eine Art ostdeutscher Robin Hood mit Baseballkäppchen, der „Bürger-Bier“, „Bürger-T-Shirts“ und „Bürger-Würstchen“ billig verkauft und alte Menschen oder Studentinnen gern mal vor den Unbilden ihrer Vermieter schützt. So verschaffte „Bürger-Engel Benno“ etwa einer Rentnerin mit

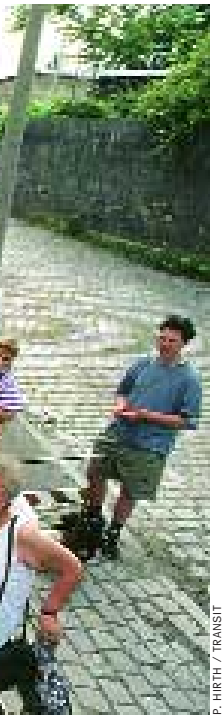
Marseille-„Kaufhaus ohne Geld“
„Penner im Armani-Anzug“

schimmelfeuchten Wänden in ihrer Altbauwohnung werbeträchtig ein neues, trockenes Domizil.

Einen Konflikt zwischen wirtschaftlichen Interessen und politischem Engagement vermag Marseille nicht zu erkennen, obwohl einer der vier gewählten MBL-Stadträte sein Hallenser Prokurist ist. „Die Initiative für die Bürgerliste ging von den Mieterräten in Neustadt aus“, behauptet er – doch vier der sieben Gründungsmitglieder des Vereins sind Mitarbeiter von Marseilles Erster Wohnungsgesellschaft mit Sitz in Hamburg. Den Leuten im Osten, sagt sein Sprecher Jörg Bretschneider, habe man „halt ein bißchen in den Hintern treten müssen“, damit aus der Sache was wird.

Für Marseilles Geschäfte kann die Verquickung nur von Nutzen sein. Seit langer Zeit klagt der prozeßfreudige gelernte Jurist, der seit der Wende über 25 Rentnerheime und Kliniken in den neuen Ländern übernommen und gebaut hat, gegen zahlreiche Firmen und Behörden, darunter die stadteigene Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Halle-Neustadt (GWG), die ihm seine 2700 Plattenbauwohnungen in angeblich allzu marodem Zustand überlassen hat. 250 Millionen Mark habe er in die Renovierung der Hochhäuser stecken müssen, so der Unternehmer, 115 Millionen der Kosten will er nun wieder einklagen.

Kein Wunder, daß die Bürgerliste im Wahlkampf in Broschüren und einer eigenen Zeitung das Geschäftsgebaren der Wohnungsgesellschaft und deren „Palazzo Prozzo“, ein neues Verwaltungsgebäude der GWG im Wert von angeblich über 16 Millionen Mark, attackierte. „Ein Hohn für die Mieter“, so die von Marseille bezahlte MBL-Propaganda.


P. HIRTH / TRANSIT

Dabei gebe es, schwärmte die MBL, durchaus positive Beispiele von privaten Wohnungsunternehmen in Halle, die sogar Mieterräte eingerichtet hätten. In einem dieser Räte sitzt zufällig Bernd Stemme, Spitzenkandidat der MBL.

Stemme und seine drei MBL-Kollegen im 56 Sitze zählenden Stadtrat seien „hochmotiviert“ und völlig unabhängig, beteuert Marseille. Doch sein Traumziel, die Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes auf bundesweit einmalige 100 Prozent, räumt der MBL-Sponsor ein, werde die Fraktion natürlich mit Tatkraft angehen. „Denn wenn es mit der Stadt aufwärts geht“, so Marseille offenherzig, „dann sind auch meine Wohnungen belegt.“

Hans-Jörg Vehlewald

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

JUSTIZ

Robin Hood in Robe

Mit drastischen Urteilen wurde der Hamburger Amtsrichter Ronald Schill zum Schrecken vieler Angeklagter. Jetzt wird gegen ihn selbst wegen Rechtsbeugung ermittelt.

Der preußische Kavallerieoffizier Ferdinand von Schill war ein furchtloser Soldat. Anno 1809 provozierte er seinen König mit einem unerhörten Akt militärischen Ungehorsams. Um Friedrich Wilhelm III. zum nationalen Kampf gegen die napoleonische Besatzung mitzureißen, ritt Schill mit seinem Regiment ohne Befehl gegen die französischen Truppen. Geschichtsschreiber nennen ihn auch „den konservativen Rebell“.

Einer seiner Nachfahren ist besonders stolz auf diesen Ahnen, sieht sich auch selbst in der Tradition des schneidigen Rittmeisters: Als ein Konservativer, der gegen den liberalen Zeitgeist rebelliert, als ein Provokateur, der sich notfalls mit jedem anlegt. Sein Name: Ronald Barnabas Schill. Sein Beruf: Richter am Amtsgericht Hamburg. Sein Spitzname: Richter Gnadenlos.

Mit drakonisch harten Urteilen und ätzender Kritik an vermeintlich zu laschen Kollegen ist der 40jährige Jurist über Hamburg hinaus zu einer Reizfigur geworden: Bewundert von seinen Anhängern. Verhaßt bei seinen Gegnern. Populär wie ein Popstar.

Ein Mann wie aus einem Werbespot: 1,93 Meter groß, schlank, braungebrannt, immer im gutsitzenden Anzug. Surfer, Segler, Fallschirmspringer. Begehrter Gast in Talkshows. Stets für Schlagzeilen in der Lokalpresse gut: „Richter klagt Justiz an“. Oder: „Wieder so ein Hammer-Urteil von Richter Schill“. Oder: „Angeklagter fand keine Gnade“.

Weil er sich mit der linken Szene angelegt hat, steht Schill zur Zeit unter besonderem Druck. In der Hamburger Innenstadt klebten Unbekannte Plakate mit seinem Foto und schmähendem Begleittext: „Ich trinke Jägermeister, weil alle meine Urteile revidiert werden.“ Demonstranten fordern mit Sprechchören seine Absetzung: „Schill ins Reisfeld.“ Autonome haben Autoreifen verbrannt, daneben seinen Namen auf die Fahrbahn gesprüht: „Schill out“.

Der Richter nimmt das in Kauf. Er will provozieren, kalkuliert den Skandal, scheut auch nicht vor Klischees zurück. So behauptet er schon mal, die Hamburger Justiz habe „ein Herz für Verbrecher“. Oder er klagt, aus einigen Staatsanwälten seien „zahnlose Papiertiger“ geworden. Dabei zielt er auf eine empfindliche Stelle: Auf das Unbehagen vieler Bürger über Entscheidungen der Justiz, die sie nicht verstehen können.

Den Vorwurf von Kritikern, sein eigentliches Motiv sei Geltungsdrang, er wolle nur mit Macht aus der Anonymität des kleinen Einzelrichters heraus, weist der Jurist zurück. Tatsächlich ist Schill einer von rund 200 Hamburger Amtsrichtern, zuständig für Angeklagte mit dem Anfangsbuchstaben B. Sein monatliches Nettogehalt beträgt 5100 Mark.

„Was ich tue“, versichert er, „entspringt einem tief im Inneren verwurzelten Gerechtigkeitsgefühl.“ Was dabei herauskommt, empfinden manche Kollegen, die allerdings nicht genannt werden wollen, als Mißbrauch der richterlichen Unabhängigkeit.

Fall eins: Ein Bundeswehrsoldat, der dreimal betrunken Brände legte, beim letztenmal beinahe eine Katastrophe auslöste, soll auf Antrag des Staatsanwalts mit einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren davonkommen. Schill verhängt das Doppelte: vier Jahre Gefängnis.

Fall zwei: Ein Kaufmann, der seinen Vermieter nötigte, legt gegen den Strafbefehl von 9000 Mark Widerspruch ein. Eine Fehlkalkulation: Schill verurteilt den Mann zu 15 Monaten Haft.

Fall drei: Ein Fremdenlegionär, der Passanten schlug und trat, dabei auch einen 85jährigen verletzte, soll die vom Staatsanwalt beantragte einjährige Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt bekommen. Schill entscheidet anders: eineinhalb Jahre ohne Bewährung.

Solche Strenge, argumentiert der Richter, sei er vor allem den Leidtragenden von Straftaten schuldig, den Verletzten, Ausgeraubten, Bestohlenen. „Ich frage mich bei jedem Urteil: Werde ich den Opfern gerecht?“

Seine Antwort: Nur wenn auch die Täter „spürbare

Richter Schill, Schill-Plakat: *„Tief im Inneren verwurzeltes Gerechtigkeitsgefühl“*

C. AUGUSTIN

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

M. RAUHE

Festnahme eines Prozeßzuschauers*
Nicht richtig gerade gestanden

Proteste gegen Schill – Richter unter Polizeischutz

Rote-Flora-Urteil schlägt immer höhere Wellen – Umstrittener Jurist spricht von „Einflußnahme aus höchsten politischen Kreisen"

Hafen und Wirtschaft

Der harte Richter Schill

Was ist das eigentlich für ein Mann?

Staatsanwalt ermittelt wg. Rechtsbeugung

Muß Richter Schill hinter Gitter?

HAMBURGER MORGEN

Schlagzeilen Hamburger Tageszeitungen: *Versetzung ans Zivilgericht?*

Nachteile" zu erleiden hätten, ein „Strafübel" empfinden müßten, habe er als Richter seine „ausgleichende, befriedende Aufgabe" erfüllt. „Sonst kommen die Bürger doch auf die Idee, sich selbst zu rächen."

Um das zu verhindern, richtet Schill. In der Rolle eines Robin Hood von Verbrechensopfern fühlt er sich wohl. Und er genießt die Aufmerksamkeit, die ihm dabei zuteil wird.

Auf umständliche Prozeduren zugunsten der Angeklagten wie etwa die Einholung psychiatrischer Gutachten glaubt der Jurist in vielen Fällen verzichten zu können. „Ich habe drei Semester Psychologie studiert", sagt er selbstbewußt, „kann mir meistens allein ein Bild machen."

Anregungen holt er sich bei Menschen, die er „diese einfachen Leute" nennt; Bürger, die ihm auf dem Campingplatz, in der Kneipe oder in der U-Bahn ihre Meinung über Kriminalität und über Kriminelle klarmachen.

Bei einer Taxifahrt durch Hamburg etwa spricht ihn der Fahrer an („Sie sind doch der Herr Schill"), muß unbedingt eine Geschichte loswerden: Er hat in seiner Wohnung einen Einbrecher erwischt und kurzerhand vermöbelt. Jetzt wird auch gegen ihn ermittelt, wegen Körperverletzung – „da stimmt doch was nicht mit unserer Justiz, Herr Richter".

Schill lobt oft den „gesunden Menschenverstand dieser unverbildeten Leute", weist auch gern auf seine einfache Kindheit in einem kleinbürgerlichen Hamburger Stadtteil hin. Doch so volksnah, wie er sich darstellt, wirkt er aus der Nähe nicht. Die Menschen, über die er urteilen muß, über die er so viel Macht besitzt, betrachtet der Jurist, der beide Staatsexamina mit Prädikat bestand, aus großer Distanz.

Womöglich nur deshalb konnte er jenes Urteil fällen, das ihn im Oktober 1996 populär machte. Schill bestrafte eine offenbar psychisch kranke Frau, die den Lack von zehn Autos zerkratzt hatte, mit zweieinhalb Jahren Knast.

Dabei ging es ihm vor allem um die Außenwirkung. Der Richtspruch solle Nachahmer abschrecken, erklärte er, denn solcher Vandalismus schädige die Volkswirtschaft. Viele Bürger würden sich aus Angst vor mutwilliger Sachbeschädigung kein neues Auto kaufen.

Dem gnadenlosen Urteil, das von der nächsten Instanz in eine niedrigere Bewährungsstrafe abgemildert wurde, folgten weitere drastische Entscheidungen, offenkundig gefällt zur Abschreckung:

Ein Inder, der sich mit unrichtigen Angaben eine Aufenthaltserlaubnis erschlichen hatte, bekam von Schill zweieinhalb Jahre Gefängnis zudiktiert; ein Ghanaer, der mit falschem Paß angeblich Sozialleistungen beantragte, ein Jahr und neun Monate. Schills Botschaft: Wer das Asylrecht mißbraucht, muß bitter büßen.

„Die Zustimmung zu solchen Urteilen ist groß", versichert der Amtsrichter, er verweist auf „Hunderte von Briefen". Absender seien nicht etwa dumpfe Rechtsradikale, sondern Kaufleute, Ärzte, Handwerksmeister, sogar Richterkollegen, die sich selbst nicht trauten, richtig durchzugreifen.

Dabei entscheidet Schill durchaus auch im Zweifel für den Angeklagten – vor allem, wenn Polizeibeamte vor ihm stehen: Ein Kripo-Beamter soll widerrechtlich Computerauskünfte über eine Grünen-Politikerin eingeholt haben. Freispruch. Ein Schupo soll einem minderjährigen Autoknacker mit der Dienstwaffe auf den Kopf geschlagen haben. Freispruch. Ein Hauptkommissar ist wegen Freiheitsberaubung und Nötigung eines Afrikaners angeklagt. Freispruch. In allen drei Fällen hatte die Staatsanwaltschaft eine Verurteilung beantragt.

Schill sieht sich als Schutzpatron der Polizei. In Hamburg, behauptet er, würden die Beamten von den Politikern nicht gestärkt, sondern „systematisch demontiert", „pauschal verunglimpft" und in „dubiose Skandale" verwickelt. Das sei nicht hinzunehmen.

Folgerichtig verurteilte Schill kürzlich einen 34jährigen Linksautonomen, der im berüchtigten Hamburger Schanzenviertel drei Polizisten bedrohte und behinderte („Hier wird nicht kontrolliert"), wegen Nötigung zu 15 Monaten Haft ohne Bewährung. „Wer Chaoten und Verbrecher über Polizeibeamte triumphieren läßt", verkündete er in der Begründung, „tritt den Rechtsstaat mit Füßen."

Doch an diesem Prozeß hat Richter Gnadenlos inzwischen zu knacken. Weil er ihm gewogene Journalisten zur Verhandlung bestellt haben soll, reichte die Verteidigerin eine Dienstaufsichtsbeschwerde ein. Schill bestreitet die Einladungen.

Und weil er zwei Zuschauer tagelang einsperren ließ, ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Schill wegen Freiheitsberaubung und Rechtsbeugung – eine Geschichte wie erfunden für ein juristisches Fortbildungsseminar.

Der Amtsrichter, der ein Exempel statuieren wollte, verdonnerte die zwei aufmüpfigen Besucher zu je drei Tagen Ordnungshaft: Der eine hatte bei der Urteilsverkündung nicht richtig gerade gestanden, der andere beim anschließenden Tumult offenbar Polizisten attackiert.

Über die sofortige Beschwerde der Inhaftierten entschied Schill erst nach zweieinhalb Tagen, als die Haftzeit fast vorbei war. Wegen Arbeitsüberlastung, sagt der Richter. Um die Delinquenten brummen zu lassen, vermutet der Anwalt der Verurteilten, der Schill auch anzeigte.

Daß der Richter jetzt selbst auf die Anklagebank muß oder suspendiert wird, halten Juristenkollegen für eher unwahrscheinlich; die Beweislage sei nicht eindeutig. Viel spricht jedoch dafür, daß Schill demnächst an ein Zivilgericht versetzt wird.

Für seinen Vorfahren Ferdinand von Schill nahm die eigenmächtige Attacke gegen die Franzosen ein schlimmes Ende. Nach Anfangserfolgen floh der Rittmeister mit seinen Männern nach Stralsund; bei der Verteidigung der Stadt fand er den Tod.

BRUNO SCHREP

* Nach der Verhängung von drei Tagen Ordnungshaft.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

GEWALT

Frech und vorlaut

Wer seine Frau verprügelt, kriegt Hausverbot. Nach diesem österreichischen Vorbild will die rot-grüne Bundesregierung nun auch in Deutschland gegen gewalttätige Männer vorgehen. In Wien sind die Frauen mit dem Gesetz zufrieden: Vielen erspart es die Flucht ins Frauenhaus.

JAUCH + SCHEIKOWSKI

Männergewalt im Film*: *„Bitte nehmen Sie ihn mit“*

Der Anruf ging kurz nach ein Uhr bei der Sicherheitswache im 13. Wiener Bezirk ein. „Bitte helfen Sie mir“, fleht eine Frau den diensthabenden Beamten an, „mein Mann randaliert, meine Töchter und ich haben solche Angst.“ Wenig später treffen zwei Streifenpolizisten am Einsatzort im feinen Stadtteil Hietzing ein. „Kommen Sie schnell“, ruft ihnen aus dem Fenster im ersten Stock einer Villa die verzweifelte Frau zu und wirft den Schlüssel hinunter: „Ich traue mich nicht, Ihnen aufzusperren.“

Auf der Treppe vor der Haustür tobt bereits der alkoholisierte Ehemann: „Was machen Sie in meinem Haus?“ ruft er, „meine Gattin hat Sie wohl angerufen, die ist ja nicht ganz dicht.“ In der Wohnung finden die Polizisten die Frau und ihre zwei Töchter. Angesichts ihres Vaters fliehen sie stumm in einen anderen Raum. „Die waren regelrecht in Panik“, sagt Polizist Uwe Trinko. „Bitte nehmen Sie ihn mit“, fordern die Mädchen unter Weinkrämpfen die Beamten auf.

„Mir war klar, der Mann muß von der Familie getrennt werden“, sagt Trinko, „wir haben ihn dann aus der Wohnung gewiesen.“ Sieben Tage darf sich der Diplomkaufmann nicht zu Hause blicken lassen. Auf Antrag der Familienangehörigen kann diese Frist bis zu drei Monate verlängert werden; wenn ein Scheidungsverfahren eingeleitet wird, sogar noch darüber hinaus.

Das Recht, den rasenden Mann ruck, zuck aus der eigenen Wohnung zu werfen, gibt den österreichischen Beamten das seit Mai 1997 geltende „Bundesgesetz zum Schutz bei Gewalt in der Familie“. Ein Gesetz ohne Beispiel in Europa: Es greift massiv in die – auch in Österreich besonders geschützte – Privatsphäre ein.

M.-S. UNGER

EU-Konferenz für Frauenrechte*
„Unerhörter Sachverhalt“

* Oben: Lino Ventura in „Die Ohrfeige“ (1974); unten: am 29. März in Köln mit Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin, Familienministerin Christine Bergmann.

„Früher haben wir der bedrohten Frau geraten, mit ihren Pinkerln ins Frauenhaus zu gehen“, sagt Karl Mahrer, Chef der Wache in Hietzing, „jetzt muß der Gewalttäter weichen.“

Das Vorgehen gegen Familientyrannen gilt europaweit als Vorbild – prügelnde Männer gibt es auch in anderen Ländern viele. Ende März empfahl die EU-Konferenz „Gewalt gegen Frauen“ in Köln allen Mitgliedstaaten, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um das österreichische Verfahren übernehmen zu können. Bei den Deutschen ist die Bereitschaft dazu groß: Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) will im Herbst einen Gesetzentwurf vorlegen.

Daß pro Jahr in der Bundesrepublik rund 40 000 mißhandelte Frauen mit ihren Kindern in Frauenhäuser fliehen müssen, während die Täter im gewohnten Heim bleiben können, sei ein „unerhörter Sachverhalt“, so Bundesfamilienministerin Christine Bergmann (SPD): „Das Modell Österreich finde ich sehr überzeugend.“

Auch die deutsche Polizei ist angetan. Bislang könnten die Beamten kaum direkt und vor Ort gegen brutale Männer vorgehen, bedauert Hannovers Polizeipräsident Hans-Dieter Klosa: „Die Wohnung ist durch die im Grundgesetz garantierte Unverletzlichkeit geschützt.“ Körperliche Unversehrtheit aber auch.

Die Diskussion um die Gewichtung beider Grundrechte ist in Österreich entschieden: „Natürlich muß die Intimität der häuslichen Sphäre grundsätzlich respektiert werden“, sagt Albin Dearing, Leiter der Rechtsabteilung im Wiener Innenministerium und einer der Autoren des Gesetzes. „Der Anspruch auf Schutz der Wohnung findet aber dort eine Grenze, wo der Staat eingreifen muß, um vor allem sozial oder physisch schwächere Familienmitglieder vor Gewalt zu schützen.“

Rund 2700mal wurde vergangenes Jahr das neue Gesetz angewandt. Die Tendenz ist steigend: Gut 820 „Wegweisungen und Rückkehrverbote“ gab es bereits in den ersten drei Monaten dieses Jahres.

Meist sind es Männer, die ihre Wohnung verlassen müssen, bisweilen aber auch gewalttätige Frauen oder Kinder, die ihre Eltern quälen. In jedem Fall prüfen Juristen der Polizei innerhalb von 48 Stunden die Rechtmäßigkeit des Hausverbots. In weni-

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

ger als fünf Prozent der Fälle heben sie es auf.

Die Anlässe, warum Männer in der Familie Furcht und Schrecken verbreiten, sind meistens banal, oft ist Alkohol im Spiel: „Meine Frau ist frech und vorlaut“, reicht dem einen schon aus, um zuzulangen. „Ihr ist der Erfolg zu Kopf gestiegen“, sagt ein anderer. Oft rasten die Herren auch einfach nur aus, weil das Schnitzel nicht rechtzeitig auf dem Tisch steht.

Ein arbeitsloser Handwerker im 14. Wiener Bezirk konnte es kürzlich nicht ertragen, daß seine Frau bei den Kindern im Zimmer schlief, als er betrunken nach Hause kam. Nach lautem Geschrei und Gerumpel klopfte eine verstörte Tochter des streitenden Paars an die Wohnungstür der Nachbarin. Die rief die Polizei. „Der Mann hat schon mehrfach seine Frau geschlagen“, sagt sie den herbeigeeilten Beamten, „mir tun die Kinder so irrsinnig leid.“

FOTOS: R. RIEDLER / ANZENBERGER

Frauenaktivistin Logar (M.): *„Die Gewalt beenden, nicht die Ehe“*

Wiener Polizist Trinko: *„Die waren regelrecht in Panik“*

Die Polizisten finden den Mann im Bett, die Decke über den Kopf gezogen. „Er stellte sich offensichtlich schlafend“, vermerkt das Protokoll, und weiter: „Beide Kinder wirkten verängstigt und zitterten am ganzen Körper.“ Auf dem Fußboden liegen Aschenbecher, Brotreste und das Telefon, das der Mann seiner Frau aus der Hand geschlagen hatte.

Der Hausherr wird kräftig gerüttelt und richtet sich schließlich auf: „Was wollt's ihr in meiner Wohnung?“ herrscht er die Beamten an, „geht's, aber schnell.“ Gehen aber muß er selbst.

Zwei Koffer kann er im Beisein der Beamten noch packen, dann wird ihm der Wohnungsschlüssel abgenommen. Zuletzt bekommt er noch ein Faltblatt in die Hand – „Information bei Rückkehrverbot“.

„Sie dürfen Ihre Wohnung und die Umgebung, die Ihnen der Sicherheitswachebeamte bezeichnet hat, bis auf weiteres nicht betreten“, steht da geschrieben, „gegen diese Verfügung können Sie Beschwerde einlegen.“ Nur wenige tun das.

Die herausgeworfenen Männer müssen sehen, wo sie bleiben. Ein paar Adressen von Wohnheimen stehen auf dem Informationsblatt. Doch nur einige landen in der „Gruft“ – der „Tagesheimstätte für Arbeits- und Unterstandslose“ – oder in der „Männerherberge der Stadt Wien“. Die meisten gehen zu Freunden oder ins Hotel, andere schlafen wochenlang im Auto.

Anders als zunächst erwartet, gibt es kaum Widerstand. Nur bei jedem 13. Einsatz muß die Polizei mehr oder weniger unsanft nachhelfen. Männer, die Frauen und Kinder schlagen, seien oft extrem obrigkeitshörig, haben die Polizisten festgestellt. Die Staatsgewalt ist eine Autorität, die sie anerkennen.

Dennoch endet manchmal ein Fall tödlich: In Graz kam Anfang des Jahres ein Ehemann trotz Hausverbots zurück und schoß seine Familie nieder. „Natürlich kann es gefährlich werden“, sagt Bernhard Stiedry, der bei der Wiener Polizeidirektion für die Prügelfälle zuständig ist. „Manchmal raten wir den Frauen, die Schlösser auszuwechseln oder dennoch ins Frauenhaus zu gehen.“ Das Hausverbot für die Männer bleibt gleichwohl bestehen – so kann die Frau jederzeit zurück.

Für einige Polizisten sind die neuen gesetzlichen Möglichkeiten immer noch ungewohnt. Sie haben Probleme damit, Männer aus deren eigenen Wohnungen zu verstoßen. Stiedry versucht mit Schulungen, ihnen diese Hemmung zu nehmen.

Auch daß die Polizei eingreifen kann, bevor etwas passiert, macht vielen Probleme. Die Beamten sollen nicht nur das konkrete Geschehen am Einsatzort anschauen, sondern das gesamte Umfeld. Wenn sie den Eindruck gewinnen, der Mann ist für die Familie gefährlich, können sie ihn aus der Wohnung weisen – ohne daß etwas geschehen ist.

„Das ist eine schwierige Entscheidung mit tiefgreifenden Folgen für die Familie“, sagt Jurist Dearing. Besonders heikel wird die Sache zudem, wenn selbst die Frau dagegen ist, den Mann vor die Tür zu setzen, obwohl sie ganz offenkundig körperlich attackiert wurde. „Es kommt in dieser Situation aber nicht darauf an, was die Frau wünscht“, so Dearing, „wir müssen ihr notfalls auch gegen den eigenen Willen helfen, Distanz zu gewinnen.“

Diese partielle Entmündigung der Frauen überfordert viele Beamte. Einige haben gerade erst selbst gelernt, ihre Partnerin als gleichberechtigt anzusehen, nun soll wieder das Gegenteil gelten – allerdings auf höherem Niveau. „Weil wir die Frauen stärken wollen, dürfen wir ihren Willen zunächst einmal nicht ernst nehmen“, sagt Dearing, „das ist den Beamten wahnsinnig schwer zu vermitteln.“

Nach der Polizei kümmert sich eine – nichtstaatliche – „Interventionsstelle“ um die geschlagenen Frauen. Innerhalb von 24 Stunden muß die Polizei den psychologisch versierten Experten ein detailliertes Protokoll über ihren Einsatz zukommen lassen.

Sechs vom Innenministerium anerkannte Interventionsstellen sollen bei privaten und rechtlichen Fragen helfen. „Wenn wir den Mann aus der Wohnung scheuchen, und die Frau bleibt zurück, passiert gar nichts“, sagt Dearing, „da muß sie jemand abholen, sonst kann es keine Veränderung in der Gewaltbeziehung geben.“

Rosa Logar, österreichische Frauenaktivistin und Leiterin der Wiener Interventionsstelle, lobt die Zusammenarbeit: „Mit ein paar Ausnahmen läuft das inzwischen sehr gut.“ Logar und ihre Mitarbeiterinnen klären die Frauen auch darüber auf, was zu tun ist, um sich den prügelnden Mann länger als eine Woche vom Hals zu halten.

Mit einer einstweiligen Verfügung können sie bei Gericht beantragen, das Hausverbot bis auf drei Monate auszudehnen. „Etwa ein Drittel der Frauen macht das“, sagt Logar, „die Familiengerichte stimmen fast immer zu.“ Häufig laufen in diesen Fällen schon Scheidungsverfahren. „Das ist aber nicht unser Ziel“, sagt Logar, „wir wollen die Gewalt beenden, nicht die Ehe oder Beziehung.“

Das polizeiliche Eingreifen in der Wohnung wird von den meisten Frauen als positiv und ermutigend empfunden: „Sie erzählen, es sei ein großer Druck von ihnen genommen worden“, sagt Birgitt Haller vom Wiener Institut für Konfliktforschung. Haller sprach mit Tätern und Opfern Wochen nach dem Geschehen. Die meisten Männer zeigten keine Einsicht und lehnten angebotene therapeutische Hilfe strikt ab.

Die befragten Opfer fühlten sich dennoch sicherer. „Vom Hausverbot geht eine Signalwirkung aus“, hat Haller festgestellt. „Der Mann weiß jetzt, daß er jederzeit wieder vor die Tür gesetzt werden kann.“

HANS-ULRICH STOLDT

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

KIRCHE

Roma locuta

Das Papst-Veto gegen die Schwangerenkonfliktberatung stürzt die deutschen Katholiken in eine schwere Krise.

Die Stimmung im Amtssitz des Kurienkardinals Joseph Ratzinger ist gut – trotz der negativen Schlagzeilen in Deutschland. „Es war doch immer schon klar, daß es beim Thema Abtreibung im Grunde keine Kompromißlösung geben kann, wenn es um eine Grundfrage der katholischen Lehre, um den Schutz des Lebens, geht“, kommentiert ein enger Mitarbeiter des Chefs der römischen Glaubenskongregation den jüngsten Papstbrief an die deutschen Bischöfe.

Das vatikanische Schreiben zur Schwangerschaftskonfliktberatung entbehrt nicht der Raffinesse: Johannes Paul II. verbietet darin nicht per Ordre de Mufti die Ausstellung des für eine legale Abtreibung obligatorischen Beratungsscheins, sondern schiebt den Schwarzen Peter den „verehrten Brüdern im Bischofsamt“ zu. Die könnten, heißt es in der Papst-Epistel, sehr wohl weiterhin derartige Scheine ausstellen – sie dürften bloß nicht fürderhin zulassen, daß das Papier als Abtreibungsvorlage beim Arzt benutzt wird. Andernfalls gäbe es „eine Unschärfe im sonst so eindeutigen Nein der Kirche zur Abtreibung“. Die päpstliche Haarspalterei hilft den deutschen Oberhirten, die in ihrer großen Mehrheit aus seelsorgerischen Gründen im staatlichen Beratungssystem verbleiben möchten, nicht aus der Bredouille. Denn nach dem Willen des Gesetzgebers ist der Schein eine der wesentlichen Bedingungen für den Schwangerschaftsabbruch.

REUTERS

Papst Johannes Paul II.

In hektischen Konsultationen mit Laien und bischöflichen Mitbrüdern suchte der Vorsitzende der Bischofskonferenz, der Mainzer Karl Lehmann, Ende vergangener Woche auszuloten, ob der Papstbrief nicht doch irgendwo eine positive Interpretationslücke läßt. Am Montag und Dienstag dieser Woche treffen sich die residierenden Bischöfe der 27 deutschen Diözesen zu einem abschließenden Votum. Am Mittwoch will Lehmann in Bonn verkünden, wie er und die Seinen künftig mit in Not geratenen Schwangeren umzugehen gedenken.

Lehmanns erste trickreiche Idee: Die kirchlichen Berater könnten den ratsuchenden Frauen am Ende der Konsultationen lediglich den sogenannten Hilfsplan aushändigen, der konkrete kirchliche Angebote beim Austragen des Kindes aufzählt. Einen solchen „Beratungs- und Hilfsplan“ hatten die Bischöfe im Frühjahr als flankierendes Dokument zum Beratungsschein beschlossen. Der Staat müßte allerdings seinerseits diesen Plan als Ersatzschein akzeptieren – was nach den Buchstaben des Gesetzes nicht ohne weiteres möglich wäre. Eine Gesetzesänderung aber dürfte kaum durchsetzbar sein. Weder Regierung noch Opposition möchten an dem 1995 mühsam erzielten Kompromiß zum Paragraphen 218 rühren.

B. BOSTELMANN / ARGUM

Mainzer Bischof Lehmann*: *Hektische Suche nach einer Lücke*

Chefkatholik Lehmann fühlt sich durch die Weisung aus Rom persönlich düpiert. Als er am 20. Mai – zum wiederholten Mal – im Vatikan vorsprach, um beim Heiligen Vater für die Haltung der deutschen Oberhirten zu werben, verriet der mit keiner Silbe, daß seine negative Entscheidung schon feststand und wenig später beim deutschen Episkopat eingehen würde. Bis zuletzt hatten Bischöfe wie der Limburger Franz Kamphaus oder der Münsteraner Reinhard Lettmann auf Beistand vom Papst-Staatssekretär Angelo Sodano gehofft.

Der Kardinal, Premierminister und Außenminister des Papstes, so ihr Kalkül, könne aus politischen Gründen kein Interesse an einem für den Fall des Ausscheidens der Kirche aus dem staatlichen Beratungssystem unausweichlichen Konflikt mit der weltlichen Obrigkeit haben. Selbst im CSU-dominierten Bayern wäre der Krach kaum zu vermeiden, da dort die Beratung ohne Kirche zusammenbräche.

Doch Sodano, verbreiten Vatikan-Kenner, habe anderes im Sinn. „Machtkämpfe finden im Vatikan derzeit nicht statt“, beschreibt ein Jesuit die Lage, „Sodano spekuliert selbst auf die Papstnachfolge, da riskiert er lieber nichts.“

Beim letzten Besuch Lehmanns empfing Sodano den Deutschen erst gar nicht – angeblich aus Termingründen. Und in einer dem Papstbrief beigelegten Erklärung betont der Kardinal unisono mit seinem Chef, ein wie auch immer gearteter kirchlicher Beratungsschein dürfe „keine Berechtigung zur straffreien Abtreibung sein“.

Wieweit die Bischöfe sich dem Verdikt aus Rom beugen, wird sich in dieser Woche zeigen. Bei ihrer Frühjahrskonferenz im Februar in Lingen hatten zwei Drittel des Episkopats sich dafür ausgesprochen, die kirchlichen Stellen weiterhin für die Schwangerenkonfliktberatung offenzuhalten. Doch ein neuer Luther ist unter den deutschen Oberhirten nicht in Sicht: Die große Mehrheit, so steht zu vermuten, dürfte sich der Order aus Rom beugen – nach dem eingeschliffenen Muster: Roma locuta, causa finita (Rom hat gesprochen, die Sache ist erledigt).

Allenfalls werden ein paar hohe Kirchenposten frei. Einige Bischöfe liebäugeln aus Protest gegen Rom mit ihrem Rücktritt. Lehmann, dessen Wiederwahl zum Vorsitzenden der Bischofskonferenz im Herbst ansteht, könnte womöglich auf diesen Job dankend verzichten.

PETER WENSIERSKI

* Bei Eröffnung der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz am 22. Februar in Lingen.

Die heimliche Revolution

In Deutschlands Mädchenzimmern wächst eine Generation junger Frauen heran, die selbstbewußter, individueller und pragmatischer als je zuvor ihre Zukunft plant. Die Mädchen glauben, daß ihnen jeder Lebensweg offensteht. Haben sie recht – oder droht ihnen eine riesige Enttäuschung?

Demonstrierende Mädchen*: *„Jungen, die meinen, daß Frauen in die Küche gehören, sage ich meine Meinung“*

Wo sonst vorzugsweise über Make-up, Jungs und Pop berichtet wird, stand vor kurzem ein Artikel über drei Flüchtlingsmädchen aus dem Kosovo – in der Teenagerzeitschrift „Bravo Girl“, Auflage rund 540 000 Exemplare. Eine solche harte Nachrichtenreportage wäre früher fast undenkbar gewesen. „Aktuelle politische Themen sind neu im Blatt“, sagt die Chefredakteurin Verena Stirn. „Unsere Leserinnen fragen das heute nach. Sie sind längst nicht mehr so gleichgültig, wie lange behauptet wurde.“

Die Mädchen verfolgen, was in den Nachrichten läuft, sie interessieren sich für Umweltthemen und für die Ausländerfrage, sagt Stirn, „denn damit leben sie, da wissen sie Bescheid, und da wollen sie sich engagieren“.

Auch Viva-Geschäftsführer Dieter Gorny hat die Erfahrung gemacht, daß Mädchen anderes im Kopf haben als früher. „Bei den Saarbrücker Medientagen“, erzählt er, „saß mitten in einer Erwachsenenrunde eine 16jährige, die Jugendradio macht. Die vertrat sachlich kompetent ihr Gebiet, sprich, die Jugend.“ Gorny glaubt: „Früher hätte das ein Junge gemacht.“

Was die Macher von Jugendmedien im Alltag erleben, bestätigen Statistiken, Marktforschungsumfragen und wissenschaftliche Untersuchungen: In Deutschland wächst eine Generation junger Frauen heran, die ganz andere Träume, Ziele und Werte hat als alle Generationen vor ihr. Fast unbemerkt hat sich eine Revolution in den Mädchenzimmern vollzogen: Motiviert, selbstbewußt, pragmatisch und mit großer Klappe stellen sich die 15- bis 25jährigen der Zukunft.

Sie wollen alles – und finden, sie haben nicht weniger verdient. „Jungen, die meinen, daß Frauen in die Küche gehören, sage

* In Marseille im Oktober 1998.

ich meine Meinung“, erklärt die Düsseldorfer Realschülerin Ulrike Olbrich, 15, „denn ich bin voll Power.“

Am deutlichsten zeigt sich das Fräuleinwunder in der Schulbildung: Da sind die Mädchen durchgestartet und lassen die Jungen im Kreidestaub zurück. Seit 1992 erreichen regelmäßig mehr Schülerinnen als Schüler die allgemeine Hochschulreife – auch im vergangenen Jahr lagen die jungen Frauen wieder mit 54,1 Prozent vorn. Diese Entwicklung entspricht dem Gesamttrend innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Insgesamt machen deutlich mehr Mädchen als Jungen das Abitur: Auf 100 Schüler kommen europaweit 124 Schülerinnen mit dem höchsten Schulabschluß.

Die Faustregel lautet: Je höher der Schultyp, desto höher der Mädchenanteil in den Klassen. An deutschen Hauptschulen etwa machen Mädchen nur 44 Prozent der Schülerschaft aus, an den Realschulen bereits 51,0 Prozent und an den Gymnasien 54,4 Prozent. Inzwischen haben 34,0 Prozent aller jungen deutschen Frauen im Alter von 20 bis 25 Jahren die Hochschul- oder Fachhochschulreife, verglichen mit nur 30,4 Prozent ihrer männlichen Altersgenossen. Erstmals schrieben sich 1995 an deutschen Universitäten mehr Frauen als Männer ein.

Welche Folgen dieser Boom an hochqualifizierten, ehrgeizigen Frauen mittelfristig für den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft haben wird, darüber läßt sich heute allenfalls spekulieren: Wird der weibliche Power-Nachwuchs die Geschlechterparität im Berufsleben erzwingen und die Männer zu mehr Engagement an Wiege und Waschmaschine verdonnern? Oder werden die jungen Frauen nach ein paar Jahren, wenn sie erst durch Kind und Kegel beschwert sind, doch wieder in alte Verhaltensmuster verfallen?

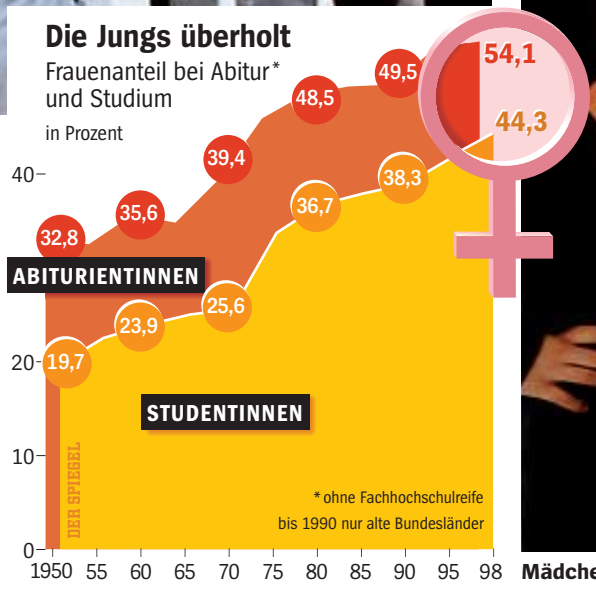
Bis jetzt klingen die Mädchen optimistisch und wild entschlossen: „Ich habe mir für mein Leben hohe Ziele gesteckt, und ich werde sie erreichen“, glaubt die Oberhachinger Gymnasiastin Julia Wagner, 16. Grund zu dieser Annahme hat sie: An Gymnasien sind Mädchen nicht nur in der Überzahl, sie bringen auch bessere Leistungen als die Jungs. „Im Durchschnitt erzielen Schülerinnen bessere Noten“, bestätigt Angela Degand von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung. So ergab eine Erhebung an Bayerns Schulen 1996, daß Abiturientinnen in 10 von insgesamt 14 Fächern bessere Zensuren bekamen als ihre männlichen Kollegen. Ob dies am größeren Fleiß der braveren Mädchen liegt oder daran, daß sich Jungen vor allem von der Pubertät an stärker für das Leben außerhalb des Klassenzimmers interessieren – die Ursachen sind strittig.

„Mädchen sind disziplinierter und beständiger in ihren Leistungen“, hat die Hildener Gymnasiallehrerin Marianne Karrenbrock in langen Berufsjahren beobachtet. Für Ulrike Kramme, Lehrerin an einem Hamburger Gymnasium, steht fest: „Es kann nicht nur an sozialen Umständen liegen, irgend etwas muß schon in den Genen anders sein.“ Wissenschaftler fragen sich nun, ob ihre Gene und ihr Gehirn die Mädchen tatsächlich zum schlaueren Geschlecht machen (siehe Seite 80). Unter den Sitzenbleibern jedenfalls finden sich doppelt so viele Jungen wie Mädchen. „Für Jungs gehört es zum guten Ton, einmal sitzenzubleiben, für Mädchen überhaupt nicht“, sagt Jennifer Apel, 25.

Die Hannoveranerin hat selbst Schule und Ausbildung in Hochgeschwindigkeit hinter sich gebracht. In Wien, Berlin und Edinburgh studierte sie Kommunikations- und Theaterwissenschaft, zwischendurch schob sie ein Praktikum bei einem PR-Unternehmen in den USA ein. Das Unternehmen hatte einen Zettel am Schwarzen Brett der Universität ausgehängt, „der paßte genau auf mich“, sagt Jennifer. Also bewarb sie sich – und klaute den Aushang, um die Konkurrenz auszuschalten.

„In der Schule haben sie uns immer erzählt: Ihr müßt flexibel sein, Sprachen lernen, Auslandsaufenthalte sammeln, Praktika machen“,

E. TSCHAEN / SIPA PRESS



U. MAHLER / OSTKREUZ

Mädchen bei Polit-Workshop*: *„Schweigende Renitenz“*

* In der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft, Berlin.

sagt Apel im Expo-Café in Hannovers Innenstadt. „Die Message war: Da draußen wartet keiner auf euch. Ihr könnt euch glücklich schätzen, wenn ihr überhaupt einen Job findet.“ Apel arbeitet seit dem vergangenen Jahr bei der Expo 2000; sie gehört zum Team, das die Öffentlichkeitsarbeit für den Themenpark der Weltausstellung macht. Der Job, sagt sie stolz, wurde extra für sie geschaffen. Jetzt hat sie einen 13-Stunden-Tag, eine Visitenkarte und trägt einen eleganten grauen Hosenanzug, der nur deshalb nicht ganz so seriös wirkt, weil ein mit einer blühenden Sommerwiese bedrucktes T-Shirt darunter hervorlugt.

Wie bei Jennifer ist bei den meisten jungen Frauen die Botschaft angekommen, daß Ausbildung und Job die wichtigsten und gesellschaftlich anerkanntesten Lebensinhalte sind. Mit viel größerer Selbstverständlichkeit als ihre Mütter gehen Mädchen davon aus, daß sie erwerbstätig sein werden – und daß sie ein hart umkämpfter Arbeitsmarkt erwartet. „Meine Schulbildung ist mir sehr wichtig, denn ohne die richtigen Noten und einen guten Abschluß wird man es in der heutigen Berufswelt nicht weit bringen“, ahnt die Düsseldorfer Realschülerin Jessica Düx, 15. Die Bildung „entscheidet mehr oder weniger meinen Lebensweg“, glaubt ihre Schulkameradin Sibel Akdeniz, 16. „Ich versuche, meine Zeugnisse so gut wie möglich hinzubekommen, weil ich einfach glaube, daß mir das später viele Türen öffnen wird“, sagt die Bonner Gymnasiastin Christina Horsten, 16.

Ein Leben ohne Job kann sich fast keine junge Frau vorstellen, denn der Job verheißt Selbstbestätigung. Die Hamburger Schwesternschülerin Malika Lehmann, 20, sagt: „Ich will in den Spiegel gucken und sagen können: Das habe ich erreicht und kein anderer.“

In puncto Beruf gebe es „einen ganz anderen Wissensdurst als früher“, sagt Ulrike Fischer, bis vor kurzem Chefredakteurin des „Brigitte“-Ablegers „Young Miss“. Entsprechend seien junge Frauen „viel besser informiert und suchen zielsicher nach Infos“. Berufs-Sonderhefte der Zeitschrift seien „bombig gelaufen – besser, als wir erwartet hätten“.

„Die Mädchen wollen unbedingt eine Ausbildung machen“, bestätigt Klaus Lemitz, Leiter der Staatlichen Schule für Sozialpädagogik in Hamburg. Viele seiner Schülerinnen, die mindestens einen Hauptschulabschluß mitbringen müssen, hätten „bei ihren Eltern Arbeitslosigkeit und Alkoholsucht“ erlebt und wollten „raus aus diesem Sumpf“. „Sie haben begriffen: Ein Beruf ist ihre einzige Möglichkeit.“

Es sind die Spätfolgen der Bildungsreform und der Frauenbewegung der siebziger Jahre, die sich jetzt in Westdeutschland an den Lebensentwürfen der weiblichen Jugend zeigen: Sie sind die Töchter von Papa SPD und Mama Emma.

In den Siebzigern geriet das „Du heiratest ja doch“-Argument gesellschaftlich in Mißkredit, mit dem bildungsinteressierte Mädchen zuvor in vielen Familien abgefertigt worden waren; statt dessen wurde den Mädchen gerade von ihren Müttern und von den Medien vermittelt, daß eine Ausbildung und beruflicher Ehrgeiz ihre einzige Chance auf Unabhängigkeit seien. „Meine Eltern erwarten schon von mir, daß ich eine gute Ausbildung mache“, sagt die Düsseldorfer Realschülerin Maria Xanthopoulos, 15, „sie stehen immer hinter mir und unterstützen mich.“ „Bei uns war es wichtig, etwas im Kopf zu haben“, sagt die Expo-Angestellte Jennifer, als Tochter einer berufstätigen, alleinerziehenden Mutter aufgewachsen, und tippt sich zur Bestätigung an die Schläfe: „Die Püppchen-Nummer war verpönt.“

Hundert Jahre zuvor waren solche Lebensziele für Frauen noch gesellschaftlich undenkbar gewesen. 1872 hieß es in einer Denkschrift von Mädchenschullehrern zwar, es gelte, „dem Weibe eine der Geistesbildung des Mannes in der Allgemeinheit der Art und der Interessen ebenbürtige Bildung zu ermöglichen“, doch das Ziel dieser Bildung war nicht etwa ein Lebensgewinn für die Frauen selbst, sondern der Dienst am Gatten: „Der deutsche Mann“ sollte „nicht durch die geistige Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit seiner Frau an dem häuslichen Herde gelangweilt“ werden.

Die Mädchenbildung war eines der wichtigsten Ziele der ersten Frauenbewegung, und so kam es – vor allem durch den Einsatz der Frauenrechtlerin Helene Lange – dazu, daß 1889 in Berlin Real- und vier Jahre später Gymnasialkurse für Mädchen eingerichtet wurden. 1896 bestanden sechs Schülerinnen am Königlichen Luisengymnasium ihr Abitur, sämtlich

„Für Jungs gehört es zum guten Ton, einmal sitzenzubleiben, für Mädchen überhaupt nicht.“ Jennifer Apel, 25, Expo-2000-Angestellte

„Ich setze mich für das ein, was ich möchte, aber nicht, weil ich eine Frau bin.“ Ruth Gans, 19, Abiturientin

M. WITT

M. WITT

„Ich genieße das Gefühl, Chefin zu sein, und will hier ein Superteam aufbauen.“
Corinna Wolf, 27, Geschäftsführerin eines Friseursalons

„mit gutem Erfolg“. Sie waren die ersten Frauen mit Hochschulreife in Deutschland.

Während andere europäische Länder bereits Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts ihre Universitäten für Frauen geöffnet hatten, durften sich wissensdurstige Mädchen in Deutschland jedoch erst 1900 immatrikulieren – und das auch nur in Baden. Es dauerte acht weitere Jahre, bis die Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium in Preußen und anschließend im gesamten Deutschen Reich geregelt wurde.

Heute dagegen stehen jungen Frauen praktisch alle Ausbildungs- und Berufsfelder offen. „Ich kann oft gar nicht fassen,

ULLSTEIN BILDERDIENST

Berliner Abiturientinnen (1928): *„Du heiratest ja doch“*

M. WITT

K. GREISER

Hamburger Studentinnen-Protest (1968): *Töchter von Papa SPD und Mutter Emma*

was ich alles machen könnte“, sagt die Hamburger Betriebswirtschaftsstudentin Silke Niemeyer, 20. „Man wird erschlagen von dem Angebot.“ Die Abiturientin Viola van Beek, 19, fühlte sich überwältigt, als ihr in der Universitätsberatung „ein Buch mit Tausenden von Studiengängen“ in die Hand gedrückt wurde: „Es ist so unendlich viel.“

Dieses „Anything goes“-Gefühl, das die große Freiheit verspricht, aber eben auch mit der Angst vor falschen Entscheidungen besetzt ist, hat sich in den letzten Jahren zum beherrschenden Lebensgefühl junger Frauen entwickelt. Denn tatsächlich haben Mädchen heute die Qual der Wahl. Sie treffen, anders als ihre Vorfahrinnen, kaum noch auf gesellschaftliche Normen, die ihnen vorschreiben, was sie als Frauen zu tun oder zu lassen haben.

Den Kampf um Gleichberechtigung halten sie darum für ausgefochten – und gewonnen. „Ich setze mich für das ein, was ich gerne möchte“, sagt die Hamburger Abiturientin Ruth Gans, 19, „aber nicht, weil ich eine Frau bin.“ Auch die Studentin Silke glaubt, daß sich „die Frauen mit dem zufriedengeben, wie es jetzt ist. Sie denken: Es ist genug erreicht“. Herangewachsen ist eine Generation von postfeministischen Individualistinnen.

Für junge Frauen „gibt es heute keine allgemein gültige biographische Leitlinie mehr“, resümieren die Sozialwissenschaftler Peter Gluchowski und Christine Henry-Huthmacher, die in einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung weibliche Lebensstile untersucht haben. Die traditionellen Lebenslaufmodelle, die auf Ehe und Familie basieren, seien „zwar als kollektive Deutungsmuster noch verhanden“, aber „für jüngere Frauen ist der herkömmliche weibliche Lebenslauf keine verbindliche Vorgabe mehr für das eigene Leben“.

Sprich: Auf eine Zukunft als Familienglucke wird kaum ein Mädchen vorbereitet. „Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, nur Hausfrau oder Mutter zu sein, weil mir das viel zu langweilig wäre und ich die ganze Zeit das Gefühl hätte, etwas von meinem Leben zu verpassen und meine Möglichkeiten nicht zu nutzen“, sagt die Bonner Gymnasiastin Jeanette Murschall, 16. „Hausfrau kommt auf keinen Fall in Frage“, erklärt auch die Dresdner Schülerin Anja Kunze, 17. „Ich bin sehr emanzipiert, ich mache mich von keinem Mann abhängig und diene als Brutmaschine.“

Bereits in den achtziger Jahren reifte unter Jugendforschern die Erkenntnis, daß junge Frauen überwiegend einen „doppelten Lebensentwurf“ anstrebten, nämlich einen, in dem sie Beruf und Familie vereinbaren konnten. Inzwischen aber hat sich die Gesellschaft wiederum gewandelt: Der Doppelentwurf ist heute nur noch eines unter verschiedenen Lebensmodellen, die junge Frauen antesten. Sie nutzen das gesellschaftliche Vakuum, das nach dem Abschied von den alten Weiblichkeitsnormen entstanden ist, als Experimentierfeld.

Anders als früher wechseln Mädchen aller Schichten nicht mehr direkt vom Elternhaus in die Jungvermähltenbude. „Unbefriedigend“ findet etwa die Studentin Silke den Gedanken an eine frühe Ehe: „Für mich wäre das kein Leben, ich wüßte, ich hätte nichts dafür geleistet“, sagt sie. Statt dessen schaffen sich junge Frauen nach der Schulzeit Freiräume; viele nehmen eine „Auszeit“, um auf Reisen ihr Selbstbewußtsein zu stärken oder mit Auslandsjobs Punkte für die Karriere zu sammeln. Die Hamburgerin Viola wird nach dem Abitur drei Monate durch Australien touren, um „mir selbst zu beweisen, daß ich das schaffe“; ihre Schulka-

meradin Ruth will für ein halbes Jahr in einen Kibbuz nach Israel.

Auch in der Lehr- oder Studienphase steht es jeder jungen Frau frei, nach eigenem Gusto zu leben: Manche wohnen als Singles, andere mit Freunden oder in WGs; manche haben zwar eine Beziehung, leben aber in getrennten Wohnungen (von Sozialwissenschaftlern das „living apart together"-Modell getauft). Wieder andere ziehen mit ihrem Partner zusammen, ohne zu heiraten; manche verloben sich und feiern eine Hochzeit in Weiß. Alle Entscheidungen sind gesellschaftlich akzeptiert.

Die Jurastudentin Birthe Wagner, 23, derzeit solo, hat gerade eine Einzimmerwohnung in einem Hinterhof in Berlin-Mitte bezogen; sie will vorerst nicht mit einem Freund zusammenziehen, weil sie fürchtet, „ins Klischee zu verfallen" und in der Partnerschaft das Putzen, Kochen und Einkaufen zu übernehmen. Schon bei Übernachtungsbesuchen hat Birthe die abschreckende Erfahrung gemacht, „daß die Jungen nach dem Frühstück aus dem Haus gehen, ohne einen Finger zu rühren".

Immer weniger richten junge Frauen ihr Leben auf ihre Rolle in Partnerschaft und Familie aus. Das liegt unter anderem an demographischen Umbrüchen – vor allem der Tatsache, daß die „Mutti-Phase" aufgrund der geringeren Kinderzahl und der höheren Lebenserwartung der Frauen heute in ihrem Leben einen viel kürzeren Zeitraum einnimmt als früher. Aber die Umbrüche sind auch ideologischer Art. Von den jungen Frauen wird nicht mehr erwartet, ihr Leben selbstlos an den Bedürfnissen anderer auszurichten; sie haben gelernt, auch egoistisch aufzutreten und auf ihre eigenen Interessen zu pochen. „Jeder hat seinen Plan, Männer wie Frauen", sagt die Jurastudentin Birthe, „und keiner will verzichten – ich auch nicht."

„Höchst überrascht" zeigte sich die Bielefelder Hauptschullehrerin Renate Beyer angesichts der Ergebnisse einer Umfrage, die sie in ihrem Klassenzimmer durchgeführt hatte: Auf die Frage, was ihnen wichtiger als die Familie sei, reagierten die Mädchen spontan mit unverhohlen narzißtischen Äußerungen wie „Ich bin mir wichtig". Auch zeigten sie sich weit weniger willens als ihre männlichen Mitschüler,

Barbie statt Baukasten

Mädchen sind besser in der Schule – liegt das an der Biologie?

Die Lektüre eines statistischen Jahresberichts ließ dem Abgeordneten und altgedienten Studiendirektor Hans Kern keine Ruhe. Merkwürdiges hatte er darin entdeckt, zum Beispiel, daß der Mädchenanteil an Nordrhein-Westfalens Gymnasien deutlich über 50 Prozent liegt und schier unaufhaltsam steigt. Sollten etwa, begehrte er deshalb Anfang April in einer kleinen Anfrage an seine Landesregierung zu wissen, Mädchen am Ende intelligenter sein als Jungen? Läßt sich die weibliche Übermacht am Gymnasium gar biologisch oder genetisch erklären?

Nicht nur den Abgeordneten Kern treibt diese Frage um. Die Suche nach biologisch bedingten Unterschieden zwischen den Geschlechtern ist wieder salonfähig geworden, nachdem lange Zeit die feministisch geprägte Auffassung vorherrschte, eine mädchenhafte Neigung zu englischen Vokabeln und Barbiepuppen sei ebenso anerzogen wie die Vorliebe von Jungen für Mathe und Modellbaukästen.

Bei den üblichen Intelligenztests schneiden Frauen und Männer unter dem Strich praktisch gleich gut ab, dennoch zeigen sie unterschiedliche Stärken und Schwächen: Frauen verbuchen stets bessere Ergebnisse bei Aufgaben, die sprachliche Fähigkeiten erfordern; Männer punkten in der Disziplin des räumlich-visuellen Denkens. Untersuchungen an Schulen in verschiedenen Ländern ergaben denn auch, daß Jungen in Mathematik und Physik um bis zu ein Drittel bessere Noten erzielen als Mädchen, die wiederum in Sprachen besser abschneiden.

Der kleine Unterschied im Kopf wird vermutlich bereits im Mutterleib angelegt. Offenbar steuern während der Schwangerschaft Sexualhormone nicht nur die Entwicklung der Geschlechtsorgane, sondern auch die Arbeitsweise des Gehirns. Das weibliche Geschlechtshormon Östrogen scheint Sprachgeschick zu fördern – kurz vor dem Eisprung, wenn der Östrogenspiegel seinen Höchststand erreicht, sollen Frauen besonders eloquent sein. Männliches Testosteron hingegen begünstigt das räumliche Denken. Anders ausgedrückt: Dem brünstigen Mann fehlen zwar die Worte, doch kann er sich das Objekt seiner Begierde dreidimensional vorstellen.

Um derlei Phänomene genauer zu ergründen, sind Forscher tief in die Windungen des Frauen- respektive Männerhirns vorgedrungen. Tatsächlich förderten sie eine Reihe anatomischer Befunde zutage, die allerdings umstritten sind, denn meist fällt der Unterschied zwischen

CORPUS CALLOSUM UND VORDERE KOMMISSUR

Nervenbrücken zwischen den selbständigen Hirnhälften

Beide Verbindungen sind bei Frauen stärker ausgeprägt. Zwischen ihren Hirnhälften können offenbar mehr Informationen ausgetauscht werden.

SCHLÄFENLAPPEN

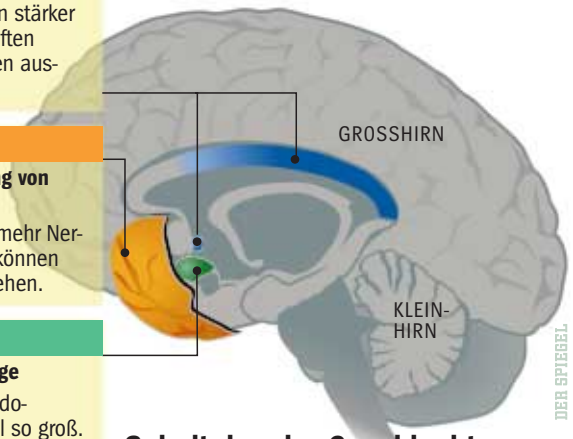
enthält Zentren für die Verarbeitung von Sprache und Musik

Bei Frauen ist diese Hirnregion mit mehr Nervenzellen besetzt, möglicherweise können sie daher besser mit Sprache umgehen.

HYPOTHALAMUS

Schaltstelle für Regulationsvorgänge

Der „präoptische Kern", Teil der Libido-Steuerung, ist bei Männern zweimal so groß. Bei Frauen ist der „suprachiasmatische Kern" länger. Der Taktgeber der inneren Uhr reguliert zum Beispiel Blutdruck und Atmung.



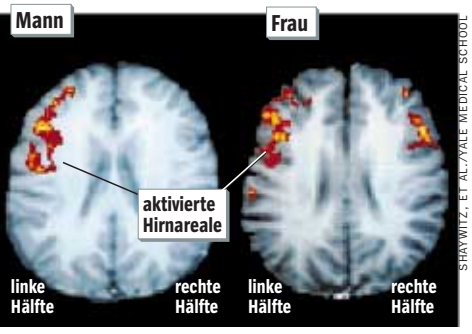
Schaltplan der Geschlechter

Unterschiede in der Hirnanatomie von Männern und Frauen

Männersprache – Frauensprache

Bei der Verarbeitung von Sprache im Gehirn zeigen kernspintomographische Aufnahmen deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern.
Zur Lösung von Sprachaufgaben (z. B. Erkennung von Reimen) wird bei den männlichen Versuchspersonen nur die linke Gehirnhälfte, bei den Frauen hingegen werden verschiedene Areale in beiden Hirnhälften aktiv.

Durchschnittswerte einer Versuchsreihe der Yale University



M. WITT

Elektrotechnik-Studentinnen in Bielefeld: *„Die Wirtschaft kann auf die Kompetenz von Frauen nicht länger verzichten“*

zwei Individuen viel größer aus als die durchschnittliche Differenz zwischen den Geschlechtern.

Als sicher gilt, daß Männer mehr Masse im Kopf haben – ihr Hirn bringt auch dann noch mehr auf die Waage, wenn man das höhere männliche Körpergewicht in Rechnung stellt. Bei dem Überhang von 100 bis 150 Gramm handelt es sich offenbar nicht bloß um Ballast – die Herren verfügen einer dänischen Studie zufolge über 16 Prozent mehr graue Zellen. Ausgleichende Gerechtigkeit: Das Männerhirn, beobachteten jüngst US-Forscher, schrumpft im Alter schneller.

Bei Frauen hingegen ist die Brücke zwischen den beiden Hirnhälften stärker ausgeprägt, der sogenannte Balken oder Corpus callosum. Er verbindet die linke, für analytisches Denken und Sprache zuständige Hemisphäre mit der rechten, in der Emotionen und Einfühlungsvermögen ihren Sitz haben. Womöglich, spekuliert die kanadische Neurologin Sandra Witelson, ticken Frauen anders, weil ihre Hirnhälften stärker vernetzt, Logik und Gefühl untrennbar verwoben sind.

Gestützt wird diese Hypothese durch Beobachtung des Hirns in Aktion. Moderne Abbildungsverfahren wie die Positronen-Emissionstomographie machen sichtbar, welche Teile des Denkorgans in bestimmten Situationen arbeiten. Aufsehen erregte ein Experiment des amerikanischen Forscherpaars Sally und Bennett Shaywitz, die ihre computerüberwachten Versuchspersonen Reimwörter aufspüren ließen. Ergebnis: Bei Frauen waren Areale in beiden Hirnhälften beschäftigt, bei Männern nur eine Region in der linken Hemisphäre.

Eine Überlegenheit des einen oder anderen Geschlechts mag Sally Shaywitz daraus nicht ableiten: „Das Gehirn kann auf vielen Wegen zum gleichen Resultat kommen.“

einem Partner zuliebe umzuziehen oder seinetwegen den Beruf aufzugeben.

Auffällig ist, daß die klassischen ruhenden Pole Familie und Beruf bei manchen Mädchen als Ziel ganz wegfallen: Sie machen erst gar keine „lebenslangen“ Pläne, sondern wenden, mit viel Mut zum Risiko, die unsichere wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage zu ihrem Vorteil: In einer „Patchwork-Biographie“, die spontane Wechsel und Neustarts einschließt, sehen sie die Chance zur individuellen Freiheit.

Die Hamburgerin Corinna Wolf, 27, etwa hat nach ihrer Friseurlehre ein Jahr als Sachbearbeiterin gearbeitet, dann wieder in einem Salon und schließlich am Empfang eines Fitnessclubs. Jetzt ist sie Geschäftsführerin eines Friseurgeschäfts, genießt das „Gefühl, Chefin zu sein“ und „ein Superteam aufzubauen“, und bildet sich an den Wochenenden weiter.

Flexibilität wird auch privat als Wert an sich geschätzt, weil junge Frauen im Bewußtsein leben, daß Partnerschaften nicht mehr für die Ewigkeit angelegt sind, sondern auf Zeit. „Wenn ich mir die Scheidungsrate ansehe“, sagt Birthe Wagner, „glaube ich nicht, daß ich mich darauf verlassen will, von einem Mann versorgt zu werden.“ Je weniger Sicherheit das Eheband verheißt, desto mehr verliert es an Bedeutung – ein soziales Netz aus Freunden und Bekannten wird wichtiger.

Auch ihre Sexualität sehen junge Frauen heute weniger paarfixiert. Den Quickie mit einem Fremden beurteilt zwar die Mehrheit weiterhin skeptisch, aber es muß auch nicht immer gleich der Mann fürs Leben im Bett liegen. Sie könne sich Sex „vorstellen mit einem Mann, den ich nicht liebe“, sagt die Abiturientin Ruth, „aber es muß schon jemand sein, mit dem ich eine Art von Beziehung habe“. Damit bestätigt sie das Ergebnis einer psychologischen Studie der Universität Bonn. Die ergab, daß Sex von jungen Erwachsenen „vor allem mit dem Vorhandensein von Emotionen“ und „weniger mit dem Bestehen einer dauerhaften Bindung“ verknüpft wird.

AKG

Berliner Studentin (um 1918)
Bildung als Dienst am Gatten

Die Bonner Forscherinnen Annette Boeger und Caroline Mantey kamen auch zu dem Schluß, daß sich junge Frauen und Männer – befragt wurden knapp 200 20- bis 26jährige – in ihrem Sexualverhalten und in ihren Ansichten über Sexualität immer weiter angleichen: Klischees über die weibliche Sehnsucht nach Kuscheln und Schmusen und die männliche Lust am schnellen, harten Stoß verblassen. 86 Prozent der Frauen gaben in der Studie an, Masturbationserfahrung zu haben – ein großer Unterschied zu früher, als das Handanlegen offenbar eher Männersache war.

Denn während die Quote der Männer, die sich zu Onans Do-it-yourself-Methode bekennen, seit Jahrzehnten bei mehr als 90 Prozent liegt, gaben noch in den sechziger Jahren weniger als 50 Prozent der Frauen zu Protokoll, daß sie sich selbst befriedig-

ten. Heute wird Sexualität dagegen kaum noch mit Scham- und Schuldgefühlen verbunden. Sex sei „schon lange kein Tabuthema mehr“, glaubt die angehende Krankenschwester Malika Lehmann.

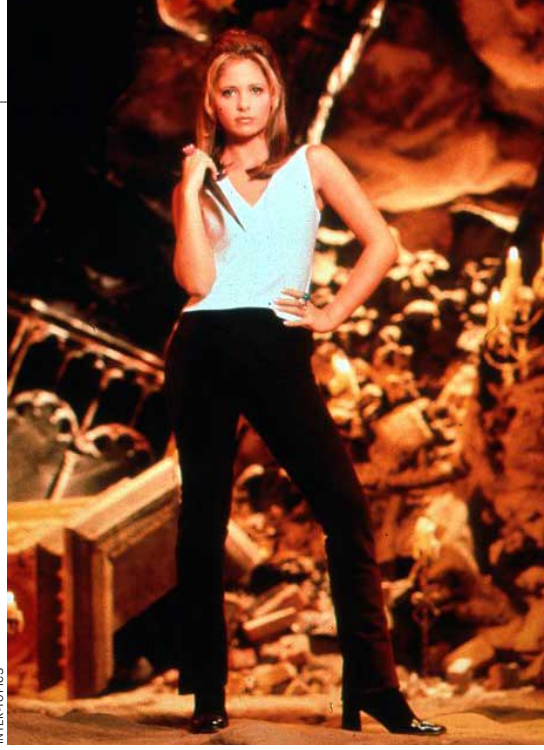
Darauf, daß der Sex keine ungeplanten Folgen hat, achten die meisten Mädchen sehr genau: Zwar haben fast alle vor, Kinder zu bekommen, aber die meisten versehen ihren Babywunsch mit Einschränkungen: Zunächst wollen sie die äußeren Umstände – Beruf, Partner, Finanzen – regeln; dann erst sind die anderen Umstände erwünscht. Die Folge: Die Mamas in spe verschieben ihre Schwangerschaft immer weiter nach hinten. Im Durchschnitt sind verheiratete Frauen in Westdeutschland 28 Jahre, in Ostdeutschland 27 Jahre alt, wenn sie ihr erstes Kind gebären.

„Ich hätte gern zwei Kinder, ungefähr wenn ich 30 Jahre alt bin“, plant etwa die Bonnerin Jeanette. „Zu dem Zeitpunkt möchte ich meine Ausbildung erfolgreich abgeschlossen, einige Jahre Berufserfahrung hinter mir, eine zufriedenstellende, aber auch ausbaufähige Position erlangt, ein gutes Gehalt und ein geregeltes Leben haben.“

Daß solche Träume allzuoft platzen, zeigt die deutsche Geburtenrate, die – mit einem Durchschnitt von 1,3 Kindern je Frau – an drittletzter Stelle im europäischen Vergleich liegt. Es hat in der Bundesrepublik noch nie so viele Frauen ohne Nachwuchs gegeben wie heute: Von den ab 1960 geborenen Frauen wird voraussichtlich ein Viertel kinderlos bleiben.

Die Geburtenzahlen sackten ab, obwohl die heute 15- bis 25jährigen Westdeutschen Kindheit und Jugend in der Ära Kohl verbracht haben, in der viel vom „Schutz der Familie“ und wenig von weiblicher Selbstverwirklichung die Rede war: Das betuliche, christlich-konservative CDU-Frauenbild, das in der schweigenden, mit Betondauerwelle ausgestatteten Kanzlergattin Hannelore seine ideale Verkörperung fand, hat offenbar kaum Auswirkung auf die Lebensentwürfe der jungen Frauen gezeigt. Die pflegten vielmehr „eine im Alltag gelebte, schweigende Renitenz“ gegenüber der offiziellen Politik, glaubt die Berliner Sozialwissenschaftlerin Gerlinde Seidenspinner.

Die Jungwählerinnen haben sich gerächt, indem sie CDU und FDP immer wieder an der Urne abstraften. Unter „berufsorientierten, postmaterialistisch eingestellten, selbstbewußten jungen Frauen“ hätten die Unions-Parteien „kaum Anhänger“, stellte die Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung fest. Gerade „die Unsinnlichkeit und Asexualität der Kohl-Ära“ habe sie abgestoßen, sagt die Expo-Angestellte Jennifer. Konservative Politikerinnen hätten ihr „nie das Gefühl vermittelt, daß es schön ist, eine Frau zu sein“.


INTER-TOPICS
Sarah Michelle Gellar in „Buffy – Im Bann der Dämonen“

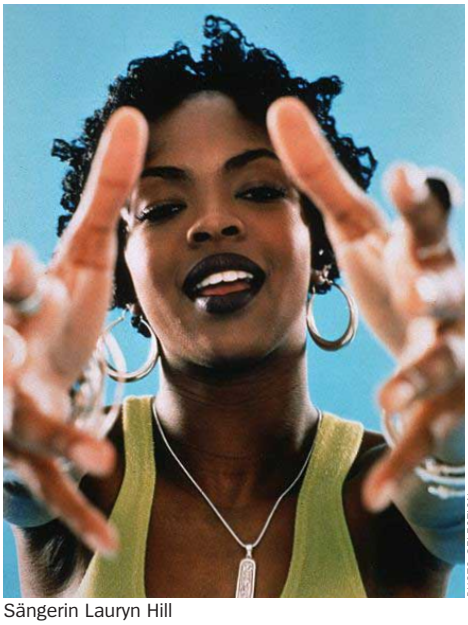
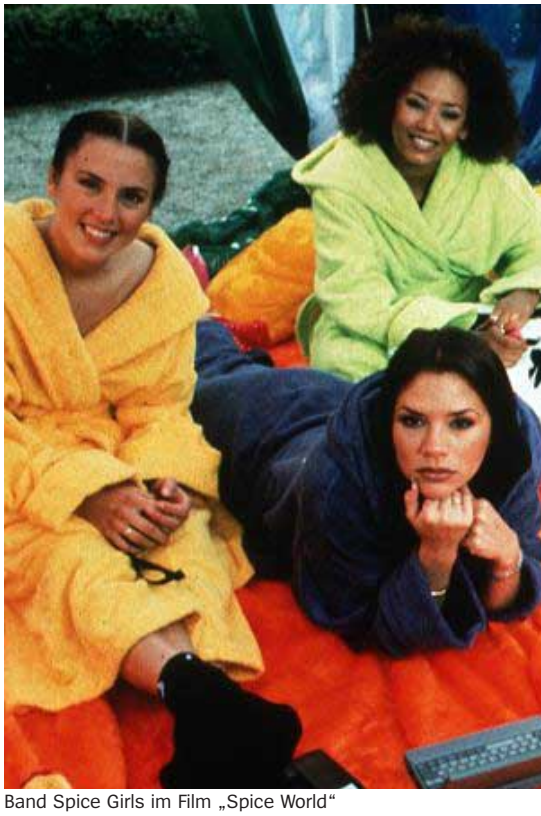

M. BAPTISTE / OUTLINE
Sängerin Lauryn Hill

PHOTO SELECTION
Sängerin Gwen Stefani


Band Spice Girls im Film „Spice World“

Mädchen-Idole in den Medien
Abrechnung mit den Exliebhabern

ACTION PRESS
Sängerin Alanis Morissette

Auch in diesem Anti-Wahl-Verhalten unterscheiden sich heutige Mädchen deutlich von ihren Vorfahrinnen: Bis zur Bundestagswahl 1980 konnten konservative Parteien zuverlässig auf das weibliche Stimmvolk zählen – Frauen wählten, seit sie 1919 endlich das Wahlrecht erhielten, häufiger rechts als Männer. Heute jedoch sind bundesweit die Grünen, im Osten außerdem die PDS sehr populär unter der jungen weiblichen Elite – wenn diese überhaupt von ihrem Stimmrecht Gebrauch macht.

Denn mittlerweile wählen junge Frauen am seltensten von allen gesellschaftli-

chen Gruppen. Sie hätten sich gelöst „von dem traditionellen engen Politikbegriff, der sich primär an institutionalisierter Partei- oder Regierungspolitik orientiert“, stellen die Wahlforscherinnen Ursula Feist und Martina Wendt fest. Daß junge Frauen den Wahllokalen fernblieben, beweise daher nicht etwa ihre politische Apathie, sondern sei ein Signal der Verweigerung.

Denn junge Frauen sehen ihre Interessen von der offiziellen Politik nicht vertreten; sie äußern sich kritisch und enttäuscht. „Ich könnte mir nicht vorstellen, Parteimitglied zu sein“, sagt Jennifer. Eine Partei sei „zu sehr wie ein Verein“; sie wolle lieber „spontan und nach Situation entscheiden“, wie sie handelt. Für politisch – „und zwar links“ – hält sie sich durchaus. Ähnlich wie Jennifer sind gerade höhergebildete junge Frauen nur dann bereit, sich zu engagieren, wenn es um Gesellschaftspolitik auf Graswurzel-Niveau geht.

POLYGRAM

Während die Parteien bis jetzt die zukunftsträchtige weibliche Zielgruppe vernachlässigen, ist die Wirtschaft längst hinter ihr her. Junge Frauen werden heute genauso heftig umworben wie ihre männlichen Altersgenossen, egal ob sie mit speziellen Azubi-Girokonten als Bankkundinnen gewonnen werden sollen oder ob ihnen Make-up, Versicherungen oder Kleinwagen angepriesen werden. Mit dem Slogan „Abgefahren! Endlich mal Möbel, die Fun bringen“, dargebracht von einem schmollenden Girl in Lederjacke, wirft sich etwa der Anbieter Hülsta an die Mädchen-Zielgruppe heran. Die Werbung und die

„Als mir in der Universitätsberatung ein Buch mit Tausenden von Studiengängen in die Hand gedrückt wurde, habe ich mich völlig überwältigt gefühlt.“ Viola van Beek, 19, Abiturientin

M. WITT

Unterhaltungsbranche verstärken das Bewußtsein der jungen Frauen, daß für sie keine gesellschaftlichen Grenzen gelten.

Denn sie werden zu einem immer wichtigeren Wirtschaftsfaktor: Zum erstenmal kauften Mädchen im vergangenen Jahr genauso viele CDs wie Jungen. Damit haben sie „deutlich aufgeholt“, sagt Monika Riemke von der Musikfirma EMI Electrola, und seien „endlich auch hier gleichberechtigt“: Emanzipation an der Kasse. Mädchen machten die grellen, miniberockten und plateaubesohlten Spice Girls mit ihrer „Girl Power“-Botschaft zu Stars, aber auch die Deutschrapperinnen-Gruppe Tic Tac Toe („Verpiß dich“), die Popgruppe No Doubt mit ihrer frechen Frontfrau Gwen Stefani und junge Sängerinnen wie Jewel, Fiona Apple, Lauryn Hill, Brandy, Liz Phair und Alanis Morissette, die auf ihrem ersten Album unverblümt mit ihren Ex-Liebhabern abrechnete. Im vorigen Jahr verschreckte manche Teenage-Tochter ihre Eltern, indem sie Meredith Brooks’ aggressiven Hittitel auf zarten Mädchenlippen trug: „I’m a Bitch, I’m a Lover, I’m a Child, I’m a Mother“.

Auch Film und Fernsehen haben Ende der neunziger Jahre die jungen Zuschauerinnen wiederentdeckt. Denn die machten in den USA TV-Programme wie „Ally McBeal“ mit der gleichnamigen, phantasiebegabten und leicht chaotischen Nachwuchs-Rechtsanwältin (in Deutschland auf Vox zu sehen) und „Buffy – Im Bann der Dämonen“ (auf Pro 7) mit seiner flapsigen, kickboxenden Teenager-Heldin zu Erfolgen, die dann international verbreitet wurden.

Die Begeisterung der Mädchen war es, die High-School-Gruselfilmen mit starken Heldinnen wie „Scream“ und „Ich weiß, was du letzten Sommer getan hast“ zu Millionenprofiten verhalf, aber auch Aschenputtelgeschichten wie „Auf immer und ewig“ (weltweite Einspielsumme 87 Millionen Dollar), „Eine wie keine“ (Deutschlandstart am 22. Juli) und „Ungeküßt“ (7. Oktober). Und Mädchen waren es, die das Leinwandflaggschiff „Titanic“ zum Jahrhundert-Erfolg weinten. Zum erstenmal seit langer Zeit ist Ende der neunziger Jahre ein Mann das begehrteste Pin-up der Welt: Leonardo DiCaprio.

Als Konsumentinnen treten die jungen Mädchen ungeheuer selbstbewußt auf. Bei Hennes & Mauritz, einem der Marktführer für Jugendmode, zerren sie stundenlang T-Shirts aus den Regalen und probieren sämtliche Lippenstifte durch, wie genervte Verkäuferinnen berichten. Als der Musikfilm „Spice World“ lief, sprachen enthusiastische Teenagercliquen naßforsch bei Kinobesitzern vor, um zu erreichen, daß der Film nicht abgesetzt würde – sie wollten wiederkommen.

Daß sich junge Frauen in Deutschland von amerikanischen und britischen Vorbildern angesprochen fühlen, zeigt: Das „Geschlechterbeben“, wie es die US-Feministin Naomi Wolf getauft hat, ist längst ein internationales Phänomen.

In Großbritannien etwa fand 1997 eine „The Can-Do Girls“ betitelte Studie eine Mädchengeneration vor, die unerwartet selbstgewiß und optimistisch in die Zukunft blickte; der Sozialforscher Pat Dade glaubt sogar, daß britische Mädchen heute „in ihrer Überzeugung, daß die Welt ihre Auster ist“, am ehesten vergleichbar seien mit Jungen vor einem Vierteljahrhundert; heutige männliche Jugendliche seien dagegen pessimistischer und weniger ehrgeizig als die gleichaltrigen Mädchen.

In Frankreich bewiesen Mädchen im vergangenen Herbst bei landesweiten Schülerstreiks ihre Führungsqualitäten. Während die Jungs hinterhertrotteten, kämpften Aktivistinnen wie die damals 16jährige Camille „für die Revolution, auf Mädchenart: Wir kreischen lauter. Und wir geben die besseren Fotos ab“.

Was aber wird aus diesem Energieschub, wenn die jungen Frauen den Schonraum Ausbildung verlassen? Wird ihr neues Selbstbewußtsein sie im Berufsleben schnurstracks an die Spitze führen? Es sieht nicht so aus. Denn offensichtlich träumen Mädchen nur selten von der Chefetage – auch weil sie wissen, daß ihnen der Aufstieg schwergemacht werden wird. Zwar gibt es Ausnahmen wie die Holzkirchener Gymnasiastin Jasmin Keck, 17, die sich „ein Häuschen in der Stadt“, „ein großes, schweres Auto“ und „einen lieben Ehemann, der den Haushalt schmeißt“, wünscht, während sie „das große Geld nach Hause“ bringen will – aber so keß planen die wenigsten den Rollentausch.

In einer Umfrage unter Studienberechtigten gaben 1996 nur 28 Prozent der jungen Frauen an, daß sie auf hohen sozialen Status erpicht seien – ein Ziel, das immer-

hin 40 Prozent der jungen Männer erstrebenswert fanden. Nur rund ein Drittel der befragten jungen Frauen steuerte eine leitende Stellung an, während mehr als die Hälfte ihrer männlichen Altersgenossen sich zum Boß berufen fühlte. „Vielleicht ist es in unseren Köpfen noch nicht angekommen, daß wir wirklich Karriere machen können“, sagt die Betriebswirtschaftsstudentin Silke Niemeyer.

„Anerkennung, Macht oder Karriere sind für mich keine Motivationsgründe“, behauptet dagegen die Berliner Gymnasiastin Felicitas Rost, 19. „Ich besitze andere Prioritäten.“ Sie will Psychologie studieren, um „anderen Menschen zu helfen“ und „sich selbst besser kennenzulernen“. Die Hamburger Gymnasiastin Annika Büchele, 18, die Logopädin werden will, möchte im „Beruf in erster Linie Spaß haben und sozial nützlich sein“. Dagegen seien „Macht und Karriere nicht so wichtig“.

Selbstverwirklichung, Spaß und Soziales: Diese Dreieinigkeit der Berufsziele herrscht bei jungen Frauen im Westen vor. Im Osten kommt – ausgelöst durch den Schock der Massenarbeitslosigkeit nach der Wende – das Geld dazu: „Heutzutage ist auch das Einkommen wichtig“, sagt die Dresdner Gymnasiastin Christina, 15, „denn was nützt es, wenn mir der Job Spaß macht, aber ich zu Hause nichts im Kühlschrank habe?“

Für Kaviar im Kühlfach wird es jedoch bei den wenigsten reichen. Denn die weiblichen Auszubildenden beschränken sich nach wie vor auf einen winzigen Ausschnitt des Berufsangebots. Vier Fünftel qualifizieren sich in nur 30 von insgesamt etwa 400 Ausbildungsberufen. Mehr als die Hälfte aller weiblichen Azubis in Ost- und Westdeutschland ist gar in insgesamt zehn Berufen zu finden, darunter den Sackgassen-Klassikern Friseuse, Lebensmittelverkäuferin und Arzthelferin.

Die Nachwuchsakademikerinnen verhalten sich nicht geschickter: Schon zu Beginn ihres Berufswegs sabotieren allzu viele Frauen ihre Zukunftschancen – weil sie ihren Spaß und ihre Selbstverwirklichung in Fächern ohne Perspektive suchen.

Als hingen sie an den Klischees, drängeln sich angehende Akademikerinnen noch immer am liebsten in Germanistik-Seminaren. Zu mehr als 70 Prozent sind es Frauen, die deutsche Sprache und Literatur studieren. Ungeachtet der Tatsache, daß dieses Studium wenig Aussichten auf Chefsessel und hochdotierte Posten in Zukunftsbranchen eröffnet, hält das Fach Germanistik mit deutlichem Vorsprung den ersten Platz der Frauen-Hitparade. Weit oben stehen dort auch Anglistik und Romanistik, Erziehungswissenschaften und Psychologie – Fächer, die in der Skala männlicher Neigungen unter „ferner liefen“ rangieren.

Junge Männer hingegen halten sich an die klassischen Karrierefächer wie Elektrotechnik, Maschinenbau und Informatik. In einer vom Bundesbildungsministerium herausgegebenen Statistik weiblicher Lieblingsfächer an Universitäten sind diese Disziplinen nicht einmal erwähnt.

Im Maschinenbaustudium dümpelt der Frauenanteil bei kaum 10 Prozent, in der Elektrotechnik sind es 5 Prozent, im Zukunftsfach Informatik geht er sogar zurück: von immerhin 20 Prozent Ende der siebziger Jahre auf 12 Prozent. Nur drei Studiengänge, die leidlich gute Berufsperspektiven bieten, sind bei beiden Geschlechtern gleichermaßen beliebt: Wirtschaftswissenschaften, Jura und Humanmedizin.

So überrascht es nicht, daß Hochschulabsolventinnen auf dem Arbeitsmarkt oft schlechtere Chancen haben als ihre männlichen Kommilitonen und sich viele mit Jobs weit unter ihrer Qualifikation begnügen müssen. Aber welche Schülerin verfällt schon auf die Idee, Elektrotechnik zu studieren, wenn es für sie keinerlei weibliche Vorbilder gibt? „Die Verbindung von Männlichkeit und Ingenieurberuf ist bis heute ungebrochen“, klagt Monika Greif, Maschinenbauprofessorin an der Fachhochschule Wiesbaden.

Im gemischten Klassenzimmer verinnerlichen zudem viele Mädchen den Irrglauben, sie seien mathematisch unbegabt. „Mein Mathelehrer hat gesagt, daß Mädchen sowieso kein Mathe können, und so hat er sie auch behandelt“, erzählt die Hamburger Gymnasiastin Aline Benecke, 19. Eine Studie aus Nordrhein-Westfalen bestätigte schon 1987 Aline und alle Kritiker der Koedukation: 40 Prozent der Informatik- und Chemiestudentinnen des

Sparkassen-Werbung

Bausparkassen-Werbung

Junge Frauen in der Werbung
Als Konsumentinnen heftig umworben

Energiekonzern-Werbung

M. WITT

„Ich will in den Spiegel gucken und sagen können: Das habe ich erreicht und kein anderer.“
Malika Lehmann, 20, Schwesternschülerin

Landes kamen aus Mädchengymnasien, obwohl diese nur vier Prozent der weiterführenden Schulen ausmachten.

Seit langem bekämpfen die Frauenbeauftragten der Universitäten den Status quo. Mit bunten Broschüren, „Mädchen-Technik-Tagen“ und Schnupperkursen für Schülerinnen versuchen sie, weiblichen Nachwuchs in technische und naturwissenschaftliche Fakultäten zu locken. „Es gehört inzwischen schon zum guten Ton“, sagt Irmela von der Osten, Leiterin eines Frauenarbeitskreises im Verein Deutscher Ingenieure, „daß Hochschulen solche Aktionen für Schülerinnen veranstalten.“

Neuerdings versuchen sich auch große Unternehmen wie Volkswagen und Telekom als Frauenförderer. Denn zur Zeit sind in Managerkreisen die sogenannten Soft skills angesagt: Teamfähigkeit, Kommunikation, Einfühlungsvermögen. Und diese Talente, mutmaßen Personalchefs, bringen Frauen eher mit als Männer, denen man erst mühsam in Coaching-Seminaren Grundbegriffe der Menschenführung und Mitarbeitermotivation eintrichtern muß.

„Wenn die Männer immer nur im eigenen Saft schmoren, geht uns wichtiges Innovationspotential verloren“, sagt Heli Ihlefeld-Bolesch, die als Gleichstellungsbeauftragte der Deutschen Telekom einschlägige Erfahrungen gesammelt hat. „Die Wirtschaft kann auf die Kompetenz von Frauen nicht länger verzichten“, glaubt auch Manfred Siegle, Dekan an der Fachhochschule Wilhelmshaven.

P. BESSARD / LAIF

Autoproduktion

R. BERMES / LAIF

Bundeswehr

Junge Frauen in Männer-Berufen

„Diskriminieren lasse ich mich nicht“

Siegle ist überzeugt: Nicht weil sie untalentiert sind, meiden Frauen den Ingenieurberuf – sie brauchen, so sein Credo, nur ein wenig Anregung. Deshalb richtete er an der Wilhelmshavener Fachhochschule den ersten reinen Frauenstudiengang Deutschlands ein: Seit dem Wintersemester 1997 können sich dort Studentinnen zu Wirtschaftsingenieurinnen ausbilden lassen – in garantiert männerfreien Hörsälen, Seminaren und Praktika.

„Bei uns müssen die Studentinnen nicht mehr mit überholten gesellschaftlichen Rollenidealen kämpfen“, erklärt Siegle. Der Erfolg scheint ihm recht zu geben: Der Frauenanteil in seinem Fachbereich stieg aufgrund des Spezial-Studiengangs von 3 auf 48 Prozent; bislang hat kaum eine der angehenden Ingenieurinnen ihr Studium abgebrochen. „Bei Klausuren beweisen die Studentinnen häufig, daß sie besser sind als ihre männlichen Kommilitonen“, hat der Dekan beobachtet, „sie studieren pragmatischer und zielorientierter.“

Zwar fürchten Kritiker wie der Freiburger Universitätsrektor Wolfgang Jäger, in einem solchen „künstlichen Schonraum“ ginge den Studentinnen die Fähigkeit verloren, sich später im Berufsleben durchzuboxen; dennoch hat das Wilhelmshavener Experiment Nachahmer gefunden: Im Hauptstudium des Fachs Energieberatung und -marketing an der Fachhochschule Bielefeld heißt es ebenso „ladies only“ wie vom kommenden Wintersemester an im Studiengang Feinwerktechnik an der Fachhochschule Aalen. Dort freilich scheiterte im vorigen Herbst ein Versuch, ein reines Frauenstudium anzubieten. Die Zielgruppe zeigte sich desinteressiert.

Nicht allein das Streben nach Gleichberechtigung motiviert die Lehranstalten zu derlei Angeboten – ihnen gehen schlicht

M. SCHARNBERG / VISUM

Tischlerei

M. WITT

„Vielleicht ist es in unseren Köpfen noch nicht angekommen, daß wir wirklich Karriere machen können."
Silke Niemeyer, 20, BWL-Studentin

die Studenten aus. Einige Fachhochschulen müssen um ihre Existenz bangen, seit, bedingt durch die geburtenschwachen Jahrgänge, ihre Hörsäle mitunter halb leer blieben. „Wir haben Probleme, den Ingenieurbedarf der Industrie zu decken", sagt der Bielefelder Dekan Bernd-Josef Schumacher. Frauen bieten sich einmal mehr als Lückenbüßerinnen an.

Und als solche werden sie vielfach immer noch gesehen. Daß sie erst ran an die Arbeitsplätze sollen, wenn die Männer knapp werden – damit rechnen die Mädchen nicht, denn im Bildungssystem haben sie einen solch direkten Wettbewerb zwischen den Geschlechtern nicht erlebt. „Ich fühle mich Jungen gegenüber in der Schule nicht benachteiligt", sagt die Bonnerin Christina Horsten. Sie ist fest davon überzeugt, daß beide Geschlechter „dieselben Voraussetzungen haben und dasselbe tun müssen, um dasselbe zu erreichen. Bis jetzt ist es jedenfalls immer so gewesen, und ich hoffe, daß das auch so bleibt".

Sollten sie doch einmal auf Chauvinismus treffen, empfinden sich die Mädchen als stark genug, um sich zu wehren: „Es kann gut sein, daß ich mal diskriminiert werde", sagt die Holzkirchener Schülerin Veronika Ammer, 17, „die Frage ist nur, ob ich es mir gefallen lasse." „Wenn man ein wenig Durchsetzungsvermögen hat, kann man sich gegenüber dem männlichen Geschlecht behaupten", glaubt die Dresdner Gymnasiastin Brit Schreiber, 18. „Diskriminieren lasse ich mich nicht", erklärt die Hamburgerin Marlene Solger, 17. „Die Zeiten sind vorbei."

Daß „Leistung das beste Mittel gegen männliche Arroganz" sei, hofft die Oberhachingerin Julia Wagner. Dank ihrer guten Noten wähnen sich viele Mädchen sicher vor Diskriminierung. Was sie meist nicht bedenken: Bildung ist ein fast beliebig vermehrbares Gut. Daß Mädchen heute an Schulen und Massenuniversitäten ein gleichberechtigter Zugang zum Wissen gewährt wird, heißt nicht, daß gleichzeitig die Lernchancen der Jungen gestutzt werden. Der Bildungspool wurde einfach vergrößert.

Diese wundersame Vermehrung aber endet an der Schwelle zum Berufsleben: Denn um Arbeitsplätze wird verbissen gerangelt, und auf einmal finden sich die Mädchen in unmittelbarer Rivalität zu ihren ehemaligen Mitschülern. In diesem Verdrängungswettbewerb greifen wieder alte Vorurteile; Jungen werden häufig bevorzugt. Plötzlich gelten die prächtigen Abschlüsse der Mädchen nichts mehr. Derzeit bekommen nach der Lehre in den neuen Bundesländern rund 60 Prozent aller männlichen Azubis ein Übernahmeangebot von ihren Betrieben, aber weniger als 50 Prozent der weiblichen. Auf den Höhenflug der Mädchen im Ausbildungssystem folgt die Bruchlandung in der Arbeitswelt.

RAZE / GAMMA / STUDIO X

Schülerin bei Demonstration*: *„Wir geben die besseren Fotos ab"*

„An der Universität kriegt man von der Ungerechtigkeit nichts mit", sagt die Jurastudentin Birthe Wagner. Trotzdem geht sie davon aus, daß sie „ein besseres Examen machen und härter arbeiten muß als ein Mann, um den gleichen Job zu kriegen". Die Benachteiligung ärgert sie. „Aber was soll ich machen?" fragt Birthe. „Ich habe ja keine Wahl."

Ehrgeizige junge Frauen müssen mit den altbekannten Schwierigkeiten rechnen: Sie werden später eingestellt, aber früher wieder entlassen; von ihren Vorgesetzten erhalten sie weniger Gelegenheit, Erfahrungen zu sammeln und ihre Stärken zu beweisen; und sie stoßen sich häufig bei Karriereversuchen den Kopf an der „glass ceiling", der unsichtbaren Decke zum Topmanagement. Und dann erwartet sie noch die Baby-Falle, die gerade in den Jahren zuschnappt, in denen die Weichen für den beruflichen Aufstieg gestellt werden. Ein Ausfall durch Mutterschutz und Erziehungsurlaub wird in der Wirtschaft meist mit Karrierestopp abgestraft.

Der angestaute Frauenfrust hat bereits gewaltige Ausmaße erreicht, wie die Verkaufszahlen von Karriere-Ratgebern mit weiblicher Zielgruppe, etwa „Machiavelli für Frauen" (Auflage 120 000), zeigen. Und wenn die optimistischen Power-Girls in wenigen Jahren verdutzt vor denselben Hürden stehen sollten, werden sich Wut und Empörung verschärfen.

Um es nicht soweit kommen zu lassen, setzen junge Frauen vermehrt auf weibliche Karrierenetze, die Strukturen der machterhaltenden „old boys' networks" imitieren: Frau hilft Frau, heißt die Devise. Ebenso funktionieren Mentorinnenprogramme, in denen eine erfolgreiche Wirtschaftsführerin oder Politikerin mehrere Monate eine wißbegierige Nachwuchskraft an ihrer Seite duldet (siehe Seite 87).

Die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft hat jetzt erstmals sogar Schülerinnen in einem einwöchigen Workshop namens „It's Our Turn" auf den Einstieg in die Politik vorbereitet. Vor wenigen Wochen wurden die Jung-Aktivistinnen in Berlin mit Vorträgen, Stadtspaziergängen zu Stätten der ersten Frauenbewegung, einer Besichtigung des Reichstags und einer Kontaktbörse fit für ihren politischen Auftritt gemacht. Das ist zwar nicht so sexy wie die Karriere der Spice Girls, aber zukunftsträchtiger.

Annette Bruhns, Simone Kaempf, Alexandra Rigos, Susanne Weingarten

* In Bordeaux im Oktober 1998.

FOTOS: M. TRIPPEL / OSTKREUZ (li.); J. SCHLÖSSER (re.)

Reha-Zentrum Lübben, Chefin Seewald, Mitarbeiterin Lampe: *„Prima, aber als Geschäftsführer brauchen Sie einen Mann“*

Die Machtfrage

Sie sollen Seilschaften gründen und die Angst vor der Verantwortung verlieren: Ein Modellprojekt vermittelt weibliche Nachwuchskräfte in die Top-Etagen an die Seite von Karrierefrauen – um zu studieren, welche Art Frau sich nach ganz oben durchbeißt.

Du wirst doch nicht“, sagte Jochen, der Architekt, und sie sagte: „Doch, ich werde.“ Mit dem Modell ihrer Klinik im Kofferraum war Beate Seewald nach Potsdam gefahren, unangemeldet; sie fragte sich zum Umweltminister durch, riß die Tür auf, sah Matthias Platzeck mit ein paar Landschaftsschützern tagen und sagte: „Grüß Gott, ich hab’ Ihnen was mitgebracht. Damit Sie sehen, was Sie da ablehnen. Überlegen Sie sich’s. Wir gehen solange ein Bier trinken.“

Ein seltsamer Auftritt, damals vor acht Jahren, und das Absurde ist: Er hat funktioniert. Er hat ihr eine Sondergenehmigung verschafft, einen Neubau ins Biosphärenreservat Spreewald zu stellen – dort, wo es keine Nachbarn gibt, sondern nur Birken, Kühe und Moor. Dort steht jetzt das „Reha-Zentrum Lübben“, und Beate Seewald, heute 40, ist Geschäftsführerin, Chefin eines Hauses, das sie geplant hat und nach ihren Vorstellungen betreibt. Sie fühlt sich bestätigt. Sie hat was erreicht, oder nicht?

Sie ist diese Art Frau, die es „nicht ausstehen kann, wenn jemand nicht weiß, was er will“. Saß da Anfang Januar dieses Jahres so eine Politologin bei ihr im Büro, Birgit Lampe, 32, von der „Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft“ geschickt. Die sollte bei ihr hospitieren, sollte lernen, wie man Chefin wird und andere Leute dazu bringt, einem den Willen zu erfüllen. Aber die schien selbst nicht zu wissen, was sie wollte, sie blickte nur reserviert und zögerlich vor sich hin. Eine mit Biß hatte Seewald erwartet, eine, die vor Ehrgeiz bebt. „Sie wollen also meinen Stuhl“, sagte sie, zweifelnd, aber noch immer hoffnungsvoll. „Ich?“ sagte die Politologin. „Nö, wieso?“

Es gibt viele junge Frauen wie Birgit Lampe, hoch qualifiziert, mit richtig guten Noten, aber nur selten eine, die es nach ganz oben schafft. In der Schule haben Mädchen die besseren Zensuren, später oft die besseren Studienabschlüsse, in der Wirtschaft rufen fortschrittliche Unternehmen nach mehr weiblichen Führungskräften und loben deren Flexibilität und ihre „emotionale Intelligenz“. Doch in der Praxis sieht es vor allem in Deutschlands Großunternehmen immer noch düster aus: Im mittleren Management liegt der Anteil der Frauen bei 11 Prozent, bei den Spitzenjobs sind es 3,6. Weil sie nicht führen dürfen? Nicht führen können? Oder wollen sie nicht?

„Frauen haben Angst vor der Macht“, glaubt nicht nur die Bestseller-Autorin Ute Ehrhardt („Gute Mädchen kommen in den Himmel, böse überall hin“). Diese Angst soll ihnen ausgetrieben werden, das ist das Ziel der neugegründeten Europäischen Frauenakademie. Finanziert wird sie von der EU, dem Bundesfrauenministerium, diversen Sponsoren sowie der TU Berlin; wohlwollend begleitet wird sie von weiblicher Prominenz wie Rita Süssmuth, ehemals Bundestagspräsidentin, und Jutta Limbach, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts. „Preparing women to lead“ heißt ein Modellprojekt der Akademie, das Birgit Lampe und 23 weitere „besonders qualifizierte Hochschulabsolventinnen“ aus Deutschland, Belgien, den Niederlanden und Österreich in die Top-Etagen der Wirtschaft und Politik geschickt hat, als Schatten je einer besonders erfolgreichen Frau.

An der Seite von Beate Seewald soll Birgit Lampe „Management-Anforderungen aus der Sicht einer Führungsfrau erfahren“ und lernen, so formuliert es die Berliner Pädagogik-Professorin Barbara Schaeffer-Hegel, die das Projekt erfunden hat, „sich in einem sehr harten Geschäft durchzusetzen“. Der Führungsnachwuchs soll Seilschaften gründen, so wie es Männer von jeher tun, soll lernen, mit Konkurrenz und Intrigen umzugehen, soll sich der Frage stel-

len, vor der die weibliche Mehrheit gern flieht: Was ist gravierender, die Hindernisse, die ihnen in den Weg gestellt werden, oder diejenigen, die sie sich selber bauen?

Im Reha-Zentrum Lübben ist die Verwaltungsspitze weiblich, insgesamt 80 Prozent der Belegschaft sind Frauen. Da läßt sich gut beobachten, ob es so etwas gibt wie einen weiblichen Führungsstil. Ob sich Frauen im Beruf anders benehmen als Männer und ob es von Vorteil ist, wenn sie das tun.

J. SCHLÖSSER / OSTKREUZ

„Ich habe gesagt: Ich sanier' euch den Betrieb, aber Mitsprache gibt es nicht. Ich bestimme allein."
Beate Seewald, 40, Klinik-Chefin

Da saß nun also im Januar Birgit Lampe bei Beate Seewald herum, stachelig und abwehrbereit, ein Mensch aus einer völlig anderen Welt. Krankenschwester hatte sie gelernt und den Job bald geschmissen; ist von Bremen nach Berlin und hat Politik studiert, Schwerpunkt Frauenforschung. Gejobbt hatte sie bisher in Dritte-Welt-Projekten und im Berliner „Feministischen Frauengesundheitszentrum" – in Alternativbetrieben eben, wo es sich nicht gehört, eine Karriere anzustreben, wo es allenfalls heimliche Herrscher gibt und informelle Chefs. Wo „Macht" für viele ein schmutziges Wort ist und so ziemlich dasselbe wie „Unterdrückung" oder „Korruption".

Dann kam dieses Praktikum bei der Uno in Genf, vor drei Jahren, wo es im Executive Board eine Führungsfrau gab, die Autorität hatte und damit sinnvolle Dinge zu tun schien und Birgit Lampe „schwer beeindruckt" hat. „Da dachte ich: Vielleicht sollte man sich das ja doch mal näher anschauen, was es auf sich hat mit Hierarchien." Also hat sie sich nach dem Examen um einen Platz im dreimonatigen Akademie-Projekt bemüht, bekam ihn, fuhr nach Lübben und sagte sich: mal sehen.

Zu sehen war die Geschäftsführerin Seewald, schmal, blond, geschieden und Mutter von drei Kindern; eine Frau, die eher jung wirkt für ihr Alter und seit fast 20 Jahren genau dahin wollte, wo sie heute steht. 80 Millionen Mark hat sie aufgetrieben, hat ihr 220-Betten-Zentrum für Orthopädie und Onkologie in den Spreewald gestellt. Und hat 84 Prozent Auslastung im Jahresschnitt – was noch nicht reicht, aber kein schlechter Wert ist im Vergleich zu den Zahlen der Konkurrenz. Ein merkwürdiges Wesen, fand die Praktikantin Lampe. Aber doch irgendwie interessant. Wie wird man so? Wie schafft man das?

Jetzt hat sie sich fast schon gewöhnt an diesen Blick von ganz oben, studiert Seewalds Strategien in Leitungskonferenzen, fertigt Studien für die Geschäftsführung an, fragt und fühlt sich wohl als Schatten der Chefin, meistens jedenfalls. An diesem Morgen eher nicht.

Es ist Dienstag, 10.30 Uhr, auf einem Stuhl in Seewalds Konferenzzimmer rutscht unruhig eine Untergebene herum. „Also", sagt Seewald, „ich höre, daß Sie nicht in der Lage sind, Ihre Aufgaben zu erfüllen." Personalgespräch. Da sitzt die Geschäftsführerin mit ihrer Verwaltungsleiterin und der Praktikantin Lampe, die zuschauen darf; da sitzt eine Sozialarbeiterin in der Probezeit, über die sich ein Arzt beschwert hat und andere Leute auch. Es geht nicht um Kleinkram. Es geht um ihren Job.

„Ich glaube", sagt dann die Chefin, „daß da etwas nicht stimmt." Sie habe recherchiert und eine Schuldige an all dem Ärger gefunden: die Vorgesetzte der Sozialarbeiterin. Die ist schwanger und wird auf Druck der Familie aus dem Beruf aussteigen; sie soll ihre Nachfolgerin einarbeiten und sabotiert sie statt dessen, weil sie ihr den Job nicht gönnt. Ein klassischer Mobbing-Fall also, der beinahe damit beantwortet worden wäre, daß man das Opfer entläßt.

Wütend sei sie, sagt Seewald nach der Sitzung. „Was mich empört: Die bedient genau das Männerklischee. Wenn Frauen Mütter werden, heißt es, stifte das Chaos im Betrieb. Ich war auch schon mal schwanger. Ich weiß genau, daß man sich dabei nicht so benehmen muß wie die."

In der luftigen Büroetage, mit Blick auf Spreewald-Grün, sitzen drei Frauen beim Brennesseltee und sind sich einig in ihrem Zorn. Dann sagt die Chefin: „Aber daß das klar ist: So ein Fall kann auch ganz anders ausgehen. Wer seinen Job nicht bewältigt, muß weg." Die Praktikantin schluckt kurz und trocken. Muß das sein?

Seltsame Zweifel, findet Seewald. Ihr sind sie fremd. Nie hat sie sich für politische Gruppen interessiert, sie war nie „feministisch" oder „alternativ" gesinnt; in Passau, woher sie stammt, galt so etwas als Schimpfwort, und sie hatte keine Lust,

J. SORGEL

Seminar des Modellprojekts „Preparing women to lead": *Ein Handicap zum Vorteil erklären*

eine Außenseiterin zu sein. Mit 17 fing sie an, in einer Reha-Klinik zu jobben, die dem Vater ihres Freundes gehörte, einem Patriarchen, der das Mädchen mochte und sagte: „Prima. Du studierst BWL und übernimmst den Betrieb.“ Sie hätte zwar Kunst oder Architektur vorgezogen, aber sie tat ihm den Gefallen, Lust auf Karriere hatte sie schon: „Alle waren glücklich, also war ich's auch.“ Den ersten Job hatte sie schon vor dem Examen sicher, ein Uni-Assistent hatte sie für eine Unternehmensberatung in Amerika empfohlen, und dann?

J. SCHLÖSSER / OSTKREUZ

Essiggurken. Drei Wochen vor der schriftlichen Prüfung muß es gewesen sein, da schaut sie in ihren Einkaufswagen im Supermarkt und sieht: Gurken. Schokolade. Lauter komisches Zeug. O Gott, denkt sie, rennt zur Apotheke und macht drei Tests hintereinander, aber es stimmt. Sie ist schwanger, und in ihren Kreisen in Passau wird geheiratet, wenn man schwanger ist. Amerika? Vorbei.

Mag ja sein, daß ein Mensch wie Birgit Lampe auf gesellschaftliche Lösungen solcher Probleme wie Kindergärten oder Ganztagsschulen hofft; Beate Seewald tut das nicht. Es sei zwecklos, glaubt sie, sich auf den Staat zu verlassen oder darauf, daß sich in den Köpfen der Männer etwas tut. Sie, die Einzelkämpferin, setzt auf „die individuelle Lösung“, auf Improvisation. So wie damals, als sie endlich einen Kindergarten für die Kleinen gefunden hatte, und dann war das ausgerechnet „so ein alternativer Müsli-Laden“, der gerade dabei war, streng basisdemokratisch pleite zu gehen. „Ich habe gesagt: Ich sanier' euch den Betrieb, aber Mitsprache gibt es nicht. Ich bestimme allein.“ Das tat sie dann auch, und die Müslis litten, aber sie machten mit.

Oder später, als ihre Ehe zu Bruch ging, als sie gezwungen wurde, ihr Leben neu zu organisieren, und die Pläne für ihre Klinik entwarf. Da zog sie, die Bürgerliche, mit den Kindern in eine Künstler-Wohngemeinschaft nach Berlin. Keine ideologische Entscheidung war das, sondern ganz praktisch bestimmt: „Kindergärten sind gut für die Leute mit normalen Arbeitszeiten, mit normalen Jobs. Wenn Sie Karriere machen wollen und Kinder haben, gibt es nichts Besseres als eine WG.“

Kann man ein Handicap zum Vorteil erklären? Seewald tut das. Daß sie so viele Frauen eingestellt hat, vor allem schwer vermittelbare und alleinerziehende, erklärt sie kühl und ökonomisch: „Ich habe die Ressourcen hier optimal genutzt.“ Hier: Das war der Osten, „wo Frauen ihren Lebenssinn in der Arbeit finden. In Bayern hätte ich das nicht probiert“. Sie habe sich, so sagt sie, die Lebensgeschichten angehört und diejenigen genommen, die viel Ärger hinter sich hatten. „Wer dann noch Energie hat, ist wirklich gut für den Job.“

„Da dachte ich: Vielleicht sollte man sich doch mal näher anschauen, was es auf sich hat mit Hierarchien.“

Birgit Lampe, 32, Klinik-Praktikantin

Macht ist verführerisch. Eine Chefin bekommt nicht dauernd zu hören: „Das geht nicht, das hamwer immer so gemacht“, wenn sie was ändern will, so wie Birgit Lampe damals als Schwesternschülerin. Eine Chefin kann ihre Vorlieben ausleben, „ganzheitliches Denken“, heißt das bei Seewald, die Naturheilverfahren schätzt. Sie hat Dinge eingeführt in ihrem Weiberladen, die manchem Mitarbeiter wohl seltsam erscheinen – die Tatsache beispielsweise, daß die weibliche Verwaltungsspitze immer wieder in kollektives Heilfasten verfällt.

Klar, es ist schwierig für einen leitenden Mediziner, einer Chefin unterstellt zu sein. Anfangs kam Seewalds Chefarzt morgens immer mit Artikeln aus Fachzeitschriften: „Haben Sie das gelesen? Wissen Sie das schon?“ Das sei schon in Ordnung, sagt sie, „der muß immer wieder zeigen, daß er der Intelligentere ist. Der braucht das. Und ich brauche ihn. Er ist so sachlich, daß es mir manchmal kalt den Rücken runterläuft. Aber ich kann keinen Chefarzt haben, der zu gutmütig ist, zu nett.“

Pragmatisch bis in die Knochen, diese Frau. Pragmatisch bis zum Verrat?

Es gibt Geschichten aus dem Chefinnenleben, die Birgit Lampe anfangs „ziemlich schrecklich“ fand, richtig abschreckend sogar. So wie diese Gespräche mit einer Großbank, von denen Seewald erzählt hat, als es um den Kreditrahmen ging. Sei ja schön, ihr Projekt, sagte so ein wichtiger Herr, alles prima, „aber als Geschäftsführer brauchen Sie einen Mann“. Ja, ja, sagte Seewald und bestellte pro forma ein paar Männer zum Vorstellungsgespräch. Nur war dann eben leider kein passender dabei.

„Eigentlich“, sagt die Chefin, „eigentlich war das Verrat. Eigentlich hätte ich sagen müssen, was soll dieser vorsintflutliche Quatsch. Ich hab's nicht getan. Aber ich habe meine Klinik. War das falsch?“

Die Praktikantin ist jetzt schon soweit, daß sie sagt: „Nein.“ BARBARA SUPP

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

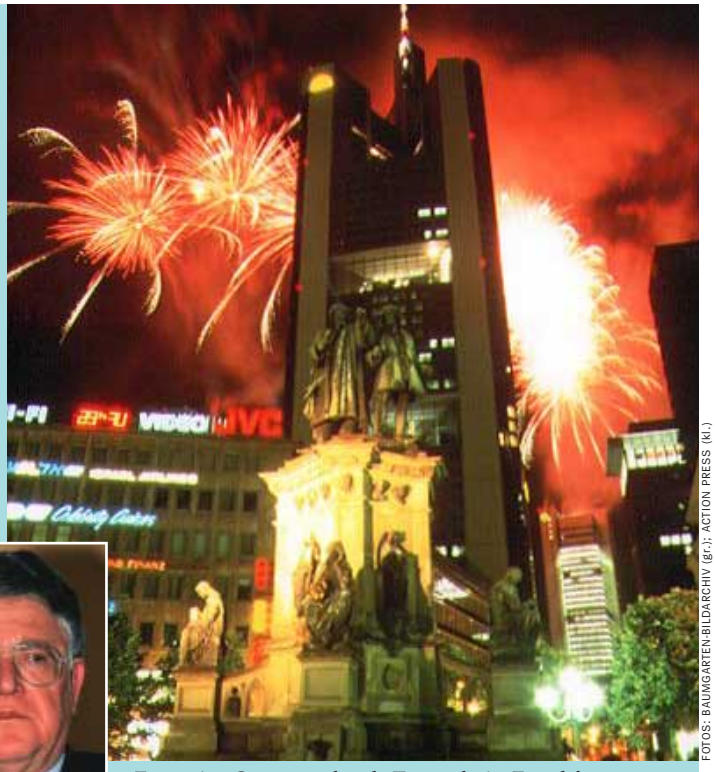
Werbeseite

Werbeseite

COMMERZBANK

Aufsichtsrat im Visier

Wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt ein Ermittlungsverfahren gegen den neuen Aufsichtsratschef der Commerzbank, Dietrich-Kurt Frowein, das Vorstandsmitglied Erich Coenen und zwei Generalbevollmächtigte des Instituts eingeleitet. Die Manager waren früher für das Privatkundengeschäft der Bank zuständig. Ein Fahnder erklärt, die Bank habe ein System entwickelt, mit dem den Kunden die Möglichkeit geboten worden sei, Steuern zu hinterziehen. 80 Prozent der Geldtransfers von Privatkunden in die Schweiz und nach Luxemburg seien anonym gelaufen. Die Bank bestreitet, ein System zur Steuerhinterziehung vorgehalten zu haben. Erst vergangene Woche war bekannt geworden, daß gegen den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Rolf Breuer, und gegen fünf aktive und ehemalige Vorstände des größten Finanzkonzerns der Welt ebenfalls Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung eingeleitet worden waren (siehe auch Seite 98). Den Ermittlungsbehörden liegen mittlerweile 223 Selbstanzeigen von Deutsch-Bankern vor. Ein Verfahren wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung gegen Verantwortliche der Kreditanstalt für Wiederaufbau wurde inzwischen eingestellt.



Frowein, Commerzbank-Zentrale in Frankfurt

FOTOS: BAUMGARTEN-BILDARCHIV (gr.); ACTION PRESS (kl.)

TELEKOMMUNIKATION

Dramatischer Absturz bei Talkline

Die Elmshorner Telefongesellschaft Talkline steckt in einer schlimmen Krise. Das geht aus einem internen Vorstandspapier („Urgency Message“) vom 11. Juni hervor. Danach mußte das hoffnungsvoll in den Telefonwettbewerb gestartete Unternehmen in den vergangenen Monaten gravierende Einbrüche hinnehmen. So fiel die Zahl der Festnetzminuten von etwa 1,5 Millionen im Januar auf rund 300 000 Minuten im Mai ab. Selbst im boomenden Mobilfunkmarkt mußte Talkline Rückschläge einstecken. Die Situation der Gesellschaft, heißt es in dem Papier, sei „dramatisch“: „We need to turn around now.“ Das Festnetz, in das 100 Millionen Mark investiert wurden, sei lediglich noch zu „20 Prozent ausgelastet“. „In den Vergleichstabellen der Branche“, so die resignierende Zusammenfassung, komme „die Telefonfirma nicht einmal mehr vor“. Bereits vor zwei Wochen hatte die Talkline-Mutter Tele Danmark in einer ersten Reaktion auf die schlechten Zahlen den bisherigen Geschäftsführer Dirk Reupke entlassen. Insider führen die drastischen Einbrüche jedoch weniger auf dessen Führung als auf die unentschlossene Haltung von Tele Danmark zurück. Einen für dieses Jahr geplanten Börsengang von Talkline hatten die Dänen vereitelt. Außerdem scheiterten zahlreiche Marketing- und Preisoffensiven an ihrem Veto. Auch für die weitere Zukunft scheinen die Dänen noch kein überzeugendes Konzept gefunden zu haben. In dem Vorstandspapier ist sehr vage von massiven „Kosteneinsparungen, neuen Produkten und Marketingoffensiven“ die Rede.

TANKSTELLEN

Ärger um Aral

Eine ungewünschte Einflußnahme auf seine Aral-Tankstellen fürchtet der Energiekonzern Veba, wenn die Fusion der Ölgiganten Exxon und Mobil vollzogen wird. Grund: Exxon-Partner Mobil hält 28 Prozent an Aral (Veba: 56 Prozent, Wintershall: 15 Prozent), Exxon selbst gehört die Konkurrenzkette Esso. Weil die Aral-Partner vertraglich gleichberechtigt sind, beschwerte sich Veba nun bei EU-Wettbewerbskommissar Karel Van Miert. Künftig könnten die Esso-Besitzer auch bei Aral mitbestimmen. Die Kommission dürfe daher die Fusion nur unter der Auflage genehmigen, daß der Mobil-Anteil an Aral verkauft werde. Veba will das Paket übernehmen und möchte auch die BASF-Tochter Wintershall zum Verkauf bewegen. Daran sei dem Konzern sehr gelegen, sagt ein Veba-Vorstand, fügt aber hinzu: „So wichtig, daß wir Freudenhauspreise zahlen, ist das jedoch nicht.“

A. BASTIAN / CARO

Aral-Tankstelle

GETRÄNKEINDUSTRIE

PR-GAU bei Coca-Cola

Erst eine Woche nach Bekanntwerden der Vergiftung von Coca-Cola aus Belgien begab sich Konzernchef Douglas Ivester am vergangenen Freitag von Atlanta nach Brüssel. Ivester, dem vorgeworfen wird, er habe die Dinge zu lange treiben lassen, hat wenig Chancen, den durch unprofessionelles Krisenmanagement angerichteten Schaden zu begrenzen. Drei Tage zuvor hatte Ivesters Statthalter in Brüssel, Philippe Lenfant, sein langes Schweigen damit gerechtfertigt, er habe erst an die Öffentlichkeit gehen wollen, sobald er absolute Sicherheit über die Ursachen der Vergiftung gehabt hätte. Lenfant selbstgewiß: „Diese Sicherheit habe ich nun.“ Als Erklärung für das Desaster bot Lenfant Probleme mit Kohlensäure an. Am Donnerstag aber versicherte Air Gas, Coca-Colas schwedischer CO_2-Lieferant, kein verunreinigtes Gas geliefert zu haben und das auch beweisen zu können. Kleinlaut mußte Coca-Cola einräumen, man habe keinen Lieferanten beschuldigen wollen. Obwohl angeblich 2000 Experten an der Aufklärung arbeiten, gestand das Unternehmen den Behörden am Wochenende ein, nicht mit Gewißheit sagen zu können, wie Phenole und Schwefel in Flaschen und Büchsen gekommen sein könnten. Der belgische Gesundheitsminister Luc Van den Bossche: „Auf der Basis der Auskünfte, die Coca-Cola geliefert hat, ist es nicht möglich, die aufgetretenen Krankheitserscheinungen hinreichend zu erklären.“ Das Verkaufsverbot für die Getränke des Coca-Cola-Konzerns wurde bestätigt.

AFP / DPA

Getränkeladen (in Brüssel)

NETZHAUT

Schily (vor der Uni Witten/Herdecke)

UNIVERSITÄT

Risiko Totalverlust

Deutschlands Nobel-Uni Witten/Herdecke (UWH) und deren Chef Konrad Schily stehen vor einer peinlichen Affäre. Grund ist der im vergangenen September eingeleitete Konkurs einer kleinen Firma, an der sich der private Zweig der Uni mit rund 51 Prozent beteiligt hatte. Das Unternehmen, 1996 mit dem Namen „UWH-Science-Brokers“ gegründet, sollte Patente und Problemlösungen für die Wirtschaft bereitstellen. Rund 120 Investoren konnten gewonnen werden. Doch statt der angekündigten Millionengewinne produzierte die Firma nur Flops. Die Verluste wuchsen dramatisch. Von den angekündigten High-Tech-Erfindungen blieb wenig. In der internen Planung finden sich statt dessen Projekte wie die Vermarktung einer „diebstahlsicheren Hosentasche“. Vergangene Woche hat die Bochumer Staatsanwaltschaft gegen einen ehemaligen Geschäftsführer der Science-Brokers sogar ein Ermittlungsverfahren wegen Untreue und Betrug eingeleitet. Zahlreiche Investoren fordern nun Schadensersatz von der Uni. Die weist jedoch alle Verantwortung von sich. „Die Anleger“, so Schily, seien im Verkaufsprospekt „auf das Risiko des Totalverlustes hingewiesen worden“.

AUTOHANDEL

Angst vorm Internet

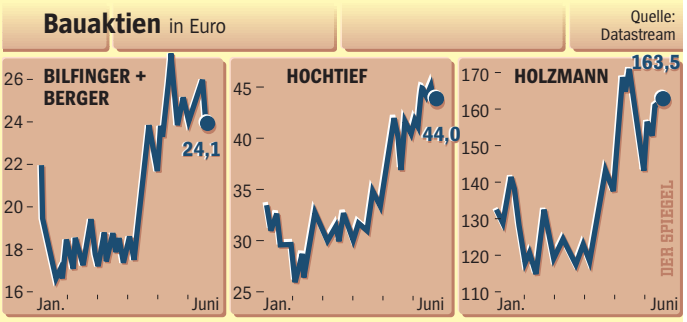
Immer noch ist der Verkauf von Neuwagen übers Internet mit großen Schwierigkeiten verbunden. Bei diesem Thema bewegen sich „fast alle Hersteller im Schneckentempo“, so das Resümee einer Vertriebsstudie des Wissenschaftlers Ferdinand Dudenhöffer von der Fachhochschule Gelsenkirchen. Oftmals sei nicht einmal einfacher Service erhältlich. So wurden laut Studie bei Ford, Audi und Peugeot E-Mail-Anfragen nicht beantwortet, bei Porsche und Jaguar bilden noch Fax und Telefon „die technologische Speerspitze“. Im Ranking zur Internet-Vertriebskompetenz stehen BMW, VW und Mercedes an der Spitze, auf den hinteren Plätzen folgen Porsche (14) und Ford (17), das Schlußlicht bilden Jaguar (30) und Chrysler (31). Die Hersteller seien „auf dem besten Wege, eine strategische Entwicklung zu verschlafen“, sagt Betriebswirt Dudenhöffer. Amerikanische Car-Broker wie Auto-by-tel (www.autobytel.com) oder Carpoint (www.carpoint.com), die seit kurzem auf den europäischen Markt drängen, könnten mit Billigangeboten den Herstellern den Vertrieb aus der Hand nehmen. Besser sieht es bei den Gebrauchtwagen aus. Autobörsen von „Autobild“ (www.autobild.de) oder Dekra (www.faircar.de) verzeichnen monatlich über 100 000 Besucher. Wie skeptisch die Hersteller noch sind, erfuhr Autovermieter Sixt, der seit März regelmäßig Gebrauchtwagen im Internet versteigert. Der Preis für einen Mercedes, so die Werbung, sollte im Sekundentakt um 300 Mark fallen, der erste Bieter den Zuschlag erhalten. Die Sixt-Anzeige für die Ramsch-Aktion wurde, offenbar auf Druck aus der Mercedes-Zentrale, rasch gestoppt.

Smart-Internet-Seite

BAUAKTIEN

Hält die Rallye an?

Mit einem Plus von rund 20 Prozent haben die deutschen Bauaktien den Dax seit Jahresbeginn deutlich geschlagen. Der Grund, so glauben Analysten, ist aber lediglich eine Kurs-Normalisierung, nachdem die Papiere jahrelang schlecht gelaufen sind. „Es war ein Trauerspiel“, sagt Karin Brinkmann von der HypoVereinsbank, „schlimmer konnte es nicht werden.“ Doch trotz der leicht anziehenden Baukonjunktur sind die Analysten skeptisch, ob die Rallye anhält. So hält Michael Benedikt von der Bank Julius Bär die Philipp-Holzmann-Aktie auf ihrem derzeitigen Niveau von 163 Euro für überbewertet. Auch Bilfinger + Berger wird kritisch gesehen. Das Papier profitierte von der wirtschaftlichen Erholung in Asien. Brinkmann: „Die Anleger spekulieren aber darauf, daß die Asiaten die ausstehenden Forderungen in Milliardenhöhe auch begleichen.“ Positiv sehen viele Analysten das Hochtief-Papier. Der Konzern etabliere sich zusehends im zukunftsträchtigen Flughafen-Management. Viele Anleger spekulieren darauf, daß deutsche Baukonzerne vom Wiederaufbau im Kosovo profitieren.



T. MAYER / DAS FOTOARCHIV

Eigenheim (in Düsseldorf)

IMMOBILIEN

Kein Boom in Sicht

Trotz der seit Jahren fallenden Immobilienpreise und historisch niedriger Bauzinsen von rund fünf Prozent für Kredite mit zehn Jahren Laufzeit rechnet der Bundesverband Ring Deutscher Makler (RDM) nur mit einer „leichten Belebung“ des Immobilienmarkts. „Ein Boom wie in den Siebzigern und Ende der achtziger Jahre ist nicht in Sicht“, sagt RDM-Geschäftsführer Gerhard Feldmann. Im Markt fehle der Glaube an einen nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung, aber auch die Arbeitslosigkeit sei noch nicht genügend zurückgegangen. Ebenso müsse bezweifelt werden, ob die Nettolöhne tatsächlich kräftig ansteigen werden. Zudem drückt der Bevölkerungsrückgang die Preise, die meisten der nach Deutschland gezogenen Ausländer werden erst in 15 bis 20 Jahren Eigentum erwerben. „Gerade der Eigenheim-Markt ist ziemlich gesättigt“, so Feldmann. Denn mittlerweile leben 46,6 Prozent der Haushalte im Westen in ihren eigenen vier Wänden. Im Osten beträgt der Anteil der Eigenheim-Besitzer zwar erst 25,9 Prozent – „doch hier ist die wirtschaftliche Talsohle noch nicht überwunden“, sagt Feldmann, „und auch die Abwanderung der Menschen in den Westen ist noch nicht gestoppt“.

ANLEIHEN

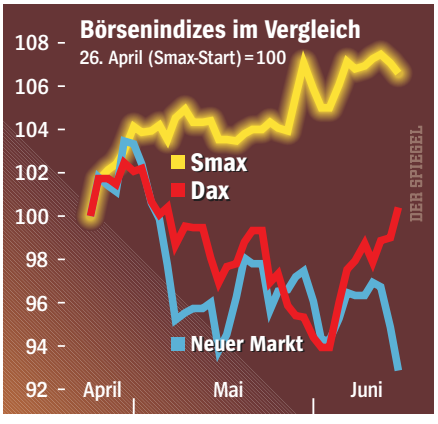
Die Corporates kommen

Neben Aktien kommen in Europa nun auch Firmenanleihen ganz groß in Mode. Laut einer Statistik der Deutschen Bank ist das Emissionsvolumen dieser Schuldtitel, die auch Corporate Bonds oder nur Corporates genannt werden, von 1,3 Milliarden Euro im November 1998 auf über 13 Milliarden Euro im Mai angestiegen. Und der Trend wird sich weiter verstärken. Denn vor gut zwei Wochen plazierte Olivetti mit einem Volumen von 9,45 Milliarden Euro die bisher größte Unternehmens-Anleihe überhaupt. „Dieser Bond könnte für den Markt der Firmenanleihen in Europa ein ähnlicher Meilenstein werden wie der Telekom-Börsengang für die deutsche Aktienkultur“, sagt Christoph Klein von der Deutschen Bank. In den USA finanzieren Unternehmen bereits 60 Prozent ihres Kapitalbedarfs über Anleihen, in der Europäischen Währungsunion sind es bislang nur rund 10 Prozent. Selbst bei Emittenten mit gutem Rating sind die Zinsen in der Regel höher als bei den Staatsanleihen ihrer Heimatländer. Außerdem unterliegen Firmenanleihen größeren Kursschwankungen, das macht sie auch für spekulierende Anleger interessant.

NEBENWERTE

Niedrig bewertet

Die Anleger entdecken den Charme kleinerer Aktiengesellschaften, die seit Ende April im Smax notieren. Während der Neue-Markt-Index und auch der Dax an Wert verloren, liegt der Smax seit seiner Gründung im Plus. „Dort finden sich noch äußerst niedrig bewertete Unternehmen“, sagt Peter Conzatti, Manager des SMH Small Cap Fonds. Der Werkzeugmaschinenbauer Walter glänzt trotz niedriger Aktienkurse mit einer Umsatzrendite vor Steuern von 15 Prozent. Auch bei anderen Maschinenbauern, die langsam aus der konjunkturellen Talsohle herausfinden, sowie bei Zeitarbeitsfirmen wie Amadeus, Allbecon oder DIS sieht Conzatti Kurschancen. Ab diesem Montag bekommen die Unternehmen im Smax sogar einen eigenen Index, den S-Dax – er enthält die 100 wichtigsten Werte des Smax. Auch das sollte das Interesse der Anleger auf Nebenwerte lenken, die in der Vergangenheit oft durch Illiquidität und mangelnde Transparenz auffielen.



DEUTSCHE BANK

Amerikanische Sitten

Die Deutsche Bank erfindet sich neu: Nach der Übernahme von Bankers Trust haben beim inzwischen größten Geldhaus der Welt die Investmentbanker das Sagen. Sie bauen das Traditionsinstitut rigoros um. Wer nicht mitmacht, muß gehen.

Alan Greenspan, der mächtigste Mann der Weltwirtschaft, wirkte rundum zufrieden. „Ich bin froh, daß Sie Bankers Trust übernommen haben“, sagte der amerikanische Notenbankchef vor knapp zwei Wochen dem Deutsche-Bank-Chef Rolf Breuer mit einem listigen Lächeln.

Greenspan kann ruhiger schlafen, seit die New Yorker Investmentbank, die in der Vergangenheit oft durch riskante Geschäfte aufgefallen war, Anfang Juni bei der Deutschen Bank Unterschlupf fand. Sollte es mal wieder kriseln auf den internationalen Finanzmärkten, wird die nunmehr größte Bank der Welt mit ihren tiefen Taschen bereitstehen.

Am 4. Juni feierte die Deutsche Bank vor den Türmen ihrer Frankfurter Zentrale die Übernahme von Bankers Trust (BT) mit einer Party unter dem Motto „Let’s go global“. Amerikanische Pyrotechniker ließen Konfettiraketen in den Himmel steigen, das Bier der US-Marke Miller war schnell ausgetrunken.

W. v. BRAUCHITSCH

Aufsichtsrat Kopper, Vorstandssprecher Breuer
„Vielfalt von Kulturen“

Nun wird es ernst, vor allem für Breuer. Die Deutsche Bank steht vor dem größten Umbau ihrer Geschichte – und vor ihrer größten Herausforderung.

Breuer, gerade von einer siebentägigen Goodwilltour aus den USA zurück, ist vom Erfolg seiner Mission überzeugt. „Die Integration von Bankers Trust gelingt fugen-

R. RUEFFER / FRANKFURT PICTURE

Übernahmeparty vor der Deutschen Bank in Frankfurt

los“, verspricht der eloquente Vorstandssprecher. Direkt nach dem Fusionswochenende fanden die meisten der gut 20 000 neuen Mitarbeiter der Deutschen Bank veränderte Visitenkarten und E-Mail-Adressen vor. Abteilungen mit riskanten Geschäften wurden dichtgemacht, vielen BT-Händlern wurde gekündigt.

Es sei keine Fusion unter Gleichen, sondern ein schlichter Kauf, betont Breuer gern. Er läßt keinen Zweifel daran, wer der Chef ist im Haus. Der Markenname der 1903 in New York gegründeten Bank verschwindet fast komplett. Doch auch die Deutsche Bank muß sich radikal ändern. „Es wird eine neue Deutsche Bank geben“, gibt Breuer als Richtung vor.

Wie kaum ein anderes Unternehmen stand die Deutsche Bank in der Vergangenheit für die deutsche Wirtschaft, mit all ihren Stärken und Schwächen. Sie bildete den Kern der Deutschland AG: Ein Netz von Beteiligungen verband sie mit den wichtigsten Industrieunternehmen des Landes, ihre Vorstände saßen in den entscheidenden Aufsichtsräten – ohne die Deutsche Bank lief nichts.

Doch in den Zeiten der Globalisierung erwiesen sich die alten Beteiligungen, die vor allem das Kreditgeschäft absichern sollten, als Fesseln. Das Geschäft der Zukunft liegt im Investmentbanking, in der Abwicklung von Fusionen, in Firmenverkäufen und Börsentransaktionen. Und da sind die angelsächsischen Investmentbanken, mit ihrem Know-how, aber auch mit ihrem internationalen Netzwerk, führend.

Die Depositen- und Kreditbank alten Stils sei überholt, meint Breuer und will nun, in einem Kraftakt ohnegleichen, die Gewichte verschieben. Rat und Ideen holt sich der Chef von überall: Vor wenigen Monaten ließ er den US-Internet-Broker Charles Schwab und dessen Mannschaft zur Diskussion einfliegen. Breuer wollte den Star der Online-Banker und sein Erfolgsrezept kennenlernen.

Nach der Übernahme von Bankers Trust arbeitet die Hälfte der Beschäftigten, insgesamt 47 000 Leute, im Ausland. Die neue Bank wird amerikanischer, aggressiver im Markt auftreten. Im traditionellen Filialgeschäft werden nächstes Jahr nach einer Prognose von Goldman Sachs nur noch rund 16 Prozent der Gewinne anfallen. Das Investmentbanking soll mehr als das Doppelte erwirtschaften.

Die Investmentbanker haben die Macht übernommen. Die Zeiten, als im Vorstand alle Entscheidungen im Konsens fielen, sind vorbei. Heute sind schnelle Entscheidungen gefragt. Und die trifft der ehemalige Börsenhändler Breuer zusammen mit seinem Aufsichtsratschef Hilmar Kopper.

Wer nicht mitzieht, muß gehen. Michael Endres wurde in den Ruhestand verabschiedet, Jürgen Krumnows Vertrag nicht mehr verlängert. Beide hatten ihre Skepsis gegenüber der neuen Strategie nicht verschwiegen. Krumnow ist der erste Vorstand seit vielen Jahrzehnten, der vorzeitig ausscheiden muß. Es gebe auch im Vorstand „keine Garantie auf lebenslange Beschäftigung mehr“, sagt Breuer.

Die Investmentbanker im Vorstand können frohlocken. „Wir sind jetzt in der Mehrheit“, sagt einer von ihnen. Die von Kopper handverlesenen Neuankömmlinge haben mit den Seilschaften der alten Deutschen Bank nichts zu tun und sind bereit, bei dem risikoreichen Aufbruch in neue Welten vorbehaltlos mitzumachen.

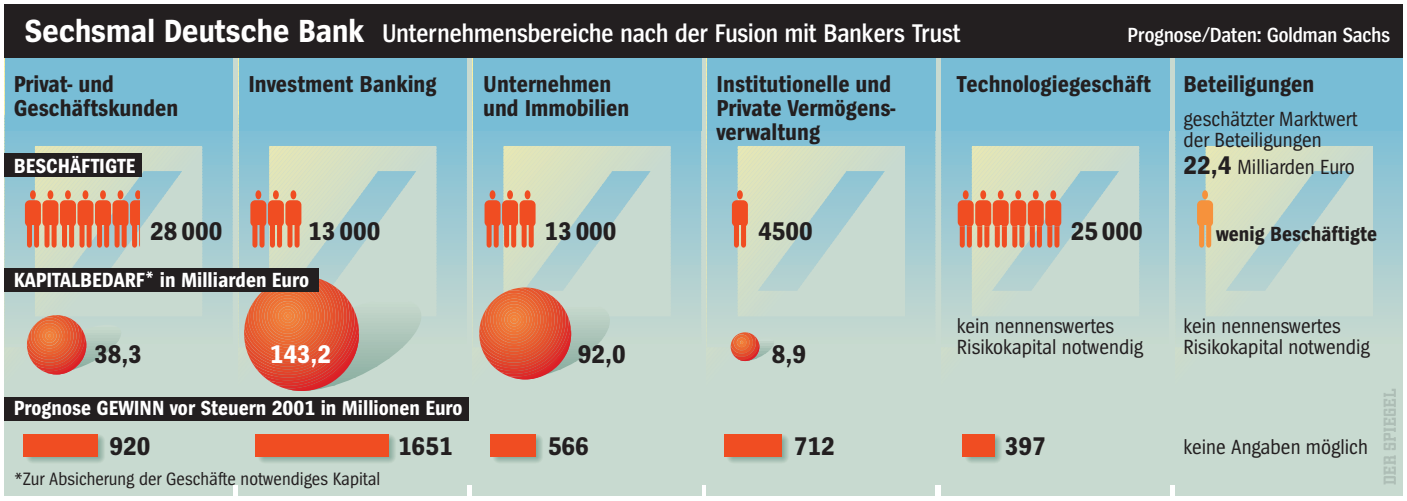
Vom traditionsreichen Kreditgeschäft hält die neue Mehrheit nicht viel. „Wir haben an faulen Krediten mehr als an allen Marktturbulenzen zusammen verloren“, sagt Breuer. Bei den traditionellen Firmenkrediten sei nur wenig zu verdienen. Breuer ließ alle Filialen anweisen, daß eine Ausweitung dieser Geschäfte nicht mehr erwünscht sei. Der Angestellte in der Filiale, einst der Prototyp des Bankmitarbeiters, wird dennoch nicht abgeschafft. „Selbst Charles Schwab“, berichtet Breuer von dem Zusammentreffen mit dem US-Broker, „will überall in Amerika Filialen eröffnen.“ Direkter Kundenkontakt sei – trotz Internet – unersetzlich.

Nun wird der klassische Banker seinen Job neu definieren müssen. Er bleibt der wichtigste Mann, wenn es um den Kundenkontakt geht. Doch er funktioniert künftig nur noch als eine Art Vermittler – den Privatkunden soll er an die Aktienhändler der Bank weiterleiten, den Firmengründer den Experten für Börsengänge zuführen, den Mittelständler an das Team für Fusionen und Firmenverkäufe heranführen.

Um den Zusammenhalt im Konzern zu gewährleisten, hat die Bank ein ausgefeiltes Anreizsystem entwickelt. Wenn der Firmenkundenbetreuer einen Unternehmer an die Spezialisten des Private Banking verweist, werden ihm 25 Prozent der Erlöse gutgeschrieben. Noch größer sind seine Gewinne, wenn der Kreditsachbearbeiter künftig den Börsengang des von ihm betreuten Unternehmens anschiebt. Zwar wird die Firma möglicherweise in Zukunft weniger Kredite nachfragen, aber mit Hilfe einer Schattenbuchhaltung soll ihm die Hälfte des Ertrages auf sein Leistungskonto gutgeschrieben werden, selbst wenn Investmentbanker den Deal durchziehen.

Um den Riesenkonzern, der eine Bilanzsumme von 1,4 Billionen Mark vor sich herschiebt, steuern zu können, agieren in Zukunft mehrere weitgehend eigenständige Banken unter dem Konzerndach der Deutschen Bank. Das Massengeschäft mit den Privatkunden wird zum 1. September in der Deutschen Bank 24 ausgelagert, die Beteiligungen wurden in der DB Investor AG gebündelt, selbst die technischen Dienste, bisher eher eine Kostenstelle, sollen als European Transaction Bank AG am Markt Kunden suchen. Auch das Firmenkundengeschäft und die Vermögensverwaltung sind eigenständige Profitcenter.

Kenner des deutschen Mittelstandes wie der Wirtschaftsanwalt Brun-Hagen Hennerkes bezweifeln allerdings, ob sich die Kunden so schön auf die einzelnen Banken dividieren lassen. „Ist die Abkoppelung der Betreuer vom Firmeninhaber von seiner Eigenschaft als Privatkunde einer Deut-



schen Bank 24 nicht kontraproduktiv?“ fragte der Anwalt besorgt auf der Hauptversammlung der Bank.

Die Mitarbeiter müssen nun lernen, auch länderübergreifend zu kooperieren. Psychologen sollen helfen, die Zusammenarbeit von Deutschen und Amerikanern zu verbessern. Denn erste Befragungen förderten bei Bankers-Trust-Leuten wie bei Deutsche-Bank-Mitarbeitern „erschreckende Stereotypen“ (Breuer) zutage.

T. EVERKE

Bankers-Trust-Zentrale in New York: *Geldregen aus Deutschland*

Die Deutschen halten ihre neuen Kollegen aus den USA für „flexibel, informell, oberflächlich“, während die offensichtlich immer noch das Zerrbild des superkorrekten, autoritätsgläubigen Deutschen pflegen. Solche Vorurteile sollen in gemeinsamen Seminaren abgebaut werden. Tausende von Bankmitarbeitern werden in Kürze zum Psychotraining abkommandiert.

Die Integration von Bankers Trust wird ein Kraftakt – auch finanziell. 335 Millionen Mark garantiert die Deutsche Bank fünf Spitzenmanagern von Bankers Trust, wenn sie fünf Jahre an Bord bleiben. Finanzchef Richard Daniel hat die Treueprämie von 9 Millionen Dollar und das Jahresgehalt von mindestens 4,5 Millionen Dollar ausgeschlagen und vergangene Woche gekündigt. Er ist nicht der einzige Fahnenflüchtige: Ein wahrer Exodus von Führungskräften zeichnet sich ab.

Noch gibt es allerdings wenige, die die Deutsche Bank verlassen, weil sie ihr den Aufbau im Investmentbanking nicht zutrauen. Im Handel mit Anleihen und Aktien hat die Deutsche Bank unter Führung eingekaufter Amerikaner zu den Weltmarktführern aufgeschlossen.

Der Handel mit Wertpapieren lief im ersten Quartal so gut, daß die Erträge um 70 Prozent auf 2,2 Milliarden Mark anstiegen. Doch auch der gesamte Verwaltungsaufwand stieg um 21 Prozent, vor allem, weil die Händler leistungsbezogene Boni kassierten. Daraufhin schickte Edson Mitchell, Leiter der Globale-Märkte-Abteilung und einer der großen Stars des Gewerbes, im Frühjahr eine E-Mail an seine Mitarbeiter, doch bei den Reisekosten und Bewirtungsspesen nicht ganz so in die vollen zu gehen. Er selbst läßt sich schon mal zu einem Zahnarzttermin von London nach New York jetten.

„Wir müssen mit einer Vielfalt von Kulturen zurechtkommen“, sagt Breuer. Die lockeren amerikanischen Sitten („Hello Rolf, how are things?“) haben bereits in der Vorstandsetage der Deutschen Bank Einzug gehalten. Selbst den „Casual friday“ – am Freitag erscheint in New York die Mehrzahl der Banker in Poloshirt oder Golfkleidung – kann sich Breuer in Frankfurt vorstellen. Der Chef, selbst allzeit korrekt gekleidet, zeigt sich tolerant: „Wer möchte, kann am Freitag den Schlips zu Hause lassen.“

CHRISTOPH PAULY

„Einen Deal wird es nicht geben“

Deutsche-Bank-Chef Rolf Breuer über die Ermittlungen der Steuerfahndung gegen ihn und weitere Vorstände

M.-S. UNGER

Breuer

SPIEGEL: Gegen Sie und drei weitere aktive Vorstände wird wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung ermittelt. Haben Sie sich etwas vorzuwerfen?

Breuer: Gegen uns wird nicht ermittelt, weil wir uns persönlich als Beihelfer betätigt hätten. Die Steuerfahndung vermutet, daß es in einigen Geschäftsbereichen der Bank zu Beihilfehandlungen gekommen ist. Gegen die dafür zuständigen Konzernvorstände wird deshalb ermittelt. Bei mir scheint eine Rolle zu spielen, daß ich lange Jahre Präsident des Verwaltungsrats der Deutschen Bank Schweiz war.

SPIEGEL: Die Staatsanwälte vermuten bei der Deutschen Bank ein System, das den anonymisierten Transfer von Geldern ins Ausland ermöglichte.

Breuer: Ein solches System hat es bei der Deutschen Bank nicht gegeben. Wir haben uns nichts vorzuwerfen.

SPIEGEL: Warb nicht die Deutsche Bank Luxemburg mit dem Motto „Reisen bildet – zum Beispiel Kapital“?

Breuer: Ich kann mich an intensive Diskussionen zu diesem Thema im Verwaltungsrat der Deutschen Bank Luxemburg erinnern. Der Vorstand der Deutschen Bank hat diese Anzeige eliminiert. Wir sind nicht Beihelfer zur Steuerhinterziehung.

SPIEGEL: Die Staatsanwaltschaft Frankfurt stützt sich bei den Ermittlungen gegen die Vorstandsmitglieder auf Gesprächsnotizen und Protokolle, die belegen sollen, daß sie von den Geldtransfers ins Ausland wußten.

Breuer: Davon steht in dem Benachrichtigungsschreiben nichts, und ich kann deswegen auch keinen Kommentar dazu abgeben.

SPIEGEL: Jürgen Sarrazin, der ehemalige Vorstandssprecher der Dresdner Bank, akzeptierte einen Strafbefehl. Werden Sie einen Kompromiß mit den Staatsanwälten anstreben?

Breuer: Einen Deal mit der Staatsanwaltschaft wird es nicht geben. Aus heutiger Sicht gibt es dafür keinen Anlaß.

SPIEGEL: Würden Sie wie einige andere Banken eine Geldstrafe akzeptieren?

Breuer: Wir fühlen uns zu Unrecht angeschuldigt. Deshalb sehen wir keinen Anlaß, uns irgendeinem Vorschlag zu unterwerfen.

SPIEGEL: Bei der Dresdner Bank hatten einige Vorstandsmitglieder auch persönlich Steuern hinterzogen.

Breuer: Wir haben uns auch hier nichts vorzuwerfen.

SPIEGEL: Raten Sie Ihren Kunden von der Deutschen Bank in Luxemburg und in der Schweiz zur Selbstanzeige?

Breuer: Ich gehe davon aus, daß die große Mehrheit steuerehrlich ist. Wer sich etwas vorzuwerfen hat, sollte prüfen, inwieweit er die Möglichkeiten, die die Gesetze bieten, nutzen kann.

SPIEGEL: Nimmt der Staat Ihrer Meinung nach die Falschen ins Visier?

Breuer: Der Staat hat durch die schlimmen Steuergesetze den Urgrund dafür gelegt, daß es zu einem Kapitaltourismus sondergleichen gekommen ist. Da fühle ich mich durchaus in Bonn verstanden. Doch leider sind die Initiativen des Brüsseler EU-Kommissars Monti, die auf eine niedrigere Besteuerung der Zinserträge hinausgelaufen wären, am Widerstand von Luxemburg und Großbritannien gescheitert.

DPA

Kernkraftwerk Neckarwestheim: *Kein Zurück mehr vom Ausstieg*

ATOMKRAFT

Der letzte schaltet ab

Wirtschaftsminister Werner Müller hat den Stromkonzernen in einer Geheimaktion den Atomausstieg abgehandelt. Doch die Zustimmung der Grünen ist unsicher.

Kein gewöhnlicher Angestellter hielt sich in den Büroräumen der Veba-Zentrale in Düsseldorf-Golzheim auf und konnte sehen, wen der Chef empfing.

Es war Samstag nachmittag gegen drei Uhr, vor zwei Wochen, als die Chefs der Energiekonzerne RWE, Viag und Energie Baden-Württemberg bei Veba-Lenker Ulrich Hartmann vorfuhren. In dessen Büro saß schon Wirtschaftsminister Werner Müller.

Viereinhalb Stunden tagte die geheime Runde im neunten Stock. Dann war der Konsens da: Die Stromkonzernchefs sind bereit zum Ausstieg aus der Atomkraft. Maximal 35 Jahre, darauf verständigte sich Müller mit den Bossen, darf jeder Reaktor am Netz sein – danach ist er reif für den Schrott. 2024 soll der Meiler Neckarwestheim 2, der vor zehn Jahren als letzter in Betrieb ging, auch als letzter abgeschaltet werden (siehe Grafik).

Als Gegenleistung für die großzügig gewährten Restlaufzeiten versprechen die Energievorstände, daß sie die rot-grüne Bundesregierung nicht mit Schadensersatzprozessen überziehen, die den Staat Milliarden kosten könnten. Und widerwillig stimmten sie zu, daß hierzulande nie wieder Atomkraftwerke gebaut werden dürfen.

Diese Woche will Gerhard Schröder entscheiden, ob er die Ausstiegskonditionen akzeptiert, die sein Wirtschaftsminister ausgehandelt hat. Kein Zweifel, daß der Kanzler die Chance ergreift.

In einem streng vertraulichen Papier sind die Details der Einigung akribisch festgehalten: Schon bald werden Kanzler und Stromkonzernchefs den Energiekonsens in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag besiegeln. Anschließend sollen auch Bundestag, Bundesrat und die Aufsichtsräte der Stromunternehmen ihr Plazet geben.

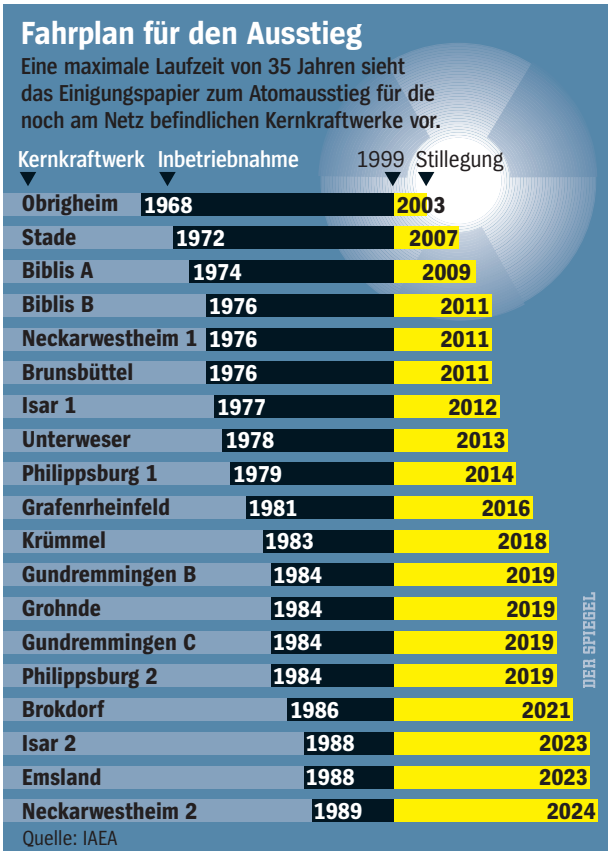
Schlau hat Müller das Abkommen ersonnen: Um den Strom-Managern die Angst vor rot-grüner Willkür beim Atomausstieg zu nehmen, will er den Konzernen ein Sonderkündigungsrecht einräumen, sollten wesentliche Vertragsteile verletzt werden.

Doch den allzu einfachen Rückzug vom Ausstieg verbaute der Wirtschaftsminister den Konzernchefs: Eine Schiedsstelle, mit dem Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts an der Spitze, soll im Zweifel über Kündigungen entscheiden, etwa ob die Unternehmen tatsächlich von der staatlichen Nuklearaufsicht schikaniert wurden – dann dürfen sie den Pakt auflösen.

Für die Bundesregierung dagegen sieht das Paragraphenwerk nirgendwo ein Zurück vor. Das ist Absicht: Damit sollen auch kommende Kanzler an den Vertrag gebunden bleiben.

Finanzminister Hans Eichel kann sich zudem auf einen willkommenen Beitrag der Stromkonzerne zur Haushaltssanierung freuen: Für ihre üppigen Entsorgungsrückstellungen sollen sie in den kommenden zehn Jahren 16,7 Milliarden Mark Steuern abführen.

Der Deal geht noch weiter: Ende 2004 ist Schluß mit dem umweltfeindlichen Recycling deutschen Strahlenmülls in den Wiederaufarbeitungsanlagen Frankreichs und Großbritanniens. Denn in spätestens fünf Jahren sollen an allen Meilern neue Zwi-



schenlager für verbrauchte Brennelemente stehen.

Damit werden Atomtransporte quer durch die Republik weitgehend überflüssig. Die Castoren sollen anschließend nur noch rollen dürfen, um Strahlenabfälle aus Frankreich und Großbritannien zurückzuholen.

Als Reparaturbetrieb für defekte Atomcontainer ist die Pilotkonditionierungsanlage im niedersächsischen Gorleben vorgesehen. Gebaut wurde die Nuklearfabrik eigentlich, um Strahlenabfall in spezielle Endlagerbehälter umzupacken und anschließend im benachbarten Salzstock für Hunderttausende von Jahren zu begraben.

Nun soll, so der Müller-Plan, die Suche nach einem Endlagerstandort völlig neu beginnen. Die bisherigen Projekte, Gorleben und Schacht Konrad, werden erst einmal eingemottet. Künftig muß ein einziges nationales Strahlendepot reichen – die Entscheidung für den Standort soll aber frühestens 2020 fallen.

F. DECROCK / SPICA

Minister Müller

Die Grünen werden den Deal des Wirtschaftsministers kaum als Erfolg der Koalition betrachten. Immerhin hatte Müller die Konzernchefs Ende vergangenen Jahres bereits dazu gebracht, den Ausstieg in 20 Jahren zuzusagen. Doch dann verschafften die Bonner Koalitionäre mit einer Serie dilettantischer Pannen den Bossen mächtig Auftrieb.

Erst lud der unerfahrene Quereinsteiger Müller die Strom-Manager zur vertraulichen Verhandlungsrunde mit Kanzler Schröder nach Bonn, ohne den für Atomfragen zuständigen Umweltminister Jürgen Trittin dazuzubitten. Prompt ging der Grüne auf Nuklear-Crashkurs.

Ohne Vorwarnung feuerte Trittin die Mitglieder der Kommissionen für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz. Er wollte beide Gremien, bis dahin geschlossene Clubs für Atomfans, auch für Kernkraftkritiker öffnen – eigentlich überfällig. Trittins Handstreich aber wirkte wie ein neurotischer Racheakt.

Kurz darauf kündigte der forsche Umweltminister den Blitzrückzug aus der Wiederaufarbeitung in Frankreich und Großbritannien an. Franzosen und Briten befürchteten Milliarden-Einbußen und drohten den Deutschen mit Schadensersatzprozessen, gestützt auf Garantien, die ihnen Helmut Kohl einst gegeben hatte.

Schließlich wollte Oskar Lafontaine die steuerfreien Entsorgungsrückstellungen der Energiekonzerne anzapfen. Als die Strom-Manager ihre Abgabenlast mit Horrorzahlen weit übertrieben, offenbarte der Finanzminister peinliche Rechenschwäche – und quittierte alsbald den Dienst. Und mit jedem neuen Schnitzer der Bonner Regenten konnten sich die Konzernchefs tiefer in die Opferrolle fallen lassen. Zudem wuchsen ihre Hoffnungen, daß die Dilettanten der Regierung Schröder nicht die ganzen vier Jahre durchhalten würden.

Einen Krieg gegen die Atomindustrie, das wissen auch die Stromchefs, kann sich Rot-Grün nicht mehr leisten. Der Kanzler ist auf jeden Arbeitsplatz und auf gute Stimmung in der Wirtschaft dringend angewiesen.

Derzeit mißtrauen die Grünen – wie der Rentenstreit zeigt – dem großen Partner und seinen Geheimplänen. Der Kanzler wird viel Überzeugungsarbeit leisten müssen, um die Grünen für Müllers Energiekonsens zu gewinnen. Der widerspenstige Trittin immerhin ist in die Grundzüge eingeweiht.

Bliebe es beim jetzigen Ausstiegsplan, ginge Obrigheim, der älteste deutsche Meiler, erst 2003 vom Netz – bis Ende der Legislaturperiode würde also kein einziger Reaktor abgeschaltet. Das hatten die Grünen aber ihren Wählern versprochen.

Daß den Ökofreunden im Bundestagswahlkampf 2002 genügen sollte, sich weiter auf bevorstehende Abschalttermine zu freuen, ist unwahrscheinlich. Die Anti-Atomkraftbasis ist schon jetzt tief enttäuscht und droht mit einer totalen Castor-Blockade.

Angesichts dieser vorhersehbaren Querelen treten die Bosse zunehmend schroff auf. „Wenn uns keine andere Wahl bleibt“, tönte Veba-Chef Hartmann kürzlich, „sind wir auch konfliktfähig und konfliktbereit.“

Stur lehnten die Konzernchefs ab, als Müller eine Jobgarantie für das Personal aller stillgelegten Meiler verlangte. Ebensowenig mochten die Vorstände versprechen, daß die Ersatzkraftwerke möglichst nicht im Ausland gebaut werden sollen.

Statt dessen handelten die Bosse dem Wirtschaftsminister Garantien ab, die vor allem einem Zweck dienen – den Grünen Trittin in Ketten zu legen. So soll

- die Wiederaufarbeitung im Ausland nur dann in fünf Jahren enden, wenn der Umweltminister noch 1999 den Stopp der Brennelemente-Transporte aufhebt;
- bei den künftig obligatorischen Meiler-Generalüberholungen lediglich der heute gültige, aber kein verschärfter Sicherheitsmaßstab gelten;
- das Steuerrecht künftig nicht mehr allein zu Lasten der Stromkonzerne geändert werden dürfen, etwa um eine Sonderabgabe auf Kernbrennstäbe einzuführen.

Sogar eine Extra-Garantie vom Kanzler verlangten die Stromchefs: Der Umweltressortchef solle künftig alle wichtigen Atomentscheidungen vom Wirtschaftsminister abzeichnen lassen. Müller lehnte ab – das Sorgerecht für Trittin mochte er nicht übernehmen.

Hendrik Munsberg

TOURISTIK

Knatsch im Urlaubsparadies

Beim zweitgrößten deutschen Reiseveranstalter C&N geht es drunter und drüber. Nun schickt die Lufthansa ihren besten Mann zu der Chaostruppe.

Das Arabella-Hotel „Son Vida“ bei Palma de Mallorca gilt unter gestreßten Managern und verwöhnten Urlaubern als Geheimtip. Der nahe gelegene 18-Loch-Golfplatz ist vom Feinsten. Wem es draußen noch nicht heiß genug ist, kann in der Sauna oder im hoteleigenen türkischen Bad schwitzen.

Die neun Herren, die am Donnerstag vorletzter Woche in der Luxusherberge abstiegen, fanden dennoch wenig Entspannung. Lufthansa-Chef Jürgen Weber und Karstadt-Boß Walter Deuss hatten Vorstände und Aufsichtsräte ihrer Gemeinschaftsfirma C&N-Touristic zum geheimen Treffen auf die Insel gebeten, um über die Zukunft ihrer erst kürzlich fusionierten Ferientöchter Condor und Neckermann zu beraten.

DPA

Lufthansa-Chef Weber (2. v. l), C&N-Manager*
Das Triumvirat bekämpft sich gegenseitig

Geduldig hörte der oberste Lufthansa-Chef sich an, was die drei C&N-Manager planen, um dem mächtigen hannoverschen Preussag-Chef Michael Frenzel (TUI, Hapag-Lloyd) Paroli zu bieten. Der kauft zur Zeit einen Konkurrenten nach dem anderen auf.

LUFTHANSA

Die Fleißarbeit hätten die C&N-Strategen sich sparen können. Kaum waren sie am Ende, erfuhren die Touristikexperten, was Weber von ihren Vorschlägen hält – so gut wie nichts. Kurz und knapp teilte der oberste Lufthansa-Boß den verdutzten Managern mit, daß sie schon zum 1. Juli einen neuen Chefkontrolleur bekommen, Webers Vertrauten Stefan Pichler, 41.

Der ehemalige Marathonläufer ist eigentlich für den Lufthansa-Vertrieb zuständig. Nun hat er einen Zweitjob. Er soll in Webers Auftrag nachholen, was die C&N-Manager seit ihrem Amtsantritt im vergangenen November sträflich versäumt haben: Fusionspartner für den zweitgrößten deutschen Touristikkonzern (7,5 Milliarden Mark Umsatz, 8500 Beschäftigte) zu finden und die Expansion in Europa voranzutreiben.

Branchenkenner sind sicher, daß Pichlers Berufung nur ein erster Schritt ist. Spätestens im nächsten Jahr, berichten Berater Webers, soll der umtriebige Quereinsteiger an die C&N-Spitze aufrücken und dort eine neue Führungsriege installieren.

Bislang weigerten sich die Karstadt-Manager beharrlich, einen Lufthansa-Mann als Nummer eins der fusionierten Firma zu akzeptieren. Doch das könnte sich schon bald ändern – durch den geplanten Zusammenschluß der Neckermann-Mutter Karstadt mit der Fürther Quelle-Gruppe.

Wenn demnächst die beiden Unternehmen zur Karstadt Quelle AG verschmolzen werden, sollen erstmals auch Manager des Großaktionärs Schickedanz in den C&N-Aufsichtsrat einziehen. Mit ihrer Hilfe möchte Weber seinen Zögling Pichler zum C&N-Vorstandschef befördern.

Ihre geplante Entmachtung haben sich die C&N-Manager selbst zuzuschreiben. „Wir wollen bis zum Jahr 2010 Europas größter Reiseveranstalter werden“, hatten Neckermann-Chef Wolfgang Beeser, sein Finanzmann Willi Schoppen und Condor-Chef Franz Schoiber noch im vergangenen November vollmundig verkündet.

Doch das Triumvirat ist heillos zerstritten und blockiert sich gegenseitig nach Kräften. Unterdessen teilen die großen Tourismusgiganten TUI, Airtours oder Thomsen den Markt unter sich auf.

So hatten sich Weber und Deuss den Start ihrer Gemeinschaftsfirma nicht vorgestellt. Um zu verhindern, daß einer der beiden Partner zu stark wird, schickten sie drei verdiente Altmanager in den Vorstand und tüftelten genau aus, wer wann den Aufsichtsratsvorsitz übernehmen darf. Das rächt sich nun. Statt neue Marken zu entwickeln oder edle Spezialveranstalter aufzukaufen, bekriegen sich die drei gleichberechtigten C&N-Bosse, wo sie können.

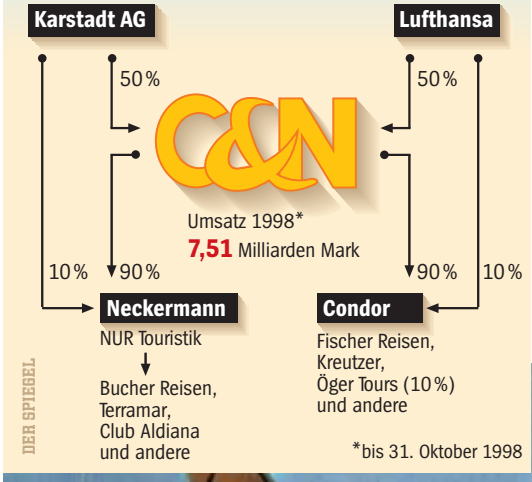
Heftig gestritten wird auch um die Frage, wer für die Abstimmung von Flugsitzen und Hotelbetten zuständig ist. Und auch bei geplanten Zukäufen sind sich die Herren nicht einig. Schoiber und sein oberster Chef Weber möchten sich schnell attraktive Unternehmen wie den Billiganbieter Alltours oder die Bahntochter DER sichern, Beeser und sein Finanzexperte Schoppen rechnen den Lufthanseaten immer wieder vor, daß die Übernahmekandidaten viel zu teuer seien.

Jürgen Weber und sein Chefstratege Stefan Pichler sind die ewigen Streitereien leid. Der Lufthansa-Chef überlegt schon, die Verträge der drei C&N-Manager, die noch bis zum Jahr 2001 laufen, nicht zu verlängern und einen neuen Vorstand bei seiner Tochterfirma zu berufen. Spätestens dann ist auch der Weg frei für einen anderen ehrgeizigen Plan – die Übernahme des Wunschkandidaten Alltours.

DINAH DECKSTEIN

Die Ferienmacher

Wichtige Beteiligungen an der C&N-Touristic AG



Weber-Vertrauter Pichler, Condor-Maschine: *Heilloser Streit um Flugsitze und Hotelbetten*

* Wolfgang Beeser, Franz Schoiber und Willi Schoppen.

UNTERNEHMEN

Wenn Geld verdunstet

Ein schillernder Werbekaufmann machte glänzende Geschäfte mit dem Zigarettenkonzern Reemtsma. Jetzt zog der Eigentümer die Konsequenzen: Zwei Vorstände mußten gehen.

Vorstandssekretärinnen waren hingerissen, wenn der Marketingberater Michael Poetter, 45, in ihrer Firma erschien. Er sparte nicht mit Komplimenten und kleinen Aufmerksamkeiten wie Seidenschals und Blumensträußen; sehr angetan von dem Mann waren auch die beiden Reemtsma-Vorstände Dieter Weng, 56, und Peter H. Miebach, 54.

Poetter avancierte schnell zum Marketingstar eines der weltgrößten Zigarettenkonzerne. „Der ging wie der Sonnengott durch die Flure“, sagt ein Abteilungsleiter.

Inzwischen haben sich die Geschäftsbeziehungen zwischen Reemtsma und dem Berater merklich abgekühlt. Marketingvorstand Weng und Finanzchef Miebach wurden fristlos entlassen, Konzernjuristen prüfen derzeit, wie ihre Firma aus den Verträgen mit Poetter herauskommen kann.

Weng und Miebach, so stellten die Wirtschaftsprüfer von Arthur Andersen fest, haben Poetter per Zahlungsverpflichtungen und Bürgschaftserklärungen rund 50 Millionen Mark zugeschanzt – und ihm aus der Firmenkasse ein privates Darlehen von drei Millionen Mark spendiert.

Weder die übrigen Vorstandsmitglieder noch der Aufsichtsrat seien darüber informiert worden, begründet der Aufsichtsratsvorsitzende Günter Herz den Rauswurf.

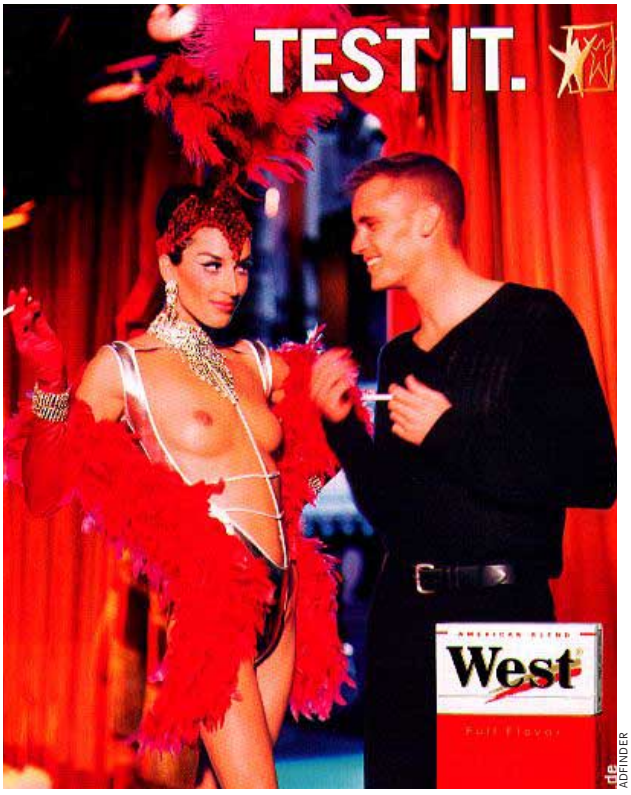
In der Reemtsma-Gesellschafterversammlung am Freitag vorvergangener Woche erregte sich Miteigentümer Michael Herz über die „Dreistigkeit“ der beiden Vorstände; der Mehrheitsgesellschafter Günter Herz sei immer noch „stinkesauer“, berichtet ein Kenner der Familie: „Wenn Geld verdunstet, kann Günter ausrasten.“

BIP PRESS

Berater Poetter

Die Zusammenarbeit des Konzerns (12,9 Milliarden Mark Umsatz) mit dem Berater Poetter mutet wie eine Verzweiflungstat an. In anderthalb Jahren darf EU-weit in Zeitungen und Zeitschriften, auf Plakaten und Kinoleinwänden nicht mehr für Zigaretten geworben werden. Alle Tabakkonzerne brüten darüber, wie sich das Werbeverbot unterlaufen ließe.

Das war die Gelegenheit für Poetter, der außerhalb des Konzerns „neue Kommunikationskanäle finden“ sollte, wie so was im Marketingdeutsch heißt. Rund 300 Millionen Mark jährlich gibt Reemtsma (Hauptmarke: „West“) für Werbung und Sponsoring aus, darunter schätzungsweise 60 Millionen Mark für Autorennen in der Formel 1. Nach dem totalen Werbeverbot – als letzter Reklame-Auftritt wird ab 2006 das Sponsoring in der Formel 1 untersagt – kann Reemtsma seine Millionenbeträge nur noch „below the line“ unterbringen. Mit diesem Ausdruck umschreibt die Industrie Maßnahmen jenseits der klassischen Werbung in Zeitungen, Zeitschriften oder im Fernsehen.



ADFINDER

Reemtsma-Reklame: *Künftig nur noch Schleichwerbung?*

Als Mitveranstalter von Rockkonzerten hatte Poetter zuvor in der Berliner Waldbühne Verkaufsförderung für die „West“ gemacht. Im vergangenen Jahr lieferte er die kreativsten Vorschläge für die künftige Reemtsma-Werbung „below the line“.

Der Konzern könne beispielsweise den Hamburger Sender O.K. Radio oder Klassik Radio kaufen und in Radio West umtaufen. Bei Klassik Radio hatte Poetter die Kaufverhandlungen bereits weit vorangetrieben. Den Gesellschaftern des Senders gab er die geforderte Erklärung ab, daß er Klassik Radio für eine zweistellige Millionensumme auf eigene Rechnung und nicht für Dritte erwirbt. Als die Idee mit dem Radio bei Reemtsma durchfiel („Was sollen wir mit einem Lokalsender?“), brach der Berater ganz schnell die Verhandlungen ab.

Auch andere Poetter-Ideen stießen erst einmal auf wenig Begeisterung. Gleich abgelehnt wurde seine Anregung, Reemtsma solle einen Fernsehsender in Hongkong kaufen, der via Satellit Europas Verbraucher auf die Produkte der Hamburger hinweisen könnte.

Der schillernde Werbekaufmann kam gleichwohl mit Reemtsma ins Geschäft.

Poetter kann beträchtlichen Charme entfalten und sich blitzschnell anpassen. Je nach Lage fährt er in einer schweren Limousine vor oder im Mercedes der A-Klasse, wenn bescheidenes Auftreten ratsam scheint. Zu dem Sylter Szene-Treff Sansibar rollt er auf einer Harley in maßgeschneiderter Lederkluft an („Ey, ich bin der Michael“), stilsicher bewegt er sich auch auf hanseatischen Vorstandsetagen.

Poetter lernte sein Handwerk bei dem Tierfutterhersteller Effem („Chappi“, „Whiskas“) und kam zu Geld durch Beteiligungen an Berliner Radiostationen (JFK 98,2, Radio Flamingo). Ehemalige Geschäftspartner schildern ihn als „offen“ und als „guten Rädchendreher“. Er sei „ein netter Kerl, der aber wenig Eigenes entwickelt und lieber andere für sich arbeiten läßt“.

Stolz führt Poetter die Insignien seines Erfolgs vor: einen umfangreichen Fuhrpark (Bentley, Porsche, einen gepanzerter Mercedes 500, einige Harley Davidson) und seine Häuser auf Sylt und in Palm Beach (Florida). Für die Spitzenmanager von Reemtsma organisierte der Charmebolzen rauschende Feten bei Formel-1-Rennen, wo sich norddeutsche Herren begeistert in Rennfahrer-Leibchen zwängten.

Poetter, der kreative Macher, kam Anfang vergangenen Jahres gut an in dem Hamburger Zigarettenkonzern, besonders bei Marketingvorstand Dieter Weng. Eingefädelt wurden die luftigen Projekte noch unter dem Vorstandssprecher Ludger Staby. Unter dem Staby-Nachfolger Thiery Paternot, der vor knapp zwölf Monaten den Job übernahm, gerieten Poetters Aktivitäten wohl ein wenig außer Kontrolle.

Weng, ein gelernter Psychologe, förderte so eifrig die Zusammenarbeit mit dem externen Marketingberater, daß Poetter schon nach wenigen Monaten den Sitz seiner Firma Co/Operation Consulting von Berlin nach Hamburg verlegte, dort mit Reemtsma-Geld reihenweise Firmen gründete und andere bis dahin gut laufende Unternehmen aufkaufte, die nun ums Überleben kämpfen.

Das konkrete Aufgabengebiet der meisten Poetter-Gesellschaften kennt auch bei Reemtsma keiner genau, der Berater hat im wesentlichen vage Konzepte entwickelt. „Der eigentliche Geschäftszweck vieler Firmen“, juxt ein Manager des Konzerns, „ist das Schreiben von Rechnungen.“

Poetters Good Entertainment & Merchandising GmbH soll dafür sorgen, daß in Film- und Fernsehproduktionen Zigarettenschachteln der Marken „West“, „Peter Stuyvesant“ oder „Davidoff“ zu sehen sind. Die Good Music & Production will ein eigenes Schallplattenlabel namens West E. P. gründen – mit dem guten Vorsatz, junge Musiker zu fördern. Good Sports & Event ist dazu ausersehen, auf Sport- oder Rockveranstaltungen diskret auf Reemtsma-Marken hinzuweisen.

Good Services & Promotion soll allgemeine PR- und Verkaufsförderungskonzepte entwickeln, Good Ticket & Travel ist unter anderem für die Vermarktung der Peter-Stuyvesant-Reisen vorgesehen; Good E & Commerce will ins Internet. Good Food & Beverage möchte in Kneipen und Restaurants tätig werden – in welcher Art, ist allerdings noch genauso unklar wie die Funktion von Good Publishing & Programming: Diese Firma will irgendwie einmal Stadt- oder Stadtteilzeitungen gründen und TV-Programme entwickeln.

Seriöse Marketingexperten halten wenig von dieser Form der verkappten Werbung. „Weil es eine Plattenfirma West gibt“, sagt einer, „kommt doch niemand auf die Idee, sich am nächsten Automaten eine Packung West zu ziehen.“

VARIO PRESS

ACTION PRESS

Ex-Reemtsma-Manager Miebach, Weng
Verstoß gegen die Regeln des Hauses

Poetter will auch ein Bier unter dem Namen West ausschenken lassen; ein Drops Marke „West“ gibt es bereits – eine Kreation von West E. P. Das Kürzel steht für die Poetter-Erfindung Exciting Products.

Daß sich mit „aufregenden Produkten“ wie T-Shirts und Mützen indirekt für Zigaretten werben läßt, bezweifeln auch bei Reemtsma viele. Der schillernde Marketingberater aus Berlin stieß von Anfang an auf Skepsis; viele haben gewußt, daß Poetter seine dubiosen Mini-Firmen von Reemtsma finanzieren läßt.

Hinweise, daß Gelder zu Gesellschaften wie Good Entertainment flossen, drangen schon vor vielen Monaten bis zur Unternehmensspitze. Doch erst als Mehrheitseigentümer Herz, indirekt von einem Reemtsma-Produktmanager informiert, seine Wirtschaftsprüfer ansetzte, kam heraus, daß Weng und Miebach gegen die Regeln des Hauses verstoßen hatten.

Reemtsma muß freilich weiterhin mit Michael Poetter zusammenarbeiten: Der Marketingberater hat vertraglich die Vermarktungsrechte an den Reemtsma-Marken. Poetter aus dem lukrativen Geschäft zu drängen wird teuer.

Womöglich muß der Konzern auch noch ein paar Millionen Mark Abfindung an die gefeuerten Spitzenmanager zahlen. Weng und Miebach klagen gegen den Rauswurf und schweigen gemeinsam, bis, so Weng, die Affäre „vor Gericht geht“. Ihr Kompagnon Poetter erholt sich derzeit in Florida von den Strapazen. HERMANN BOTT

Werbeseite

Werbeseite

PRESSE

Krach der Magazine

Die „Süddeutsche Zeitung“ will ihr wöchentliches Magazin neu gestalten. Die Manager Hans-Wilhelm von Viereck und Peter Schuck kündigten in der Redaktion an, in einigen Wochen solle das Format eventuell geändert werden. Ein Plan sieht eine größere Ausgabe des „SZ-Magazins“ im Stil der Illustrierten „Max“ vor, um so Fotos besser präsentieren zu können. Mit dem neuen Auftritt wollen die Münchner die Alleinstellung nutzen, die sie nach der Einstellung des „Zeit“-Magazins Anfang Mai sowie des Magazins der „Frankfurter Allgemeinen“ („FAZ“) in dieser Woche haben. Ein Jahresdefizit von mehreren Millionen Mark will der Verlag in Kauf nehmen, da das Magazin Zusatznutzen biete und man ja auch einzelne Ressorts wie das Feuilleton nicht nach ihrer Profitabilität bewerten könne. Zugleich verhandelt das Frankfurter Landgericht über eine einstweilige Verfügung des „SZ-Magazins“ gegen die „FAZ“. Die „Süddeutsche“ fordert Regreß, weil die Frankfurter ihr Objekt kurzfristig ohne Absprache vom Markt nehmen. Das widerspreche dem Vertrag über eine gemeinsame Anzeigenvermarktungsfirma. Der „FAZ“ drohen außerdem Rechtsstreitigkeiten mit Redakteuren des „FAZ-Magazins“, die allesamt nicht übernommen werden sollen. Auch Chefredakteur Thomas Schröder, seit dem Start des gediegen-schönen Presseklassikers 1980 mit dabei, berät sich derzeit mit Anwälten. Der Journalist, dem einst sogar ein Posten im Gremium der fünf „FAZ“-Herausgeber avisiert worden war, geriet zuletzt immer stärker in Konflikt mit den mächtigen Ober-Journalisten. Insbesondere der für das Feuilleton zuständige Frank Schirrmacher sowie der direkt fürs Magazin verantwortliche Hugo Müller-Vogg störten sich an Schröders buntem, abgehobenem Journalismus, der immer weniger Anzeigenaufträge einbrachte. Schließlich wollte der Verlag, der beim „FAZ-Magazin“ angeblich zehn Millionen Mark Minus ortete, das Problem rechtzeitig vor dem 50jährigen Firmenjubiläum im November lösen.

Zeitungsbeilagen

AFP / DPA

Filmszene aus „Buena Vista Social Club“

FILM

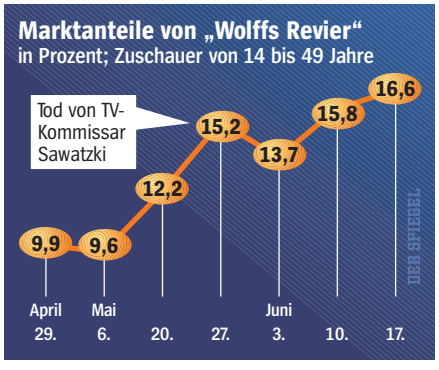
Börsenstar Wim Wenders

Star-Regisseur Wim Wenders („Paris, Texas“) setzt auf neue Techniken – und auf einen Börsengang. 25 Prozent einer gemeinsamen Holding, die er mit dem Frankfurter Multimedia-Spezialisten „Das Werk“ hält, sollen unter der Führung von Commerzbank und BHF-Bank im August an die Börse gebracht werden. Zu der Gruppe gehören Wenders’ Firmenverbund Road Movies sowie alle Einzelfirmen von Das Werk. Die gedachte Arbeitsteilung: Wenders filmt, die Hessen sorgen am Computer für Gags und Tricks. Das erprobten die Partner schon bei Werbespots, zuletzt für die Deutsche Bahn AG. Mit digitalen Bearbeitungen von Kino- und TV-Werbung sowie Spielfilmen stieg die Das-Werk-Gruppe (Umsatz 1998: 41,5 Millionen Mark) zum Spitzenreiter der Branche auf. Nun sollen digitale Techniken für kleinere unabhängige Produzenten frühzeitig genutzt werden; dazu gehört der Ersatz herkömmlicher Zelluloidrollen durch Laser-Discs. Zudem will die fusionierte Firma im nächsten Jahr 200 Filmrechte halten. Bislang verfügt Road Movies, die jüngst den Kuba-Musikfilm „Buena Vista Social Club“ in die Kinos brachte, über knapp 90 Lizenzen.

FERNSEHEN

Mord lohnt sich

TV-Kommissar Sawatzki, ebenso bejahrter wie glatzköpfiger Assistent in „Wolffs Revier“, ist am Abend des 27. Mai nicht umsonst gestorben. „Watzki“ war nach dem Willen der Programmacher von Sat 1 den Schüssen eines Taschendiebs zum Opfer gefallen, um der Serie zu jüngeren Zuschauern zu verhelfen, die für die Werbewirtschaft interessanter sind. Die Rechnung ist bereits aufgegangen: Seitdem der junge Nachfolger, der naßforsche Tom Borkmann, an der Seite von Altkommissar Wolff ermittelt, ist der Marktanteil der Serie bei den 14- bis 49jährigen um fast 5 Punkte auf über 15 Prozent gestiegen. Sat-1-Sprecherin Kristina Faßler: „Das hat uns die Entscheidung leichtgemacht, 13 neue Folgen in Auftrag zu geben.“



Brabbelnde Freunde

Vergangene Woche veröffentlichte die „Zeit“ ein Gespräch zwischen den Männerfreunden Helmut Kohl und Berti Vogts – das Gespräch liefert den letzten Beweis dafür, daß eine echte Freundschaft nicht darunter leidet, wenn man aneinander vorbeiredet.

Beispiel: Helmut Kohl über den Unterschied zwischen Glück und Zufriedenheit: „Zufriedenheit hängt ab von Dingen, die ich selber mitgestalten kann. Beim Glück ist das anders.“ Nämlich: „Glück hängt ebenfalls mit harter Arbeit zusammen.“ Woraufhin Vogts das Gespräch auf ein Gebiet lenkt, auf dem er sich so sicher fühlt, daß er dieses Niveau halten kann: „Manchester United hatte viel Glück, das Spiel noch zu gewinnen. Trotzdem können die Bayern zufrieden sein nach dieser Saison.“ Denn immerhin: „Sie haben mit nur einem Ausländer gespielt, sonst waren nur deutsche Spieler auf dem Feld.“

Kohl und Vogts wurden von der „Zeit“ für das Gespräch ausgewählt, weil sie erstens befreundet und zweitens Vergangenheit sind und womöglich auch deshalb, weil das neu geschaffene „Zeit“-Ressort „Leben“ ohne die beiden zu lebendig gewirkt hätte. Beide teilen überdies die Erfahrung, daß es auch ohne sie bergab gehen kann.

„Zeit“-Chef Roger de Weck moderierte das Gespräch höchstpersönlich, das half auch nicht immer: Auf die Frage, was das schönste Erlebnis der jeweiligen Amtszeit gewesen sei, darf Kohl gerade noch „die deutsche Einheit“ sagen, Vogts kommt gar nicht mehr zu Wort. Dafür rächt er sich aber, indem er die anschließende „Zeit“-Frage ignoriert und – „das muß ich loswerden“ – seinen Stolz darüber verkündet, „daß Herr Doktor Kohl und ich so eine Freundschaft haben“.

Vogts, der den Ex-Kanzler immer respektvoll als „Herr Doktor Kohl“ anspricht, berichtet, sein größter Erfolg bestehe darin, daß der DFB neulich „weitgehend meine“ Konzepte zur Talentförderung vorgestellt habe, woraufhin Kohl – auf dem Fußballplatz würde man das als blindes Verständnis beschönigen – ansatzlos erwidert: „Ich habe selber lange gekickt und war nicht unbegabt.“

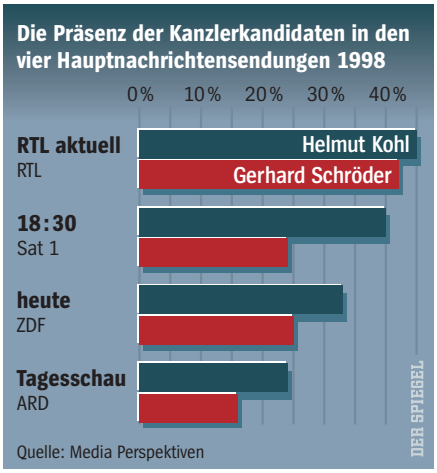
Danach redet Kohl davon, daß ehrenamtliche Arbeit in den Vereinen nicht genug geehrt werde, und zwar nicht nur im Sport, sondern auch bei der Freiwilligen Feuerwehr und „vielen anderen, die ehrenamtlich arbeiten“. An dieser Stelle platzt es aus Vogts heraus: „Zum Beispiel die Schützen.“

In der Psychologie nennt man es „freies Assoziieren“, wenn jeder einfach losbrabbeln darf, was ihm gerade in den Kopf schießt. Dort sind auch solche Sätze erlaubt wie der von Berti Vogts: „Wenn der Deutsche nach dem Krieg nicht hart gearbeitet hätte, hätten wir nicht unser schönes Deutschland.“ Das Gespräch der einstmals wichtigsten Männer im Staat darf man aber nicht als Dokument deutscher Dumpfbackigkeit an die Seite legen. Im Gegenteil: Es ruft dazu auf, sich intensiv – und ehrenamtlich – um die Förderung der Städtepartnerschaft Korschenbroich-Oggersheim zu kümmern.

QUOTEN

Langer Schröder

Ausgezählt und analysiert: Bundestagswahlverlierer Helmut Kohl war 1998 in den Hauptnachrichten mehr vertreten als sein siegreicher Herausforderer Gerhard Schröder – der Auftrittsbonus des Amtsinhabers hat bei Wahlentscheidungen Tradition. Das Fachblatt „Media Perspektiven“ entdeckte allerdings etwas Neues: Wenn der SPD-Kandidat und heutige Bundeskanzler zu Wort kam, sprach er mit durchschnittlich einer halben Minute deutlich länger als die SPD-Bewerber in den Wahlen zuvor und auch länger als Kohl, der es im Wahlkampf nur auf 19 Sekunden Redezeit brachte. 1990 hatten Kohl-Zitate noch 30 Sekunden gedauert. Merke: Kurze Rede ist Silber, lange Gold.



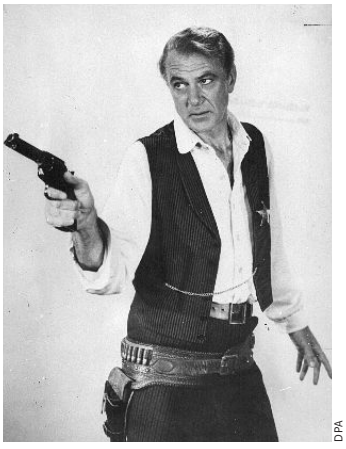
PROJEKTE

Noblesse oblige

Die Côte d’Azur war einmal mehr als zubetonierte Mittelmeerküste. In den zwanziger und dreißiger Jahren traf sich an der französischen Riviera die mondäne Welt. Lutz Hachmeister (Buch und Regie) folgt in einer aufwendigen ZDF-Dokumentation, für die die Dreharbeiten im Spätsommer beginnen, den Spuren der Vergangenheit. Im Mittelpunkt steht das Hotel Provençal in Juan-les-Pins, heute ein vor sich hin rottender Palast, früher eine Kultstätte für Reiche. Besonders amerikanische Künstler und Geschäftsleute verbrachten hier eine „Zeit von Nichtstun und tausend Partys“, wie sie der US-Schriftsteller Scott Fitzgerald beschrieben hat. Marlene Dietrich, Gary Cooper, Josephine Baker, Coco Chanel gehörten zu den prominenten Gästen von Juan-les-Pins.

STILLS / STUDIO X

Riviera-Fan Dietrich



DPA

Riviera-Fan Cooper

Vorschau

Einschalten

Rigoletto
Dienstag, 20.00 Uhr, Arte

Aus dem Brüsseler Opernhaus „Théâtre Royal de la Monnaie“ zeigt der Kultursender die Verdi-Oper als Produktion von Hoffnungsträgern der Musikbranche: Es dirigiert der Russe Wladimir Jurowski, 27. Bühnenbild und Inszenierung besorgte der Elsässer Stéphane Braunschweig. Die Titelpartie singt Anthony Michaels-Moore.

Lautlose Schreie – Eine Frau in Gefahr
Dienstag, 20.15 Uhr, Sat 1

In den alten Fernsehzeiten – das ist nicht mal vier Jahre, nach den Gesetzen der Branche aber eine Ewigkeit her – versuchte der Kogel-Sender mit Gerichtsfilmen dem ARD-Highlight „Tatort“ das Wasser abzugraben. Vergeblich, der Krimi-Saurier des Ersten erwies sich als unverwüstlich. Von der damaligen Attacke sind noch einige Filme der Reihe „Schwurgericht“ liegengeblieben, die Sat 1 im Sommerloch versendet. Die heutige Geschichte von der Vergewaltigung einer gehörlosen Frau gehört zu dieser Programmreserve – ein durchaus akzeptabler Film (Regie: Erwin Keusch). Im Verdacht steht ein nichtsnutziger Fabrikantensohn (Andras Friscay Kali Son), doch die patente Staatsanwältin (Jenny Gröllmann) und ihre als Praktikantin bei einem Boulevard-Sender arbeitende Tochter (Rita Lengyel) fangen am Ende den wahren Bösewicht.

Gröllmann, Lengyel in „Lautlose Schreie“

Das große Palaver
Mittwoch, 22.30 Uhr, West III

Lothar Schröder und Dirk Steffens suchten die schönsten Redeschnitzer zusammen, die sich die Politiker in Bonn geleistet haben.

Ingeborg-Bachmann-Wettbewerb 1999
Donnerstag, 8.55 Uhr, 3Sat

16 Nachwuchstalente lesen bis zum Wochenende aus bisher unveröffentlichten Werken. Anschließend richtet die Jury. Und der TV-Zuschauer kann den Jungdichtern und ihren Beckmessern den ganzen Tag lauschen.

Themenabend: Zwischen Polen und Rußland
Donnerstag, 20.45 Uhr, Arte

Zwischen der Ostgrenze Polens und der Westgrenze Rußlands sind nach dem Ende der Sowjetunion unabhängige Staaten entstanden. Die Reportagen dieses Themenabends beschäftigen sich mit dem Alltag der Menschen, die in der Grenzregion leben. Der Bericht von Stephan Kühnrich (20.45 Uhr) beschreibt die Stimmung in dem polnischen Grenzstädtchen Przmysi, das vom Handel mit der Ukraine lebt. Auch über Riga, die lettische Hauptstadt, wird berichtet.

Lettische Hauptstadt Riga

Ausschalten

Jörg Pilawa
Montag, 11.00 Uhr, Sat 1

„Tussi – an dir ist doch alles künstlich.“ Dazu singen die Kalauer Schmerzbuben das bekannte Volkslied: „Tussi denn, Tussi denn zum Mädele hinaus“.

Bärbel Schäfer
Montag, 15.00 Uhr, RTL

„Schaut her, ich bin perfekt gebaut!“ Aus dem Wachsfigurenkabinett der Madame Tussi.

Hans Meiser
Dienstag, 16.00 Uhr, RTL

„Hilfe, mein Bikini paßt nicht mehr!“ Aus Silicon-Valley: Von der Tussenvergrößerung und ihren gefährlichen Folgen. Zum Tuss einen dreifachen Stuss.

Godzilla-Reihe
Sonntag, 18.25 Uhr, Kabel 1

Wenn es je etwas gab, wovor der Zuschauer garantiert keine Angst hat, dann ist es das aus der japanischen Comic-Welt stammende Gummi-Monster Godzilla. Inoshiro Honda, ein Mitstreiter des berühmten japanischen Filmregisseurs Akira Kurosawa („Rashomon“), entwickelte Anfang der fünfziger Jahre die Idee einer ungeschlachten Riesenechse. Das immer leicht debil wirkende Geschöpf verdankt sich einem japanischen Trauma: Durch das Zünden einer Atombombe mutierte die Echse zu einem riesigen Ungeheuer. Als erster einer Kabel-1-Reihe von Godzilla-Filmen ist heute ein japanischer Film von 1966 zu sehen „Godzilla – Das Ungeheuer aus dem Meer“, in dem der knittrige Geselle auf der Seite des Guten gegen eine verbrecherische Geheimorganisation kämpft.

Godzilla

A. ULRICH / DER SPIEGEL

Erschossener „Stern"-Fotograf Krämer: *Zur falschen Zeit am falschen Ort*

JOURNALISTEN

„Einfach verdammtes Pech"

Der Tod eines „Stern"-Teams im Kosovo erschüttert deutsche Medien. Er zeigt, daß es auch besonnene Profis treffen kann. Den Preis für saubere Nachrichten aus Krisengebieten zahlen oft Kriegsreporter, auf die das Draufgänger-Image gar nicht paßt.

Quälend langsam passierte der Nato-Konvoi in der Nacht zum Montag vergangener Woche die Grenze. Er war unterwegs auf der Europastraße E 752 vom mazedonischen Skopje nach Prizren, wo das Kommando des deutschen Sektors im Kosovo stationiert ist. Immer wieder stoppten die Soldaten und mit ihnen SPIEGEL-Redakteur Andreas Ulrich und sein mazedonischer Fahrer. Ihr alter Alfa Romeo war das sechste Fahrzeug im Troß.

Gegen 3.30 Uhr rollten sie an einem Toten vorbei, der in der Nähe des Dulje-Passes am Straßenrand lag. „Die Schuhe, die Kleider, er sah irgendwie nicht wie ein Albaner oder Serbe aus", merkte Ulrich. Beim nächsten Halt fragte der Journalist den Kommandeur des Konvois nach dem Toten. Der deutsche Oberstleutnant wußte nichts Genaues, er hatte aber gehört, es könne ein Deutscher sein. Also wohl ein Reporter.

Die Leiche, so der Offizier, liege da schon seit dem späten Nachmittag. Spezialisten müßten sich um sie kümmern, denn oft würden Killerkommandos Sprengladungen unter ihren Opfern verstecken, um so auch noch unbedachte Helfer zu erwischen.

Der SPIEGEL-Redakteur fotografierte den Toten aus sicherem Abstand und prägte sich Einzelheiten der Szenerie ein – wie etwa ein rotes Auto am Straßenrand, das möglicherweise dazu gedient hatte, den Weg zu blockieren.

Wer der Mann war, erfuhr Ulrich erst später: Volker Krämer, 56, seit 30 Jahren Fotograf beim „Stern". Ein Kopfschuß hatte ihn getötet. Wahrscheinlich etwa eine halbe Stunde danach hatten serbische Soldaten an jenem banalen Stück Asphalt mitten im Nirgendwo einen Wagen der Hilfsorganisation „Médecins sans Frontières" gestoppt und den Helfern einen anderen Deutschen übergeben: Krämers Kollegen Gabriel Grüner, 35, den Balkan-Experten des Magazins. Er hatte einen Bauchschuß, war zwar noch bei Bewußtsein, starb aber dann in einem Lazarett. Später wurde auch noch der dritte Mann des Teams erschossen aufgefunden, der mazedonische Dolmetscher Senol Alit, 36.

Der Tod der Journalisten bewegt die Redaktionen in Deutschland und wohl auch ihre Leser und Zuschauer – mehr als viele Kosovo-Dramen zuvor. Für den Horror des Krieges stehen nun nicht mehr allein die Gesichter von muslimischen Flüchtlingen auf den Killing-fields des Balkans.

Der „Stern" trauert mit einem schwarzen Titelblatt, „Bild" empörte sich über den „feigen Mord". Freimut Duve, Medienbeauftragter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, forderte besseren Schutz für Journalisten, als könne es so etwas geben. Vielleicht werden deutsche Staatsanwälte ermitteln, wegen Mordes, gegen Unbekannt. Und in diversen Blättern räsonieren Kommentatoren, ob eine gute Geschichte das Leben eines Reporters wert sei.

Ist sie natürlich nicht. Aber genau der Preis wird immer wieder gezahlt.

Nur Reporter können versuchen, zwischen Propagandalügen die Wahrheit über Konflikte zu erzählen. Daß manche von ihnen dabei sterben, ist zwangsläufig. Allein dem Zufall bleibt es vorbehalten, wen es trifft. Allzuoft sind es Hasardeure auf der Suche nach Ruhm und dem Kick der Gefahr. Aber manchmal kommen auch besonnene Profis wie Krämer und Grüner um.

In den letzten zehn Jahren sind, so die Vereinigung „Reporter ohne Grenzen", mehr als 600 Journalisten in aller Welt getötet worden. Die meisten davon wurden bei

AFP / DPA

Kosovo-Reporter*: *Wahrheit zwischen Propagandalügen*

* Am 5. Juni bei Friedensverhandlungen an der mazedonischen Grenze.

heiklen Recherchen in ihren eigenen Ländern ermordet. Aber Kriege treiben die Bilanz immer nach oben. Der Völkermord in Ruanda 1994: mehr als 50 tote Reporter. Die Kämpfe im ehemaligen Jugoslawien: über 40 Opfer. Der Bürgerkrieg in Algerien: mindestens 57 getötete Journalisten.

Vergleichsweise selten sterben Deutsche. 1995 erschoß ein tschetschenischer Partisan den Moskauer „Stern"-Korrespondenten Jochen Piest, 30. 1994 starb Lissy Schmidt, die unter anderem für die „Frankfurter Rundschau" arbeitete, im Kurdengebiet des Nordirak. 1993 wurde der AP-Fotograf Hansi Krauss, 30, in Somalia von einem aufgebrachten Mob gesteinigt. 1991 in Kroatien traf eine Kugel Egon Scotland, Reporter der „Süddeutschen Zeitung".

Die meisten jener weltweit operierenden Kriegsspezialisten, die sich stets dort treffen, wo es knallt, stammen aus Ländern wie Amerika, England, Frankreich oder Neuseeland. Oft sind die Schreiber und Texter der Teams Kenner der Region oder des Landes, die Fotografen und Kameraleute hingegen Spezialisten für heikle Missionen in aller Welt. Nur wenige deutsche Blätter oder Sender beschäftigen reine Kriegsprofis wie die Fernsehjournalistin Christiane Amanpour; für den US-Nachrichtensender CNN steht sie heute auf einem Kontinent zwischen rauchenden Trümmern – und morgen auf dem nächsten, die Haare noch windzerzaust vom letzten.

Der Einmarsch ins Kosovo ähnelt in einem Punkt dem ersten großen Medien-Krieg der Geschichte, dem in Vietnam. Damals konnte sich jeder Anfänger in New York in das Flugzeug nach Saigon setzen und von dort nahezu ungehindert an die Front fahren. Manche große Karriere begann so wie etwa die des CNN-Reporters Peter Arnett. Aber manche endete auch da, wie die des legendären Fotografen Robert Capa, Mitbegründer der Magnum-Bildagentur; das letzte Negativ, das in seiner Leica gefunden wurde, zeigt U. S. Marines friedlich über ein Feld stapfen. Wenig später trat er auf eine Mine. Mindestens 135 Fotografen starben in Vietnam.

Auch heute kann jeder Foto-Student aus Bielefeld einen Linienflug nach Skopje oder Thessaloniki buchen, sich dort bei der Nato anmelden und dann mit einem Taxi zu Minenfeldern und Massengräbern fahren. Über 2000 Journalisten arbeiten jetzt in der Region, dabei ist das Kosovo deutlich kleiner als Schleswig-Holstein.

In solchen Situationen seien immer „jede Menge junger Leute unterwegs", sagt der deutsche Fotograf Hans-Jürgen Burkhard, 47. Er kennt sie von anderen Schauplätzen genau, die Zulieferer ohne festen Auftrag, meist Fotografen und Kameramänner, die für wenig Geld ihr Leben riskieren, das Kanonenfutter in der Schlacht der Medien um exklusiven Stoff. „Wenn die umkommen, kräht kein Hahn danach. Und man findet immer mehr Leute, die auf den schnellen Scoop angewiesen sind, das spektakuläre Einzelbild. Denn der bedächtige Journalismus, wie ihn Krämer und Grüner leisteten, stirbt langsam aus." Kriege seien selbst für Anfänger „relativ einfache Arbeitsgebiete", sagt Burkhard: „Man muß nur dem Schlachtenlärm nachlaufen und dann möglichst nah ran."

Vor allem Film- und Bildagenturen verheizen junge Desperados, die überall hingehen und ihre Ausbeute den Redaktionen anbieten, wenn sie denn überleben. „Besonders unmoralisch ist es, wenn Redakteure sagen, ich bezahl' dich zwar nicht dafür, daß du hinfährst. Aber wenn du was Gutes bringst, werde ich es benutzen", so John Owen von der internationalen Journalisten-Organisation Freedom Forum: „Das verführt Leute mit wenig Erfahrung, es zu wagen."

Aber auch für gestandene Reporter gibt es keinen hundertprozentigen Schutz. Wahrscheinlich würden Grüner, Krämer und ihr Dolmetscher noch leben, hätten sie eine Satellitenausrüstung gehabt, um Bilder und Texte rechtzeitig zum Redaktionsschluß am Montag abend nach Hamburg zu senden. Sie waren zur falschen Zeit am falschen Ort, weil sie ihr Material von Skopje aus in die Zentrale überspielen wollten.

Doch die Straße galt als mäßig gefährdet, andere Journalisten, Ärzteteams und Flüchtlinge kamen an jenem Tag durch. Die Reporter können das Risiko für tragbar gehalten haben, nach Dutzenden von Kriseneinsätzen waren sie mörderisches Terrain gewöhnt. „Die beiden haben einfach verdammtes Pech gehabt", sagt Burkhard. Eigentlich sollte er mit Grüner in den Krieg, doch das Fax aus der Redaktion erreichte den Fotografen zu spät, da hatte er schon einen anderen Auftrag.

Auch ein gepanzerter Wagen hätte das Team retten können, aber oft ziehen die sogenannten Hard-cars das Feuer regelrecht auf sich, weil sie für marodierende Truppen eine begehrte Beute sind. Kaum ein Auto wurde während des Bosnienkriegs in Sarajevo so oft beschossen wie jene eigentümliche Spezialanfertigung, mit der CNN-Leute über die berüchtigte Heckenschützen-Allee preschten.

Auf kugelsichere Westen verzichten manche Profis sogar bewußt. Die leichten, unauffälligen Kevlarversionen halten Pistolenkugeln ab, aber für eine Kalaschnikow reicht es meist schon nicht mehr. Auch eine der schwereren Westen, deren Keramikplatten Brust und Rücken abdecken, hätte Krämer nicht geholfen; einen direkten Kopfschuß kann auch ein Helm nicht

SPIEGEL TV

„Stern"-Reporter Grüner (r.)*: *„Nur noch dieses eine Mal"*

* Einen Tag vor seinem Tod mit deutschen Soldaten bei Prizren.

D. TURNLEY / BLACK STAR / STUDIO X

Krisen-Fotograf Nachtwey (1995 in Südafrika): *„Die meisten sind Idealisten“*

abhalten. Und selbst wenn Hochgeschwindigkeitsgeschosse eine Panzerweste nicht durchschlagen, kann schon ihre Aufprallenergie Organe zerfetzen. Wirft ihre Wucht den Reporter auch nur zu Boden, hat der Scharfschütze reichlich Zeit, um noch einmal zu zielen.

Vor allem aber kann nur schlecht weglaufen oder in Deckung springen, wer eine solche Keramikrüstung trägt. „Außerdem schafft zuviel Sicherheit Distanz zu den Menschen“, sagt der kriegserfahrene Fotograf Peter Kullmann, 36, der sein Leben etwa in Mogadischu oder Sarajevo für den SPIEGEL riskierte – je nach Situation mal mit, mal ohne Weste und Helm.

Trotz oder gar wegen der Gefahr kommen viele Krisenjournalisten schwer los von dem schnellen Leben, dem Leben auf der Überholspur. „Die unmittelbare Bedrohung kann wie eine Droge wirken“, weiß der Alt-Reporter Peter Scholl-Latour.

Doch das ist für die meisten nicht das Motiv. Grüner und Krämer etwa waren keine Risiko-Junkies. „Im Krieg geht es um Wesentliches, um die Basis des Menschlichen“, so Kollege Kullmann. Der Krieg produziert die ultimativen Geschichten. Kaum etwas, das sich in Dresden oder Duisburg abspielt, kann derart an die Nerven gehen. Kaum irgendwo anders als im Krieg verlangt soviel Not nach Hilfe. „Die meisten meiner Kollegen sind Idealisten“, sagt der stille US-Fotograf James Nachtwey, der für seine Kriegsbilder mehrfach ausgezeichnet wurde. Viele seien „ernste und engagierte Menschen, die nicht mehr wegschauen wollen“.

Als Egon Scotland, der Reporter der „Süddeutschen Zeitung“, erschossen wurde, trug er ein Gedicht bei sich. Ein Mann aus Kroatien hatte es geschrieben. Es heißt „Für den Reporter“ und geht in Auszügen so: „Schreib’ soviel du kannst, mein Freund. Aber berichte der Welt nicht nur die Zahl der Menschen, die getötet wurden. Denn eine Zahl hat keinen Namen und keine gestohlene Zukunft. Erzähle der Welt, daß es Johann und William waren, die getötet wurden, Victor und Francesco, und Gabriel und Gyorgy. Und daß vielleicht auch du morgen getötet wirst.“

Wenn „Stern“-Mann Grüner jemals Zweifel gehabt hat, ob die Lebensgefahr und die Bedeutung seiner Arbeit in einem richtigen Verhältnis zueinander standen, dann konnten Reaktionen auf manch einen Artikel die Bedenken ausräumen. Nach einer Reportage über schwerverwundete Kinder in Sarajevo fuhren Busse dorthin, um die Verletzten herauszuholen, plötzlich spendeten die Deutschen Millionen für bosnische Waisen. Die Bilder seines Fotografen-Kollegen Jay Ullal hätten eine „Welle des Mitgefühls und der Hilfsbereitschaft“ ausgelöst, schrieb Grüner im Vorwort des Katalogs der Fotoausstellung „Kinder des Krieges“, die er organisiert hatte. Was er bei der Arbeit sah, ließ ihn nicht los: „Wir müssen daran arbeiten, den Kindern des Krieges die Wiederkehr von Haß, Zerstörung und Mord zu ersparen.“

Naiv aber war er nicht: „Und doch frage ich mich immer wieder, ob wir Fotografen und Schreiber wirklich etwas ausrichten können gegen Haß und Gewalt. Ich weiß keine Antwort darauf. Aber ich weiß, daß wir nicht aufgeben dürfen zu hoffen.“

Seit 1991 arbeitete der Reporter für den „Stern“, immer wieder hielt er auf den diversen Schlachtfeldern des ehemaligen Jugoslawien durch, doch schließlich war er es leid. Zudem ist seine Freundin im sechsten Monat schwanger, Gabriel Grüner wollte sich nach der Geburt ein Jahr lang vor allem um das Kind kümmern und ein Buch über den Krieg schreiben.

Deshalb wolle er „nur noch dieses eine Mal“ ins Kosovo fahren, sagte er Kollegen. Der Beginn des Friedens sollte ein Kapitel in seinem Leben abschließen. Fotograf Burkhard: „Gabriel wollte diesen Krieg noch zu Ende bringen.“ CLEMENS HÖGES

ABBAS / MAGNUM / AGENTUR FOCUS

Kriegsreporter (1990 bei der Golfkrise in Saudi-Arabien): *Die ultimative Geschichte*

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

L. DELAHAYE / MAGNUM / AGENTUR FOCUS

Bundeswehreinheiten in Prizren (Kosovo): *„Bayern und Mecklenburger nebeneinander, ein einig Volk von Brüdern“*

ZEITGESCHICHTE

„Ruhe bewahren!“

Walter Kempowski über seine Fernseh-Impressionen von deutschen Soldaten im Kosovo

Kempowski, 70, lebt als Schriftsteller in Nartum und veröffentlichte 1997 das fernsehkritische Buch „Bloomsday ’97“, eine Montage aus TV-Originalton-Zitaten; zuletzt erschien der Roman „Heile Welt“.

P. PEITSCH

Das letzte Mal, daß ich kämpfende deutsche Soldaten sah, war im April 1945, und sie kämpften nicht, sie hetzten durch die Straßen von Rostock, mit offenem Kragen, Waffen weggeworfen – die Russen standen vor der Stadt.

Sie gaben Fersengeld, wie man sagt. Es waren dieselben Männer, die sechs Jahre zuvor sich mit klingendem Spiel sehen ließen, in Zwölferreihen, im Paradeschritt gar, dem sogenannten Stechschritt, der nicht gut für die Bandscheibe war – von der DDR später dann übernommen.

Nun die Bilder aus dem Kosovo, Bilder von kanonenschwenkenden Ungetümen im Gegenlicht, Panzer mit schwarzem Kreuz, behangen mit Tarnnetzen und Geräten, und – anders als in den letzten Tagen des Krieges – von Bevölkerung bejubelt. Soldaten mit Stahlhelmen, die sich neuerdings – unter amerikanischem Einfluß – den alten deutschen Helmen in ihrer Form annähern, rheinisch und sächsisch sprechende Männer, Bayern und Mecklenburger nebeneinander, ein einig Volk von Brüdern, etwas verklemmt und sich eher wieder nach Hause wünschend als in sogenannte Gefahrensituationen. Im Mai 45 noch von GIs mit entsicherter Maschinenpistole geleitet, heute „Schulter an Schulter“ mit Soldaten der ehemals gegnerischen Staaten, von zu allem entschlossenen, wild herumkurvenden Flugzeugen geschützt, jenen also, die früher einmal auf jeden pflügenden Bauern Jagd machten.

Es will sich so etwas wie europäische Euphorie einstellen, anders als bei den Bildern von unkündbaren Beamten jeglicher Zunge vor den Aktenregalen in Brüssel. „Unsere Jungs“ sind das, von Psychologen und Pfarrern in Kompaniestärke begleitet. Reporter besuchen bereits Mütter und Bräute im Remscheid, Erfurt oder Landshut – was sie dazu sagen, daß ihre „Jungs“ von Heckenschützen ins Visier genommen werden oder womöglich nichtsahnend auf Minen treten? Sie gehen mit bangen Gefühlen zum Briefkasten, sagen sie, unter den zwitschernden Vögeln unseres Frühsommers (es gibt wieder „Feldpost“, ein Leckerbissen für Philatelisten) – und ein hoher General stellt tatsächlich Betrachtungen an, ob es vielleicht opportun wäre, das Eiserne Kreuz neu aufzulegen. Bis jetzt tragen unsere Soldaten höchstens mal goldene Blutspenderabzeichen, im Gegensatz zu den Franzosen und Amerikanern, die mit Erinnerungsmedaillen an blutige Ereignisse zweifelhafter Art bedeckt sind, bei Offizieren gar in drei Reihen übereinander. Das sogenannte EK: 1813, 1870, 1914, 1939 …? Lieber nicht.

Deutsche Soldaten in einem regulären Krieg – wenn auch unerklärt –, wohl ist einem bei der Sache nicht, und etwas grotesk mutet es an, weil dieselben Soldaten noch vor kurzem unter den Pfeifkonzerten solcher Politiker vereidigt wurden, die nun, da sie wirklich zu den Waffen greifen, ihnen alles Gute wünschen.

Ob es die Hunderttausende waren, die in Ruanda, Matratzen auf dem Kopf ba-

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

lancierend, durch den Urwald wankten, oder die Albaner, die, mit Großeltern auf dem Rücken, sich in Flüchtlingslager schleppten: Da war wohl niemand, der sich nicht gesagt hätte, hier muß eingegriffen werden. Und jenen, die Cruise Missiles als Rachegeschosse auf die Verursacher dieses Desasters schleuderten, wurde Beifall gezollt, wenn auch zitternd und zagend. Dem steinernen Herrn in Belgrad auf seinem vergoldeten Stuhl vor einer Vitrine mit aufgestellten Tellern, dessen krude Biographie uns tiefenpsychologisch nahegebracht wurde, war ja leider nicht beizukommen. Da wäre die Sache schneller erledigt gewesen.

Gott sei Dank blieb uns der kriegerische Einmarsch von sogenannten Bodentruppen erspart. Die Italiener mit ihrem Federschmuck am Stahlhelm (daß man mit so was überhaupt kämpfen kann), die Engländer und ihre kleinwüchsigen, ernsthaften Gurkhas, mit denen, wie gesagt wird, nicht zu spaßen sei, die Russen in altertümlichen, jedoch frischgewaschenen Fahrzeugen und die Amerikaner, wenn auch vorerst noch unsichtbar. Alle „bis an die Zähne“ bewaffnet, nun Frieden bringend. Da ist es gut, daß die Deutschen nicht fehlen, daß sie dabei sind, was so letztmalig im sogenannten Boxerkrieg im Jahre 1900 der Fall war: „The Germans to the front!“

Man sah sie schon schießen, die deutschen Soldaten, wenn auch – wie bei dem einen spektakulären Treffer auf einen gelben Fiat – ungelenk. Die Manöver in der Lüneburger Heide mit verkleideten Kameraden haben wohl doch keine Sicherheit verschafft. Die sympathischen Gesichter aus den Panzerluken streckend, was nun wohl noch alles kommt. Ein rotbemützter Feldwebel, der den Albanern zuruft: „Ruhe bewahren!“ Ein General mit wettergegerbtem Gesicht und in Hemdsärmeln, der einen Grenzposten einnimmt. Und dann zwei ruhige Bayern, die sich mit UÇK-Leuten um die Verkehrsregelung stritten. Die Soldaten mit Schnauzbart, die UÇK-Leute in Schwarz mit blankgeputzten Patronengurten über Kreuz und extravaganten Sonnenbrillen, die man wohl nur in Paris zu kaufen kriegt – Albaner, aus Lemgo und Rüsselsheim von den Drehbänken herbeigeeilt, um ihren Landsleuten zu helfen, weshalb auch die Verständigung auf deutsch stattfindet und nicht auf englisch.

Im Fernsehen teilen uns „Kriegsberichterstatter“, wie sie wieder heißen, rührende Aufnahmen zu, von Deutschen, die nachts durch ein Dorf fahren in ihren Panzern, die Kanone telegen ein wenig nach rechts geschwenkt und von übriggebliebener albanischer Bevölkerung in Nachthemden und Pyjamas begrüßt. Anderswo reihten sie sich in einen folkloristischen Tanz ein, um ein kleines Feuerchen herum, und wurden sogar in die Höhe geworfen. Auch Mädchen mit Blumen in der Hand fehlten nicht. So was kann umschlagen.

Über CNN und Sky News war zu sehen, wie deutsche Militärpolizisten auf verkohlte Leichen zeigen, erste Massengräberfunde, deutlich sichtbar numeriert, auf den Straßen Tierkadaver, Verwesungsgeruch liegt in der Luft. Und dann die abrückenden Serben. Ein wenig anders ziehen sie davon, als sie einmarschiert waren,

XXP / DER SPIEGEL

Wehrmachtssoldaten in Berlin (1945): *„Schulter an Schulter“*

damals bei Nacht und Nebel, brandschatzend und auch mordend von Haus zu Haus, und nun ziemlich wohlgeordnet und frech am hellichten Tage – irgendwie hätte man eine demütige Haltung erwartet. Und in ihrem Gefolge – Limousinen hochbepackt mit Hab und Gut oder gar Geplündertem – die Zivilisten. Eben sucht einer noch rasch aufzuspringen. Eine Fuhre von Rohlingen in einem modernen Mercedes-Bus, in den Kurven sanft wippend, Minibar und Chemieklo.

Dann die nachrückenden, von Grenzern vergeblich aufgehaltenen Albaner, die wissen möchten, ob ihr Haus noch steht, weiße Filzmütze auf dem Kopf oder im Trainingsanzug, letzte Habseligkeiten in der Schubkarre, nun frohgemuter als noch vor einer Woche, links und rechts noch schnell in Brand gesteckte Häuser, davor Minenfelder.

So weit, so gut. Deutsche Soldaten – was mag ihnen noch blühen. Es wäre zu schön, um wahr zu sein, wenn ihr Einmarsch eine vernünftige Beendigung des Konfliktes einleitete. Was wird passieren, wenn sich Heckenschützen den einen oder anderen herauspicken und per Zielfernrohr abknallen? Werden wir unsere Emotionen im Zaume halten können? So weit wird es wohl nicht kommen, daß Herr Reemtsma mit einem Team von Fotografen hier Material für neue Ausstellungen in aller Welt zu ernten sucht. ◆

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

FOTOS: SIPA PRESS (li. o.); D. DOBIEY / ACTION PRESS (li. u.); K. KASMAUSKI / WHEELER / AGENTUR FOCUS (re. o.); M. SASSE / DAS FOTOARCHIV (re. u.)

Kleinunternehmer in Vietnam; Container-Verladung in Rotterdam; DaimlerChrysler-Präsentation an der Wall Street; Luxusgeschäft in Seoul

Das Jahrhundert des Kapitalismus

Die Globalisierung

Der Siegeszug des Kapitalismus scheint alle Grenzen niederzureißen. Die Magie des Marktes verspricht der Welt mehr Wohlstand und Sicherheit. Gleichzeitig wachsen die sozialen Spannungen, der Graben zwischen Gewinnern und Verlierern wird tiefer.

BPK

Importiertes Obst im Hamburger Hafen (1934): *Nach der Logik des Marktes wären Kriege vermeidbar*

„Revolution des Kapitals“

Von Harald Schumann

Auf dem Höhepunkt des Booms erreicht die Marktwirtschaft wahrhaft globale Dimensionen. Der internationale Handel wächst seit Jahren schneller als die Produktion und führt die Nationen immer enger zusammen. Zugleich errichten Unternehmen rund um die Erde eigene Produktions- und Vertriebsnetze und operieren über alle Grenzen hinweg.

Neue Technologien zerstören weltweit die alten wirtschaftlichen Strukturen. Die Menschen können schneller und besser über Ländergrenzen hinweg kommunizieren. Und viele werden in einer völlig veränderten, technisierten und rationalisierten Arbeitswelt überflüssig.

Die Globalisierungswelle unserer Zeit? Weit gefehlt – die dramatische, grenzensprengende Neuordnung der Industriegesellschaft traf auch schon unsere Groß- und Urgroßeltern. Die Phase der national organisierten Volkswirtschaften gehe ihrem Ende entgegen, prophezeite der amerikanische Ökonom Richard Ely, „die nächste Stufe wird die Weltwirtschaft sein“. Das war im Jahre 1903.

Der Prozeß der Globalisierung, die weltweite Verschmelzung von Märkten und Unternehmen, von Wissen und Kulturen auf dem Wege des Handels mit Waren und Kapital, hatte bereits vor 100 Jahren große Teile der Menschheit erreicht. Bis 1914, schreiben die Wirtschaftshistoriker Kevin O’Rourke und Jeffrey Williamson in ihrem demnächst erscheinenden Buch „Globalization and History“, war fast jeder Ort auf der Erde irgendwie mit Auslandsmärkten verbunden: über die Preise für Güter, über ausländisches Kapital in der Infrastruktur, über importierte Produktions- und Geschäftsmethoden. Parallel dazu überschlugen sich die technologischen Neuerungen. Autos und Filme, Röntgenstrahlen und elektrisches Licht, Telefon und synthetische Farben versetzten die Menschen damals ebenso in Erstaunen wie heute die Elektronik, das Internet oder die Gentechnik.

Die Bill Gates der Epoche hießen Werner Siemens oder Thomas Edison. In einer Generation bauten sie Laboratorien und Werkstätten zu Weltkonzernen aus. Um

AP

New Yorker Aktienbörse
Gewinne zu Lasten von Löhnen und Jobs

die Jahrhundertwende besaß die Siemens-Familie bereits 30 Produktionsstätten rund um die Welt und kontrollierte über eine Schweizer Finanzholding Elektrizitäts-, Straßenbahn- und Beleuchtungsgesellschaften von Argentinien bis Rußland.

Der Ausbau des Eisenbahnnetzes, die Konstruktion immer größerer Handelsschiffe sowie die Vernetzung der Weltmärkte durch Telegrafen- und Telefonleitungen trieben das Wirtschaftswachstum an. Im Jahre 1880 lagen weltweit erst knapp 370 000 Kilometer Bahnschienen, 1912 waren es mehr als eine Million. Im gleichen Zeitraum wuchs die Tonnage der Welthandelsflotte um mehr als das Doppelte, und die Kapazität der unterseeischen Telefonkabel legte in 17 Jahren um 70 Prozent zu. Londoner Börsenbroker mußten im Jahr 1913 nicht einmal mehr eine Minute auf eine Verbindung warten, wenn sie mit ihren Partnern in New York Kurse und Aufträge austauschen wollten.

Damit wurden aus fernen Regionen lockende Wachstumszentren. Chicago etwa verwandelte sich binnen zweier Jahrzehnte von der Frontstadt am Rande der Wildnis in eine Weltmetropole, die mit ihrer Warenterminbörse die Weltmarktpreise für Getreide, Fleisch und Holz bestimmte.

Das Schienennetz, das in der Stadt zusammenlief, war größtenteils von europäischen Investoren finanziert. Sie profitierten von einem grenzenlosen Finanzsystem, das sich mit dem britischen Empire in weiten Teilen der Welt durchgesetzt hatte.

Damals bestimmte das Vereinigte Königreich – ganz ähnlich wie heute die USA – die geschäftlichen und monetären Regeln, stellte mit dem Pfund die global akzeptierte Währung, und die Banker der City verwalteten große Teile des Vermögens der Reichen Europas. Sie steckten es in Tausende von geschlossenen Fonds für Minen, Eisenbahnen oder auch öffentliche Kanalsysteme in den aufstrebenden Regionen. Vergleichbar den heutigen Risikokapitalfonds produzierten sie dabei ebenso überragende Erfolge wie spektakuläre Pleiten.

Barings etwa, ausgerechnet jene Bank, die 1995 an den Fehlspekulationen ihres Repräsentanten in Singapur bankrott ging, wurde gut 100 Jahre zuvor schon einmal an den Rand der Pleite gedealt. Der damalige Crash mit Argentinien-Bonds zwang das Institut nur deshalb nicht zum Konkurs, weil die Bank of England großzügig Kredit gab, um die Anleger nicht zu verprellen.

So durchlebten die Industrieländer in den drei Jahrzehnten vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs einen Entwicklungsschub, der den Umbrüchen des laufenden Jahrzehnts an Wucht in nichts nachsteht. Das 20. Jahrhundert begann so, wie es endet – mit einer weltweiten intensiven Verflechtung der Volkswirtschaften.

Aber so verblüffend die Analogien zwischen einst und heute, so groß sind auch die Unterschiede, und so vieldeutig sind die möglichen Schlüsse. Vielen Ökonomen der neoklassischen Schule, die dazu neigen, den Markt als eigentliche Triebkraft der Geschichte anzusehen, scheint die Sache klar: Es gibt nichts Neues im Universum.

„Globalisierung ist nur ein neues Wort für einen schon lange währenden Vorgang: die räumliche Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaftsweise bis an den Rand der Welt“, meint etwa Herbert Giersch, der langjährige Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und Doyen der deutschen Wirtschaftswissenschaft.

Folglich gehe aller Streit über die Gefahren der globalen Verflechtung fehl. „Der Prozeß der Globalisierung ist im Trend und irreversibel“, meint Giersch und weiß sich darin einig mit der wirtschaftlichen Elite Europas und Nordamerikas. „Man sollte sich ihm anpassen und nicht sich ihm widersetzen.“

Gern berufen sich Giersch und andere Marktgläubige auf Karl Marx und Friedrich Engels, die „recht behalten“ hätten. Diese feierten schon in ihrem „Kommunistischen Manifest“ die „Vernichtung der uralten Industrien“ durch neue, „deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird“. Und fasziniert bewunderten sie die so herbeigeführte „ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände“, mit der „alle eingerosteten Verhältnisse aufgelöst“ würden.

Das klingt nicht nur zufällig nach Zitaten aus den Standortreden des Industriepräsidenten Hans-Olaf Henkel, der unter Verweis auf den „Orkan der Globalisierung“ gegen die „veralteten Strukturen“ und die „Konsenssoße“ im deutschen Wohlfahrtsstaat zu Felde zieht. Was Henkel, Giersch und andere Bannerträger des modernen Globalismus mit Marx gemeinsam haben, ist die Vorstellung, es gebe so etwas wie einen vorbestimmten Weg der Entwicklung der Menschheit.

Solchem ökonomischen Determinismus kann freilich nur huldigen, wer die Zeit zwischen 1914 und 1973 lediglich als vorübergehende Abweichung vom graden Pfad des Fortschritts abtut. Denn diese sechs Jahrzehnte verbrachte die Menschheit damit, ebendiese grenzensprengende Kraft des Kapitalismus entweder mit Gewalt zu bekämpfen oder in ein Korsett aus Regeln und weltweiten Abkommen zu zwängen.

Den Beginn dieser Periode markierte die bis dahin größte Katastrophe der neueren Geschichte: der Erste Weltkrieg. Er läutete, nach einem kurzen Zwischenhoch in den zwanziger Jahren, die radikale Abkehr von der weltwirtschaftlichen Integration ein. Das vordem stabile, beinahe global

BILDERBERG

Werbung in Ho-Tschi-minh-Stadt: *Wachsende Angst vor neuen Gefahren*

„Die Globalisierungsdiskussion ist eine Mehrzweckwaffe, um den gesellschaftlichen Reichtum von unten nach oben zu verteilen.“

FRIEDHELM HENGSBACH IM SPIEGEL-GESPRÄCH VOM 3. MÄRZ 1997

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

gültige Währungs- und Handelssystem verschwand. Eine vergleichbare internationale Wirtschaftsordnung entstand erst wieder nach 1945, und das auch nur auf der westlichen Seite des Eisernen Vorhangs.

Erst 50 Jahre später erreichte der Welthandel, gemessen als Anteil an der weltweiten Produktion, wieder das Niveau von 1913 (siehe Grafik). Und erst in den achtziger Jahren ließen sich die Industriestaaten wieder auf einen liberalisierten Kapitalverkehr ein, dessen Umsatzvolumen dem der Vorkriegszeit nahekommt.

So ist am Ende des „Jahrhunderts der Globalisierung“, wie Giersch es nennt, zumindest eines unbestreitbar: Die stetige Ausdehnung der Marktwirtschaft ist keineswegs vorbestimmt. Der Lauf der Geschichte kann durchaus die entgegengesetzte Richtung nehmen. Es handelt sich – altmodisch ausgedrückt – um einen dialektischen Prozeß. Wo immer das Gesetz von Angebot und Nachfrage gegen bestehende Strukturen durchgesetzt wird, erzeugt dies auch Gegenbewegungen. Und das Resultat ist offen.

Wären die Ereignisse lediglich der Logik des Marktes gefolgt, hätte der Erste Weltkrieg gar nicht stattfinden dürfen. Für Großbritannien, dessen Reichtum auf ungestörten Handelsbeziehungen beruhte, galt das ebenso wie für das wirtschaftlich äußerst erfolgreiche deutsche Kaiserreich. Jenseits der Rüstungsproduktion hatte die deutsche Industrie durch einen Krieg wenig zu gewinnen, aber viel zu verlieren.

Der Konzernführer Hugo Stinnes etwa war sich darüber völlig im klaren. Stinnes, ein dynamischer Unternehmer wie aus dem Lehrbuch, hatte 1898 durch die Verbindung seiner Essener Kohlenzeche mit dem städtischen Elektrizitätswerk begonnen, „Kohle per Draht“ zu verkaufen und legte damit den Grundstock für den heutigen Konzernkoloß RWE.

Im September 1911 stritt sich Stinnes mit Heinrich Claß, einem der Führer der rechtsradikalen „Alldeutschen Bewegung“, die für einen baldigen Angriffskrieg trommelte. Man könne doch, hielt der Kapitalist dem Kriegstreiber entgegen, „nach und nach die Aktienmehrheit von diesem oder jenem Unternehmen erwerben“, die „Kohleversorgung Italiens an sich bringen“ oder „wegen der notwendigen Erze in Schweden und Spanien unauffällig Fuß fassen“ und sich „sogar in der Normandie festsetzen“. Stinnes: „Also drei oder vier Jahre Frieden, und ich sichere die deutsche Vorherrschaft in Europa im stillen.“

Ähnlich argumentierte der Hamburger Bankier Max Warburg, der für die weltweit tätige Bank seiner Familie (heute größtenteils im Besitz des Schweizer Geldriesen UBS) im Kriegsfall das Schlimmste fürchten mußte. Eine Woche vor dem kriegsauslösenden Attentat in Sarajevo versuchte er, Kaiser Wilhelm II. von dessen Kriegsplänen abzubringen. Er hielt ihm entgegen, so notierte er in seinem Tagebuch, „Deutschland werde mit jedem Jahr des Friedens stärker. Abwarten könne uns nur Gewinn bringen“.

M. WOLF / VISUM

Siemens-Chip-Produktion in Singapur: *Grenzenlose Mobilität*

Kurz darauf siegte der imperiale Wahn über das Streben nach Gewinn – für neoklassische Ökonomen wie Giersch bis heute eine Art Unfall der Geschichte, für den es keinen Zusammenhang zur stürmischen Globalisierung jener Zeit gibt.

Schon Joseph Schumpeter, Erfinder der berühmten Formel von der „schöpferischen Zerstörung“ durch innovative Unternehmer, vermochte sich „das aggressive Verhalten der Staaten“ nicht so recht aus den Interessen der Beteiligten zu erklären. Der Imperialismus, so schrieb er 1919, gehe wohl zurück auf „die starke Lebenskraft der vorkapitalistischen Elemente“.

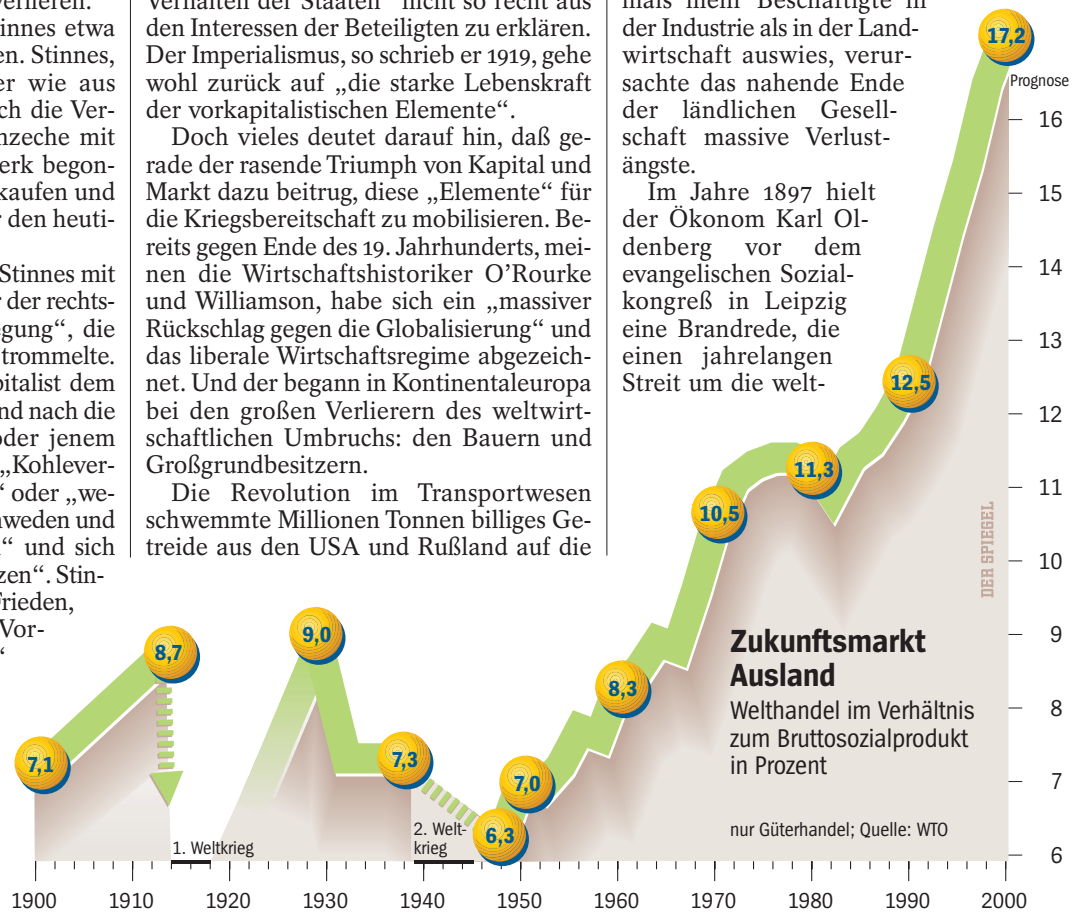
Doch vieles deutet darauf hin, daß gerade der rasende Triumph von Kapital und Markt dazu beitrug, diese „Elemente“ für die Kriegsbereitschaft zu mobilisieren. Bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts, meinen die Wirtschaftshistoriker O'Rourke und Williamson, habe sich ein „massiver Rückschlag gegen die Globalisierung“ und das liberale Wirtschaftsregime abgezeichnet. Und der begann in Kontinentaleuropa bei den großen Verlierern des weltwirtschaftlichen Umbruchs: den Bauern und Großgrundbesitzern.

Die Revolution im Transportwesen schwemmte Millionen Tonnen billiges Getreide aus den USA und Rußland auf die europäischen Märkte und stiftete massive Unruhe, insbesondere unter Preußens Junkern. Ihre Einkünfte brachen um bis zu 50 Prozent ein.

Im Bruch mit dem bis dahin geltenden wirtschaftsliberalen Zeitgeist verschanzte die Regierung von Kaiser Wilhelm ihre „Grüne Front“ hinter hohen Zollmauern, die bis 1902 auf bis zu 47 Prozent des Warenwertes angehoben wurden. Die meisten anderen europäischen Länder folgten dem deutschen Beispiel.

Der protektionistische Rückfall vermochte jedoch den Bedeutungsverlust der Agrarier nicht auszugleichen. Als die Statistik kurz vor der Jahrhundertwende erstmals mehr Beschäftigte in der Industrie als in der Landwirtschaft auswies, verursachte das nahende Ende der ländlichen Gesellschaft massive Verlustängste.

Im Jahre 1897 hielt der Ökonom Karl Oldenberg vor dem evangelischen Sozialkongreß in Leipzig eine Brandrede, die einen jahrelangen Streit um die welt-



SIEMENS FORUM MÜNCHEN

Fabrikarbeit bei Siemens in Nürnberg (um 1912)*: *Lange Zeit nur bescheidene Renditen für die Geldgeber*

wirtschaftliche Verflechtung auslöste. Oldenberg wetterte gegen die drohende Abhängigkeit Deutschlands von „Bauernstaaten“ wie den USA oder China. Gehe die Entwicklung weiter, drohte er, „werden wir immer mehr exportieren müssen, um uns zu ernähren“. Folglich sei der Maschinenexport „Totengräberarbeit“ an der Nation. In solchen Ausbrüchen, meint der Bielefelder Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser, „artikulierte sich erheblicher Widerstand gegen die Globalisierungsdynamik jener Zeit“. Dieser prägte die Politik der Vorkriegszeit und bereitete den Boden für das Streben nach Autarkie.

Auch der Historiker Joachim Radkau, ein brillanter Chronist der deutschen Industriegeschichte, stieß in zahllosen Quellen auf die allgegenwärtige Angst vor dem plötzlich so nahen Ausland. Da war etwa angesichts des wirtschaftlichen Erfolges der USA vielfach von der „amerikanischen Gefahr“ die Rede. Zwar erzielte beispielsweise die deutsche Maschinenbauindustrie zwischen 1902 und 1907 ein Exportwachstum von vollen 600 Prozent. Aber die zunehmende Exportabhängigkeit, so Radkau, „machte anfällig für die Psychose des internationalen Wettlaufs“.

Parallel dazu durchdrang weite Teile der Gesellschaft das Gefühl der Überforderung. „Das Zeitalter der Nervosität“ betitelte Radkau sein Buch über den Zeitgeist der Epoche, deren großes Thema die fortwährende Beschleunigung war. „Tempo“ war das universale Modewort, und die Neurasthenie, die übermäßige Erregbarkeit, stieg zur Volkskrankheit auf.

Wilhelm Erb, der führende Neurologe jener Zeit, machte dafür die „ins Unangemessene gesteigerte Konkurrenz“ verantwortlich. Bürger wie Nationen seien „zu

SÜDD. VERLAG

Werner Siemens (M.), Familie: *Teilhabe der Arbeiter*

gewaltig vermehrten Anstrengungen im Kampfe um ihr Dasein genötigt“.

Man ersetze die Worte „Tempo“ und „Nervosität“ durch „Flexibilität“ und „Streß“, dann klingt das verblüffend vertraut. Und so wie sich damals die Agrargesellschaft auflöste, schrumpfen heute die Milieus der lebenslang beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Trotzdem erscheint es ganz und gar unwahrscheinlich, daß sich die daraus resultierenden Spannungen noch einmal in einem Krieg zwischen den führenden Wirtschaftsmächten entladen könnten. Im Gegenteil, die moderne Form der Globalisierung führt das Denken in nationalen Kategorien zusehends ad absurdum.

Die amerikanische Historikerin Mira Wilkins, Expertin für die Geschichte der Kapitalmärkte, sieht darin den entscheidenden Unterschied zum globalen Aufbruch vor 100 Jahren: „Die Vernetzung der internationalen Finanzströme und das Volumen der direkten, grenzüberschreitenden Investitionen hat eine völlig andere Qualität.“

Schon über 53 000 transnational tätige Unternehmen mit knapp 450 000 Niederlassungen zählten 1998 die Experten der Unctad, des Genfer Uno-Zentrums für Weltwirtschaft. Auf diese entfallen rund zwei Drittel des gesamten Welthandels, die Hälfte davon wickeln sie innerhalb ihrer firmeneigenen Netzwerke ab.

Ein Volkswagen Polo, montiert in Pamplona, enthält Zulieferteile aus 16 Ländern, von Mexiko bis Tschechien. Toyota produziert genauso viele Fahrzeuge im Ausland, wie der Konzern aus Japan exportiert. Und umgekehrt würde die US-Autoindustrie zusammenbrechen, wenn sie auf die Zulieferung japanischer Hersteller verzichten müßte.

So scheint der Krieg als politische Option in den Wohlstandsländern nur noch etwas für Wirrköpfe zu sein. Ein japanischer Angriff auf die Vereinigten Staaten käme der Vernichtung von fast einer halben Billion Dollar Anlagekapital des Aggressors gleich. Und auf welcher Seite eines europäisch-amerikanischen Konflikts würde DaimlerChrysler-Chef Jürgen Schrempp stehen? Die Mehrheit seiner Beschäftigten sind Europäer, aber ein Drittel der Aktien werden in den USA gehalten.

Bringt also die globale Verschmelzung im zweiten Anlauf den großen Frieden, eine Art Pax Globalis im Zeichen des Marktes? Schön wär's.

Doch so beruhigend die Befriedung zwischen den Großmächten von einst auch verlaufen mag, so bedrohlich wachsen mit dem globalen Siegeszug des Kapitalismus

* Herstellung von Elektrizitätszählern.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

BPK

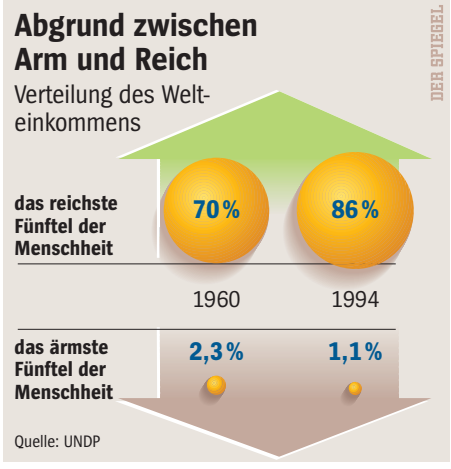
Landarbeiter (1923): *Neue Technologien zerstören alte Strukturen*

soziale Spaltung und politische Instabilität. Sowohl zwischen den Völkern als auch innerhalb der Nationen vertieft sich der Graben zwischen Gewinnern und Verlierern. Das Potential für einen weiteren Rückschlag wächst.

In verblüffender Gleichförmigkeit öffnet sich quer durch alle Wohlstandsländer die Schere zwischen Lohneinkommen auf der einen und Kapitalgewinnen auf der anderen Seite. In den USA lag der Stundenverdienst für vier Fünftel der Erwerbstätigen im Jahr 1995 um 11 Prozent unter dem Stand von 1973, während die Wirtschaftsleistung pro Kopf um über 30 Prozent zulegte.

Aller Zuwachs floß nur noch einem Fünftel der Bevölkerung zu, und auch dies höchst ungleich. Das reichste Prozent aller Haushalte verdoppelte im gleichen Zeitraum die Einkommen.

Die wachsende Ungleichheit ergab sich aus der Reaktion auf die japanische und



D. HOPPE / NETZHAUT

Stahlarbeiter (1997): *Hatte Marx recht?*

europäische Konkurrenz, die zu Beginn der achtziger Jahre die Weltmärkte eroberte. „Amerikas Industrie wurde förmlich in die Knie gezwungen“, erinnert sich Stephen Roach, Chefökonom der Wall-Street-Bank Morgan Stanley. „Auf diesen Schmerz“ (Roach) antworteten die Unternehmen mit einer bis dahin nie dagewesenen Welle von Entlassungen und Lohnkürzungen. Nach einem Jahrzehnt „downsizing“ und „re-engineering“ verfügen die USA nun wieder über die „produktivste Ökonomie der Welt“ („Business Week“).

Zugleich aber hat sich ihre Gesellschaftsstruktur deutlich verändert. „Wenn die Flut steigt, steigen mit ihr alle Boote auf dem Wasser“, auf diese Formel brachte John F. Kennedy einst den Zusammenhang zwischen Wachstum und Massenwohlstand. Diese Metapher trifft heute nicht mehr zu – der Wohlstand wächst nicht gleichmäßig für alle.

Zu Kennedys Zeiten verdienten Amerikas Top-Manager etwa 44mal soviel wie ein durchschnittlicher Arbeiter, heute beträgt dieser Faktor 326. „Zynisch betrachtet“, schrieb die „Financial Times“, „werden die Chefs heute für die Fähigkeit bezahlt, den Ertrag für die Aktionäre zu maximieren und den für ihre Beschäftigten zu minimieren.“

Dem Erfolg dieses Prinzips vermag sich keine der Wohlstandsnationen zu entziehen. Die globale Vernetzung brachte japanische und deutsche Produktionsstandards nach Amerika. Nun überträgt sich umgekehrt der Trend zur Umverteilung von unten nach oben.

Von Tokio bis Paris sehen sich Konzernmanager gezwungen, die Gewinne schneller zu steigern, als es mit Wachstum allein erreichbar ist. Das geht zu Lasten von Jobs oder Löhnen oder beidem, so etwa bei einem der ältesten Global Player Deutschlands, der Siemens AG. Deren Kapitalgeber gaben sich 150 Jahre lang mit Renditen von 8 bis 10 Prozent zufrieden. Nun fordern Investmentfonds mindestens 15 Prozent auf das eingesetzte Kapital, und das Management baut radikal um: Ganze Unternehmenszweige werden abgestoßen, Dienstleistungen gehen an ausgelagerte Unternehmen, die keine Tariflöhne zahlen. Die Arbeitszeiten werden wieder verlängert.

Als Konzernchef Heinrich von Pierer im Februar zur Hauptversammlung in die Münchner Olympiahalle lud, trafen die Interessen frontal aufeinander. „Tüchtige Rambos“ wünschte sich ein Aktionärsvertreter an die Konzernspitze, und „radikale“ Schritte wurden gefordert. Demgegenüber warnten Belegschaftsvertreter vor „den falschen Propheten der Finanzmärkte“, deren „überhöhte Renditeforderung zu Lohn- und Sozialdumping“ führe.

Von Pierer, obwohl alles andere als ein Rambo, versprach Shareholder-value: „Wir müssen mehr Geld verdienen.“ Das klang zu Zeiten der ersten globalen Marktterschließung ganz anders. Er sehe, schrieb Firmengründer Werner von Siemens seinerzeit, „im Geschäft erst in zweiter Linie ein Geldeswerth Object“. Ihm ging es um technischen Fortschritt sowie die Teilhabe

„Es drängt sich der Schluß auf, daß die Globalisierung und ihre sozialen Folgen eher autoritären als demokratischen Verfassungen Vorschub leisten.“

Ralf Dahrendorf in der „Zeit“ vom 14. November 1997

Werbeseite

Werbeseite

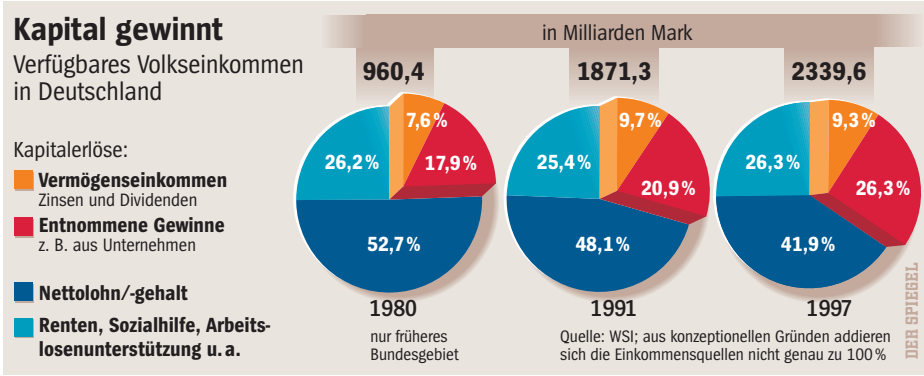
seiner Mitarbeiter am Erfolg: „Mir würde das verdiente Geld wie glühendes Eisen in der Hand brennen, wenn ich meinen Gehilfen nicht den verdienten Anteil gäbe."

So zeitigt die Globalisierung eine paradoxe Entwicklung: Volkswirtschaftlich macht sie die Wohlstandsnationen reicher, allein in Deutschland nimmt mit jedem Prozent Wachstum das Volkseinkommen um rund 37 Milliarden Mark zu. Nur dient die Erwerbsarbeit immer weniger als Medium zur Verteilung dieser Zuwächse. Auf Löhne und Gehälter entfällt ein immer kleinerer Anteil am Ertrag (siehe Grafik).

Zugleich können die nationalen Regierungen die Steuerpolitik nicht mehr nutzen, um dagegenzuhalten. Über die internationalen Finanzmärkte haben sich die Staaten in einen weltweiten Steuersenkungswettbewerb für Unternehmen und Kapitalbesitzer verstrickt, um sie zu Investitionen zu animieren. Folglich wächst die Steuerlast für jene, die sich nicht entziehen können: Arbeitnehmer und Verbraucher. In der Europäischen Union zahlten Lohn- und Gehaltsempfänger 1995 im Schnitt 13 Prozent mehr, Kapitalgesellschaften dagegen fast 40 Prozent weniger Steuern als ein Jahrzehnt zuvor.

Wie die grenzenlose Mobilität des Kapitals die Macht zwischen Staat und Markt verschiebt, erfuhren zuletzt die Steuerpolitiker der rot-grünen Koalition. In keinem anderen großen Industrieland, so errechneten Fachleute der OECD, werden sowenig Gewinnsteuern eingetrieben wie in Deutschland. Aber den Versuch der gerade gewählten Sozialdemokraten, die ungleiche Belastung per Gesetz zu korrigieren, quittierten die betroffenen Unternehmen mit der Drohung, Zehntausende von Arbeitsplätzen ins Ausland zu verlagern. Allen voran wehrte sich Henning Schulte-Noelle, Chef des bislang besonders begünstigten Finanzriesen Allianz, gegen eine ohnehin nur zeitweilige Steuermehrbelastung von jährlich 625 Millionen Mark, während sein Finanzchef eine Gewinnsteigerung um 25 Prozent auf 8,3 Milliarden Mark bekanntgab. Bundeskanzler Gerhard Schröder ergab sich der Übermacht. Folgsam empfing er die Steuerboykotteure im Kanzleramt und versprach Besserung.

Die „Revolution des Kapitals", wie das „Handelsblatt" den Chef eines großen deutschen Unternehmens zitierte, birgt allerdings erhebliche Risiken. Denn das politische Signal ist verheerend: Auch demokratisch gewählte Regierungen können der zunehmenden Ungleichheit nicht mehr entgegenwirken. Solche Entwicklungen seien „der Demokratie nicht förderlich",



urteilt der deutsch-britische Ur-Liberale Ralf Dahrendorf und wähnt die Menschheit an „der Schwelle zum autoritären Jahrhundert".

Zugleich finden ökonomisch falsche Klischees wie „die Globalisierung macht uns arm" oder „das Ausland nimmt uns die Arbeit weg" scheinbare Bestätigung im Alltag. So verschaffen gerade die Profiteure des globalen Markts auslandsfeindlichen Ressentiments fortwährend neue Nahrung und treiben Rechtspopulisten und Protektionisten Wähler zu.

Alle Spannungen innerhalb der Wohlstandsgesellschaften erscheinen jedoch harmlos im Vergleich zu dem Abgrund, der sich zwischen ihnen und dem Rest der Welt auftut. Im Jahr 1960 erzielte das Wohlstands-Fünftel der Weltbevölkerung ein Pro-Kopf-Einkommen, das etwa 30mal höher lag als die Wirtschaftskraft der ärmsten 20 Prozent; heute erreicht die Differenz das 78fache. Die weltweit registrierten 358 Dollar-Milliardäre sind gemeinsam gerechnet so reich wie die ärmeren 2,5 Milliarden Bewohner des Planeten, fast die Hälfte der Weltbevölkerung.

Die „wesentliche Verbesserung des Lebensstandards" in den „unterentwickelten Ländern", die der amerikanische Präsident Harry Truman 1949 noch voll naiver Zuversicht den Armen der Welt versprach, findet nicht statt. In wuchernden Stadtmonstern wie Manila, São Paulo oder Lagos bestimmen nicht Aufstieg und Wohlstand, sondern sozialer Verfall und ökologische Zerstörung den Alltag von drei Fünfteln der Menschheit.

Eine kleine Minderheit steigt in die Welt von Nike, Sony oder Volkswagen auf, für den großen Rest bleibt dieses Ziel für immer unerreichbar. Der massenhafte Ausschluß aus dem Paradies erzeugt tiefe Abwehr und die Sehnsucht nach Identität und Gemeinschaft. So bestellt der Trend zur globalen Annäherung gleichzeitig den Boden für ethnische, religiöse und andere Fundamentalismen aller Art. „Dschihad gegen McWorld" nennt der US-Politologe Benjamin Barber diesen globalen Megatrend in Anlehnung an das arabische Wort für den „Heiligen Krieg" gegen die Ungläubigen, auf den sich die radikalen Islamisten berufen. Barber prophezeit „Mikrokriege bis weit ins nächste Jahrtausend" nach dem Modell Afghanistan und warnt, die neue Epoche könnte „postnational, zugleich jedoch auch unheilbar postdemokratisch werden".

Alles nur finstere Visionen? Vielleicht. Noch glauben die meisten Regierungspolitiker, Konzernchefs und ihre akademischen Berater fest daran, daß die grenzenlose Ausdehnung der Marktwirtschaft nach westlichem, genauer: nach US-amerikanischem Muster zur globalen Mehrung von Wohlstand und Sicherheit führt. „Die Globalisierung wirkt sich auf Entwicklungsländer segensreich aus", versichert etwa BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel. Unternehmen aus Industrieländern hätten dort zig Millionen Arbeitsplätze geschaffen und eine Basis für die industrielle Entwicklung gelegt.

Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung – so lautet die eiser-

S. ATTAL / VISUM / PLUS 49

Billiglohn-Arbeiter*: *Sinkender Verdienst*

* In New York.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

ne Formel, mit der Westeuropäer und Amerikaner gemeinsam mit Hilfe des von ihnen regierten Internationalen Währungsfonds (IWF) der Weltbank und der Welthandelsorganisation seit drei Jahrzehnten die Marktintegration des Südens vorantreiben. Doch die Resultate sind nicht ermutigend.

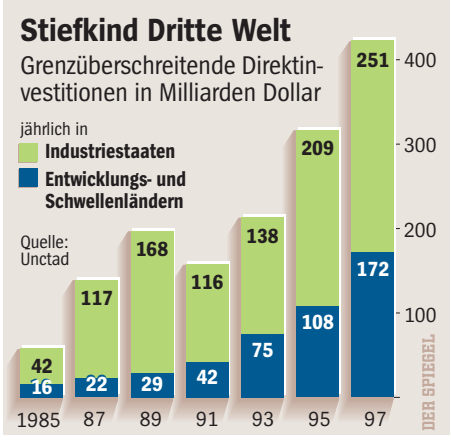
In Mexiko etwa müßte längst der Wohlstand eingezogen sein. Seit 17 Jahren befolgen die Regierungen der 94-Millionen-Nation südlich des Rio Grande folgsam die Ratschläge des IWF. Sie privatisierten die Staatsindustrie, fuhren Staatsdefizit und Inflation herunter und öffneten ihren Kapitalmarkt. 1993 schloß Mexiko mit den USA und Kanada sogar das Freihandelsabkommen Nafta ab. Multinationale Konzerne, von Bayer bis Motorola, eröffneten Fertigungsbetriebe.

Aber von all dem profitierte nur ein kleiner Teil der Bevölkerung. Die neuen Fabriken sind hochgradig importabhängig und bieten nur wenig neue Arbeitsplätze. Gleichzeitig setzte die Öffnung gegenüber den Vereinigten Staaten wichtige nationale Wirtschaftsbereiche der US-Konkurrenz aus. Eine Importwelle überschwemmte das Land, und die arbeitsintensive, mittelständische Industrie sowie die bäuerliche Landwirtschaft mußten weichen. Allein im Maschinenbau wurde die Hälfte aller Betriebe geschlossen. Das Wirtschaftswachstum sank unter die Zuwachsrate der Bevölkerung.

Angelockt durch hohe Zinsen und Mexikos Ruf als IWF-Musterschüler, finanzierten US-Investmentfonds mit dem Kauf von Peso-Bonds einen Boom auf Pump. Im Dezember 1994 folgte das Unvermeidliche. Die ersten Anleger verloren das Vertrauen, die Unsicherheit schlug in Panik um, und der Wechselkurs des Peso stürzte ab.

Ein erneutes IWF-Schockprogramm führte anschließend in eine wirtschaftliche Katastrophe. Binnen weniger Monate waren 15 000 Unternehmen bankrott, an die drei Millionen Menschen verloren ihre Arbeit, und die Kaufkraft der Bevölkerung schrumpfte um ein Drittel.

Vier Jahre später gilt Mexiko als saniert, die Exportindustrie boomt wieder. Aber



T. RYAN / GAMMA / STUDIO X

Elendsviertel in Manila: *Sozialer Verfall statt wachsenden Wohlstands*

die „makroökonomische Gesundheit wurde auf Kosten von massenhaftem Leid erreicht“, befand das „Wall Street Journal“. Zu Beginn der neunziger Jahre mußte knapp die Hälfte der Mexikaner mit weniger als drei Dollar am Tag auskommen, nun sind es zwei Drittel der Bevölkerung.

Dabei verfügt Mexiko mit dem kurzen Zugang zum US-Markt noch über die denkbar besten Voraussetzungen. Die Aufsteiger Südostasiens, die es zwei Jahre später nach dem gleichen Muster traf, werden voraussichtlich noch weiter zurückgeworfen, ebenso die Krisenopfer in Rußland und Brasilien.

Und beinahe überall nimmt die Globalisierung auf dem Weg über den Markt wieder das häßliche Gesicht des Kolonialismus an. Während von Seoul bis Buenos Aires die gerade erst gewachsene Mittelschicht verschwindet, übernehmen Amerikaner und Europäer per Schnäppchenkauf die Kontrolle in den Banken, den Schaltzentralen jeder Volkswirtschaft. Kein Wunder, daß sich in allen Krisenländern eine antiwestliche, national orientierte Opposition formiert.

Was ist schiefgegangen?

Die gleiche Frage stand vor 45 Jahren schon einmal auf der Tagesordnung der Staatengemeinschaft. Ende Juli 1944 kamen in dem Erholungsort Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire 730 Delegierte aus 44 verschiedenen Nationen zusammen, um über eine krisenfeste Weltwirtschaftsordnung zu verhandeln. Spiritus rector der Konferenz war der britische Ökonom John Maynard Keynes, der mit dem US-Finanzstaatssekretär Harry Dexter White die Grundlinien der späteren Verträge entwarf.

Beide Männer hielten die unkontrollierten Kapitalströme für eine der zentralen Ursachen der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre. Vor deren Ausbruch hatten Europäer und Amerikaner eisern den freien Kapitalverkehr aufrechterhalten. Der internationale Geldfluß beschleunigte jedoch erst den Boom und dann den Absturz. Anstatt aus dem damaligen Handelsüberschußland USA ins defizitäre Europa zu fließen, nahm das Kapital die umgekehrte Richtung gerade zu dem Zeitpunkt, als es in Europa am dringendsten benötigt wurde.

Darum, so schrieb Keynes, sei „nichts sicherer, als daß die freie Bewegung von Kapitalfonds reguliert werden muß“. Entsprechende Kontrollen, stellte sein US-Partner White klar, „bedeuten jedoch weniger Freiheit für die Besitzer liquiden Kapitals. Aber diese Beschränkung würde eben im Interesse der Völker ausgeübt“.

Das war einer der Kernpunkte des Vertragswerkes, das die Diplomaten und Finanzexperten nach 22 Tagen intensiver Arbeit paraphierten. Die Währungen der Mitgliedsländer wurden auf einen Festkurs zum Dollar festgelegt, und es entstand der IWF, der überschuldeten Staaten mit Überbrückungskrediten beistehen sollte. Artikel IV des Vertrags forderte von jedem Staat, der solche Mittel beanspruchte, er müsse Kontrollen ausüben, um einen fluchtartigen Geldabfluß zu stoppen.

Die stabile Finanzordnung ermöglichte einen Aufschwung ohnegleichen. In den folgenden 25 Jahren wuchs die Wirtschaftsleistung in den westlichen Industriestaaten auf das Dreifache. Und die mit der Unfreiheit des Kapitalverkehrs erreichte Währungsstabilität beflügelte die

R. NOBEL / VISUM

Luxus in St. Tropez: *Abstand zum Rest der Welt*

Freiheit des Warenhandels mit Zuwachsraten wie vor 1914.

Gleichwohl trug das System den Keim des Scheiterns in sich. Weil alle Währungen an den US-Dollar gebunden waren, baute es auf die Bereitschaft der USA, ihre Geldpolitik nicht an nationalen Interessen auszurichten. Mit der Eskalation des Vietnamkrieges ließ jedoch der damalige Präsident Richard Nixon ab 1969 die Rüstungslasten mit der Notenpresse bezahlen und flutete die Welt mit billigen Dollars. Parallel dazu förderte die britische Regierung den Aufbau eines unkontrollierten, damals sogenannten Euro-Kapitalmarktes in der Londoner Banken-City.

Die Inflationierung der Leitwährung und die Mobilisierung von liquidem Kapital für spekulative Zwecke sprengten schließlich das System. Im März 1973 trugen die EG-Regierungen den Währungspakt mit den USA offiziell zu Grabe und gaben die Wechselkurse zum Dollar frei. Das war der Startschuß für das fulminante Wachstum einer heute global vernetzten Finanzindustrie, auf deren elektronisch organisiertem Weltmarkt das Schicksal ganzer Nationen entschieden wird.

Arthur Burns, damals Chef der US-Zentralbank Federal Reserve, warnte vergebens, die Entfesselung der Finanzmärkte werde „mit Sicherheit Elend über die Menschheit bringen". Die düstere Prognose findet jetzt, 26 Jahre und 87 Währungscrashs später, eine brutale Bestätigung.

Als sei eine Art Kurzschluß in der Weltökonomie entstanden, pflanzt sich eine Rezession, die im kleinen Thailand als Wechselkursverfall begann, über den Kanal der deregulierten Finanzmärkte seit zwei Jahren rund um den Erdball fort. Rund 40 Prozent der Weltwirtschaft befinden sich in der Rezession.

Jeffrey Garten, früher leitender Mitarbeiter im wirtschaftspolitischen Team der Clinton-Regierung und heute Dekan an der Yale-Universität, beurteilt die forcierte Öffnung der Weltmärkte inzwischen skeptisch. „Wir sind zu schnell und zu weit gegangen", sagt Garten, „da war eine gewisse Arroganz im Spiel."

Die Strategie der rein marktgesteuerten Globalisierung ist offenbar gescheitert. Allzu simpel war die Vorstellung, die ganze Welt ließe sich in ein großes Amerika verwandeln. Aber wie geht es besser?

1930, ein Jahr nach dem Börsenkrach und noch vor Ausbruch der großen Depression, stellte sich die Frage durchaus ähnlich. „Ökonomisch ist die Welt eine umfassende Handlungseinheit", aber politisch sei sie geteilt geblieben, befand damals das britische Magazin „The Economist" und resümierte: „Die Spannungen zwischen den beiden gegensätzlichen Entwicklungen haben reihenweise Zusammenbrüche im Leben der Menschheit ausgelöst."

69 Jahre später ist die gleiche Analyse von brennender Aktualität. Wieder sitzt die Menschheit in der Falle zwischen globaler Ökonomie und nationaler Politik. Als sich im vergangenen Januar rund tausend Repräsentanten der globalen Wirtschafts- und Politikelite zum alljährlichen World Economic Forum im Schweizer Skiort Davos versammelten, stand die Ratlosigkeit der Mächtigen der ihrer Vorgänger von damals in nichts nach.

Fast alle Redner zelebrierten den Zweifel am bisherigen Weg. „Das globale Dorf steht in Flammen", empörte sich Ägyptens Präsident Husni Mubarak, „es muß etwas falsch sein mit einem System, das Jahre hart erarbeiteter Entwicklung ausradiert, nur weil sich Markteinschätzungen ändern." Und Kanzler Schröder beklagte wie einst Keynes, daß „spekulative Kapitalbewegungen ganze Volkswirtschaften an den Rands des Ruins" treiben würden.

Aber mehr kam nicht heraus. Die Debatten über ein neues Währungsregime nach dem Muster von Bretton Woods endeten im Nirgendwo. Die führenden Wirtschaftsnationen der G-7-Gruppe zeigten sich tief gespalten, US-Finanzminister Rubin wehrte jedes Ansinnen auf eine Regulierung der Märkte strikt ab. Amerikas boomende Finanzindustrie lebt vom unbehinderten Kapitalverkehr.

So ist die Zukunft der globalen Integration der Menschheit am Ende des Jahrhunderts so ungewiß wie zu dessen Beginn. Klaus Schwab, Gründer und Präsident des World Economic Forum, sieht bereits Vorboten „einer Gegenbewegung, die unbedingt ernst zu nehmen" sei. Es gelte zu demonstrieren, wie der globale Kapitalismus so funktionieren kann, „daß er auch der Mehrheit Nutzen bringt und nicht nur Konzernmanagern und Investoren".

Das deckt sich mit den Erkenntnissen der Wirtschaftshistoriker O'Rourke und Williamson über die Umkehrung des Globalisierungstrends vor 100 Jahren. „Der Rückschlag entwickelte sich aus den Verteilungseffekten", so ihre Schlußfolgerung, „die Globalisierung zerstörte sich selbst."

Harald Schumann, 41, Koautor des Bestsellers „Die Globalisierungsfalle", ist Redakteur beim SPIEGEL.

LITERATUR

ELMAR ALTVATER, BIRGIT MAHNKOPF: „Grenzen der Globalisierung – Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft". Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1996; 640 Seiten – *Entwicklung der globalen Integration aus marxistischer Perspektive.*

ULRICH BECK: „Was ist Globalisierung?" Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1997; 272 Seiten – *Zusammenfassung des neueren sozialwissenschaftlichen Diskurses.*

GERALD BOXBERGER, HARALD KLIMENTA: „Die 10 Globalisierungslügen – Alternativen zur Allmacht des Marktes". Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1998; 256 Seiten – *Eine Kritik der populären Irrtümer in der Globalisierungsdebatte.*

KEVIN H. O'ROURKE, JEFFREY G. WILLIAMSON: „Globalization and History. The Evolution of a Nineteenth-Century Atlantic Economy". MIT Press, Cambridge 1999; 400 Seiten – *Die sozialökonomischen Folgen des Globalisierungsschubs vor 1914.*

WOLFGANG H. REINICKE: „Global Public Policy – Governing without Governement?" Brookings Institution Press, Washington 1998; 308 Seiten – *Die transnationale Politik im Zeitalter der Globalisierung.*

STEVEN SOLOMON: „The Confidence Game – How Unelected Central Bankers Are Governing the Changed World Economy". Simon & Schuster, New York 1995; 608 Seiten – *Ein brillanter Bericht über die Verflechtung von Politik und wirtschaftlicher Macht im globalen Finanzmarkt.*

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

STANDPUNKT

Europa ist der Testfall

Von Herbert A. Henzler

Henzler

Globalisierung folgt keinem Automatismus, der ohne Anstrengung Wohlstand für alle brächte. Aber sie ist auch keine von dunklen Mächten ausgelöste Welle, die alles Bekannte und Bewährte mit sich fortreißt und Chaos hinterläßt.

Es gibt nicht *die* Gewinner und *die* Verlierer, wie Kritiker behaupten. Wenn die positiven Effekte der Globalisierung erkannt und ihre Chancen richtig genutzt werden, können Unternehmen, Arbeitnehmer und Verbraucher davon profitieren.

Das gilt nicht nur für die traditionellen Industrieländer. Gerade auch die sich entwickelnden Länder können durch Integration in die Weltwirtschaft Wachstum und Wohlstand steigern. Ihren Anteil am globalen Handel, der seit Mitte der achtziger Jahre exponentiell zunimmt, erhöhten diese Länder bereits von rund einem Viertel auf ein Drittel. Chile etwa, das mit der Spezialisierung auf den Export hochwertiger Agrarprodukte einen eher ungewöhnlichen Weg geht, erzielt seit 1990 ein Wachstum von durchschnittlich 7,3 Prozent pro Jahr.

Bis in die späten siebziger Jahre hatten nur wenige Entwicklungsländer offene Grenzen für Handels- und Kapitalströme. Die meisten erachteten die Einflüsse des Weltmarktes eher als Bedrohung denn als Segen. Inzwischen haben viele die Chancen der Globalisierung erkannt und müssen ihr nun zunächst durch ökonomische Reformen den Weg bereiten. Und das allein hat schon sein Gutes.

Vietnam beispielsweise, gebeutelt von wirtschaftlicher Stagnation und galoppierender Inflation, startete 1986 ein umfassendes Reformprogramm. Bereits nach fünf Jahren sank die Inflationsrate unter zehn Prozent, die Voraussetzungen für ein stetiges Wachstum waren geschaffen. Die Elemente des Reformprogramms finden sich in ähnlicher Form in nahezu allen erfolgreichen Staaten: Freigabe der Preise, Förderung der Privatwirtschaft, Öffnung für Außenhandel und ausländische Investitionen, Sanierung der Staatsfinanzen.

Ausländische Direktinvestitionen spielen als Quelle für Fortschritt und Wachstum in allen sich entwickelnden Ländern eine wichtige Rolle. Seit Mitte der achtziger Jahre sind sie die stärkste Triebfeder der Globalisierung – seitdem haben sie sich fast verzehnfacht.

So werden im Zuge der weltweiten wirtschaftlichen Verflechtung Arbeitsplätze geschaffen, vor allem durch die oft geschmähten multinationalen Unternehmen. In Argentinien etwa wird derzeit die größte Düngemittelfabrik der Welt gebaut, kanadische Investoren steuern hierzu ein Drittel der erforderlichen 600 Millionen US-Dollar bei. Multinationale Unternehmen haben von 1985 bis 1992 fünf Millionen Arbeitsplätze in sich entwickelnden Ländern geschaffen.

Aber wie steht es mit der Befürchtung, daß Kapital nur wegen billiger Arbeitskräfte ins Land strömt und bei steigenden Löhnen wieder abfließt?

Das kann in der Tat passieren, doch selbst dann stünde das Land nicht zwangsläufig schlechter da als zuvor. Mauritius, die Philippinen oder auch Südkorea haben vorgeführt, daß die Produktion arbeitsintensiver Güter wie Kleidung oder Schuhe ein wichtiger Abschnitt in der wirtschaftlichen Entwicklung ist. Stiegen die Löhne, hatte sich auch die einheimische Wirtschaft weiterentwickelt, und andere Branchen lockten Investitionen an.

Natürlich nutzen die Industrieländer ihre Chance, wenn sich im Zuge der Globalisierung neue Märkte für ihre Produkte auftun. Allein Chinas 1,2 Milliarden Einwohner oder die südamerikanische Wirtschaftsgemeinschaft Mercosur mit 190 Millionen Menschen stellen ein riesiges Käuferpotential dar. Doch die Absatzmöglichkeiten kommen nicht nur multinationalen Unternehmen zugute, auch kleinere Unternehmen, darunter einheimische, profitieren davon.

Viele Mittelständler sind auf dem globalen Markt erfolgreich tätig. Das schwäbische Unternehmen Kärcher etwa hat sich weltweit zum führenden Anbieter von Komplett-Reinigungssystemen entwickelt: Exportquote 70 Prozent, geschätzter Jahresumsatz 1,3 Milliarden Mark. Kärcher reinigt das Brandenburger Tor in Berlin, die Princess Bridge in Melbourne und New Yorks Freiheitsstatue.

Aber werden durch die Globalisierung nicht Arbeitsplätze daheim vernichtet? Wird Arbeit bald ein Privileg von wenigen sein?

Gewiß nicht. Es wird nicht weniger, sondern andere Arbeit geben. Die industrielle Revolution hat zwar die Agrarproduktion einschneidend verändert, doch Nahrungsmittel werden nach wie vor, wenn auch effizienter, produziert. Ebensowenig werden die Dienstleistungs- oder die Wissensgesellschaft die industrielle Produktion verdrängen.

C. LOVINY / GAMMA / STUDIO X

Elektronik-Montage in Vietnam: *Stetiges Wachstum*

Im Gegenteil. Die weltweite Beschäftigung in der Industrie ist zwischen 1980 und 1994 um 31 Prozent gestiegen, global gesehen produzieren also immer mehr Ar-

DIE THEMENBLÖCKE IN DER ÜBERSICHT: I. DAS JAHRHUNDERT DER IMPERIEN; II. … DER ENTDECKUNGEN; III. … DER KRIEGE; IV. … DER BEFREIUNG; V. … DER MEDIZIN; VI. … DER ELEKTRONIK UND DER KOMMUNIKATION; VII. … DES GETEILTEN DEUTSCHLAND: 50 JAHRE BUNDESREPUBLIK; VIII. … DES SOZIALEN WANDELS; IX. DAS JAHRHUNDERT DES KAPITALISMUS; X. … DES KOMMUNISMUS ; XI. … DES FASCHISMUS; XII. … DES GETEILTEN DEUTSCHLAND: 40 JAHRE DDR; XIII. … DER MASSENKULTUR

beiter relativ noch mehr Industriegüter. In den Industrieländern wird trotz eines hohen Lohnniveaus auch weiterhin qualifizierte Arbeit geleistet werden, wenn der Produktivitätsvorsprung weiter gehalten wird. Obwohl beispielsweise Daimler-Benz heute mit 25 Prozent weniger Personal ebenso viele Autos fertigt wie vor fünf Jahren, sind in der deutschen Automobilindustrie von 1996 bis Ende 1998 rund 60 000 Stellen hinzugekommen.

Was also soll falsch sein an einer Verflechtung der Volkswirtschaften? Wo ist denn die Falle in der Globalisierung zu sehen, wenn mehr Menschen Arbeit finden, wenn Produkte weltweit verkauft werden, wenn Druck auf die Preise entsteht?

Es ist unrealistisch und unsinnig, sich der Globalisierung entziehen zu wollen. Die Frage ist nur: Wie können wir vernünftig damit umgehen? Hier kommt Europa ins Spiel, nicht als Gegengewicht, sondern als Modellversuch – Globalisierung in einer überschaubaren Region. Länder mit unterschiedlicher Geschichte, verschiedener Mentalität ihrer Menschen, anderen ökonomischen Verhältnissen praktizieren die Integration. Und sie sind schon ein gutes Stück damit vorangekommen, die Globalisierung im Kleinformat solide, sozialverträglich und ökologisch zu gestalten.

Die Aussichten sind gut, daß wir nicht nur innerhalb Europas die Integration voranbringen, sondern auch global. Außer Frage steht, daß zunächst die Konsumenten die großen Gewinner der Globalisierung sind und daß die deutschen Unternehmen allein wegen der langjährigen Auslandsorientierung mit einem guten Wachstum rechnen können. Das wiederum verbessert die Lage für die Beschäftigten, sofern sie sich flexibel zeigen und zu einem ständigen Lernprozeß bereit sind.

Da es nicht in unserer Macht steht, die Globalisierung zu hemmen oder zu dirigieren, sollten wir auf den Zug aufspringen, damit er nicht ohne uns weiterfährt. Die Chancen, im Lokführerstand dabeizusein, stehen nicht schlecht.

Herbert A. Henzler, 57, ist Chairman der Unternehmensberatung McKinsey Europe.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

RADRENNEN

„Schon ein bißchen merkwürdig“

Variantenreich versuchte das Team Telekom vorige Woche die vom SPIEGEL veröffentlichten Doping-Details zu entkräften. Doch die Diskussion geht weiter. Fachleute wunderten sich über manche Erklärungen, Konkurrenten empfanden Schadenfreude.

DPA

Radprofi Ullrich
„Schon wieder richtig schnell“

Dem Belgier Walter Godefroot, 55, ging es gar nicht gut. Matt plumpste er im Hotel „Alpha“, einer Herberge im feinen Schweizer Lausanne, in die Polstergarnitur und schnallte sich anschließend die Krawatte vom Hals.

Er müsse jetzt, bekannte Godefroot, allmählich „über die Rente nachdenken“, denn es sei ja so: Beim Thema Radsport gehe es immer nur um Doping, und dabei hätten ja wohl auch andere Sportarten ihr Drogenproblem. Die Tennisspieler Yannick Noah oder Björn Borg zum Beispiel, erinnerte sich der Chef des Team Telekom, hätten sogar mal gesagt, sie hätten „Kokain gesnuppt“.

Nach dieser resignativen Attacke war ihm auch noch der Held abhanden gekommen. Jan Ullrich, 25, machte sich in einem Audi A6 Avant auf den Weg von der Schweiz in den heimischen Schwarzwald. Gas geben, so beteuerte ein Sprecher des deutschen Radstalls, könne Ullrich mit dem lädierten rechten Gliedmaß gerade noch so eben.

Die überstürzte Abreise war das vorläufige Ende einer Kette kleinerer Katastrophen. Dem abrupten Ende bei der Deutschland-Tour folgte ein früher Ausstieg aus der Tour de Suisse und damit, so sah es am Ende der vergangenen Woche aus, der wahrscheinliche Verzicht auf die Tour de France.

Vor allem aber war die Tragödie das Finale einiger variantenreicher Manöver, in die sich Deutschlands erste Radsport-Adresse nach der SPIEGEL-Veröffentlichung zum Thema Doping am letzten Montag begeben hatte.

Den üblichen Beteuerungen über stets negativ ausgefallene Doping-Kontrollen der Telekom-Radler folgte ein Potpourri aus bizarren Erklärungen, Widersprüchen und wortreichen Windungen. Bei allem verstand es die sportive Abteilung der Bonner Fernmelder, ihren Stärksten und Besten vor den drängenden Fragen weitgehend abzuschirmen.

Es war Montag abend kurz nach 18 Uhr, als rund 40 Journalisten und 9 Fernsehteams, vom Team Telekom einbestellt, ins

schweizerische Münchenbuchsee gefunden hatten. Angekündigt hatte der Rennstall eine Erklärung von Ullrich in eigener Sache – doch der war, als das Thema Doping anstand, erst mal nicht da; er sei noch auf der Massagebank, hieß es.

Als er dann kam, sprach der Tour-de-France-Sieger von 1997 2 Minuten und 30 Sekunden über die Doping-Vorwürfe („Der Bericht war nicht fair geschrieben"), dann wurde er von Walter Godefroot erlöst: „Bitte jetzt sportliche Fragen." Und auch in diesem Bezug solle sich das Auditorium bitte kurz fassen – „der Jan muß noch zur Massage".

Der Aufgabe, die Veröffentlichung des SPIEGEL inhaltlich zu widerlegen, widmete sich so in erster Linie der Mannschaftsarzt Lothar Heinrich. Der monierte zunächst, die als „Frühjahrskur" gekennzeichnete Doping-Liste eines Telekom-Fahrers beinhalte Medikamente, „die größtenteils in Deutschland nicht erhältlich sind". Das ist wenig verwunderlich: Im Ausland befindet sich der bevorzugte Markt für unerlaubte Mittel.

Sodann glaubte der Mediziner, die als Dokument („Winterkur") veröffentlichte Doping-Anleitung für einen Telekom-Fahrer müsse ein „Protokoll aus den siebziger Jahren" sein; die darin aufgeführten Anabolika seien „zwei Monate nachweisbar". Dieser Hinweis ist gleich in mehrfacher Hinsicht merkwürdig: Zum einen war in dem Dokument die Warnung nachzulesen, der Fahrer sei nach der Einnahme „vier Wochen positiv". Zum anderen werden fast wöchentlich Sportler bei Doping-Kontrollen der Einnahme anaboler Steroide überführt.

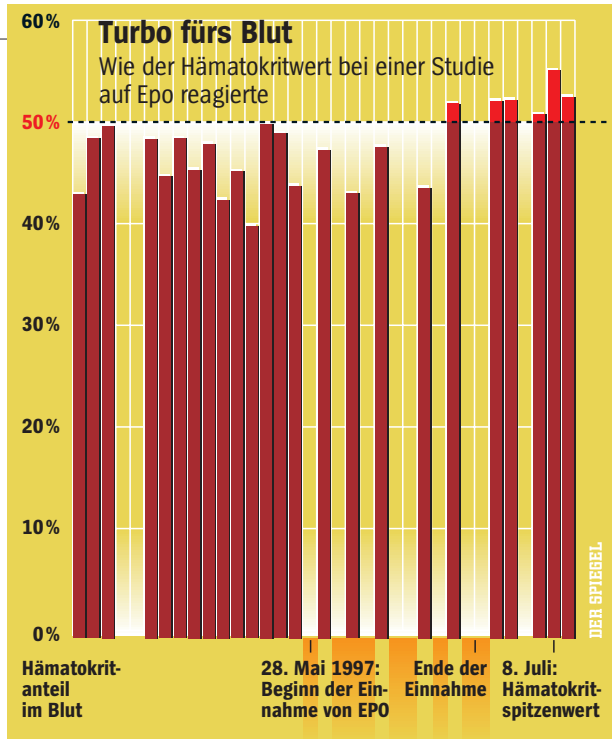
Als Heinrich nach der Tour de France des letzten Jahres von einem Journalisten gefragt wurde, ob es denn stimme, daß auch Fahrer des Team Telekom im Besitz einer Zentrifuge seien, mit der sich der Hämatokritwert des Blutes ermitteln lasse, antwortete der Mannschaftsarzt, ihm sei davon „absolut nichts bekannt".

Jetzt in Münchenbuchsee bestätigte er den Einsatz von Zentrifugen mit dem Hinweis, diese Geräte seien „im Radsport allgemein üblich". Im übrigen hätten die Telekom-Fahrer diese Meßinstrumente im vergangenen Jahr „von der Steuer abgesetzt".

Vom SPIEGEL zu diesem Widerspruch befragt, antwortete Heinrich: „Da ich bei Rundfahrten, bei denen ich anwesend bin – so auch der Tour de France –, die Hämatokritwerte persönlich messe, haben die Fahrer bei solchen Wettkämpfen ihre Zentrifugen in der Regel nicht mit dabei. Die Fahrer benutzen ihre Zentrifugen lediglich bei Rennen ohne ärztliche Begleitung zu Hause."

In der Regel liegt der Hämatokrit – der Anteil fester Bestandteile im Blut – bei Männern um 45 Prozent.

Die Einnahme des gentechnisch hergestellten Erythropoietin (Epo) steigert die Anzahl der roten Blutkörperchen (siehe Grafik), was den Sauerstofftransport verbessert. Dabei reduziert sich die Menge des Blutplasmas, das Blut schlammt regelrecht ein.



Während seines gesamten Vorbereitungstrainings auf eine internationale Meisterschaft hat der Athlet einen Hämatokritwert von unter 50. Einige Tage nach der Einnahme von Epo steigt der Hämatokrit durch die Produktion von roten Blutkörperchen stark an. Der Wert bleibt auch nach Absetzen des Präparates einige Zeit über dem kritischen Wert von 50.

Auf natürliche Art und Weise schwankt dieser Wert nur sehr geringfügig – etwa um drei Prozentpunkte nach unten, wenn man die Füße hochlegt. Bei akuter körperlicher Belastung, etwa einem 400-m-Lauf, kann er kurzfristig um bis zu fünf Punkte steigen – in der Phase danach allerdings sinkt der Wert, weil sich verstärkt Flüssigkeit in den Blutgefäßen einlagert.

Dieser Effekt wird auch bei Ausdauerbelastung beobachtet. Der Bayreuther Sportphysiologe Walter Schmidt hat bei Messungen während der Niedersachsen-Radrundfahrt festgestellt, daß der Hämatokrit der untersuchten Fahrer im Verlauf der zehn Etappen von 46 auf 41 Prozent fiel. Warum die Athleten – wenn sie auf Epo verzichten – sich ständig kontrollieren müssen, um die 50-Prozent-Grenze nicht zu überschreiten, gehört zu den unerklärbaren Phänomenen des Radprofiwesens.

Nur wer über einen Zeitraum von mehreren Wochen in einer Höhe von über 2500 Metern seinen Körper belastet oder extrem wenig trinkt, kann seinen Hämatokritwert längerfristig auf jene Marke von 50 ansteigen lassen, die im Profiradsport als gerade noch zulässig gilt.

Zwei Fahrer des Team Telekom allerdings sind im Besitz eines ärztlichen Attestes, das ihnen einen natürlichen Hämatokritwert von über 50 bescheinigt. Die deutsche Mannschaft, die bei jeder Gelegenheit Offenheit propagiert, mag nicht sagen, um wen es sich dabei handelt. „Wer dies ist, können wir aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes und wegen der ärztlichen Schweigepflicht nicht sagen" (Heinrich).

Derlei Ausnahmen können zwar genetisch bedingt vorkommen – wissenschaftliche Untersuchungen allerdings haben ergeben, daß die Wahrscheinlichkeit, so der Bayreuther Professor Schmidt, allenfalls „bei fünf Prozent liegt".

Was auch immer das Team Telekom in der vergangenen Woche vorbrachte: Die Öffentlichkeit und Teile der Fachwelt blieben irritiert. In einer Umfrage des Westdeutschen Rundfunks hielten 52,9 Prozent der Befragten Doping im Team Telekom für möglich. Der Leiter des Instituts für Biochemie an der Sporthochschule Köln, Wilhelm Schänzer, stieß sich besonders daran, daß die Tele-

ACTION SPORT

Teammitglieder Godefroot, Heinrich, Ullrich*: *„Bitte sportliche Fragen"*

* Am vergangenen Mittwoch in Lausanne.

Werbeseite

Werbeseite

kom-Fahrer Spritzen mit Salzlösung bei sich führen – angeblich, um damit Wunden zu säubern: „Das halte ich schon für ein bißchen merkwürdig“.

Es gibt Untersuchungen, nach denen der Hämatokritwert beim Genuß von drei Litern Salzwasser schnell und drastisch sinkt. Noch effektiver wäre es jedoch, so Schmidt, eine Salzlösung direkt in die Vene zu spritzen.

In Telekom-Kreisen wird unverdrossen der Sport in zwei Lager aufgeteilt. In der „Welt“ hat der Edel-Domestike Rolf Aldag dazu mit bewundernswerter Leichtigkeit ein Beispiel gegeben: „Sport ohne Doping kann ich mir nicht vorstellen“, erklärte der Westfale. Bei der Telekom, wo die Leistungen „eine Sache der Lebenseinstellung, des Trainings, des Talents“ seien, hält Aldag die Geißel jedoch für ausgerottet. Denn: „Bei uns bekommt ein Fahrer auch einen neuen Vertrag, wenn er ein Jahr lang nicht so gut gefahren ist.“

H. STEGMANN / C. HÖHN

Physiologe Schmidt: *„Wahrscheinlichkeit fünf Prozent“*

Ebenso konnte Wolfgang Strohband, Ullrichs Manager, nicht gerade zur Erhellung der Dinge beitragen. In einem Interview mit dem „Stern“ gab der hauptberufliche Gebrauchtwagenhändler einen Dialog wieder, den er vor Zeiten mit seinem Klienten geführt hatte. Auf Strohbands Frage, ob Ullrich ihm einmal im Zusammenhang mit Doping nicht die ganze Wahrheit gesagt habe, habe der verneint und gesagt: „Du weißt doch, mit solchen Sachen bin ich vorsichtig.“

Nach Beobachtung der französischen Sportzeitung „L’Equipe“ war Ullrich bei seinem Ausstieg am vergangenen Mittwoch „von den Vorwürfen gezeichnet“. Die offizielle Begründung seiner Aufgabe beschränkte sich allerdings auf ein lädiertes Knie – in Folge seines Sturzes bei der Deutschland-Tour Ende Mai, so der untersuchende Orthopäde Heinz Birnesser, sei „der Meniskus von der Kapsel teilweise abgerissen“.

Daß die Verletzung so schwer war, irritierte nicht nur Ullrichs Anhänger nachhaltig. Selbst Godefroot und sein Stellvertreter Rudy Pevenage hatten erwartet, daß der Mannschaftskapitän zumindest bis zur Bergetappe am vergangenen Samstag durchhalten würde.

Zu dieser Hoffnung gab es offensichtlich auch Grund. Noch in der vorvergangenen Woche hatte das Fachblatt „Sport-Bild“ einen Emissär in den Schwarzwald geschickt, um aus erster Quelle den aktuellen Formstand zu ergründen. Vom behandelnden Teamarzt Heinrich kam dabei die Auskunft: „Aus medizinischer Sicht kann ich sagen: Seine Knieprobleme sind nicht kritisch.“

Und Peter Becker, Ullrichs persönlicher Trainer, hatte ihn tagelang über die Berge des Mittelgebirges begleitet und anschließend zu Protokoll gegeben: „Manchmal waren vier lange Berge dabei, mit bis zu 18 Prozent Steigung. Jan leistet genau das, was ich um diese Zeit von ihm erwarte. Und er ist schon wieder richtig schnell.“ Die Aufgabe in der Schweiz kam während einer Flachetappe, bei Kilometer 70 am Neuenburger See.

Mannschaftsarzt Heinrich erklärte nachher: „Die Beschwerden im rechten Knie traten erst bei intensiven Trainingseinheiten auf. Die erste intensive Trainingseinheit absolvierte Jan Ullrich am Montag, dem 7. Juni. Am darauffolgenden Dienstag wurde ihm daraufhin vom Kniespezialisten Professor Birnesser erstmals eine Injektion in der Uni-Klinik Freiburg gesetzt.“

Die Diskussion um das Team Telekom wurde sogar in Lettland fortgeführt – denn im Betreuerstab des deutschen Rennstalls arbeitet mit dem Pfleger Aldis Cirulis ein Landsmann. Aus der Ferne meldete sich der ehemalige Nationalfahrer Tadeušs Rižijs in der Tageszeitung „Diena“ zu Wort und erklärte, daß ihm unerlaubte Medikamente verabreicht wurden, als Cirulis seinerzeit Betreuer der lettischen Auswahl war. Cirulis indes bestreitet das.

Auch in Dänemark guckt man jetzt wieder genauer hin. Die Journalisten Olav Andersen und Niels Christian Jung, ein ehemaliger Betreuer im Profiradsport, haben eine Fernseh-Dokumentation erstellt, die „auch Verbindungen zum Team Telekom aufzeigt“; sie wird Donnerstag ausgestrahlt. Einen Tag später erscheint von denselben Autoren das Buch „Doping på landevejen“ (Doping auf der Straße). Dabei setzen sie sich auch mit der Vergangenheit des Dänen Bjarne Riis auseinander, der 1996 für Telekom die Tour gewann.

Im vergangenen Jahr fiel Riis bei der Tour de France mehr als rebellischer Geist

denn als großer Athlet auf. Er war Sprecher der Fahrer, die aus Protest gegen die Behandlung durch die französische Justiz in den Streik getreten waren – die Polizei hatte auf der Suche nach Doping-Mitteln Hotels und Autos der Teams durchsucht.

Als dann nach einer Etappe in den Alpen von der Tour-Führung die Nachricht verbreitet wurde, in den nächsten Tagen verstärkte Blutkontrollen durchzuführen, war es Bjarne Riis, der sich laut des Berichts eines Augenzeugen über diese Ankündigung besonders echauffierte. Nach einer kurzen Bedenkzeit habe er in die Runde gefragt: „Was würde eigentlich passieren, wenn ich meine Religionszugehörigkeit wechseln würde? Könnte ich es dann verweigern, daß man mir Blut abnimmt?“

Riis-Chef Godefroot mochte den Vorfall vorige Woche nicht kommentieren: „Ich glaube nicht, daß wir zu scherzhaften Äußerungen von Fahrern Stellung nehmen müssen.“

„Die haben auf alle anderen mit Fingern gezeigt“

In knapp zwei Wochen könnte es womöglich noch ärger kommen als im vergangenen Jahr. Der französische Mediziner Gérard Dine, Leiter des Instituts für Biotechnologie in Troyes, kündigte auf einem Kongreß in Barcelona an, der Nachweis von Epo sei jederzeit möglich – die Einführung der Tests hänge nur noch von einer Entscheidung der Tour-Organisatoren ab.

Wie auch immer: Das Team Deutsche Telekom wird diesmal arg ramponiert durch Frankreich radeln. Neben Ullrich sind noch drei weitere bewährte Kräfte in letzter Zeit unvermittelt außer Gefecht gesetzt worden. Erst stürzte Rolf Aldag und brach sich den Ellenbogen, dann wurde Jens Heppner von einem Auto angefahren, und vergangenen Freitag erwischte es Bjarne Riis: Auf dem Weg vom Hotel zum Start lenkte der Däne sein Fahrrad gegen einen Bordstein und erlitt einen Kahnbeinbruch der rechten Hand sowie, laut ärztlichem Bulletin, die Fraktur des Radiusköpfchens am rechten Ellenbogen.

Nicht alle Kollegen sind über die Not bestürzt. Der deutsche Radprofi Marcel Wüst vom französischen Rennstall Festina sagte im Deutschen Sportfernsehen, es habe im vergangenen Jahr bei den Doping-Enthüllungen während der Tour de France „das Verhalten einiger Telekom-Fahrer“ gegeben, „die auf alle anderen mit Fingern gezeigt haben und sich selber als die großen Saubermänner hingestellt haben. Es ist für viele jetzt halt mit ein bißchen Schadenfreude verbunden: Hat es die jetzt auch mal erwischt“.

Matthias Geyer, Udo Ludwig

TENNIS

Pubertäre Spielchen

Krach mit dem Deutschen Tennis Bund, Autoritätsverlust im Daviscup-Team und mangelnde Verständigung mit dem aufstrebenden Nicolas Kiefer: Nach seinem letzten Wimbledon-Auftritt will Boris Becker zum Gegenschlag ausholen.

AP

Jungstar Kiefer*
„Dem Baron einen verpackt“

Wimbledon ist der Ort, an dem Boris Becker Immunität genießt vor lästerlichen Fragen: Er ist das Wort. Und so bereitete der deutsche Tennis-Heros die Nation vorige Woche schon einmal auf sein ganz persönliches Rührstück vor: Am Originalschauplatz gab Becker angegilbte Anekdoten aus jener Zeit zum besten, als er noch Boris Niemand war und die Gegner reihenweise auf den Nebenplätzen abservierte.

Herzschmerz hat Becker ergriffen. Beim weltberühmten Turnier von Wimbledon, das diesen Montag beginnt und das auch seinen Namen um den Globus trug, wird er sich letztmals die Ehre geben: Auf dem Centre Court soll das große Finale seiner einzigartigen Laufbahn steigen.

Boris Becker, der Tennisspieler, ersehnt sich von diesem Karriere-Kreisschluß den ewigen Frieden. Boris Becker, der Geschäftsmann, Coach und Sportpolitiker, sieht nach dem letzten Vorhang den Zeitpunkt zum Generalangriff gekommen; zu vieles hat sich in den vergangenen Wochen angestaut, das einer Klärung bedarf.

Denn der Machtmensch Becker ist in zahlreiche Scharmützel verwickelt: Seinen Eleven im Daviscup-Team hält er mangelnden Mannschaftsgeist vor, Turnierveranstalter kritisieren ihn öffentlich, und das Verhältnis zum Deutschen Tennis Bund (DTB) ist gänzlich zerrüttet. Beckers Standing als unantastbare Lichtgestalt hat offenkundig gelitten. Als Spieler a. D. wird er von vielen seiner vormaligen Claqueure nicht mehr gebraucht – nicht zum Geldverdienen, nicht zum Profilieren, nicht zum Renommieren.

Kaum war DTB-Präsident Claus Stauder, den wie kaum einen anderen Beckers Sonne gewärmt hatte, im Februar aus dem Vorstand ausgeschieden, formierte sich die Kritik aus der Funktionärskaste. Der neugewählte Vizepräsident Dirk Hordorff fragte öffentlich: „Kann mir mal einer erklären, was der Teamchef eigentlich macht?“

Solche Majestätsbeleidigung hat es bislang nicht gegeben. Becker verlangte eine Aussprache und „ultimativ“ die alleinige Verantwortung für das Herrentennis. Wutentbrannt soll der Weltmann aus Leimen seinen Vertrag auf den Tisch gefeuert haben, doch Hordorff konterte kühl: „Ich will nicht wissen, was in Ihrem Vertrag steht. Ich will wissen, was Sie machen.“

M. SANDTEN / BONGARTS

Wimbledon-Heros Becker (1995): *„Boris kocht fast über“*

Seit diesem Zusammentreffen, weiß ein Becker-Intimus aus dessen Münchner Vermarktungsagentur BBM zu berichten, „kocht Boris fast über“. Schließlich ist es die eigene Konzeptlosigkeit, von der das populistische Becker-Bashing ablenken soll. Machtkämpfe und Führungsschwäche lähmen die Verbandsspitze, die dabei ist, das deutsche Tennis auf jenes Niveau runterzuwirtschaften, auf dem es vor der Ära Becker/Graf dümpelte.

Von außen macht die DTB-Zentrale am noblen Hamburger Rothenbaum noch immer den Eindruck, als florierten die Geschäfte. 55 Millionen Mark hat der Ver-

* Bei der Siegerehrung des Turniers in Halle/Westfalen am vorvergangenen Sonntag.

band in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten aufgebracht, um sich eine angemessene Heimstatt zu errichten.

Die Stimmung in der Geschäftsstelle jedoch gleicht jener in Volkseigenen Betrieben, wenn Besuch erschien von Wirtschaftsprüfern aus dem Westen: Keiner traut dem anderen mehr über den Weg.

Und so hat Mobbing Hochkonjunktur. Einige Angestellte pochen vorsorglich mit Anwalts Hilfe auf Klauseln in ihren Verträgen; von ehedem vier Mitarbeitern im Pressebüro sitzt nur noch einer an seinem Schreibtisch; selbst der Hausmeister hat ausgefegt. „Die Arbeitsatmosphäre“, klagt einer der Übriggebliebenen in seinem viel zu großen Büro, „ist eine echte Katastrophe.“

Als „heimlicher Herrscher“, so ein Insider, gilt seit kurzem Schatzmeister Bernd Neufang. Dem Anfang April im Streit geschiedenen Geschäftsführer Dieter C. Herbermann schleuderte Neufang hinterher, ein „beleidigter Schwätzer und fachlicher Rohrkrepierer“ zu sein. Herbermann hatte gewagt, die Verschwendungssucht des Vorgängers Günter Sanders öffentlich zu geißeln.

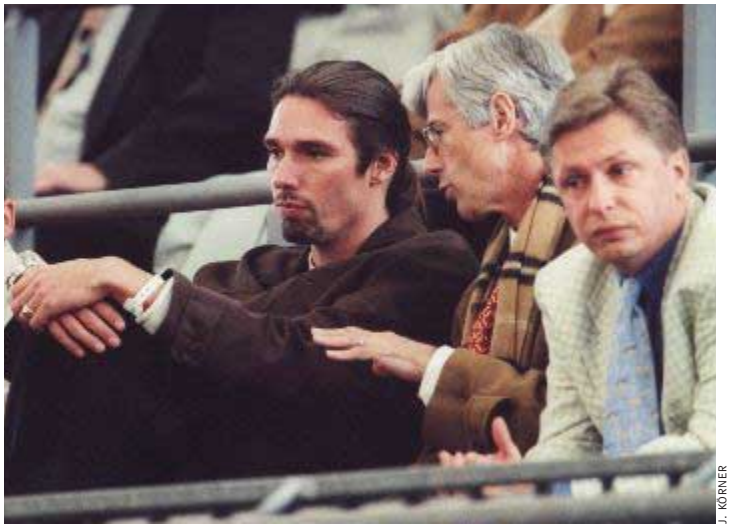
Der rüde Umgangston beim DTB hat sich herumgesprochen: Fünf namhafte Kandidaten für die Herbermann-Nachfolge hatte ein Headhunter ausgesucht, doch keiner unterschrieb. Bestallt wurde schließlich Christian Thiemann, bereits unter Sanders Prokurist und, wie gern gespöttelt wird, dessen treuer Aktenschlepper – um die Finanzen darf er sich nicht kümmern.

Als größte Fehlbesetzung gilt Beteiligten indes der neue Präsident. Karl Weber, 56, war als Vize vorher verantwortlich für ein so bedeutendes Referat wie Schultennis. Dort habe sich Weber, höhnt Stephan Holthoff-Pförtner, Sprecher der Tennis-Bundesligisten, „ausgezeichnet durch das Überreichen von Ehrennadeln“.

Tatsächlich: Wenn Pokale verliehen werden, fühlt der Spitzenfunktionär sich auch heute noch zur freien Rede berufen – und hinterläßt dabei peinlich berührte Zuhörer. Sein ungelenker Beitrag zur Siegerehrung des letzten Frauenturniers am Hamburger Rothenbaum: „Ich bin ja noch nicht so lange Präsident“, raunte der Präsident, „aber ich bin für das Wetter zuständig, und die Sonne scheint heute so schön, weil sie scheint.“ Vor der Kür des Männerturniers eine Woche später, bei der Weber erneut zum Mikrofon griff, blendete der übertragende Sender sich prophylaktisch aus.

Daß Weber, den selbst die funktionärsfreundliche „Frankfurter Allgemeine“ als „Zauderer“ tadelt, Präsident werden konnte, liegt an der Struktur des DTB. Wahlberechtigt sind allein die 18 Vorsitzenden der Landesverbände. Ein schneidiger Vorstand würde sie wohl entmachten. Denn seit 1995 genehmigen sich die Landesfürsten pro Jahr zehn Millionen Mark aus den DTB-Fernsehverträgen mit der Ufa – sie tun nur nichts dafür.

Anzeichen für einen Kurswechsel hatte es gegeben. Der Essener Rechtsanwalt Holthoff-Pförtner war, unterstützt von Boris Becker, als Gegenkandidat Webers angetreten. Sein klares Programm: Wahl und Politik der DTB-Spitze unabhängig zu machen von der Willkür der Landesfürsten.



J. KÖRNER

Becker-Rivale Stich, DTB-Boß Weber (M.): *„Fürs Wetter zuständig“*

Doch der Reformversuch scheiterte am erbitterten Widerstand der Funktionäre aus der Provinz. Holthoff-Pförtner zog kurz vor der Wahl seine Kandidatur zurück – büßen muß nun dessen Parteigänger Becker.

Sogar Präsident Weber setzt sich demonstrativ von seinem Daviscup-Teamchef ab. Die besten Kräfte müßten gebündelt werden, orakelte er und machte sich für Beckers Lieblingsfeind Michael Stich stark. Auch Gerhard Weber, der Gründer des Rasenturniers von Halle/Westfalen, meldete sich mit Grundsätzlichem zu Wort: „Becker hat ein Problem: Er hat in seinem Umfeld nur Jasager um sich geschart.“

Das Daviscup-Team kann der Turnierveranstalter nicht gemeint haben. Hier hat Becker in den letzten Monaten erkennen müssen, wie sehr sich die neue Profi-Generation von seinesgleichen unterscheidet.

Nach dem sportlichen Debakel beim World Team Cup im Mai ließ Becker in der „Welt am Sonntag“ Luft ab: „Schwelender Unmut“ und „lange brodelnde Mißstimmung“ waberten durch seinen dreispaltigen Autorenbeitrag. Das Fazit der angeschlagenen Tennis-Autorität: „Die Chemie im Team ist vergiftet.“

Was Becker so auf die Zinne getrieben hatte, rückte er allerdings nicht heraus: Thomas Haas und Nicolas Kiefer hatten ihn in Düsseldorf vorgeführt. Haas, 21, hatte als ranglistenhöchster Deutscher die 100 000 Dollar Mannschaftsprämie entgegengenommen, um sie unter den vier Spielern aufzuteilen. Sich selber gönnte er 37 000 Dollar, Kollege Kiefer, 21, kam auf 33 000 Dollar, den Doppelspieler Becker speiste Haas mit 15 000 Dollar ab. „Die beiden haben sich herzhaft amüsiert“, registrierte ein Beobachter, „daß sie dem Baron einen verpackt haben.“

In Beckers Wertewelt haben solche pubertären Spielchen keinen Platz. Zwar hat auch er einst Teamkollegen wie Eric Jelen oder Carl-Uwe Steeb mit seinen Allüren zur Weißglut gebracht. Doch wenn es darum ging, die Kasse zu plündern, wurde aus King Becker der Kumpel Boris. Jeder bekam den gleichen Anteil, selbst die Bespanner erhielten einen Scheck.

Die alte Garde, mit der Becker zweimal den Daviscup gewann, verstand sich als Männerbund. Das neue Team ist eine Zweckgemeinschaft, die in Familienclans zerfällt – und die sich mit Hingabe um Parkscheine, Logenplätze und Einladungen zum Büffet zankt.

Am Tiefpunkt angelangt scheint das Verhältnis zwischen Becker und Kiefer. Holthoff-Pförtner, der Kiefer vermarktet, weiß: „Letztlich haben sie sich nichts mehr zu sagen.“ Das Problem ist: Becker und Kiefer, zwei manische Egoisten, ähneln sich zu sehr. Becker hält Kiefer für das größte Talent des deutschen Tennis, doch er nimmt ihm heute noch übel, daß der 1998 sein Mercedes Junior Team verließ. Kiefer hält Becker für einen der größten Spieler, doch dessen Präsenz empfindet er als karrierehemmend. Als sich bei der Daviscup-Auslosung zum Rußland-Spiel etwa 100 Journalisten um Becker drängelten, war Kiefer mal wieder eingeschnappt – von ihm wollten nur 20 Reporter etwas wissen.

Wenn beide die erste Runde in Wimbledon überstehen, werden sie zur Wochenmitte aufeinandertreffen. Nichts gefiele Kiefer mehr, als die Karriere des großen Schatten persönlich zu beenden. Uneingeschränkt stolz auf sich will er sein – und das kann er nur, wenn Becker weit weg ist.

Klärende Gespräche sind so kaum möglich. Vorige Woche maulte Kiefer in der „Welt“, mit Becker rede er nicht mehr. Wenn Becker nach Wimbledon Tabula rasa machen will, bleibt ihm die Wahl: Entweder schmeißt er seinen Job beim DTB hin, oder er muß sich weiter mit den Jungstars Haas und Kiefer plagen.

Alternativen fürs Daviscup-Team hat Becker nicht: Der drittplazierte Deutsche in der Weltrangliste, der nachrücken würde, heißt Rainer Schüttler – und der wird gecoacht von Beckers Intimfeind Dirk Hordorff, Vize des DTB und Trainer ohne Lizenz.

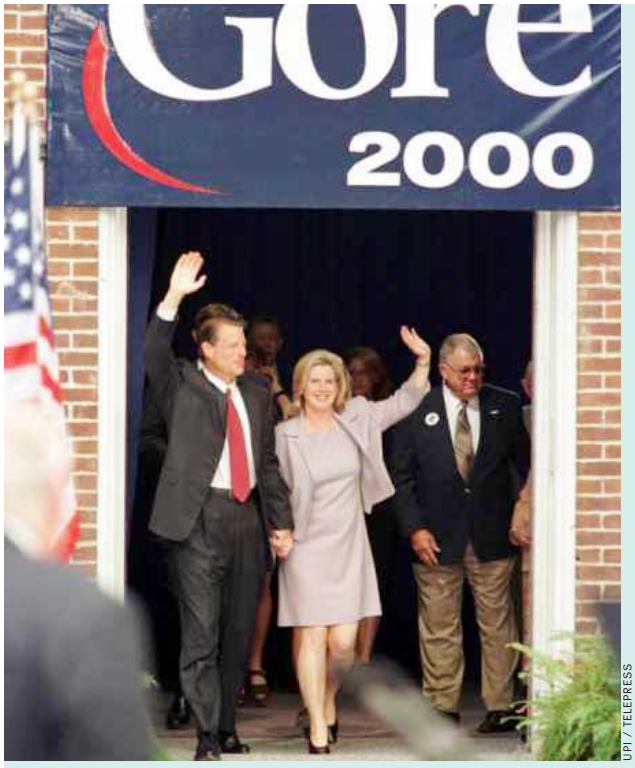
MICHAEL WULZINGER

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



UPI / TELEPRESS

Präsidentschaftskandidat Gore, Ehefrau Tipper

AP

Konkurrent Bush junior, Ehefrau Laura

USA

Amerikanische Erbfolge

Beim Betrachten der aussichtsreichsten Bewerber für die amerikanischen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 könnte der Eindruck entstehen, es gäbe so etwas wie einen Erbanspruch auf das Weiße Haus. Die beiden derzeitigen Spitzenkandidaten der Republikaner und Demokraten, die jetzt ihre längst bekannte Absicht offiziell verkündeten, den Führungsjob der Supermacht Amerika anzustreben, haben bereits jahrelang eine Art Heimrecht in Nummer 1600 der Washingtoner Pennsylvania Avenue genossen. Al Gore, 51, besitzt als amtierender Vizepräsident seit sechs Jahren ein Büro im Westflügel des Präsidentensitzes und wurde von seinem Chef Bill Clinton gleichsam zum Nachfolger gesalbt. Der Republikaner George W. Bush, 52, besuchte unter derselben Adresse vier Jahre lang seine Eltern: Sein Vater führte von 1989 bis 1993 die amerikanische Nation. Die Herkunft aus einflußreichen Polit-Dynastien – Gores Vater war Senator – ist jedoch so ziemlich das einzige, was die beiden verbindet. Ehe Bush junior, einst Mitbesitzer eines Baseball-Teams, sich von 1994 an als Gouverneur von Texas politisch bewährte, hatte er in jahrelangem flottem Leben Alkohol, Frauen und wohl auch Drogen in einem Maß zugesprochen, daß er heute Enthüllungen aus seiner Sturm-und-Drang-Zeit fürchten muß. Der andere hingegen gilt als so steif, daß er von irgendeiner wilden Anekdote aus seinem Vorleben nur profitieren könnte. Trotz seines Startvorteils als Vizepräsident liegt Gore zur Zeit in nahezu allen Umfragen deutlich hinter seinem Gegenspieler zurück – ein Umstand, der Mentor Clinton bereits um sein politisches Erbe fürchten läßt.

KATASTROPHEN

Mängel an der „Estonia“

Die Ostsee-Fähre „Estonia“, deren Untergang 852 Menschen das Leben kostete, war nicht seetauglich gemäß internationalen Vorschriften, als sie am 27. September 1994 den Hafen der estnischen Hauptstadt Tallinn zum letztenmal verließ. Zu diesem Ergebnis kommt eine unabhängige schwedische „Fakten-Gruppe“, die Ende vergangener Woche ihr Gutachten an die Stockholmer Regierung geschickt hat. Der erste Bericht des fünfköpfigen Gremiums, darunter Fachleute für Schiffbau und Seerecht, befaßt sich mit einer Mängelliste, die kurz vor Abfahrt der „Estonia“ von einem Inspektor des schwedischen Schiffahrtsamtes erstellt worden war. Ergebnis seiner Prüfung: Nach international gültigen Seerechtskonventionen („Safety of life at sea“ und „Memorandum of Understanding on Port State Control“) hätte ein Auslaufen der Fähre verhindert werden müssen. Die Mängel wurden allerdings erst festgestellt, als schon ein Großteil der Passagiere und Fahrzeuge an Bord war. So sei ein notwendiges Alarmsystem für Kursabweichungen nicht installiert gewesen, Alarm- und Sicherheitspläne seien, soweit überhaupt vorhanden, nicht in der Sprache der Besatzung (Estnisch) verfaßt gewesen, und das Brückenpersonal habe nicht ausreichend über die vorhandenen Kontrollsysteme Bescheid gewußt. Diese Ergebnisse stehen in Widerspruch zum Abschlußbericht der offiziellen Havariekommission im Dezember 1997: Die „Estonia“ sei seetüchtig gewesen, es gab „keine Beanstandungen seitens der Behörden oder Klassifikationsgesellschaften“. Die Mängelliste aus Tallinn war der Kommission zwar bekannt, wurde aber nur unzureichend berücksichtigt und nicht mit den geltenden Seerechtskonventionen abgeglichen. Björn Stenberg von der „Fakten-Gruppe“: „Der offizielle Abschlußbericht ist ungenau und voller Fehler.“

REUTERS

Ostsee-Fähre „Estonia“

KASCHMIR

Indien hat Nachschubsorgen

Während Indien in Kaschmir mit unverminderter Härte gegen die von pakistanischer Seite eingedrungenen Milizen vorgeht, hat der Exodus der Zivilbevölkerung begonnen. In den unmittelbar umkämpften Himalaja-Regionen Kargil und Dras verließen bereits mehr als 50 000 Dorfbewohner ihre Heimat. Die Militärs schüren den Konflikt derweil nach Kräften – Pakistan wirft Indien den Einsatz von Napalmbomben vor, Indien setzte vorigen Donnerstag demonstrativ seine Marine in Alarmbereitschaft, „damit der Konflikt nicht zum Seekrieg eskaliert“. Der Waffengang wird nicht nur immer brisanter, sondern auch teurer: Experten schätzen, daß er täglich für beide Seiten mit jeweils vier Millionen Dollar zu Buche schlägt. Allein der Stellungskampf am Siachen-Gletscher, einem unbewohnten und ökonomisch uninteressanten Gebiet, kostet die Inder pro Tag 700 000 Dollar. Delhi hat zudem Nachschubprobleme, weil die US-Sanktionen nach den Atomtests im Mai 1998 insbesondere die Munitionsfabriken trafen. Die Inder verhandeln deshalb jetzt mit ausländischen Lieferanten – es geht um mehr als 100 000 Geschosse aus russischer, israelischer und südafrikanischer Produktion.

AFP / DPA

Indische Soldaten in Kaschmir

BELGIEN

Beschwerden der Diplomaten

Belgiens noch amtierende Regierung, bei den jüngsten Wahlen bereits gehörig abgestraft, gerät wegen des Dioxin-Skandals weiter unter Druck. Deutsche Diplomaten kritisieren in einem vertraulichen Telex nach Bonn massiv die Informationspolitik des Kabinetts von Premierminister Jean-Luc Dehaene: Tagelang seien keinerlei Auskünfte zu erhalten gewesen, Brüssel habe „die Rolläden heruntergelassen“. Auch die Botschaften Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und der USA würden „nachhaltig am guten Willen der Verantwortlichen zweifeln“. Die Veterinärinspektoren der EU listen unterdessen in einem 18seitigen Rapport beispiellose Schlampereien der Regierung auf. Dioxinbelastete Hühner, die entsorgt werden sollten, seien ohne Begleitpapiere durch das Land kutschiert worden, Anweisungen aus dem Gesundheits- und Landwirtschaftsministerium hätten sich drastisch wider-

Belgische Legehennen

AP

Seegefecht im Gelben Meer (am 15. Juni)

OSTASIEN

Angst vor Atomraketen

In Ostasien beschleunigt sich das Rüstungskarussell. Südkorea, Taiwan und Japan setzen verstärkt auf die Ordnungsmacht USA, um Nordkorea und China in die Schranken zu weisen. Seit Ende vergangener Woche kreuzen je zwei amerikanische Kriegsschiffe und Atom-U-Boote in der Region, nachdem die südkoreanische Marine vorigen Dienstag im Gelben Meer ein nordkoreanisches Torpedoboot versenkt und fünf weitere Schiffe schwer getroffen hat. Nordkorea soll die Hoheitsgewässer des Nachbarn verletzt haben – und überdies für Juli den Test einer Rakete des Typs „Taepodong-2“ (Reichweite: bis 6000 Kilometer) planen. China hat in seinen Küstenprovinzen in den letzten zwölf Monaten nach taiwanischen Erkenntnissen rund 200 atomwaffenfähige Mittel- und Kurzstreckenraketen stationiert, die binnen sieben Minuten Taiwan treffen könnten und Japan gleichfalls bedrohen. Hochrangige Vertreter der chinesischen Volksbefreiungsarmee verlangten zudem auf einer internen Sitzung, das küstennahe Autobahnnetz auszubauen, um es im Kriegsfall für Kampfjets nutzen zu können. Die USA wollen nun bis zum Jahr 2005 einen Raketenschutzschild über Taiwan, Japan und Südkorea installieren, eine abgespeckte Variante des „Star Wars“-Programms. Die Kosten würden allein für Japan 16,3 Milliarden Dollar betragen. Das Militärabkommen mit Tokio hat Washington bereits erweitert: Künftig muß Japan im Krisenfall die USA „in der Umgebung“ unterstützen.

REUTERS

DPA

Dehaene

sprochen. In ganz Belgien werde die Nahrungskette nicht richtig kontrolliert. Schlimme Zustände auch beim südbelgischen Fett-Produzenten Fogra: Hier würden achtlos Metall- und Plastikkanister in die Schmelzen geworfen, was zur Verseuchung des Tierfutters, auch mit Lacken und Farben, führen könne. Mittlerweile werden die Schäden der Affäre für die belgische Lebensmittelindustrie und Landwirtschaft auf bis zu zehn Milliarden Mark geschätzt.

WESTAFRIKA

Kinder als Arbeitssklaven

Sie müssen von früh bis spät schuften, sie vegetieren wie Tiere in stallähnlichen Verschlägen und werden unzureichend ernährt: Kindersklaven auf Plantagen und in Haushalten in Westafrika. Unter falschen Versprechungen (leichte Arbeit, Schulbesuch) kaufen Menschenhändler mittellosen Eltern für umgerechnet 50 bis 70 Mark ihre Kinder ab und veräußern sie zum zehnfachen Preis in den Nachbarländern. Anfang Juni entdeckten Benins Grenzbehörden 92 Kinder, die als Sklavenarbeiter nach Togo und an die Elfenbeinküste geschickt werden sollten. Insgesamt wurden bei ähnlichen Razzien in den vergangenen vier Jahren mehr als tausend Minderjährige befreit. In Benin kämpfen diverse Organisationen gegen die Händlerringe. Mindestens 100 000 Kinder werden nach ihren Schätzungen allein in dem Ministaat (5,7 Millionen Einwohner) als kostenlose Arbeitskräfte mißbraucht. Der neue Menschenhandel tritt immer häufiger an die Stelle einer alten Erziehungstradition: Arme Stammesmitglieder schickten ihren Nachwuchs zu wohlhabenden Familien, wo er zwar im Haus und Gewerbe helfen mußte, dafür aber auch versorgt und ausgebildet wurde.

KIRCHE

Gerüchte um den Papst

Kaum hat Johannes Paul II. die 13-Tage-Tour durch sein Heimatland Polen überstanden, läßt er mit Hochdruck die Krönung seiner Amtszeit vorbereiten: Am 20. März nächsten Jahres will er in Jerusalem die christlichen Konfessionen nicht nur untereinander, sondern auch mit dem Judentum und womöglich sogar mit dem Islam versöhnen. „Betet für mich! Ihr wünscht mir 100 Jahre, möge es Gott so fügen!“ rief er seinen Anhängern in Polen zu. Doch die jüngsten Schwächeanfälle des 79jährigen – der Sturz im Badezimmer, der als grippaler Infekt heruntergespielte Total-Ausfall in Krakau, die Absage des Trips zum todkranken armenischen Patriarchen Karekin – wecken Zweifel, ob die Kräfte bis zum Frühjahr reichen. Außer 87 anstrengenden Auslandsreisen hatte der Pontifex in 20 Amtsjahren ein Attentat (1981), eine Darmoperation (1992), einen Oberschenkelhalsbruch (1994) zu verkraften und dazu Krankheitsschübe, die sein Nervensystem angreifen. Mehr oder weniger Eingeweihte erklären das Zittern der Hand, eine partielle Versteifung der Gesichtsmuskulatur und zeitweilige Artikulationsstörungen mit dem Parkinson-Syndrom. Auch Gerüchte über einen möglichen Rücktritt an seinem 80. Geburtstag im Mai 2000 wabern durch den Vatikan. Gegen die Erschöpfung, so ein Mitarbeiter des Papstes, könne der nur noch seinen „eisernen Willen setzen“.

KUBA

Castro kehrt mit eisernem Besen

Nach einer Phase der Entspannung und Öffnung igelt sich die Zuckerinsel erneut ein und geht auf Konfrontationskurs zum Erzfeind USA. Bei seinem ersten Auftritt vor der internationalen Presse beschimpfte der frisch bestallte Außenminister Felipe Pérez Roque, 34, bislang Privatsekretär und engster Vertrauter Fidel Castros, die Vereinigten Staaten und nannte den Kosovo-Einsatz „Völkermord“. Nato-Generalsekretär Solana, so das Sprachrohr des Máximo Líder, gehöre „vor ein Tribunal“. Pérez Roque löste Ende Mai überraschend Roberto Robaina ab, der seit 1993 Kubas Image aufpoliert hatte, beim Comandante aber in Ungnade gefallen war: Robaina konnte dessen neue harte Linie nicht überzeugend rechtfertigen. Castro hatte im Februar per Gesetz einen Maulkorb gegen Dissidenten und Journalisten verhängt, „Kollaborateuren der USA“ drohen seither hohe Haftstrafen. Überdies ließ er seit Jahresbeginn elfmal die Todesstrafe vollstrecken. Neuerdings fordert Havanna von den Vereinigten Staaten sogar Schadensersatz in Höhe von 181,1 Milliarden Dollar für die „Aggressionspolitik der vergangenen 40 Jahre“. Auch der Tourismussektor, Hauptdevisenbringer des Mangelstaats, spürt jetzt den eisernen Besen der Regierung. Mehrere Mitarbeiter der staatlichen Agentur Rumbos, die Tanz- und Sportveranstaltungen für ausländische Gäste organisiert, wurden wegen angeblicher Förderung des Sextourismus entlassen, darunter die leitende Angestellte María Elena García. Sie ist die Ehefrau des gestürzten Ministers Robaina.

M. ZUCHT / DER SPIEGEL

Kubanerinnen im Touristenzentrum Varadero

Heimkehrende albanische Flüchtlinge, britische Kfor-Truppe: *Ohne Furcht vor Minenfeldern und Sprengfallen*

REUTERS

BALKAN

Keimzelle eines Großalbanien

Der Friedenstruppe im Kosovo, in die nun auch Rußland eingebunden ist, bietet sich mit dem Entdecken von Massengräbern ein Bild des Grauens. Angst vor Rache treibt die Serben zum Massenexodus. In Belgrad wächst der Widerstand gegen Milošević.

„Wohin sollen wir denn gehen, wohin?“ schreit die Frau in der geblümten Schürze den Belgrader Polizisten an. „Zur Residenz von Milošević“, brüllt hinter ihr die Menge. Dorthin wollen sie jetzt mit ihren 50 Traktoren fahren, um persönlich beim Präsidenten gegen ihr Los zu protestieren. Die serbischen Flüchtlinge aus dem Kosovo stecken fest.

Seit Stunden wartet der Konvoi etwa zehn Kilometer vor Belgrad an der Mautstelle, wo die Autobahngebühren kassiert werden. Ein Großaufgebot der Polizei blockiert jede Weiterfahrt. Denn in Jugoslawiens Hauptstadt sind Gestalten, die von Elend und Niederlage der serbischen Sache künden, nicht gern gesehen. „Kehrt um, fahrt in andere Städte“, versucht ein Uniformierter die revoltierenden Landsleute aus der Kriegsprovinz zu beruhigen.

Plötzlich fällt ein Schuß, es kommt zum Handgemenge. Gewaltsam drängen die Milizen den Konvoi an die Seite, eskortieren ihn dann zu einer Sporthalle bei Pančevo und stellen ihn unter Hausarrest.

Nur der orthodoxe Priester Miodrag darf mit seinem Auto passieren. Als die serbischen Polizei- und Armee-Einheiten aus Prizren abzogen, berichtet er, hätten die ihren Landsleuten nahegelegt, das Weite zu suchen, „denn jetzt kann euch niemand mehr schützen“. Damit es keinerlei Hoffnung mehr auf Rückkehr ins Kosovo gibt, zündeten die meisten Flüchtlinge sogar selbst ihre Häuser an.

Verbrannte Erde am Ende einer gescheiterten Serben-Mission im mythischen Stammland dieser stolzen südslawischen Nation. Als die Nato am 24. März mit dem Beginn des elfwöchigen Strafbombardements gegen Jugoslawien das Regime des Despoten Slobodan Milošević zum Arrangement mit den unterdrückten Albanern im Kosovo zwingen wollte, entfesselten Belgrads Schergen dort einen Furor von ethnischer Vertreibung und Barbarei: In Europas größtem menschlichen Drama nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Hunderttausende Albaner zur Flucht aus ihrer Heimat getrieben, Tausende verschwanden in Massengräbern.

Auf Dutzende Stätten dieser an Zivilisten verübten Greueltaten stießen Einheiten der Nato-geführten Kfor-Schutztruppe vorige Woche gleich zum Auftakt ihrer Befriedungsoperation. Nach britischen wie amerikanischen Schätzungen dürfte die Untersuchung dieser Kriegsverbrechen, die Ermittler und Gerichtsmediziner des Haager Tribunals inzwischen aufnahmen, in

der Topographie des Grauens womöglich über 130 Fundorte mit wenigstens 10 000 Opfern ausweisen (siehe Seite 162).

Deshalb fliehen jetzt die Serben mit ihren abrückenden Truppen, auch jene aus Angst vor albanischer Vergeltung, die in solche Mordbrennereien nicht verwickelt waren. Etwa 50 000 Menschen, die Hälfte der zuletzt noch im Kosovo verbliebenen serbischen Minderheit, hatten sich bis zum Wochenende nach Montenegro oder Südserbien in Sicherheit gebracht. Gleichzeitig verstopften endlose Trecks Zehntausender Albaner das Aufmarschgebiet der Kfor-Truppe. Auch eindringliche Warnungen vor Minenfeldern und Sprengfallen vermochten die überstürzte Rückkehr dieser Flüchtlinge nicht zu stoppen.

Als neue zivile Ordnungsmacht und „provisorische Regierung" in diesem anarchischen Übergangsstadium suchte sich die albanische Befreiungsarmee UÇK zu etablieren, zumal der von der Uno versprochene Aufbau einer Übergangsregierung auf sich warten ließ. Es fehlen die Kommunalexperten und ein Koordinator.

Zudem weigerten sich die albanischen Kämpfer, ihre schweren Waffen abzuliefern, obwohl die Kosovo-Resolution des Uno-Sicherheitsrats die „Demilitarisierung" der UÇK verlangt. „Solange in Serbien das Kriegsrecht in Kraft bleibt und Russen im Kosovo stationiert sind", hieß es in einer internen Erklärung des Generalstabs an die zerstreuten Truppenverbände, „wird auch die UÇK ihre Waffen nicht niederlegen, denn jedes Volk hat das Recht auf eigene Streitkräfte."

Zwischen politischer Führung und militärischem Kommando der UÇK tobt seit dem Nato-Einmarsch ein erbitterter Machtkampf. Während politische Führer wie Hashim Thaçi die Eingliederung der Kämpfer in eine künftige Polizeitruppe des Kosovo unter Aufsicht der Friedenstruppe anstreben, wollen die Feld-Kommandeure davon nichts wissen. Sie träumen nach dem serbischen Truppenabzug vom Aufbau einer regulären albanischen Streitmacht, die in Zukunft als Ordnungsfaktor auch im Mutterland Albanien und in den albanisch besiedelten Gebieten Mazedoniens eingreifen kann – die UÇK als Keimzelle eines Großalbanien.

Deshalb wollen diese Freischärler-Führer als Partisanenarmee weitermachen. Sie schmunzeln darüber, wie Nato-Verbände Konfrontationen aus dem Wege gehen.

Vorigen Donnerstag rückten Soldaten der Bundeswehr, aufgeschreckt durch Medienberichte, auf den Kosovo-albanischen Grenzposten entlang der Morina-Paßstraße zu und baten, die wichtige Transitstraße nach Albanien zu räumen.

Der UÇK-Kommandeur kam der Aufforderung der Deutschen unverzüglich nach. Er salutierte und sagte mit schwäbischem Akzent: „Jawohl, meine Herren, die Straßen gehören euch, die Berge sind dafür unser." Seit dem Wochenende, so die strikte Order der Deutschen, dürfen sich die Guerrilleros aber nunmehr auch auf den Straßen Prizrens nicht mehr in Uniformen und mit Waffen zeigen.

Als letzter Protektor der Serben im Kosovo und damit eine psychologisch bedeutsame Barriere gegen deren vollständigen Exodus gilt das Kfor-Kontingent der Russen. Um die Eingliederung in eine gemeinsame Kommandostruktur und die sektorale Zuordnung wurde bis zum Kölner G-8-Gipfeltreffen gerungen.

„Ihr könnt bei uns andocken, wenn ihr wollt", hatte Bonns Verteidigungsminister Rudolf Scharping Moskau die Mitwirkung im deutschen „Verantwortungsbereich" angeboten. Schließlich akzeptierten die Russen die Offerten. Sie werden um Priština mit jeweils 1500 Mann im amerikanischen sowie im deutschen und französischen Sektor integriert. Wie beim Bosnien-Modell ist der russische Kommandeur direkt beim Kfor-Oberkommando angebunden, hat aber kein Vetorecht. Gleichwohl grummelte Russen-Präsident Boris Jelzin in einem SPIEGEL-Gespräch über das Agieren der Nato, er habe in diesen Tagen das Gefühl gehabt, „daß jemand versucht, uns in das Steinzeitalter zurückzuzerren" (siehe Seite 176).

Um in höchster Not dem schwindenden Serbentum in seiner historischen Wiege beizustehen, kündigte Patriarch Pavle, das 84jährige Oberhaupt der serbisch-orthodoxen Kirche, die sofortige Verlegung seines Sitzes von Belgrad nach Peć an. Dort, in der heute zweitgrößten Stadt des Kosovo, war das Patriarchat Anfang des zwölften Jahrhunderts gegründet worden.

Y. KONTOS / SYGMA

Abziehender serbischer Soldat: *„Niemand schützt euch"*

Den Geistlichen läßt das Belgrader postkommunistische Regime mit Vergnügen ziehen. Denn für die Staatsmedien ist Pavle ein Verräter und Komplize der Nato-Killer, seit die Kirchenführung am vorigen Dienstag den Rücktritt von Milošević forderte und eine Regierung der nationalen Rettung empfahl mit Berufung „neuer, für die nationale und internationale Öffentlichkeit akzeptabler Männer".

Nur, wer soll das sein? Hauptmanko der Opposition ist ihre Zerstrittenheit und Unfähigkeit, persönliche Rivalitäten zu überbrücken. Der sprunghafte Vuk Drašković, 52, von der Serbischen Erneuerungsbewegung (SPO), der sich dem Westen für den Übergang empfiehlt, hat sich als Miloševićs zeitweiliger und dann geschaßter Bundes-Vizepremier diskreditiert.

Demokraten-Führer Zoran Djindjić, 46, Bonns Spezi insbesondere wegen exzellenter Deutschkenntnisse, floh unter massiven Drohungen des Regimes während des Kriegs nach Montenegro. Deshalb brandmarkt die restliche Opposition ihn jetzt als Feigling. Djindjić werde seine Chance erst später erhalten, glauben Insider, wenn sich die anderen Oppositionsparteien in ihren Intrigenspielen zerrieben haben.

Durchaus denkbar, daß sich nunmehr als Herausforderer von Milošević der Präsident von Montenegro, Milo Djukanović, 36, in die Pole-position manövriert. Wie

L. DELAHAYE / MAGNUM / AGENTUR FOCUS

Albaner-Attacke auf serbischen Traktor: *Zehntausende auf der Flucht*

kein anderer hat der vom kriegsbegeisterten Anhänger Großserbiens zum demokratischen Reformer und Europäer gewandelte Chef der kleinen Teilrepublik das Regime des Belgrader „Wahnsinnigen“ gegeißelt. Die EU-Staaten haben Montenegro schnelle Wiederaufbauhilfen zugesagt. „Denn der Demokrat Djukanović ist“, so ein Berater von Außenminister Joschka Fischer, „die überzeugendste Alternative zu Milošević, das sehen alle so im Westen.“

Den Serben-Regenten scheinen solche Planspiele nicht anzufechten. Ein Militärputsch, von vielen schon vor Kriegsbeginn erhofft, scheint unwahrscheinlich – auch wenn Hardliner wie der Kommandeur der 3. Armee, General Nebojša Pavković, lauthals von einer Neuauflage des Kriegs träumen („Ich bin bereit, in jedem Augenblick zu Hilfe zu eilen“). Milošević weiß, wie er die frustrierten Militärs belohnt: 3000 Auszeichnungen, Orden und Beförderungen werden in diesen Tagen verteilt. Damit steigen die Renten und die Chancen auf eine Wohnungszuteilung.

AP

Präsident Milošević (r.), Anhänger
„Größter serbischer Patriot“

Zahlreiche rebellierende Reservisten, aus dem Grauen des Kosovo zurückgekehrt, werden in Kasernen festgehalten, um beim Wiederaufbau der Militärkomplexe zu helfen. Militärpolizei und Zivilpatrouillen kontrollieren die Straßen nach Belgrad, um etwaige Protestkolonnen zu stoppen.

Derweil tourt der Staatschef durch das zerbombte Land und läßt sich vor ausgewähltem Publikum als „größter serbischer Patriot“ feiern, der sein Volk zum Sieg gegen „die größte Militärmaschinerie des Weltalls“ führte. Gerührt schüttelt Slobodan Milošević vor der zerstörten Donau-Brücke nahe Novi Sad die Hände seiner Fans. Das Gesicht wirkt aufgedunsen, die Augen sind nur noch als schmale Schlitze erkennbar.

In nur 40 Tagen, verspricht „Slobo“, werde die Brücke neu aufgebaut. Als die Kameras abgeschaltet sind, führen Polizeibeamte Jugendliche ab, die mit ihren Zwischenrufen „Slobo, es ist Zeit zu gehen“ den Landesvater irritiert hatten. Auf dem Weg von Novi Sad nach Belgrad steht an einigen Hauswänden geschrieben: „Tod Milošević“.

Renate Flottau, Olaf Ihlau, Roland Schleicher

KOSOVO

Gutmenschen im Härtetest

Machtprobe zwischen Friedenstruppen und albanischen Freiheitskämpfern: Um der Massenflucht der Serben Einhalt zu gebieten, wollen Nato-Verbände nun endlich die UÇK entwaffnen.

Serben weinen anders. Der verzweifelte Alte mit dem weißgrauen Stoppelbart, dem vor einer halben Stunde der Sohn ermordet wurde, hämmert mit beiden Fäusten gegen einen Baum. Dann wirft er sich herum und trommelt wie ein Besessener mit flachen Händen auf das Dach eines kleinen roten Fiat. Schließlich stürzt er sich mit gellendem Schrei auf einen britischen Korporal, dem er wohl das Sturmgewehr entreißen will.

Mitleidige Passanten halten den alten Serben nach Kräften zurück – worauf er sich in seinem Schmerz einfach zu Boden fallen läßt. Die schmächtige Gestalt wälzt sich wehklagend auf dem Asphalt vor der Sultan-Murad-Moschee, der ältesten in Priština. Auch ein Bruder des Erschossenen, der heulend und zeternd um sich schlägt, kann nur mühsam von seinen Freunden festgehalten werden. Britanniens Soldaten sind entgeistert, doch tapfer bemüht, in diesem Pandemonium der Trauer nicht die Nerven zu verlieren.

Ihr kleiner Trupp sicherte gerade ein Viertel, das für Panzer zu eng und verwinkelt ist. Sie hatten die Moschee erreicht und entdeckt, daß das Haus des Imams niedergebrannt worden war; ein Abschiedsgeschenk der serbischen Polizei. Doch als die Nato-Soldaten vorsichtig weiterpirschen wollten, liefen ihnen diese verstörten Zivilisten entgegen: weinende Serben in ihrer neuen Rolle im Kosovo – der Opferrolle.

Bettelarme serbische Kosovaren sind das, aus dem angrenzenden Kolevica mit seinen windschiefen Häuschen aus rostigem Blech. Da über Kolevica seit Montag vergangener Woche die rote Fahne mit dem doppelköpfigen schwarzen Adler weht, aufgepflanzt von den albanischen UÇK-Freischärlern als Zeichen ihrer Vorherrschaft, wollten die Serben unauffällig nach Priština gelangen, wo die Briten für relative Sicherheit sorgen. Die albanischen Guerrilleros haben das bemerkt und schnell mal ein paar Schüsse abgegeben, um den Serben Beine zu machen. Einer von ihnen blieb tot liegen, und der Vater schreit vor verdutzten britischen Fallschirmjägern seinen Schmerz in die Welt.

„Wir weinen anders, mehr nach innen“, bemerkt Keko Berisha, 21, mit einem Anflug von Geringschätzung. Er ist Kosovo-Albaner und bleich wie Schafskäse: nicht aus Angst, sondern weil er erst vor weniger als einer Woche ans Tageslicht gekommen ist. Die zwei Monate vor dem befreienden Einmarsch der Briten hatte sich Keko, wie Tausende Albaner in der Hauptstadt Priština, in der eigenen Wohnung versteckt gehalten – um der Massenvertreibung zu entgehen, die von brutalen Serben in Uniform veranstaltet wurde.

Jetzt macht Keko für Ausländer gern den Dolmetscher, wenn nicht gerade Serben zu befragen sind. Seine Theorie, daß Albaner anders trauern (stumm und inwendig) als die Menschen, die bis vor einer Woche ihre Verfolger und Vertreiber waren, könnte sogar stimmen. Also noch ein gravierender Unterschied zwischen den Volksgruppen – und für die Albaner des Kosovo noch ein Grund (neben tausend anderen), nun die Gunst der Stunde zu nutzen: sich mit ein bißchen Gewalt die erträumte „serbenreine“ Heimat zu schaffen, jetzt und für alle Zeit?

Die hierzu nötige Völkerwanderung im Mikrokosmos namens Kosovo ist ja längst angelaufen. Durch das gepeinigte Ländchen, das nur noch auf dem Papier eine Provinz Schrumpfjugoslawiens ist, wälzt sich alles in Richtung Norden. Auf Panzerketten und Riesenreifen rollen die Kampfverbände der Nato-Länder vor und treiben die letzten Reste der ruhmlosen Armee und der paramilitärischen Mordbrenner des Slobodan Milošević hinaus.

Gleichzeitig ziehen – auf altersschwachen Traktoren, Autos und Lastwagen, mit Pferdewägelchen und schwer beladenen

Britische Kfor-Soldaten, erschossener Serbe,

FOTOS: REUTERS

UÇK-Siegesfeier in Glogovac: *„Serbenreine“ Heimat schaffen*

Fahrrädern, häufig zu Fuß und nur mit einer Kuh unterwegs – die vertriebenen Albaner in die tückisch verminte, oft auch verbrannte, verwüstete Heimat zurück.

Und diese Heimkehrer können, wenn ihre Erschöpfung es zuläßt, sich trösten beim Anblick der nächsten Generation von Vertriebenen: Zehntausende von flüchtenden Serben schleppen ihre Habe gleichsam vor den zurückflutenden Albanern her – und manchmal kommt es dabei zu einer direkten Begegnung, wie am vergangenen Mittwoch an der südlichen Auffahrtsstraße von Priština:

Nur eine Staubwolke und 20 Meter betonierter Straße lagen zwischen dem albanischen und dem serbischen Häuflein von Elenden. Sie hätten wohl einiges zu erzählen gehabt. Doch sie nahmen voneinander keine Notiz.

„War ich Kraftfahrer in München vier Jahre, habe ich gut verdient und gespart“, sagt ein hagerer Serbe, der Frau und vier Kinder und die Großmutter in seinen alten, senfgelben Kadett gepreßt hat. „Jetzt muß ich dank der Nato, dank Deutsche mit Familie nach Serbien. Haus weg, Leben kaputt, 100 Mark in der Tasche!“ Auf seinem Anhänger sind Matratzen und einige Betten aus rohem, ungehobeltem Holz gestapelt.

Doch warum „dank Nato“? Im südlichen Uroševac (für die albanische Mehrheit: Ferizaj), von wo die meisten Flüchtlinge dieser serbischen Gruppe herkommen, haben die Briten es zunächst tagelang geduldet, daß die Freischärler der UÇK – in Kampfanzügen und bis zu den Zähnen bewaffnet – sich als Sieger aufführen konnten und von den albanischen Jugendlichen auch entsprechend gefeiert wurden. Es bedurfte da allem Anschein nach durchaus keiner Terrorakte, ja nicht einmal ein Schuß mußte fallen: Uroševac, wo noch am vergangenen Montag albanische Häuser brannten, ist seit Donnerstag serbenfrei.

Für die Serben des Kosovo, derzeit buchstäblich eine „verschwindende Minderheit“, ist an allem die Nato schuld: weil das nordatlantische Bündnis die Truppen Jugoslawiens vertrieben hat, auf die Kosovos Serben (vor dem Krieg 200 000 Menschen, rund ein Zehntel der Bevölkerung) für ihre Sicherheit angewiesen gewesen seien. Weil die Nato die UÇK-Guerrilla hochgepäppelt und ihr mit ihren Panzern erst Zugang zum Kosovo verschafft habe. Und schließlich weil diese Freischärler „Mafiosi“ seien, nur an Raub und Mord und ethnischer Säuberung interessiert.

Zu einer Zeit, da die UÇK-Männer die Nato-Offiziere zu Massengräbern führen und die Bestandsaufnahme der serbischen Massaker anläuft, treffen solche Klagen auf begrenztes Verständnis. Nicht nur in Jugoslawien, wo Medienzensur herrscht, auch am Tatort Kosovo zeigen die Serben ein atemraubendes Talent, die Verbrechen der eigenen Landsleute auszublenden.

Wenn aber nun die balkanüblichen Bestialitäten des Stärkeren von den gerade

Briten-Panzer im Vorort von Priština: *Balkanübliche Bestialitäten des Stärkeren*

REUTERS

US-Truppe auf dem Vormarsch ins Kosovo: *Abschied von der multi-ethnischen Lösung?*

befreiten Albanern ausgeübt werden, und sei es in viel geringerem Maße als vorher durch die Serben, könnte dem ganzen Nato-Unternehmen eine Katastrophe drohen. Das ist inzwischen dem britischen General Michael Jackson schmerzhaft bewußt geworden, der vor Reportern in Priština wiederholt mit einem kniffligen Problem konfrontiert wurde: Er soll die UÇK-Verbände vereinbarungsgemäß „demilitarisieren“, ohne sie zunächst einmal entwaffnen zu dürfen.

Seine zerklüftete Physiognomie und der militärisch aufgerauhte Oberschichtakzent haben diesen General für die Briten schon zur Legende erhoben, bevor er auch nur einen Fuß in das Kosovo gesetzt hatte. Sir Michael Jackson, der sich lieber „Mike“ nennen läßt (vielleicht, um nicht mit seinem Namensvetter, dem halbseidenen Popstar, verwechselt zu werden), wurde in englischen Zeitungshymnen vorgestellt als Haudegen mit Intellekt und als Gigant der Autorität. Doch in Priština wirkte der Befehlshaber der Nato-Friedenstruppe während der ersten Tage wie ein Mann, dem die Hände gebunden sind und der dazu ständig mit Kreide gefüttert wird.

Den Flughafen, auf dem er sein Hauptquartier errichten wollte, haben vor ihm die Russen im Handstreich genommen und damit die strategisch wichtigste Stellung im Kosovo erobert. Nun mußte Jackson um Zugang für seine Nato-Truppen feilschen. Obendrein herrschen in Moskau über die russische Rolle im Kosovo tiefsitzende Überzeugungen vor, die sich langfristig immer wieder aufs neue gegen jede Abmachung mit den Amerikanern durchsetzen könnten:

Die Russen fühlen slawisch und denken territorial. Sie wollen ihren serbischen Brüdern im Kosovo eine Heimstatt unter russischer Protektion bieten – und sich ganz nebenbei den alten Traum erfüllen, eine Division unweit der Adria zu stationieren.

Die Amerikaner und die Nato ihrerseits bestehen im Kosovo auf einem multiethnischen Protektorat, das folgerichtig auch eine multi-nationale Friedenstruppe mit russischer Beteiligung in der ganzen Provinz erfordert. Nur hatte die Nato dummerweise, als sie ihre ursprüngliche Kosovo-Friedenstruppe in national getrennte Sektoren aufteilte, im Grundsatz dem russischen Konzept Vorschub geleistet.

„Ach, die Serben haben doch vor sämtlichen Uniformen Angst – außer vor den russischen“, bemerkte mit sarkastischem Lächeln Jakup Krasniqi, der in Priština für die „Provisorische Regierung“ der Kosovo-Albaner spricht.

Das war am vergangenen Mittwoch abend – die erste und definitive Antwort der albanischen UÇK-Führung auf den Vorwurf, seit dem Nato-Einmarsch im Kosovo hätten tagtäglich mehrere tausend Serben, in Panik vor der UÇK, die gemarterte Gegend verlassen.

AP

Serben-Patriarch Pavle

Ihr „Sprecher“ Jakup Krasniqi tritt vor einer Kulisse auf, die ihren Eindruck auf westliche Reporter nicht verfehlt. Die UÇK hat sich in der Umgebung von Priština ein Hauptquartier verschafft, das starke theatralische Wirkung ausübt: Auf einer wie ein Amphitheater angelegten Hügelgruppe über der rostzerfressenen Armenvorstadt Kolevica steht (unbewohnt) allerhand sozialer Wohnungsbau, angelegt wie für Zehntausende von Familien. Darüber wurden offenkundig ein paar Luxusvillen von Dutzenden einstmals Privilegierter in Beschlag genommen, die nun der UÇK gehören. Niemand, außer den geheimnisvollen Guerrilleros, hat bisher Quartier bezogen in Kolevica – in diesen ziegelfarbenen Wohnblöcken, hinter deren leeren Fensterhöhlen sich Tausende von albanischen Kämpfern verschanzen könnten.

Albanische Kinder der Umgebung von Kolevica offerieren den Guerrilleros ihre Blumengebinde – sowie sympathisierende T-Shirts, als Willkommenstribut der folgenden Generation. Aber schon hier zeichnet sich, am Donnerstag vergangener Woche, der große Stimmungsumschwung ab:

Werbeseite

Werbeseite

Amerikaner und Deutsche haben die Geduld verloren. Sie wollen nicht länger tatenlos dem einschüchternden Treiben der UÇK-Verbände zusehen. Und die Briten ihrerseits ziehen nun nach.

Die Streiter unter der Flagge des schwarzen Doppeladlers müssen sich dem Diktat der Nato beugen, dürfen nicht länger so tun, als gebe es im verwüsteten Kosovo keine Weltmacht mehr. Die Waffen, mit denen die Serben zurück in das Reich des Slobodan Milošević getrieben werden, sollen den jungen Terror-Adepten der UÇK nun endlich entrissen werden.

Mit großer Mühe haben die britischen Fallschirmjäger, die dem serbischen Trauernden vor der ältesten Moschee in Priština Beistand leisteten, den mutmaßlichen Mörder zu finden versucht. Fünf Verdächtige nahmen die Briten fest, junge Leute, die der UÇK angehören; sie mußten aber schon einen Tag danach aus Mangel an Beweisen wieder freigelassen werden, zur Freude der Kinder von Kolevica, die im Hauptquartier der UÇK nun wieder jede Menge Blumensträuße abgeben.

Sir Michael Jackson hat das politische Gutmenschen-Ensemble, das die Nato ihm anvertraute, überaus behutsam in die balkanische Härteprobe geführt.

Es war ihm nicht möglich, die Eingeborenen so selbstherrlich wie etwa ein Douglas MacArthur zu behandeln, der als amerikanischer Oberbefehlshaber und Sieger im Pazifik-Krieg die Japaner wie ein Vizekönig bevormunden konnte – und der auf dem Balkan die katastrophale Rückflut der albanischen Flüchtlinge aus den Nachbarländern und den gleichzeitigen massiven Exodus der serbischen Minderheit in das Reich Miloševićs zweifellos verhindert hätte: durch Straßensperren von Fallschirmspringern, die die kleine Völkerwanderung im Kosovo zunächst einmal eingefroren hätten.

Kurioserweise ist nun der jugoslawische Autokrat Slobodan Milošević zur Hoffnung derer geworden, die sich im Kosovo eine gewisse Stabilisierung der Lage vom Belgrader Flüchtlings-Management versprechen.

Wer könnte dafür sorgen, daß die vertriebenen Serben aus dem Kosovo nicht im alten Serbien verweilen, wo sie unerwünscht sind und ignoriert werden, sondern in ihre kosovarische Heimat zurückkehren – um die multi-ethnische Lösung zu ermöglichen, die Amerikas Außenministerin Madeleine Albright und der Nato vorschwebt?

Nur der Schurke im Stück, nur Slobodan Milošević selbst könnte das ermöglichen – indem er die serbischen Vertriebenen umgehend in das Kosovo zurücktreibt. In diesem brutalen Geschäft hat der Groß-Serbe Milošević mehr Erfahrung als irgendein anderer Staatschef der Region.

Carlos Widmann

Kosovare Burniku (r.) vor der Leiche seines Freundes Thaqi: *„Sein Fleisch ist mein Fleisch“*

Ein Volk auf Leichensuche

Kaum zurück aus den Wäldern und Lagern, graben die Überlebenden im Kosovo die Ermordeten aus. Nach dem Krieg beginnt der Kampf um die Spuren des Todes.

Qemal Thaqi verschwand am 21. Mai bei Tagesanbruch. Das letzte, was Familie und Freunde von ihm sahen, waren sein breiter Rücken, seine verschlissene Jeans und die nackten Fußsohlen, als er den Berg hinunterrannte.

Am Fuß des Berges, am Straßenrand werden sie ihn gleich wiedersehen. Sie graben. Es kann nicht mehr weit sein. Das zeigen die Maden in der Erde. Das erste, was von Qemal Thaqi zu sehen ist, sind seine Füße. Sie sind nach innen gedreht, die Zehen berühren einander wie die eines Kindes, das schuldbewußt einen Fuß über den anderen schiebt.

Qemals Jeans ist bis zu den Knien herabgezogen, die Oberschenkel schimmern grün, er blickt auf etwas, was einmal seine linke Hand war.

Zu Qemals Füßen kniet Xhemal Burniku. Er ist Qemals bester Freund, und seine Hände zittern nicht nur von der Anstrengung, den Körper auszugraben. Qemal soll umge-

REUTERS

Britische Soldatin am Massengrab in Kačanik
300 Gerichtsmediziner im Anmarsch

P. BLAKELY / SABA

bettet werden. Von der Stelle, an der die Serben ihn vor drei Wochen verscharrten, auf den Dorffriedhof von Runjevo, wo schon sein Bruder liegt. Um das zu tun, muß Xhemal seinen Freund anfassen.

Er preßt die Hände zusammen, um das Zittern in den Griff kriegen, schlingt ein Stück Tuch um das, was von Qemals Unterschenkeln übrig ist, und holt tief Luft. Auf sein Kommando heben sie den Körper aus der Grube und legen ihn hastig auf eine Wolldecke, bevor er in zwei Teile bricht.

Xhemal ist der einzige, der es über sich brachte, den Leichnam mit bloßen Händen fest zu fassen. „Es war nicht so schlimm“, sagt er später. „Ich bin mit Qemal aufgewachsen. Ich liebe ihn wie einen Bruder. Sein Fleisch ist mein Fleisch.“

13 Männer blicken auf den entstellten Leichnam auf der Wolldecke. Sie kämpfen um ihre Beherrschung, und wenn sie zu dicht an der Leiche stehen, auch um ihren Mageninhalt. Ein Arzt spricht von Würgemalen am Hals und von Messerstichen in den Rücken, und als er das sagt, gibt Xhemal einem heranschnüffelnden Hund einen Tritt mit dem Stiefel.

Seit zwei Tagen ist die Gegend um das Dorf Runjevo, gleich hinter der Grenze zu Mazedonien, nach Angaben der UÇK „serbenfrei“. Seit zwei Tagen verlassen die Albaner ihre Verstecke in den Bergen und kommen hinab in das Dorf. Der Krieg ist aus. Geblieben sind die Minen und das Mißtrauen der albanischen Kämpfer, die mit Ferngläsern einen Trupp US-Soldaten beobachten. Und den Zurückkehrenden bleibt die kaum lösbare Aufgabe, die verscharrten, versteckten Leichen ihrer Angehörigen zu finden. Es ist das letzte Gefecht, das die Serben gegen die Albaner führen: ein Kampf um das Schweigen der Gräber.

Diese Woche werden die ersten Gerichtsmediziner vom Kriegsverbrechertribunal in Den Haag kommen. Sie werden die Gräber öffnen und versuchen, an Knochen und Geweben die Geschichten abzulesen. Bis zu 300 werden im Kosovo arbeiten, mehr als jemals zuvor in Nachkriegsgebieten, denn es wäre der letzte Triumph der abgerückten Milizen, wenn viele der Toten nie gefunden werden. Wenn die Erde sie einfach verschluckt hätte, ohne eine Spur zu hinterlassen. Ohne den Angehörigen einen Ort zu geben, an dem sie trauern können. Es wäre die letzte Demütigung in einer langen Kette von Demütigungen.

Vor dem Krieg gab es weißgetünchte Häuser an den Berghängen, von denen man in das Tal blicken konnte, in dem Runjevo liegt. Heute sind die Häuser schwarz vom Feuer, mit verkohlten Fensterrahmen, Einschüssen in den Mauern. Ins Tal zu schauen lohnt nicht mehr. Halbverhungerte Esel laufen verloren durch die Straßen, Hunde zerren Knochen aus dem Boden, die zu fleischlos sind, um einem erst kürzlich Erschlagenen zu gehören.

Runjevo war ein Teil der verwinkelten Front, an der Serben und Albaner um die Herrschaft im Süden des Kosovo kämpften. Die serbischen Stellungen lagen südlich des Dorfes, in den Hügeln. Von dort schossen die Serben auf die, die sich auf die Straßen wagten oder sich auf der nördlichen Seite des Dorfes zwischen den Bäumen zeigten.

Am 21. Mai, dem Tag, als Qemal Thaqi verschwand, hatten die Gefechte ihren Höhepunkt erreicht. Die UÇK war gezwungen, das Dorf aufzugeben. Sie beschränkte sich darauf, die Serben am Stürmen der Berge zu hindern, in deren Wälder sich die Flüchtlinge versteckten. Die serbische Armee zog in das Dorf ein.

Am Abend brannten in Runjevo über 30 Häuser. Die Drogerie, die Video-Spielhalle und alle anderen Geschäfte waren zerstört, und irgendwann an diesem Tag starb Qemal Thaqi durch mehrere Messerstiche in den Rücken, weil er sich vergewissern wollte, daß unten auf der Straße kein Kind mehr war.

Wenn Xhemal an den Tod seines Freundes denkt, hofft er, daß die Serben zu beschäftigt waren mit dem Verwüsten des Dorfes und dem Verbrennen der Häuser und daß sie Qemal schnell sterben ließen, bevor sie ihn am Rand des Feldwegs verscharrten. Gefunden wurde die Stelle von einem seiner Söhne. Dem waren ein paar große Steine am Wegrand aufgefallen, die dort vorher nicht gelegen hatten.

Runjevo gehört zu Kačanik, wo letzten Montag das erste von bisher sechs Massengräbern gefunden worden war. Es ist ein Kosovo-Dorf wie alle anderen, fast könnte man sagen: „ohne besondere Vorfälle“ – so alltäglich ist seine Geschichte.

Bis zum Beginn der Vertreibungen lebten hier 15 000 Albaner und 230 Serben, die ihre zahlenmäßige Unterlegenheit durch Macht ausglichen. Die Serben kontrollierten die Kommunalverwaltung, die Polizei und die Post. Wollte ein Albaner eine Briefmarke haben, Anzeige erstatten oder einen Paß beantragen, saß er einem Serben gegenüber: „Es war nicht gut für unsere Würde“, erzählt Xhemal, „unsere Anzeigen landeten im Papierkorb.“ Schließlich gingen die Albaner dem serbischen Staat aus dem Weg.

Xhemal wollte wie viele andere Albaner soviel Distanz wie möglich zum serbischen Staat. Deswegen zog er vor acht Jahren nach Deutschland. Damals war er Mitte 20, hatte kaum etwas gelernt und wurde Dachdecker. Anfang vergangenen Jahres kehrte er zurück. Seine Familie hatte angerufen: „Die Serben machen uns das Leben zur Hölle.“

Die „Operation Hufeisen“ lief an, Milošević begann mit der systematischen Vertreibung der Albaner. Xhemal ließ sich von der UÇK anwerben. Seine Familie schickte er in die Berge.

„Es war ein Problem, die Kinder ruhigzuhalten, damit wir nicht entdeckt wurden“, sagt Berisha Muharde. Er ist aus demselben Dorf wie Xhemal. Er sagt, es sei schwierig gewesen, nachts zu schlafen, nicht zu erfrieren, nicht beim Knacken

Kartographie des Grauens

Im Kosovo bestätigen sich die schlimmsten Befürchtungen: Tag für Tag werden serbische Verbrechen entdeckt.

Der Offizier beginnt mit einer Begriffsklärung. Man habe beschlossen, verkündet Brigadegeneral Fritz von Korff der versammelten Weltpresse, nicht mehr von „Massengräbern“, sondern von „Crime Sites“ (Tatorten) zu sprechen. Der Grund für die scheinbare Sophisterei besteht darin, daß die Serben sich nicht einmal die Mühe gemacht haben, ihre Greueltaten zu verbergen und die ermordeten Albaner zu verscharren.

Anders als in Bosnien kann im Kosovo bislang von Gräbern zumeist keine Rede sein. Im günstigsten Fall haben die Serben die Toten mit Benzin übergossen, angezündet und in den Ruinen ihrer Häuser zurückgelassen. Im schlimmsten Fall liegen die verstümmelten Toten seit Wochen offen auf einer Müllkippe.

Die Landkarte des Kosovo hat ihre Unschuld verloren. Namen wie Djakovica, Bela Crkva, Meja, Celina, Velika Kruša oder Korenica werden nie mehr nur für Ortschaften stehen. „Eine Kartographie des Grauens ist entstanden“, sagt Joanne Mariner, 36, von der Menschenrechtsorganisation human Rights Watch. „Ich verbinde mit jedem Namen automatisch ein Datum und die Zahl der Toten, von denen die Flüchtlinge mir erzählt haben.“

Jeden Tag wird ein weiterer Tatort entdeckt, jeden Tag melden Dorfbewohner den deutschen, britischen oder italienischen Soldaten einen neuen, schrecklichen Fund. Experten, die in den letzten Monaten Flüchtlinge in den Lagern befragt hatten, können die Orte der Massaker aus den Aussagen rekonstruieren, Soldaten oder Journalisten können sie riechen.

Zwischen Vranjak und Orahovac fanden rückkehrende Albaner am Donnerstag die Leichen ihrer zurückgebliebenen Verwandten. Sie lagen auf der Müllkippe an einem Abhang. Sie fanden die Überreste von etwa einem Dutzend Männer, so genau ließ sich das nicht mehr feststellen. Streunende Hunde, die an den Leichen nagten, und fortgeschrittene Verwesung machten die Identifizierung beinahe unmöglich.

Die Rückkehrer erkannten die Identität der Toten an deren Schuhen oder Pullovern. „Das ist mein Neffe“, sagt Smajl Krasniqi, 53, und zeigt auf einen skelettierten Brustkorb, an dem er bestimmte Kleidungsstücke erkannt hat.

Der Leichengeruch hängt schwer über der Müllkippe. Die Männer haben sich Taschentücher über die Nase gebunden. Auch Ali Krasniqi, 73, findet einen Verwandten, Sakolmi Larzli Krasniqi, 23. Die Hände des Toten sind mit einer Kette zusammengebunden. An der Kette hängt der Rest eines Taus. Der Material zerfällt langsamer als Fleisch. „Die Serben haben sie hinter Autos gebunden und die fünf Kilometer vom Dorf hierhergeschleift“, sagt ein Junge. Die Männer weinen.

Am Dienstag vergangener Woche brachte UÇK-Soldat Ismet Tara die Bundeswehr zu einem Haus in Velika Kruša, etwa zehn Kilometer nordwestlich von Prizren. In den beiden Räumen im Erdgeschoß lagen die Überreste von mindestens 21 Menschen. Eine pinkfarbene, seidene Bluse zwischen den Leichenteilen läßt darauf schließen, daß unter den Toten auch Frauen sind. An den Wänden sind in Kniehöhe die Einschußlöcher automatischer Waffen zu sehen. Die Menschen hatten vermutlich an die Mauer gelehnt gesessen, als ihre Henker kamen. Anschließend wurden die Toten verbrannt. Die Hunde erledigten den Rest.

Sechs Kilometer nördlich von Prizren liegt das Dorf Koriša, das zweimal heimgesucht wurde. Hier bombardierte die Nato am 13. Mai versehentlich eine Gruppe von Flüchtlingen und tötete bis zu 100 Menschen. Am 17. März wurde das Dorf von Serben angegriffen, mehrere Menschen wurden erschossen, darunter die Brüder Mus, 76, und Vesel Ametaj, 65. Ein Müllfahrer sah die Leichen der beiden Männer auf der Müllkippe, 800 Meter vom Dorf entfernt. Die UÇK vermutet dort ein Massengrab mit über 70 Menschen.

Bis alle „Crime Sites“ gefunden und alle Verbrechen wirklich aufgeklärt sind, können Monate vergehen. Human Rights Watch ist bislang die einzige Menschenrechtsorganisation, die systematisch zu den Tatorten im deutschen und italienischen Sektor des Kosovos reist – lange vor den Rechercheteams des Internationalen Kriegsverbrechertribunals.

Deren Arbeit könnte mit der Zeit noch schwerer werden: Es mehren sich Berichte, wonach Serben beerdigte Opfer wieder ausgegraben und fortgeschafft haben. Wohin, weiß niemand. Auch sichern die italienischen Soldaten die Tatorte bislang kaum. Schon bald könnten Hunde und rückkehrende Angehörige der Toten wichtige Spuren und Beweise für Den Haag verwischt haben.

Carolin Emcke, Susanne Koelbl, Andreas Ulrich

S. BOLESCH / DAS FOTOARCHIV

Tatort in Korenica: *Mit Benzin übergossen und angezündet*

eines Astes vor Angst zu sterben und tagsüber wach zu bleiben.

In das Gesicht von Berisha Muharde haben diese Monate steile Falten getrieben. Er lehnt jetzt am Geländer einer Treppe, die ins frühere Polizeipräsidium von Kačanik führt. Die UÇK hat es vor wenigen Tagen in ihr regionales Hauptquartier verwandelt. Eine der ersten Amtshandlungen des Kommandeurs war das Aufziehen der Flagge, dann klebte er einen Zettel an die Eingangstür: „Sprechzeiten: von 11 bis 13 Uhr und von 17 bis 18 Uhr".

Berisha Muharde hatte Kačanik Ende Februar verlassen. Er zog mit seiner Frau, seinen beiden Brüdern, ihren Frauen und 19 Kindern in die Berge. Er hatte Zelte im Gepäck, Plastikplanen und Lebensmittel für ein paar Tage.

Sie versteckten sich in einem Tal, das sicher schien. Hier blieben die Frauen mit den Kindern zurück, die Männer schlichen zu den nächstgelegenen verlassenen Häusern und versuchten sich zu merken, wo die Serben Minen im Boden und Sprengfallen in den Häusern deponierten. Nachts stieg Muharde in die Häuser ein und suchte nach Mehl, Konserven und Schaufeln. Zurück bei ihren Familien, begannen sie nach Wasser zu graben.

Im Wald rings um das Tal versuchten die Männer, die Verstecke der Minen zu entdecken. Waren sie unsicher, schickten sie ihre einzige Kuh als Kundschafter voraus. Nachdem die Serben kapituliert hatten, wartete Muharde zwei Tage, dann kehrte er mit seinen Brüdern und seiner Familie zurück ins Dorf. Die Kuh ging voraus.

Auch Xhemal Burniku machte Kühe zu Minenhunden, als er aus dem Krieg heimkehrte. Er besaß drei Kühe, als er seinen Weg am Dorfrand begann. Als er sein Haus erreichte, hatte er noch eine. Sein Haus stand noch, sein Dorf erkannte er nicht wieder.

Ganz in der Nähe von Qemals Leichnam haben sie im Wald einen zweiten Körper gefunden. Nicht mehr zu identifizieren. Diese Mörder hatten offenbar Zeit, sie waren nicht durch das Verwüsten eines Dorfes abgelenkt. Ein Arm und ein Bein des Toten fehlen noch.

Die albanischen Totengräber wissen: Es müssen noch fünf andere Männer gefunden werden, die irgendwo im Boden verscharrt sind. Ihre Frauen und Kinder warten in den Flüchtlingslagern oder in den Wäldern. Bisher sind knapp 50 der 1000 Bewohner von Runjevo zurückgekehrt.

Die Beerdigung von Qemal Thaqi auf dem winzigen Friedhof des Dorfes dauert nur zehn Minuten. Einen Priester gibt es nicht, einen Sarg auch nicht, das Holz wird zum Heizen gebraucht. Der Leichnam wird in ein mannsgroßes Stück Stoff eingeschlagen, vorsichtig von der Decke gehoben und in die Grube gesenkt. Dann greifen acht Männer acht Schaufeln und werfen verbissen Erde auf den Leichnam. Sie wollen dem Gestank ein Ende machen, sie wollen die Fliegen vertreiben, und sie wollen nicht mehr in das Grab blicken, sondern in ihre Zukunft. In der sie sich nicht mehr ducken, wenn das Donnern eines Gewitters über das Tal zieht und in der sie nicht halb verrückt werden vor Angst, weil die Kinder in ein Stück Wald gelaufen sind, in dem Minen liegen könnten.

Kurz bevor der Grabhügel aufgeschüttet ist, bremst ein Lada in einer Staubwolke, ein junger Mann steigt wortlos aus dem Wagen, reißt einem der acht Männer die Schaufel aus der Hand und wirft Erde auf den Hügel. Es ist einer von Qemals Söhnen.

Ein alter Mann in einer UÇK-Uniform erscheint. Er legt ein paar rote Rosen auf das Grab, wischt sich ein paar Tränen aus dem Gesicht, nimmt Haltung an und verflucht „die feigen serbischen Terroristen". Dann beginnt es zu regnen, und jemand fragt, ob der zerstückelte Tote im Wald nicht ein Serbe sein könne.

Unmöglich. Xhemal ist überzeugt, daß alle Ermordeten Albaner sind und alle Mörder Serben. Die Albaner können gar nichts Böses tun. Er selbst habe vor zwei Tagen mit seinem Scharfschützengewehr, fünf Handgranaten und einer Panzerfaust 40 Meter über der Hauptstraße nach Priština auf einer steilen Bergflanke gethront. Unter ihm kroch ein Konvoi der serbischen Armee. „Ich hätte alles machen können", sagt Xhemal und grinst. Aber er hat nichts getan, denn „Frieden ist Frieden", und „Albaner sind die besseren Jugoslawen".

Nach der Beerdigung sitzt Xhemal neben dem Grab seines Freundes und bastelt an seinem neuen Weltbild. Die Serben sind die Bösen, die Albaner die Guten, das ist einfach. Auch die Zigeuner, die angeblich Albaner ans Messer geliefert haben, stellen kein großes Problem dar. Sie sind fast alle weg, abgehauen wie die Serben.

Ein echtes Problem sind die Albaner, die Albaner verraten haben. Die dürfte es eigentlich nicht geben. „Wahrscheinlich sind es keine reinen Albaner. Falsches Blut. Da waren mal Serben dazwischen."

Xhemal schaut fragend auf sein Gewehr. Vielleicht gibt er es sogar irgendwann ab, wie von der Nato verlangt. Vielleicht aber auch nicht, denn es ist leichter, mit einem Gewehr die Übersicht zu behalten in der serbenlosen Nachkriegsgesellschaft des Kosovo.

UWE BUSE

P. BLAKELY / SABA

Bewohner von Runjevo bei der Beerdigung von Thaqi: *Einen Sarg gibt es nicht*

Deutsche Soldaten in Prizren: *„Stärke zeigen“ lautet die Devise*

S. BOLESCH / DAS FOTOARCHIV

BUNDESWEHR

Der Geruch verwesenden Fleisches

Siegesbewußte UÇK-Rebellen und die Spuren der serbischen Greuel plagen die Soldaten im deutschen Sektor des Kosovo. Immer mehr Flüchtlinge strömen in ihre alte Heimat zurück.

Manches in Prizren ist schon wieder wie in einer ganz normalen Stadt: Der Barkeeper Ali Hajdari, 28, vom Lokal „Passage“ organisiert jetzt, seit die Lieferwege aus Jugoslawien abgeriegelt sind, Bier aus Albanien. Der Markt, auf dem es immerhin Gurken, Kirschen und Kohl zu kaufen gibt, öffnet wieder stundenweise. Und auch „Sheki“, 36, die wasserstoffblonde Gesellschaftsdame im pinkfarbenen Overall, ist wieder auf der Suche nach „guten Geschäften“, jeden Tag im Arm eines anderen Soldaten – deutsche sind derzeit bevorzugt.

Rund 2000 Angehörige der Bundeswehr haben die Region um Prizren besetzt, als Teil der internationalen Kosovo-Friedenstruppe Kfor. In schußsicheren Westen und mit Stahlhelmen, stets das geladene G36-Sturmgewehr „am Mann“, sichern sie mit Panzern das Zentrum der Stadt, die sich vom Bett des Flusses Bistrica den Hügel hinauf erstreckt und die vor dem Krieg rund 100 000 Einwohner hatte.

Aufgabe der Bundeswehr ist die Sicherung von Ruhe und Ordnung im Südwesten des Kosovo. Und das macht sie professionell – zwischen all den Spuren der Greuel, gefährlich siegesbewußten UÇK-Rebellen, Flüchtlingsströmen und unvermeidlichen Konflikten. Mal steht ein deutscher Trupp Kopf an Kopf zwölf bewaffneten und wutentbrannten serbischen Soldaten gegenüber, mal gehen Deutsche dazwischen, als sich Albaner und Serben auf der Shaderven-Brücke eine blutige Schlägerei liefern und als Kämpfer der UÇK zwei serbische Soldaten im Krankenhaus von Prizren umbringen wollen.

„Stärke zeigen“ lautet die Devise der Deutschen, „Deeskalation“ ist ihre Strategie – was nicht immer funktioniert. Am vorvergangenen Sonntag hat erstmals ein Soldat einen Angreifer im Einsatz erschossen. Ein gelber Lada raste abends auf Soldaten zu, die mit drei Panzern eine Stellung sicherten. Der Beifahrer hielt eine Handgranate aus dem Fenster, die Männer waren offenbar betrunken.

Der Wagen machte vor einem deutschen Panzer eine Vollbremsung, mit einer Kalaschnikow feuerten die Serben auf den Soldaten in der Kommandantenluke – der Feldwebel vom Gebirgsjägerbataillon aus Schneeberg wurde am Arm verletzt. Da erwiderten die Deutschen das Feuer. Der Lada-Fahrer starb sofort, sein Beifahrer wurde von Kugeln durchsiebt. Bevor er abtransportiert wurde, bäumte sich der Verletzte noch einmal auf: „Ich heiße Žarko Andrejević und trage eine Waffe, weil mein Volk mich dazu aufgerufen hat.“

Der deutsche Zugführer, ein 24jähriger Leutnant, analysierte den tödlichen Schuß auf den Fahrer zwei Stunden später kühl: „Ich habe ihn nicht getötet, weil ich es wollte, sondern weil ich mußte – und glatt getroffen. Wenn schon, denn schon.“

Meist geht es ohne Waffengewalt. So sicherten die Deutschen den Abzug von 5000 Serben, Angehörigen der gefürchteten Sonderpolizei MUP, Soldaten und Gefängnispersonal. Die Wagen waren vollgepackt mit Diebesgut aus den Häusern geflohener Albaner: Kühlschränke, Türen, Bilder, oft war wohl auch das Fahrzeug gestohlen. Inzwischen sind fast alle Serben aus dem deutschen Sektor verschwunden – selbst jene Zivilisten, die lieber bleiben wollten, und zwölf Nonnen aus dem Kloster. Sie schlossen sich dem Treck aus Angst vor der Rache der Albaner an.

Bis auf ein paar Gewehrsalven am Tag ist die Ruhe nun scheinbar wiederherge-

stellt in Prizren. Die Region ist von den deutschen Militärs weitgehend erkundet, das Hauptquartier im ehemaligen Gebäude der OSZE-Beobachter am Stadtrand bezogen.

Doch die Lage bleibt angespannt. Plünderungen sind an der Tagesordnung – jetzt räumen Albaner Wohnungen und Geschäfte serbischer Flüchtlinge aus. Im Serben-Stadtteil Ortakol nimmt sich derzeit jeder, was er braucht. Zwei junge Albaner starben, als sie den aus einem serbischen Haus gestohlenen Videorecorder an Strom anschlossen – in dem Gerät explodierte eine versteckte Sprengladung.

Das Hauptproblem der Deutschen ist die UÇK. Wo sich die jugoslawische Armee zurückzog, rückt die Kosovo-Guerrilla sofort nach. Seit ihre Kämpfer vor wenigen Tagen aus den Wäldern in die Städte und Dörfer gekommen sind, verstehen sie sich als Siegermacht und Polizei. Überall in den Cafés sitzen stolze Milizionäre, allesamt noch schwer bewaffnet, beim Kaffeekränzchen mit befreiten Landsleuten.

„Wir sind die Kraft, die die Situation jetzt kontrolliert“, erklärt der UÇK-Repräsentant der Region, Rexha Ekremi, 38, genannt „Drini“. Bewacht von fünf Soldaten, empfängt er Besucher im kühlen Schatten eines Gartens am Stadtrand bei Kirschen und Erdbeeren. „Es gibt keine Polizei mehr, und um ein Chaos zu verhindern, sind wir jetzt da“, sagt Ekremi.

Für die Bundeswehr beginnt nun die Machtprobe mit der wilden Truppe. „Die UÇK und die Exilregierung haben kein Mandat und sind durch nichts legimitiert“, sagt Generalleutnant Rüdiger Drews, Chef des Heeresführungskommandos, bei seinem Besuch in Prizren. Seit Sonnabend, null Uhr, ist das offene Tragen von Waffen verboten. Wer sich widersetzt, soll von der Bundeswehr entwaffnet werden.

Verschärft wurde die Situation vor dem Ablauf des Ultimatums, als Bundeswehrsoldaten während einer Patrouille eine von der UÇK besetzte Polizeistation inspizierten. Sie fanden 15 mißhandelte Albaner und Roma, angeblich Kollaborateure der Serben. Einer von ihnen war tot.

Glück hatten Kosovo-Albaner, die von Serben gefangengenommen und auf einen Lastwagen verfrachtet worden waren. Kurz bevor serbische Soldaten am vorvergangenen Sonntag von Prizren aus das Kosovo verlassen wollten, stoppten deutsche Kfor-Soldaten das Fahrzeug und befreiten die gefesselten Gefangenen.

Mürrisch gaben UÇK-Männer vergangene Woche schon mal das Kommando über den Grenzübergang Morinë nach Albanien auf, den sie okkupiert hatten. Jetzt weht die Nato-Flagge über dem Posten. „Wir dulden nicht, daß sich die UÇK als Herr aufspielt, die einzige Macht ist Kfor“, sagt Oberstleutnant Dietmar Jeserich.

Tausende Flüchtlinge passieren den Grenzposten täglich, 100 Wagen pro Stunde. Alle Warnungen des Uno-Flüchtlingskommissariats, die Vertriebenen mögen in den Zeltlagern in Albanien bleiben und warten, bis die Lage im Kosovo sich beruhigt hat, haben nichts genützt. „Warum soll ich im Lager in der Fremde im Zelt schlafen“, fragt Besim Gjaflin, „wenn ich auch im Zelt neben meinem zerstörten Haus schlafen kann?“

Wo noch vor wenigen Wochen serbische Grenzpolizisten Flüchtlingen alle amtlichen Zeichen ihrer Identität genommen haben, bemühen sich jetzt die Soldaten des verstärkten mechanisierten Bataillons, die chaotische Masse glücklicher Heimkehrer zu ordnen. Alle, die in das Kosovo hereinwollen, werden namentlich registriert.

Eben hat Kadri Bylykbashi mit seiner Schwester und seiner Cousine auf einem Motorkarren die Grenze passiert. Monatelang wartete er in Albanien auf diesen Moment. Nun, da es soweit ist, ist ihm die Zukunft unwichtig: „Wenn ich jetzt auf eine Mine trete, ist es nicht mehr schlimm“, sagt Kadri, „denn ich sterbe im Kosovo.“

Vier Stunden sollte der Obergefreite Mario Giese am Grenzposten Morinë laut Dienstplan jetzt eigentlich schlafen, aber in dem Ansturm der Flüchtlinge wird daraus nichts. Trotz Müdigkeit ist der junge Soldat wachsam: 31 Panzerabwehrminen hatte die UÇK bereits am Grenzübergang ausgegraben. Entgegen der Absprachen haben die Serben keine exakten Pläne über die Lage der Minen hinterlassen, und so ist die Freude über den Frieden bei Gieses Vorgesetztem, Oberstleutnant Maximilian Eder, noch gedämpft: „Mit den Minen im Land wird es noch Jahre Probleme geben.“

Einmal über die Grenze, bietet sich den zurückkehrenden Flüchtlingen allzuoft ein grauenhaftes Bild, ihre Dörfer sind meist zerstört, das Vieh getötet und zwischen den Trümmern liegen mancherorts menschliche Knochen und verweste Leichen.

Vor allem nördlich von Prizren lieferten sich Serben und UÇK bis zuletzt erbitterte Kämpfe. Der Zerstörungswille der Serben war offenbar absolut. Was nicht geraubt wurde, verwüsteten sie.

Ein Beispiel für systematische Zerstörung ist der Ort Celina, knapp 15 Kilometer nordwestlich von Prizren. Auf dem Weg, der von der Hauptstraße ins Dorf führt, liegen die Reste eines BMW, daneben ein tiefes Loch in der Straße. Der Wagen war auf eine Mine gefahren. Alle Häuser sind zusammengeschossen, Vieh läuft herrenlos herum.

„Am 25. März, morgens um sechs Uhr, gingen die Serben mit Panzern und schwerer Artillerie in Stellung und schossen unser Dorf sturmreif“, sagt Sulejman Rejepi, 57. Dann seien Soldaten, Polizisten und Paramilitärs vorgerückt. Innerhalb von zwei Tagen hätten sie mehr als 100 Bewohner erschossen und etwa 3000 vertrieben. Rejepi, der sich

In letzter Sekunde bewahren Bundeswehrsoldaten Kosovaren vor der Deportation

FOTOS: M. MATZEL / DAS FOTOARCHIV

Sie stoppen in Prizren einen serbischen Lkw

Sie lösen die Handfesseln der Gefangenen

Die Befreiten jubeln

M. MATZEL / DAS FOTOARCHIV

Jugoslawische (l.), deutsche Soldaten: *Meist geht es ohne Waffengewalt*

in den Wäldern versteckte, begrub 86 Tote. 13 Leichen lagen im Stall vor seinem Haus. Die Menschen waren erschossen und anschließend angezündet worden. Knochenreste stecken zwischen verkohlten Holzbalken.

Im Waldstück hinter dem Hof der Familie Zeqiri liegen 24 Leichen – alles Familienmitglieder. Nur ein siebenjähriger Junge, erzählen Dorfbewohner, habe überlebt. Die Familie hatte sich vor den Serben im Wald versteckt. Serbische Milizen entdeckten sie eines Morgens Ende März – und exekutierten sie sofort. „Wir haben sie sechs Wochen später gefunden und begraben. Männer, Frauen, Kinder und sogar Babys“, sagt UÇK-Soldat Muharem Dina, 55. Die Toten liegen nur einen Spatenstich tief in der Erde.

Soldat Dina stammt aus dem Dorf Celina. Sein Hof ist ausgebrannt. Sein Bruder wurde erschossen, oben am Feld. „Sie haben ihn einfach abgeknallt“, sagt Dina.

Auf dem Weg zurück ins Dorf trifft Dina seinen Nachbarn Muharem Ramadani, 38. Die Männer umarmen sich, Ramadani weint. Er ist gerade aus Albanien zurückgekommen. Alles, was seiner Familie gehörte – Häuser, Lastwagen, Vieh –, ist zerstört oder tot. Die Leiche seines Bruders liegt an der Mauer begraben, die den Hof umgibt.

Auch bei Prizren, das selbst weitgehend unzerstört geblieben ist, mußten die Bewohner leidvolle Erfahrungen machen. Idriz Berisha, 61, traut sich erst jetzt zurück in sein Zuhause in Tusuz, einem Vorort südöstlich von Prizren. Erstmals steht er wieder vor seinem Haus und weint. „Schaut“, ruft Idriz immer wieder und zeigt auf die schwarzen Wände seines ehemaligen Wohnzimmers und die verkohlten Springfedern, die von seinem Bett übriggeblieben sind.

Tusuz wirkt wie eine Geisterstadt. Verlassene serbische und rußschwarze albanische Häuser säumen die Straßen. Ein paar Pferde streunen über das Kopfsteinpflaster. Es herrscht Totenstille. Die wenigen Menschen, die zurückgekehrt sind, hocken meist stumm vor ihren zerstörten Häusern auf dem Bürgersteig.

Am 26. Mai, so rekonstruierte die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, fanden serbische Paramilitärs in Tusuz zwei tote Serben. Daraufhin wurde die ganze Straße bestraft. Maskierte machten gemeinsame Sache mit russischen Söldnern. Sie massakrierten mindestens 27 Menschen, plünderten und brandschatzten mehr als 100 Häuser. Fejzire Abdulmejid, 52, gab alles, was sie hatte. Ihre Tochter Jehana, 19, führten die Serben ins Haus, angeblich, um zu kontrollieren, ob sie Geld versteckt habe – unter der Bluse.

Ihrem Ehemann Sami schlugen die Serben mit der Kalaschnikow gegen die Brust und in den Bauch, bevor sie Fejzire mit ihrer Schwester zur Straße hin wegführten. „Ich habe nur noch die Schüsse gehört“, sagt Fejzire. Ihre Schwester Hajrie, 54, schlägt die Hände vors Gesicht, so daß der Schleier verrutscht, in dem Kugelhagel starb auch ihr Mann Rafet.

S. BOLESCH / DAS FOTOARCHIV

Zivilist, UÇK-Soldat in Prizren
Kaffeekränzchen nach dem Krieg

Der Müllfahrer Ali Gjhogay, 36, wurde während der letzten zwei Kriegsmonate regelmäßig gezwungen, die Opfer der Massaker zu entsorgen, auch die Leichen aus Tusuz. Er brachte sie ins Krankenhaus, wo sie von der Staatsanwaltschaft identifiziert und fotografiert wurden – manchmal wickelten die Serben offenbar auch Massaker ordentlich ab. Vom Leichenschauhaus fuhr sie der Müllmann dann zurück in ihre Dörfer, wo er sie auf dem Friedhof oder auf dem freien Feld begrub. „Um das auszuhalten, habe ich nur noch getrunken und geschlafen“, sagt Gjhogay, „bis heute kann ich die Bilder nicht vergessen.“

Der Geruch verwesenden Fleisches ist in vielen Dörfern des deutschen Sektors allgegenwärtig. Kein leichter Auftrag für die Soldaten, die kaum Kriegserfahrung mitbringen. Die erste Woche im Kosovo hat sie emotional von einem Extrem ins andere geworfen. Gestern auf dem Marktplatz in Orahovac haben Kinder den Oberfeldwebel Olaf Hemann geküßt und mit Blumen überhäuft, heute sichert er die Überreste eines Massakers in Velika Kruša. Mit Kameraden diskutiert er auf einem „Leopard 2“-Panzer über den Anblick der verkohlten Toten. Sie reden über ihre Gefühle, so wie Spezialisten es ihnen daheim in Seminaren beigebracht haben.

Mit Bildern aus dem Golfkrieg und aus der Junta-Zeit Argentiniens wurden sie auf den Anblick von Toten und Verletzten vorbereitet. Aber wie verwesende Leichen riechen, konnte ihnen niemand vermitteln. „Auf dem Marsch von Mazedonien hierher hat man schon einiges gerochen“, sagt Hemann. Auch wenn seine Kameraden wußten, was sie erwartet, waren sie doch froh, daß sie nach dem langen Marsch so müde waren, „daß zum Nachdenken keine Zeit mehr blieb“. Einen Militärpsychologen und zwei Seelsorger beider Konfessionen hat die Bundeswehr ins Kosovo geschickt. Sie sollen sich bei Bedarf um verstörte Befreier kümmern.

Doch viele denken mehr an ihre Familien zu Hause in Deutschland: In den Feldpostbriefen sparen die meisten das Grauen, das sie sehen müssen, lieber aus. „Was sollen die sich noch Sorgen machen“, sagt Hemann, „vielleicht reden wir dann über alles, wenn wir wieder zu Hause sind.“

Für den Fall, daß die Rückkehrer gar nicht mehr reden wollen, hat die Bundeswehr ein Informationsblatt an Angehörige austeilen lassen: Es erklärt Eltern oder Ehefrauen, woran sie einen traumatisierten Soldat erkennen können. „Wenn er nur vor sich hin starrt oder nicht mehr derselbe ist“, erklärt Hemann, „sollen die Familien die Bundeswehr einschalten.“

Carolin Emcke,
Susanne Koelbl, Andreas Ulrich

Werbeseite

Werbeseite

KRIEGSKOSTEN

Riesige Löcher

Der Krieg um das Kosovo mit Milliarden-Folgelasten bringt den gesamten Balkan an den Rand des Bankrotts.

Es sollte ein Signal der Zuversicht sein. Gerade war die Schlacht um das Kosovo vorbei, da kündigte EU-Außenkommissar Hans van den Broek die erste Geberkonferenz für den Wiederaufbau der Kriegsprovinz an.

Das war kaum mehr als eine beruhigende Geste: Wieviel Geld der Westen für die Wiederbelebung des Balkans einsammeln muß, wußte auch der Holländer nicht. Jede Schätzung bisher sei von den Entwicklungen überholt worden.

So ist es in der Tat. Sobald sich der Staub vom Einrücken der Nato-Truppen legt, sollen Experten ins Kosovo reisen und ergründen, was an Wohnhäusern und Infrastruktur wiederhergestellt werden muß – und mit welchen Kosten.

Im Unterschied zu Bosnien – wo mit dem Friedensabkommen von Dayton vorab jedes Detail geklärt worden war – agiert der Westen jetzt im Vakuum: Das Kosovo ist leergeräumt, die Verwaltungsstrukturen sind zerstört – mit wem soll über den Wiederaufbau geredet werden? Die EU erwartet erst für Oktober eine zuverlässige Auflistung von Höhe und Ausmaß der Schäden.

Immerhin: Der Internationale Währungsfonds, die Deutsche Bank oder die Münchner Bundeswehr-Universität haben eigene Schätzungen gewagt. Sie schwanken zwischen 37 und 57 Milliarden Mark für den Wiederaufbau der Balkan-Region – in der Annahme, nach Miloševićs Abgang werde auch Serbien selbst ins Hilfsprogramm einbezogen. Die Flüchtlingsversorgung oder die Stationierung der Friedenstruppe (bis zu 40 Milliarden Mark in fünf Jahren) sind dabei ausgeklammert.

„Völlig unrealistisch“, hält die Frankfurter BHF-Bank dagegen. Sie hat sich auf 190 Milliarden Mark Aufbaukosten in den nächsten fünf Jahren festgelegt. Denn: Würden die 5 Milliarden Dollar zum Maßstab genommen, die Bosnien bislang bekommen hat, und als Bezugsgröße die Bevölkerungszahl, müßte das Balkan-Hilfspaket 20mal größer sein.

Eine neue, 35 Seiten lange Studie legten vorige Woche die Sicherheitsökonomen der Bundeswehr-Universität vor. Sie beziffern die voraussichtlichen Gesamtkosten des Kriegs bis etwa 2007 mit 110 Milliarden Mark, das für den Wiederaufbau benötigte Geld nicht mitgerechnet.

Das Zahlen-Monopoly ist freilich auch politisch gefärbt. Deutsche Schätzungen liegen oft im unteren Bereich der Milliarden-Skala – wohl um Gerüchten über Steuererhöhungen vorzubeugen.

In den vom Krieg betroffenen Anrainerstaaten wiederum geht eine andere Angst um: daß sich der Westen mit seiner Aufbauhilfe vor allem auf das Kosovo konzentriert. Entsprechend üppig fallen eigene Verlustmeldungen aus.

Nicht nur die wegen der zerstörten Donaubrücken zusammengebrochenen Exportwege werden beklagt. Bulgarien bezieht auch seine verhagelten Äcker in die Rechnung ein – Sofia habe wegen der Nato-Angriffe keine Raketen zur Vertreibung von Hagelwolken einsetzen dürfen. Und rumänische Imker meinen, ihre Bienen hätten wegen der Umweltverschmutzung durch den Krieg die Flüge eingestellt.

Aufstrebende Länder wie Bulgarien oder Mazedonien jedenfalls hat der Kosovo-Krieg jäh gestoppt. Die indirekten

Hilfe für Europas Armenhaus

Der Finanzbedarf für den Wiederaufbau der gesamten Balkan-Region wird derzeit sehr unterschiedlich angesetzt. Schätzungen reichen von 37* Milliarden Mark bis 190 Milliarden Mark für die nächsten Jahre.**

*Bundeswehr-Schätzung, Berechnungsgrundlage: Kriegsschäden
**Schätzung der BHF-Bank, Berechnungsgrundlage: Wiederaufbau-Erfahrung in Bosnien

Die bisherigen Kosten des Krieges...

Luftkrieg der Nato	11 Mrd. Mark
Flüchtlingsaufnahme und -versorgung	2 Mrd. Mark
Kriegsschäden in Jugoslawien	26 Mrd. Mark (nach Angaben Belgrads 225 Milliarden Mark)
• Fabriken und Kraftwerke nach jugoslawischen Angaben rund 200	
• 45 Brücken	
• 5 zivile Flughäfen	
• 2 der 3 Ölraffinerien	
• 12 Eisenbahnlinien	
• 10 Straßenverbindungen	
Militärische Kosten für Jugoslawien	2 Mrd. Mark
Volkswirtschaftliche Kosten des Krieges für Jugoslawien und die Nachbarstaaten	4 Mrd. Mark
Gesamt	45 Mrd. Mark

Quelle: Universität der Bundeswehr, München

...und die Nachwirkungen

Stationierung der Friedenstruppe (50 000 Soldaten)	8 Mrd. Mark jährlich

Jugoslawiens Nachbarn – Die Belastungen und der für 1999 geschätzte zusätzliche Finanzbedarf

Angaben des Internationalen Währungsfonds IWF

ALBANIEN — 900 Mio. Mark

- Aufnahme von 440 000 Flüchtlingen
- Mindereinnahme von Zöllen
- Ausfälle durch vorsorgliche Schließung von Staatsbetrieben und Requirierung von Transportmitteln

MAZEDONIEN — 1000 Mio. Mark

- Aufnahme von 245000 Flüchtlingen
- Wegfall des Handelspartners Jugoslawien (betrifft 23 % der Exporte)
- durch Verlust von Absatzmärkten und Transitwegen Rückgang des Außenhandels um 70 %
- rund 12 000 zusätzliche Arbeitslose

DER SPIEGEL

Kriegslasten reißen riesige Löcher ins Staatsbudget und führen zu Einbrüchen beim Bruttoinlandsprodukt. Viele Unternehmer stehen vor dem Bankrott, weil keine Rohstoffe mehr kommen, die Transportkosten explodiert oder die Abnehmer der Waren pleite gegangen sind.

Mazedonien hatte für 1999 einen Wirtschaftszuwachs von 6,5 Prozent prognostiziert – die Zahl ist inzwischen auf ein Minus von 4 Prozent korrigiert. Bulgarien wiederum rechnete mit 1,9 Milliarden Mark Auslandsinvestitionen dieses Jahr, doch im ersten Quartal kamen gerade 260 Millionen Mark ins Land.

Auch die Ukraine, Ungarn, Griechenland, die Türkei, Italien und Slowenien sind betroffen. Kiew hat wegen der Unterbrechung des Donau-Schiffsverkehrs 410 Millionen Mark verloren; den Hoteliers und Bademeistern an der apulischen Küste ist das Frühjahrsgeschäft geplatzt.

Länder wie das schwergetroffene Mazedonien hoffen nach ihrem Wohlverhalten gegenüber der Nato wenigstens auf eine Friedensdividende, nämlich darauf, daß die westliche Milliardenhilfe – anders als in Bosnien – auch der eigenen Wirtschaft auf die Beine hilft. Dann, so glaubt Finanzminister Boris Stojmenov, wäre der Kosovo-Rückschlag nur „eine Episode in der Umstrukturierung des Landes“ gewesen. CHRISTIAN NEEF

KROATIEN — **860** Mio. Mark

- Schwere Einbußen im Tourismusgeschäft erwartet (bis zu 50%)
- Nachlassendes Interesse bei Auslandsinvestoren

BOSNIEN-HERZEGOWINA — **250** Mio. Mark

- Wegfall des Handelspartners Jugoslawien (betrifft 43 % der Exporte)

RUMÄNIEN — **470** Mio. Mark

- Kündigung von Exportverträgen, Ausbleiben von Rohstofflieferungen für Maschinenbau und Chemieindustrie
- Exporteinbußen durch Donausperre
- Umweltschäden – schwere Belastung der Donau nach der Zerstörung jugoslawischer Chemiebetriebe und Raffinerien
- Einbußen im Tourismus-Geschäft

BULGARIEN — **650** Mio. Mark

- Unterbrechung der Handelsrouten, Umleitung der Exporte nach Westeuropa
- Flaute im Tourismusgeschäft
- Einnahmeverlust an Steuern und Zöllen
- Umleitung Strom und Telekommunikation
- Rückgang ausländischer Investitionen, nachlassendes Interesse bei der für 1999 geplanten Privatisierung von Telekom, Banken und Raffinerien

K. MÜLLER

Nothelfer Neudeck (M.) beim Verladen von Hilfsgütern: *„Die großen Organisationen sind zu träge“*

HUMANITÄRE HILFE

„Es muß schnell gehen“

Fast zeitgleich mit den deutschen Panzern war Rupert Neudeck von Cap Anamur im Kosovo. 40 Millionen Mark Spenden will er für den Wiederaufbau ausgeben.

Über Hoča liegt der Tod. Zerschossene Häuser säumen die staubige Dorfstraße, auf der Schotterpiste verwest das Vieh. In diesen trostlosen Ort, irgendwo im ausgedorrten Niemandsland zwischen Prizren und der albanischen Grenze, hat noch kein deutscher Soldat seinen Fuß gesetzt. Der Geruch kündet in der brütenden Mittagshitze vom Schrecken der vergangenen Wochen. Ab und zu zerreißen Schußwechsel die erdrückende Stille.

Ausgerechnet diesen desperaten Flecken hat sich ein hektischer kleiner Mann aus dem fernen „Gjermania“ ausgesucht. Behend springt er aus seinem „Landcruiser“ – Rupert Neudeck, 60, ist auf Erkundungstour. Kaum haben deutsche Schützenpanzer am vorvergangenen Wochenende die albanische Grenze Richtung Kosovo passiert, sitzt der Gründer der Hilfsorganisation Cap Anamur bereits mit zwei Mitarbeitern in seinem Geländewagen und startet in die Killing-fields. Noch stehen saufende serbische Soldaten am Wegesrand und warten auf ihren Abtransport.

„Es muß schnell gehen“, verkündet der Weltenbummler in Sachen Humanität sein Credo. „Schnell müssen die Flüchtlinge zurück, schnell müssen Lebensmittel herbeigeschafft und schnell muß aufgebaut werden.“ Er selbst will dabei immer der erste sein, und häufig ist er es auch.

Neudeck kennt Hoča. Er kannte den Hund, der jetzt abgeknallt vor dem kleinen Dorfgeschäft liegt, er kennt die verwüstete Pharmazie, und er kennt das gebeugte alte Mütterchen, das zwei Wasserflaschen durch die ansonsten menschenleere Ortschaft schleppt, in der fast kein Geräusch zu hören ist. Außer ihr ist kaum jemand hiergeblieben, als die Tschetniks wie toll durch die Straßen zogen und brandschatzten; sie selbst hat sich die ganze Zeit nicht aus dem Haus gewagt.

Der deutsche Helfer wirkt in der geisterhaften Kulisse wie aus einer anderen Welt – dabei hat er Hoča erst vor drei Monaten verlassen. Bis im März die Luftangriffe der Nato begannen, hatte Cap Anamur hier ein Basislager für Baumaterial. 539 Dächer reparierten die Neudeck-Helfer – Dächer, die im Krieg der serbischen Armee gegen vermeintliche oder wirkliche Heimatkrieger der UÇK zerstört worden waren. Neudeck ist stolz auf diese Leistung. „1600 Ziegel braucht man pro Dach“, rechnet er vor: „Kostenpunkt: 2900 Mark pro Haus.“ So billig könne Hilfe sein. „Die Ziegel kamen aus der Vojvodina, Serbien.“

Jetzt kann er sein Dachbauprojekt gleich wieder von vorn beginnen – eine Sisyphusarbeit, die Neudeck gewohnt ist. Vor 20 Jahren hatte der ehemalige Jesuitenschüler und Journalist das Komitee gegründet. Damals wollte er vietnamesische Boat people aus dem Südchinesischen Meer retten. Seitdem gibt es kaum eine Krise ohne Neudeck. Zur Zeit betreiben Mitarbeiter der zwergenhaft kleinen, aber quirligen Hilfsorganisation Projekte im Südsudan, in Sierra Leone, Ruanda, Nordkorea und in verschiedenen Balkanstaaten.

„Ja, ja – die Welt ist in den letzten Jahren nicht gerade besser geworden“, sagt Neudeck und fummelt ungeduldig an einem quer über die Straße gelegten Kabel herum. Der Fahrer fürchtet sich, weiterzufahren. Niemand weiß, wo hier Minen liegen. Dann entscheiden sich die Cap-Anamur-Leute für das Risiko und geben einfach Gas. Nichts passiert, nervenaufreibend ist es trotzdem.

Noch am selben Tag kommen in Hoča die ersten Lebensmittel an. Ein Lkw der Organisation bringt Öl, Bohnen und Makkaroni aus dem Flüchtlingslager in Kukës. Dazu Waschpulver und Kinderkleidung. Es irren auch ein paar junge Heimkehrer durch den Ort. Sie haben ihre Cap-Anamur-Zelte in Nordalbanien verlassen und sind die 40 Kilometer nach Hause mar-

Werbeseite

Werbeseite

Club Med in der Hölle

Mit Einsätzen für das Kosovo sucht Israel Anschluß an die internationale Hilfsgemeinschaft.

Die Kinder im staubigen Flüchtlingslager von Stanković singen. Für ein paar Momente vergessen sie die glühende Hitze, die Erinnerung an die Soldaten und an den höllischen Fußmarsch, der sie immer weiter von zu Hause wegbrachte. Plötzlich sind sie nur noch Kinder, die beweisen wollen, zu welcher Lautstärke ihre Kehlen fähig sind. „El hama-ajan“, singt Lilach ins Mikrofon. „El hama-ajan“, brüllen die Kinder zurück. Sie mögen das hebräische Lied, das Lilach und die anderen Helfer ihnen beigebracht haben.

Mehr als 20 000 Kosovo-Albaner hatten in dem Lager bei Skopje nahe der mazedonisch-jugoslawischen Grenze Zuflucht gefunden. Die Feiwilligen der israelischen Jugendbewegung spielen, basteln und machen Sport mit den Kosovo-Kindern. „Die Israelis betreiben hier eine Art Club-Med-Animation für Kids“, sagt ein Caritas-Helfer, und das meint er nicht abschätzig.

Das „Sommercamp mitten im Chaos“, so der offizielle Titel der Kinderhilfe, ist nur eines der Projekte, mit denen der Judenstaat den Opfern des Balkan-Konflikts hilft. Die israelische Regierung sandte ein Feldlazarett samt Ärzten und schickte Hilfsgüter. Insgesamt über drei Millionen Mark spendete Israel.

Daß sich der jüdische Staat derart für Muslime in Not engagiert, ist ungewöhnlich. Kurioserweise trieben ausgerechnet die Schatzmeister des Zionismus das Engagement voran: Die „Keren Hajesod“, die mit der Einwanderer-Organisation „Jewish Agency“ hinter der Hilfsaktion steht, wurde 1920 von dem späteren israelischen Präsidenten Chaim Weizmann gegründet, um die finanzielle Basis für einen jüdischen Staat zu schaffen.

Doch die Finanziers, die bisher Gelder für die Einwanderung nach Israel und den Erhalt der jüdischen Kultur sammelten, haben nun Geschmack am internationalen humanitären Einsatz gefunden. „Die Welt kann sehen, daß wir Juden bei einer solchen menschlichen Katastrophe nicht untätig beiseite stehen“, sagt der Chef des Zionisten-Fonds, Avi Pasner.

Dahinter steckt die Überlegung: Übernimmt der jüdische Staat internationale Verantwortung, stärkt das seine Legitimität. Pasner, ein erklärter Anhänger des Friedensprozesses, sieht die Muslim-Hilfe auch als „Signal an unsere arabischen Nachbarn“.

Doch so selbstverständlich, wie es nun klingt, war der Einsatz zunächst nicht. Nur zögerlich rang sich Israel zu einer Unterstützung der Nato-Aktionen gegen die Serben durch. Angefeuert von einer pro-serbischen Lobby im Land, wollte Israel das gute Verhältnis zu den Serben schonen, die den Juden einst gegen ihre Nazi-Verfolger geholfen hatten. Der rauhbeinige Außenminister Ariel Scharon sah das Kosovo ohne Serben schon zum „Zentrum des islamischen Terrorismus“ mutieren.

NATTI / FLASH

Helfer Pasner, Kosovo-Kinder: *Signal an die Nachbarn*

„Auch Albaner haben unsere Leute geschützt“, sagt dagegen der in Danzig geborene Pasner. Der Ex-Diplomat hat bereits neue Pläne: Keren Hajesod soll auch beim Wiederaufbau im Kosovo helfen.

Die Unterstützung seiner Organisation dürfte Pasner bereits sicher sein, nachdem er in die Jahreskonferenz des internationalen Aufsichtsrats vergangene Woche einen besonderen Programmpunkt eingebaut hatte: einen Tag auf „Rettungsmission“ mit einem Hilfsgütertransport ins Flüchtlingslager von Stanković.

Annette Grossbongardt

schiert. In einer Ruine lägen vier Tote herum, berichten sie aufgeregt. Sie wagen sich aus Angst vor Sprengfallen nicht hinein.

„Wahrscheinlich ist es die Erinnerung an die eigene Vertreibung“, die ihn zu diesem humanitären Irrsinn treibt, sinniert Neudeck in einer kurzen Ruhepause. „Wenn ich die Flüchtlinge in Kukës sehe, erblicke ich mich selbst.“ Rupert war sechs Jahre alt, als er an der Hand seiner Mutter von Danzig nach Westen flüchtete. Neudeck verlor seine ostpreußische Heimat für immer, vielleicht drängt er deshalb so ungeduldig darauf, daß die Kosovaren schnell zurückkehren können.

Damit eckt der nervöse Menschenrechtsmissionar wieder einmal an. Während er alle Vertriebenen auffordert, möglichst schnell ins Kosovo zu fahren, warnt das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) genau davor. „Die Versorgung ist noch nicht gewährleistet – genausowenig wie die Sicherheit“, meint UNHCR-Sprecher Kris Janowski und gibt etwas genervt zu verstehen, daß ihm Neudeck wieder einmal Schwierigkeiten macht: „Ich weiß auch nicht, was er will.“

Zur gleichen Zeit passieren Tausende Rückkehrer bereits die Grenzposten. Neben dem Kornfeld liegen zwei tote Männer, an der Grenze sind noch jede Menge Minen. Alle schwitzen. Neudeck drängt. Die Großbäckerei in Prizren könnte schon längst 10 000 Brote gebacken haben, die Cap Anamur verteilen möchte, aber es fehlen Hefe und Dieselöl. Hoffentlich kommt es morgen. Inzwischen möchte Neudeck sich um die „Bergmenschen“ kümmern.

„Die großen Organisationen, besonders UNHCR, sind zu träge“, schimpft der Mann mit dem schlohweißen Revoluzzerbart. „Bevor die kommen, richten sie erst einmal Quartiere für ihre Mitarbeiter ein.“ Er selbst weiß noch nicht, wo er übernachten soll. Vom UNHCR ist noch nicht einmal eine Vorhut zu sehen.

Neudecks Ärger ist teilweise berechtigt, manchmal greift er auch daneben – etwa, wenn der Medienprofi in der „Süddeutschen Zeitung“ behauptet, die Zustände im mazedonischen Blace seien schlimmer gewesen als die in afrikanischen Flüchtlingslagern. Erfolgreich aber sind seine multimedial vorgetragenen Quengeleien allemal. 54 Millionen Mark sind allein auf das Komitee-Konto geflossen, seit im Kosovo der Krieg begann. 40 Millionen davon will er für den Wiederaufbau bereitstellen.

Die dürften schnell verbraucht sein. Neudecks Mitarbeiter Zeka kommt aufgeregt herbeigeeilt. In Albanien seien die Flüchtlingslager schon fast leer. Alle hätten die Sachen gepackt, auch die Zelte verladen, und sich auf den Weg ins Kosovo gemacht. „Wir erwarten eine Rückkehr in Ruinen. Jetzt muß es schnell gehen“, sagt Neudeck. Aber er ist ja schon da.

Thilo Thielke

Werbeseite

Werbeseite

REUTERS

Präsident Jelzin*: *„Ich hatte in diesen Tagen das Gefühl, daß jemand versucht, uns in das Steinzeitalter zurückzuzerren“*

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Europa ohne Trennungslinien“

Boris Jelzin über den Nato-Krieg in Jugoslawien und Rußland vor den Wahlen

SPIEGEL: Herr Präsident, Rußland hat sich im Verlauf des Kosovo-Konflikts wiederholt gegen Gewalt ausgesprochen. Welche Strategie verfolgt Moskau nach Beendigung des Nato-Bombardements?

Jelzin: Seit Beginn der Nato-Aktionen gegen Jugoslawien hat Rußland seine Position unmißverständlich deutlich gemacht: Mit Bombenabwürfen sind die Probleme des Kosovo nicht zu lösen. Alle Seiten müssen zurück an den Verhandlungstisch. Wir waren und bleiben Gegner von Gewaltmethoden. Letzten Endes hat sich unsere Haltung durchgesetzt.

SPIEGEL: Aber zu spät?

Jelzin: Es ist für mich Grund zur Genugtuung, daß jetzt mit wirklicher Konfliktlösung begonnen werden kann, daß man sich aus der Sackgasse herausmanövriert und einen Weg zu friedlicher Entflechtung zu ebnen sucht. Und all das dank intensiver und konstruktiver Bemühungen Rußlands.

SPIEGEL: Ihr Zorn auf die Nato scheint noch nicht verraucht …

Jelzin: … die USA und ihre Verbündeten versuchten der Welt zu beweisen, daß dieser Konflikt mit einem Diktat der Gewalt, durch militärische Aktionen gelöst werden kann. Wir haben nun gesehen: ohne Erfolg. Mehr noch: Das ultimative Vorgehen der Nato, ihre Neigung, sich auf keine Kompromisse einlassen zu wollen, hat den Spielraum für akzeptable diplomatische Lösungen noch eingeengt.

SPIEGEL: Für Rußland herrscht noch kein Frieden auf dem Balkan?

Jelzin: Jedenfalls ist er sehr fragil. Wir müssen jetzt ausgewogene politische Entscheidungen treffen und dem durch Bomben zerstörten Jugoslawien ein friedliches Leben ermöglichen. Eine Schlüsselrolle fällt dabei der internationalen Friedensoperation im Kosovo zu. Mir ist es grundsätzlich wichtig, daß sie unter Uno-Schirmherrschaft stattfindet, wie dies in der Sicherheitsrats-Resolution festgelegt ist.

SPIEGEL: Rußland hat sich immer gegen den Einsatz von Nato-Bodentruppen im Kosovo verwahrt. Nun stehen Ihre Soldaten plötzlich am Flughafen von Priština. Werden sie in das internationale Kontingent integriert?

Jelzin: Im Kosovo sind nicht Nato-Bodentruppen einmarschiert, sondern dort wird ein internationales Sicherheitskontingent stationiert. Diese Entscheidung wurde vom Uno-Sicherheitsrat getroffen. Das ist ein großer Unterschied. Wir wollen weiteren möglichen Konflikten auf dem Balkan vorbeugen. Deshalb ist eine Mitwirkung an der Kosovo-Friedensoperation für uns kein Selbstzweck. Erst nach Zustimmung der jugoslawischen Führung zur Stationierung eines Uno-Kontingents hat sich Rußland auf Bitten Belgrads – und das ist außerordentlich wichtig – für eine Beteiligung entschieden.

SPIEGEL: Welche russischen Vorschläge sind denkbar, um für Europa ein eigenes Sicherheitssystem zu schaffen – etwa durch Weiterentwicklung der OSZE?

Jelzin: Die Festigung der europäischen Sicherheit steht für uns im Mittelpunkt. Die Ereignisse auf dem Balkan haben gezeigt, wie wichtig das ist. Vor unseren Augen ist in Europa ein äußerst gefährlicher Präzedenzfall für Konfliktlösungen geschaffen worden – nicht auf der Basis der Uno-Charta, des Völkerrechts, von Prinzipien und Normen der OSZE, sondern einfach durch Behauptung eines primitiven „Rechts auf Gewalt“.

SPIEGEL: Gegen Gewalt hilft mitunter nur Gegengewalt.

Jelzin: Wissen Sie, ich hatte in diesen Tagen aber das Gefühl, daß jemand versucht, uns in das Steinzeitalter zurückzuzerren. Wir dürfen nicht zulassen, daß eine offene Nato-Aggression gegen einen souveränen Staat als Präzedenzfall akzeptiert wird. Der Versuch, ein sogenanntes Nato-zentrisches Modell der europäischen Sicherheit durchzusetzen, bei dem nationale und politische Interessen Rußlands ignoriert wer-

* Bei einem Treffen mit Wissenschaftlern am 4. Juni in Moskau.
Das Gespräch führte Redakteur Jörg R. Mettke.

den, birgt die Gefahr der Instabilität nicht nur für Europa, sondern für die ganze Welt.

SPIEGEL: Was ist Rußlands Alternativvorschlag?

Jelzin: Eben die Entwicklung und Festigung der OSZE als der einzigen wirklich gesamteuropäischen Einrichtung, die im Sicherheitsbereich tätig werden darf. Nicht alles an der Tätigkeit der OSZE stellt uns heute zufrieden. Es wird viel Arbeit erfordern, um sie stärker zu machen und eine größere Wirksamkeit in Sicherheitsfragen zu erreichen – nicht nur auf militärischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem, ökologischem und humanitärem.

SPIEGEL: Denken Sie an eine solidere Völkerrechtsgrundlage – oder wie sonst wollen Sie die OSZE organisatorisch festigen?

Jelzin: Erstens muß der Konsens als Entscheidungsgrundlage vorbehaltlos erhalten bleiben. Weiter tritt Rußland für ein Europa ohne Trennungslinien ein. Eine europäische Sicherheits-Charta im Rahmen der OSZE würde uns diesem Ziel näherbringen: Sie könnte für alle Staaten zu einer Art „Verhaltenskodex“ werden, der mit dem Völkerrecht im Einklang steht.

SPIEGEL: Rußland und Belarus streben einen Staatenbund an, in dem manche auch einen Platz für Jugoslawien reserviert sehen möchten. Was halten Sie davon?

Jelzin: Die Idee eines russisch-belorussischen Staatenbundes wurzelt in der Gemeinsamkeit historischer Schicksale und in der Freundschaft unserer beiden Völker. Wir stehen einander kulturell und geistig nahe, wir haben gemeinsame strategische Interessen. Dies ist ein freiwilliger Schritt von Staaten und Völkern aufeinander zu.

SPIEGEL: Vergleichbar den westeuropäischen Integrationsbemühungen?

Jelzin: Ich mache keinen Hehl daraus, daß wir diese Erfahrungen studiert und manches übernommen haben. Obwohl unser Bund seine Eigenheiten haben wird. Aber die Annäherung von Rußland und Belarus erfolgt im Gleichschritt mit dem weltweiten und vor allem mit dem europäischen Integrationsprozeß.

SPIEGEL: Nicht gegen ihn?

Jelzin: Wir wollen uns nicht zusammentun gegen jemanden. Wir wollen vor allem dazu beitragen, daß wirtschaftlich starke demokratische Staaten aus diesem Prozeß hervorgehen, die für ihre Sicherheit und ihren wirtschaftlichen Aufschwung sorgen können.

SPIEGEL: Und da denken Sie auch an die serbischen Brüder?

Jelzin: Der geltende Vertrag über den Staatenbund zwischen Belarus und Rußland ist grundsätzlich für andere Staaten offen. Natürlich unter der Bedingung, daß die in den Gründungsdokumenten verankerten Verpflichtungen erfüllt werden. Was Jugoslawien angeht, so sehen wir gegenwärtig die wichtigste Aufgabe in der Wiederherstellung eines anhaltenden und zuverlässigen Friedens in diesem leidgeprüften Land.

SPIEGEL: Ihre Lebensleistung ist, verhindert zu haben, daß die Wirren nach dem Ende des Kommunismus in einen Bürgerkrieg mündeten. Glauben Sie, daß auch die Grundlagen für ein wirtschaftliches Wachstum geschaffen wurden?

Jelzin: Wie 150 Millionen Bürger Rußlands bin auch ich mit dem wirtschaftlich Erreichten in unserem Lande unzufrieden. Viele Probleme harren ihrer Lösung. Es muß noch sehr viel getan werden. Doch auch der Wandel in den Jahren der Reform ist nicht zu übersehen. Wir leben heute in einem anderen Rußland. Die Rückkehr in die Vergangenheit ist absolut ausgeschlossen: Unsere Leute, unsere Wirtschaft würden sich das nicht mehr gefallen lassen.

Jelzin: Glauben Sie es mir: Rußland verfügt über ein riesiges Potential für den wirtschaftlichen Durchbruch. Es ist unsere Pflicht, diese Chance nicht zu versäumen.

SPIEGEL: Verfügt die neue russische Regierung über Machtinstrumente, mit denen die Schattenwirtschaft zurückgedrängt und die Staatseinnahmen erhöht werden können?

Jelzin: Wir werden gegenüber Wirtschaftskriminellen hart durchgreifen. Dazu haben wir den Willen und die Möglichkeiten. Besonders heute, wo an der Spitze der russischen Regierung kein erfahrener Ökonom und auch kein Diplomat steht, sondern ein Mann der Sicherheit. Sergej Stepaschin hat bereits als Direktor des Föderalen Sicherheitsdienstes und als Innenminister reiche Erfahrungen sammeln können im Kampf gegen die vielzitierte „russische Mafia“, von der im Westen und auch in Ihrer Zeitschrift soviel zu lesen ist.

SPIEGEL: Wie wird Premier Stepaschin seine Kenntnisse umsetzen?

SYGMA

Russische Truppen beim Einzug in Priština: *„Wir bleiben Gegner von Gewaltmethoden“*

SPIEGEL: Aber es gibt nicht nur Reform-Gewinner, um es milde zu formulieren.

Jelzin: Aber wir haben das rigide Verwaltungssystem überwunden. Wir haben den Menschen die Möglichkeit gegeben, für sich selbst, für ihre Familien und damit für unser Land zu arbeiten. In privaten Betrieben entsteht heute der überwiegende Teil unseres nationalen Reichtums. Eine neue Generation von gebildeten, dynamischen jungen Unternehmern hat keine Scheu vor Verantwortung. Das ist ein ganz neuer Menschenschlag. Und es macht mich glücklich, daß die Zahl solcher Leute immer größer wird.

SPIEGEL: Das klingt nun wirklich, als warte das russische Wirtschaftswunder hinter der nächsten Ecke.

Jelzin: Im Kampf gegen die Schattenwirtschaft gibt es keine einfachen und schnellen Lösungen. Man kann nicht an jeder Tankstelle und in jeder Fabrikhalle einen staatlichen Aufseher postieren. Wir werden dieses Problem nur bewältigen, wenn unser Steuersystem die Produktion fördert und ein günstiges Investitionsklima geschaffen wird. Ehrliche Unternehmer müssen geschützt werden. Es muß sich wieder lohnen, ehrlich zu arbeiten und vernünftige Steuern zu zahlen.

SPIEGEL: Mit welchen Zeiträumen rechnen Sie bis zu einem spürbaren Anstieg des Wohlstands in Rußland?

Jelzin: Das hängt nur von den Menschen selbst ab. In unserem Lande glaubt heute kaum noch jemand an Versprechungen, mit

denen die Machthaber sie früher abgefüttert haben: etwa im Jahre 1980 den Kommunismus zu errichten oder jedem im Jahre 2000 eine Eigentumswohnung zu geben. Die Bürger verstehen: Der Segen wird nicht vom Himmel fallen. Um besser zu leben, muß man sehr viel mehr leisten.

SPIEGEL: Oder noch mehr Kredite aufnehmen.

Jelzin: Keine Kredite, keine andere Art von äußerem Beistand können eine effektive nationale Wirtschaft ersetzen. Die Lage wird sich nur dann grundsätzlich ändern, wenn unsere Wirtschaft auf volle Touren kommt. Es wäre eine undankbare Aufgabe, dafür Zeitabschnitte festlegen zu wollen.

SPIEGEL: Was geschieht, wenn die Duma jene Gesetze zurückweist, welche der IWF als Vorbedingung für weitere Kredite fordert?

Jelzin: Rußlands Schicksal und das seiner Wirtschaft hängt nicht allein von IWF-Krediten ab. Wir können ohne dieses Geld auskommen. Aber ein Mißerfolg bei den Finanzverhandlungen würde unseren Staatshaushalt schwer belasten, den Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs und damit die Lösung von akuten sozialen Problemen für längere Zeit hinauszögern. In der Duma sitzen genug verantwortungsvolle und hochprofessionelle Politiker, die sich darüber im klaren sind. Ich hoffe, daß deren gesunder Menschenverstand die Oberhand gewinnen wird.

SPIEGEL: Halten Sie ein Verbot der Kommunistischen Partei Rußlands für realistisch und sinnvoll?

Jelzin: Die russische Gesetzgebung regelt Verbot und Auflösung von politischen Parteien streng und deutlich. Wenn die KP-Führung zu Gewalt und verfassungswidrigen Aktivitäten aufrufen und sozialen oder nationalen Zwist schüren sollte, werden diese Gesetze angewandt.

SPIEGEL: Die persönliche Aversion des Präsidenten ist kein hinreichender Grund?

Jelzin: Das wäre gegen das Gesetz und gegen meine Grundsätze, obwohl jedermann weiß, wie ich zur kommunistischen Ideologie stehe. Ich halte sie aus Überzeugung für schädlich. Doch mit Verboten und Verfolgungen ist sie nicht zu bekämpfen. Damit würde man den Kommunisten in die Hände spielen …

SPIEGEL: … und sie noch stärker machen?

Jelzin: Immer mehr Wähler verstehen heute, daß die Ideologie und das Programm der Kommunisten utopisch sind. Daß ihre Utopie aggressiv ist, auf Feindseligkeit und Gewaltanwendung beruht. Ich glaube fest, daß die KP Rußlands bald keine reale Kraft mehr darstellen wird.

SPIEGEL: Halten Sie für möglich, daß die Duma-Wahlen früher als geplant oder mit einem erheblich geänderten Wahlrecht stattfinden?

Jelzin: Die Duma muß die ihr von der Verfassung gesetzte Frist erfüllen. Alle Diskussionen über eine Duma-Auflösung oder die Verlegung des Wahltermins wollen nur die Situation aus dem Gleichgewicht bringen. Andererseits wird unser Wahlrecht den politischen Gegebenheiten in keiner Weise gerecht. Es wurde in der Hoffnung auf schnellen und erfolgreichen Aufbau eines demokratischen Mehrparteiensystems verabschiedet. Dazu ist es nicht gekommen. Deshalb begünstigt das Gesetz einige politische Parteien so eindeutig, daß deren Rolle in der Duma ihrem wirklichen politischen Gewicht und Einfluß in der Gesellschaft ganz auffällig widerspricht.

SPIEGEL: Sie befürworten ein reines Mehrheitswahlrecht?

Jelzin: Sechs Monate vor der Wahl ist es nicht sinnvoll, so grundsätzliche Änderungen des Wahlrechts durchsetzen zu wollen. Aber nach dem Wahl-Marathon, zu dem Rußland jetzt startet, wird diese Frage ernsthaft zu diskutieren sein.

SPIEGEL: In welchen Bereichen halten Sie eine Zusammenarbeit mit Deutschland für besonders wichtig?

Jelzin: Rußland und Deutschland sind die beiden größten Staaten Europas. Sie haben ein gemeinsames historisches Schicksal, sie tragen gemeinsam die Verantwortung für den Frieden, für Sicherheit und Stabilität in Europa und in der Welt. Wir können stolz

sein auf den historisch bedeutsamen Wandel im Bewußtsein von Russen und Deutschen: Wir haben die Folgen des Krieges überwunden und sind über friedliches Miteinander zur Eintracht gekommen.

SPIEGEL: Halten Sie den gegenwärtigen deutsch-russischen Dialog für intensiv und effektiv genug?

Jelzin: Jedenfalls ist er von Vertrauen und gegenseitigem Respekt geprägt. Die Bundesrepublik Deutschland war der erste westliche Staat, mit dem wir einen wirksamen Mechanismus bilateraler Konsultationen auf höchster Ebene in Gang setzen konnten. Zwei gemeinsame Regierungstagungen in großer Besetzung – wenn man sie so nennen darf – haben wir bereits hinter uns.

SPIEGEL: Gleichwohl klagt die deutsche Wirtschaft über mangelndes Verständnis in Rußland.

Jelzin: Wirtschaftskontakte bilden die natürliche Grundlage unserer Beziehungen zu Deutschland. Sie stehen auch künftig für uns ganz obenan. Und es gibt vielversprechende gemeinsame Projekte für eine industrielle Kooperation: Nehmen Sie nur die Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines Frachtflugzeugs für Europa auf der Grundlage unserer An-70. Deutsche Experten übernehmen die Modernisierung eines der größten europäischen Hüttenwerke in Magnitogorsk, eine gemeinsame Pkw-Produktion ist geplant.

SPIEGEL: Wie möchten Sie gern in die Geschichtslehrbücher Ihres Landes und der Welt eingehen?

REUTERS

KP-Demonstranten auf dem Roten Platz: *„Bald keine reale Kraft mehr“*

Jelzin: Nicht nur schwarz und nicht nur weiß. Künftige Generationen sollen die Wahrheit über unsere komplizierte Zeit erfahren – mit all ihren Siegen und Niederlagen, all ihren Fehlern und Großtaten.

SPIEGEL: Können Sie sich eine Situation in Rußland vorstellen, die – wenn es Ihre Gesundheit und die Rechtslage gestatten – noch einmal Ihre Kandidatur für das Präsidentenamt erfordert?

Jelzin: Mein Mandat als Rußlands Präsident läuft im Sommer nächsten Jahres ab. Ich habe bereits mehrfach erklärt – auch Ihnen gegenüber, wenn ich mich nicht irre –, daß ich nicht die Absicht habe, für eine weitere Amtszeit zu kandidieren. Und ich bin überzeugt davon, daß auch der nächste Präsident Rußlands den Idealen der Demokratie und der Freiheit treu bleiben wird: Rußland wird in Bewegung bleiben und auf dem Wege der Erneuerung.

SPIEGEL: Boris Nikolajewitsch, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

AUSSTELLUNGEN

Wunder der Tiefsee

Die Erforschung der Tiefsee, des größten irdischen Lebensraumes, wollte das Deutsche Reich unter Wilhelm II. nicht Briten, Franzosen und US-Amerikanern überlassen. Also ließ es einen Liniendampfer umrüsten und schickte ihn für neun Monate auf Expedition bis in antarktische Gewässer und zum Indischen Ozean. Mit der Fernfahrt der „Valdivia“ begann am 1. August 1898 die deutsche Tiefseeforschung. Für das Naturmuseum und Forschungsinstitut Senckenberg in Frankfurt am Main ist das Anlaß zu einer Sonderausstellung, die am Montag dieser Woche eröffnet wird. Zu sehen sind Reproduktionen von Originalfotos, aber auch biologische Mitbringsel der historischen Expedition, etwa „in Alkohol konservierte Krabben, Seeigel und Schwämme“ (Ausstellungsorganisator Michael Türkay). Die Forschungsreise der „Valdivia“ bestätigte, daß das Wasser der Tiefsee nicht leblos ist, sondern daß Plankton-Organismen darin existieren. Einzelergebnisse der Expedition wurden noch bis 1940 veröffentlicht. Die „Valdivia“ tat da längst keinen Dienst mehr. Die letzte Reise des 94-Meter-Schiffes ging 1927 zum Abwracken ins französische La Seyne.

SENCKENBERG MUSEUM

Mannschaft der „Valdivia“ (1898)

FORSCHUNG

Frühes Ballspiel

Schon 3500 Jahre bevor der Amerikaner Charles Goodyear 1839 mit seinem Vulkanisierungsverfahren die Grundlage für die moderne Gummiindustrie schuf, hatten die Einwohner Mittelamerikas einen Weg gefunden, aus dem flüssigen Latex von Kautschukbäumen Bälle, Gummibänder und Gummipuppen zu fertigen. Materialforschern des Massachusetts Institute of Technology gelang es nun, die chemischen Abläufe des Uraltverfahrens zu klären und mit dessen Hilfe eine formbare, elastische Gummimasse herzustellen. Die Wissenschaftler analysierten das Material einiger noch erhaltener Vollgummibälle und studierten die von spanischen Chronisten des 16. Jahrhunderts erwähnten Herstellungsverfahren.

Danach mixten schon die Mayas das aus angeritzten Bäumen aufgefangene Latex mit dem Saft der Ipomoea alba, der Mondwinde, und erhitzten das geronnene Gemisch zu einer formbaren Masse. Ein nach dieser Rezeptur hergestellter Vollgummiball von 9,5 Zentimeter Durchmesser „zeigte ein typisch gummiartiges Verhalten“, berichten die Forscher, „er sprang nach dem Aufprall etwa zwei Meter hoch“.

Mayas beim Ballspiel (Rekonstruktion)

MEDIZIN

Falsche Pillen bei Herzschwäche

Bei der Behandlung von Patienten mit ungenügender Pumpleistung des Herzens („Herzinsuffizienz“) klafften in Deutschland riesige Lücken, kritisierte der Mannheimer Pharmakologe Martin Wehling auf einem Workshop der Firma Hoffmann-La Roche in Lugano. In Deutschland würden 80 Prozent der Betroffenen mit Fingerhut-(Digitalis-)Präparaten behandelt, „aber nur 20 Prozent brauchen diese tatsächlich“, monierte Wehling. Dagegen würden nur 40 Prozent der Herzschwachen mit sogenannten ACE-Hemmern therapiert, diese wären aber bei neun von zehn Patienten angezeigt. Noch krasser ist die Schieflage bei Betablockern. Nach Wehling könnten und sollten 80 Prozent der Patienten mit diesen Mitteln behandelt werden, sie würden derzeit aber nur bei 15 Prozent verschrieben. Die Angst der Ärzte vor Nebenwirkungen der Betablocker auf das Herz-Kreislauf-System sei unbegründet. Sie könnten vermieden werden, wenn man mit einer sehr geringen Anfangsdosis einsteige und die Patienten „eng“ klinisch kontrolliere.

H. LÄNGE / SILVESTRIS

Fingerhut

INTERVIEW

Opfer der Monokultur

Der Karlsruher EDV-Sicherheitsexperte Christoph Fischer über den dritten Fall einer weltweiten Computervirus-Epidemie innerhalb von drei Monaten

SPIEGEL: Nach „Melissa“ und dem „CIH“-Virus wurde in der letzten Woche schon wieder globaler Virus-Alarm ausgelöst. Inwieweit war Deutschland betroffen?
Fischer: Einige hat es erwischt, aber es gab kein Desaster. Die Betroffenen waren natürlich aufgeschmissen, wenn sie keine Sicherheitskopie von ihrer Festplatte gemacht hatten.
SPIEGEL: In den USA hat der „Wurm“, wie die neueste Spezies genannt wird, gewütet. Warum nicht hier?
Fischer: Bei Melissa wird das Verderben beim Öffnen der E-Mail beiläufig in Gang gesetzt, beim „ExploreZip“-Wurm muß man dazu auf das angehängte Programm klicken. Außerdem sind die Anwender inzwischen bei unangekündigten englischsprachigen E-Mails mißtrauisch.
SPIEGEL: Werden die Viren aggressiver?
Fischer: Die Transportmechanismen sind aggressiver geworden. Das Internet und die Ausnutzung der E-Mail als „Fahrwerk“ haben dazu geführt, daß sich die Übeltäter breitflächig verteilen. Ein weiteres Problem ist die Monokultur des Betriebssystems Windows. In der Landwirtschaft weiß man schon seit hundert Jahren, daß so etwas brandgefährlich ist.
SPIEGEL: Welche Gefahr droht als nächstes?
Fischer: Zusammen mit den neuen Fahrwerken kann uns jetzt die volle Bandbreite der Virennutzlasten treffen: von einfachen audiovisuellen Effekten über Dateilöscher bis hin zur fiesesten Kategorie, Viren, die schleichend Dateien verändern. Dann nützt auch das Backup nichts mehr.
SPIEGEL: Müssen die Computernutzer sich damit abfinden?
Fischer: Man muß Druck auf die Systemhersteller ausüben, daß Betriebssysteme bessere Schutzmechanismen mitbringen. Daß zum Beispiel ein Programm Alarm schlägt, wenn es plötzlich mehr als zehn E-Mails verschickt – eine beliebte Verbreitungsmethode der neuen Makroviren.
SPIEGEL: War Ihr Rechner schon mal infiziert?
Fischer: Ich habe mir noch nie eine Infektion auf natürlichem Wege zugezogen. Außerdem benutzen wir nicht Windows sondern Unix.

T. BARTH / ZEITENSPIEGEL

Viren-Experte Fischer

www.cert.org

SPIELE

Müdes Rennen

Fast alle Augenzeugen des neuen Films „The Phantom Menace“ aus der „Star Wars“-Saga sind sich einig: Effekte gut, Geschichte mau. Insoweit gleicht das Spiel „Star Wars: Episode I Racer“ für Nintendo-64-Konsolen aufs Haar seinem Vorbild. In einem intergalaktischen Rennen rast der Spieler durch unübersichtliches Gelände und mitunter auch mitten hinein in die Konkurrenten. Jeder Crash wird von dem aufreizenden Gejuchze des virtuellen Piloten Anakin Skywalker begleitet. Das einzig Fesselnde an der 129 Mark teuren Übung ist die affenartige Geschwindigkeit von 960 Kilometern pro Stunde, mit der der Spielgefährte über 25 Rennstrecken in 8 virtuellen „Star Wars“-Welten flitzt. Abwechslung zu den ermüdenden Rundfahrten bieten allenfalls die Sequenzen, in denen man zwischen den einzelnen Wettfahrten Reparaturteile und Aufrüstungsartikel für das Fahrzeug kaufen kann.

Spielszenen aus „Star Wars: Episode I Racer“

LINUX

Kraftvoller Biß

Das im kollektiven Selbstbau von engagierten Enthusiasten entwickelte und immer mächtiger werdende Betriebssystem Linux gilt mittlerweile als gute Wahl für Internet-Server und Datenbanksysteme. Verschiedene Firmen interessieren sich jedoch auch für den Einsatz in Minirechnern. So experimentieren Compaq-Forscher mit „Itsy“, einem Winzling, der kleiner als ein Palm-PDA ist, aber kraftvoll zubeißen kann: ein 200-Megahertz-Prozessor des Typs StrongArm und 16 Megabyte Arbeitsspeicher bringen neben üblicher Organizer-Software selbst das Ballerspiel Doom zum Laufen. Das Gerät läßt sich über zehn Knöpfe bedienen, der LCD-Bildschirm ist zudem berührungsempfindlich. Welche Produkte aus dem Prototypen hervorgehen, bleibt abzuwarten.

Compaq Itsy

Werbeseite

Werbeseite

Elektrorennwagen „Current Eliminator III“, Fahrer Berube: *Surren wie von einer Nähmaschine unter Hochspannung*

AUTOMOBILE

„Motoren riechen anders“

Eine lebendige Szene von Enthusiasten in den USA baut Elektroautos der anderen Art: Statt lahmer Ökomobile schrauben sie Hochgeschwindigkeitsvehikel zusammen und erproben sie bei einem gänzlich unvernünftigen Freizeitvergnügen, dem Drag Race.

Es gibt kein Entkommen, der Lärm ist überall. Auf der Rennstrecke starten in Abständen von 30 Sekunden je zwei Wagen mit brüllenden Motoren, auf dem Sammelplatz hinter den Tribünen knattern sich die Maschinen warm.

Routiniert fegen Helfer Mechanikfragmente und Öllachen von der Strecke, die manche Fahrzeuge am Start hinterlassen. Kleine Häufchen verbrannten Gummis sammeln sich dort, wo die Fahrer beim „Burnout“ die Räder durchdrehen lassen, um die Reifen aufzuwärmen.

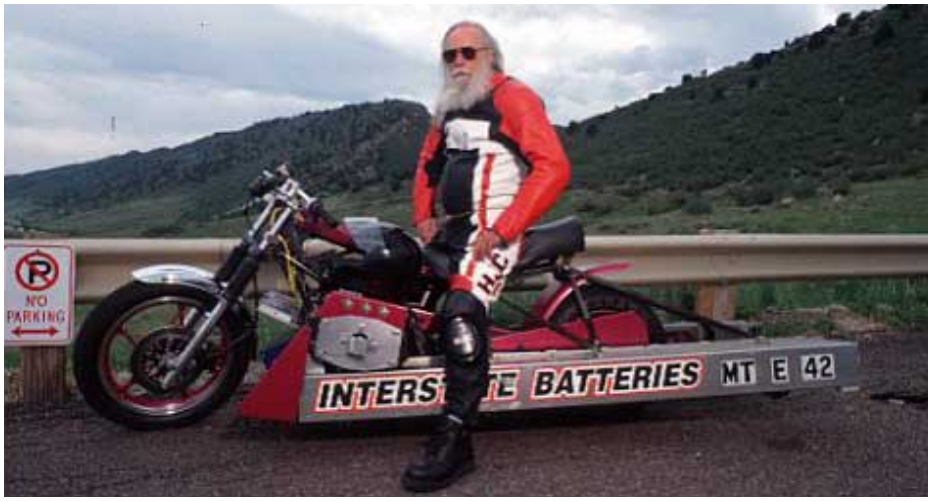
Nach dem Reglement geht es bei diesem Drag-Rennen darum, möglichst schnell die Viertelmeile – etwa 400 Meter – zurückzulegen. Solche Drag-Konkurrenzen sind in den USA ein beliebtes Freizeitvergnügen, und das Protzen mit PS und Phon ist unverzichtbarer Teil des Rituals.

Doch an diesem Mai-Wochenende mustern die Kombattanten am Stadtrand von Denver (Colorado) argwöhnisch jene kleine Schar von Rennfans, deren Wagen nahezu lautlos durch das Fahrerlager rollen: Besitzer von Elektroautos, die sich am Bandimere Speedway eingefunden haben.

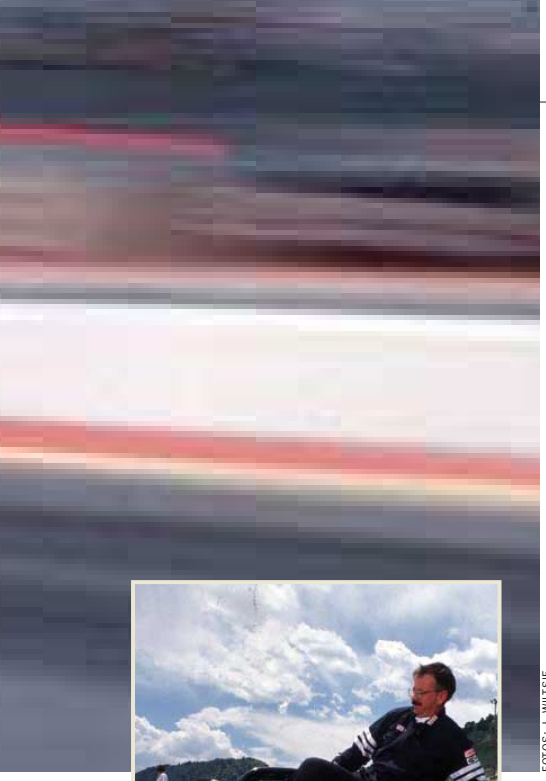
Wie Ökopaxe sehen die Elektromobilisten nicht gerade aus. „Born to be Wilde“ hat sich etwa Roderick Wilde, 50, auf seine schwarze Baskenmütze sticken lassen – „Wir brauchen keine verdammten Kolben“, steht auf seinem T-Shirt.

„Elektroautos sind lange in den falschen Händen gewesen“, erklärt John Wayland, 47, „sie werden meist von Leuten gefahren, die eigentlich gar keine Autos mögen und auf gar keinen Fall zugeben würden, daß Fahren auch Spaß machen kann.“

Wayland bringt seinen „White Zombie“ an den Start, einen ziemlich mitgenommenen Datsun. „Ich wollte schon immer ein Auto haben, mit dem ich eine Corvette wegblasen kann“, erzählt er. Rund 240 PS holt er aus dem Elektromotor heraus. Waylands Markenzeichen ist der spektakuläre



Konstrukteur Crabtree mit Elektromotorrad: *„Wir brauchen keine verdammten Kolben“*



FOTOS: J. WILTSIE

Burnout. Die gewaltige beißende Rauchwolke verbrannter Reifenbeläge ruft auch diesmal Beifall hervor.

„Natürlich bin ich Umweltschützer“, verteidigt sich Wayland, „aber müssen sich Elektroautos wie Golfkarren fahren?“

Wayland ist seit den achtziger Jahren in der Szene aktiv. Die Elektrotechnik hat er sich selbst beigebracht. „Ich brauche kein Diplom, schließlich haben mir Leute mit Diplom jahrelang erklärt, daß das, was wir hier machen, gar nicht geht.“

Der Starkstromfanatiker trägt den Spitznamen „Plasma Boy“, seit er versehentlich eine Kupferschiene auf sein Batteriepaket fallen ließ. Der Kurzschluß zündete einen Lichtbogen, der das massive Metallstück mit einem ohrenbetäubenden Knall in eine gleißende Gaswolke verdampfen ließ.

Nebenan produzieren sich die Liebhaber großkalibriger Ottomotoren: chromblitzende Cadillacs und Corvettes, denen aufgemotzte Rennmotoren wie Tumoren aus Öffnungen in der Motorhaube quellen, durch Um- und Anbauten bis zur Unkenntlichkeit entstellte Straßenkreuzer oder auf Motor und Fahrwerk reduzierte Kraftpakete, deren armdicke Auspuffrohre direkt vom Zylinderkopf in den Himmel röhren.

Doch auch die Elektroautos sind alles andere als zahm. Die Antriebsaggregate entwickeln im Gegensatz zu Benzinmotoren vor allem bei geringen Drehzahlen ein brachiales Drehmoment, das herkömmliche Getriebe und Antriebswellen regelmäßig in die Knie zwingt.

Diesmal erwischt es ausgerechnet das am robustesten wirkende Fahrzeug, einen elektrifizierten Land Rover. Nur ein paar Meter nach dem Start muß Bob Rickard seinen Geländewagen stoppen: Die Zahnräder des hinteren Differentials haben sich mit einem häßlich malmenden Geräusch verabschiedet.

Einige Hersteller haben die Elektrorenner als Experimentierfeld entdeckt; so stammen die teuren Batterien meist von Sponsoren, die auf diesem Wege ihre Entwicklungen preisgünstig testen lassen.

Wilde hat den gesamten Kofferraum seines „Maniac Mazda“, eines roten RX-7, mit unbeschrifteten schwarzen Klötzen gefüllt – noch geheimen Prototypen einer Batteriefirma, die mit den kompakten Kraftpaketen in Zukunft zum Beispiel Elektrowerkzeuge antreiben will.

Behutsam schiebt Wilde die letzten Kupferbrücken in die Kontakte, die den Energiespeicher scharf machen. Zusammengeschaltet liefern die Zellen 216 Volt, bis zu 2400 Ampere Spitzenstrom sollen durch die Metallbrücken fließen.

Rein rechnerisch ergibt sich so eine maximale Antriebsleistung von rund 700 PS. „Die Vorderräder werden abheben“, prahlt Wilde. Schließlich hat er schon mit den alten, viel schwereren Batterien die Viertelmeile in zwölf Sekunden geschafft.

Aber dann, wenig später, gibt es doch lange Gesichter: schlaffe 13,9 Sekunden, nicht mal 160 Stundenkilometer Spitzengeschwindigkeit. „Der Motor kriegt nicht genug Saft“, grummelt Wilde und blickt ratlos auf die fingerdicken Kabel unter der Motorhaube.

Die Elektrorenner fahren prinzipiell am Limit. Als Geheimtip werden Aggregate der Firma Kostow gehandelt. Diese Gabelstaplermotoren aus Bulgarien gelten als ebenso primitiv wie widerstandsfähig. Die Rennfahrer verstärken sie mit besonders robusten Kontakten und jagen 200 bis über 300 Volt durch die eigentlich für 32 Volt konzipierten Geräte.

„10 X“ lautet das gängige Kürzel für diese Betriebsart – zehnfache Überlast. Einige haben elektronische Schutzschalter eingebaut, die die Drehzahl der Motoren begrenzen sollen. Denn wenn etwa die Antriebswelle bricht und der Motor schlagartig ohne mechanischen Widerstand ins Leere läuft, würde er blitzschnell auf mehrere zehntausend Touren pro Minute hochrasen, was nach den Gesetzen der Fliehkraft mit einem Schrapnellregen endet.

Die rohe Kraft dieser E-Motoren zu zähmen ist eine Kunst, die nur wenige beherrschen. Renntaugliche „Controller“, Regelgeräte, die den Batteriestrom je nach Bedarf wohldosiert oder brutal zuteilen, sind kleine Meisterwerke.

Otmar Ebenhöch, 32, hat den „Godzilla“ Controller entwickelt. Das schuhkartongroße Gerät zerhackt die Gleichspannung der Batterie in rund 16 000 Impulse pro Sekunde. Ein Mikrocomputer steuert die Impulslänge und regelt so die Drehzahl des angeschlossenen Motors. Im „EV 1“, dem fortschrittlichsten Serien-Elektroauto von General Motors, habe der Controller noch die Größe eines Kindersargs, spottet Ebenhöch: „Die peilen es halt nicht.“

Der Schulabbrecher aus Palo Alto, Sohn österreichischer Einwanderer, hat den Godzilla nach dem Studium schwachbrüstiger Industrieschaltungen entwickelt;

„White Zombie“ am Start, Antrieb (mit Regler): *Wolke von verbranntem Gummi*

Werbeseite

Werbeseite

wenn er nicht mehr weiter wußte, hat er seinen Vater angerufen, der ist Elektrotechniker. Einige abgefackelte Kondensatoren und ausgeglühte Motoren später hatte er die ausgeklügelte Konstruktion seiner wassergekühlten Transistor-Armada fertig.

Sein Rivale Damon Crockett erlebt einen schwarzen Samstag: Gleich zwei seiner „T-Rex"-Regler sind im brandneuen Rennwagen von „NetGain" aus der Nähe von Chicago installiert. Die Profis haben sich das Chassis des Wagens beim renommierten Dragster-Spezialisten Spitzer maßanfertigen lassen.

Zwei Kostow-Motoren sollten nun, „konservativ geschätzt", etwa 900 PS auf die Räder bringen. Doch bei Einstellarbeiten am Vorabend des Rennens geht der erste T-Rex in Flammen auf.

Beim Startversuch mit halber Kraft kommt der Renner nach einigen Metern in einer Rauchwolke zum Stehen. Bill Dubé, der technische Direktor der National Electric Drag Racing Association (Nedra*), schnüffelt fachmännisch. „Motoren riechen anders", meint er. In der Tat: Nicht der Motor, der zweite Regler ist explodiert, eine fette Rußschicht liegt auf der Elektrik.

Der rauschebärtige Don („Father Time") Crabtree, 62, bleibt gelassen. Der Ingenieur aus Seattle konstruiert zum Broterwerb Großsägen, die ganze Baumstämme minutenschnell in Bretter verwandeln. Seine wahre Leidenschaft gilt dem Elektromotorrad. Die „Dragon Parade" hat kuriose Ausleger, die an die Kufen eines Wasserflugzeugs erinnern – sie beherbergen die 144-Volt-Batteriepacks. „Wenn ich die etwas höher lege, kann ich auch Kurven fahren", so Crabtree.

Auf Anhieb verbessert er seinen eigenen Weltrekord der Klasse „MT/E" nach dem Nedra-Reglement auf 16,1 Sekunden und hängt sogar die deutlich stärkere „Kawashocki II" ab.

Bill Dubé mustert unterdes betrübt sein „Killa-Cycle"-Motorrad. Es bockt wie ein störrisches Pferd. Offenbar haben sich beim Transport einige Verbindungen der 320 Batterien gelockert – Wackelkontakt. Es sind brandneue Zellen in sogenannter Thin-Metal-Film-Technologie. Etwa vom Format einer Taschenlampenbatterie, sollen sie kurzzeitig 200 Ampere liefern – ideale Kraftpakete für Kurzzeitrennen.

Auf den ersten Blick wirken solche Konstruktionen wie pure Spielerei, doch die Ampere-Enthusiasten sehen sich auch als Pioniere des Elektro-Pkw für den Alltag. „Die großen Autokonzerne haben Elektroautos zu teuren Luxusartikeln gemacht, die keine Käufer finden", erklärt Dubé, „wir Hinterhofbastler zeigen den Großen, daß es auch billiger geht."

Tatsächlich stehen alle Konstrukteure vor demselben Problem: Batterien als Energiespeicher benötigen um ein Vielfaches mehr Volumen und Gewicht als Verbrennungstreibstoffe. Im Prinzip bleibt die Wahl zwischen zwei Kompromissen: entweder ein Auto mit geringer Reichweite zu bauen, das schon nach 80 bis 100 Kilometern an die Ladestation muß, oder mit exotischen Stromspeichern, aufwendigen Leichtbaukarosserien und Sparantrieben die erreichbare Wegstrecke zu verlängern.

Die Industrie hat sich für den zweiten Weg entschieden. So entstanden beeindruckende Prototypen, die nie zur Serienreife kamen, oder kaum erschwingliche Prestigeprojekte.

Elektromotorrad „Killa-Cycle": *Brachiales Drehmoment*

General Motors etwa bietet seinen futuristischen EV 1 zum Preis von über 80 000 Mark gar nicht erst zum Kauf, sondern nur mit dreijährigen Leasingverträgen an. Mit sündteuren Nickel-Metallhydrid-Batterien und Aluminiumkarosserie hält seine Ladung etwa 160 Kilometer vor.

Die Hobbyisten andererseits basteln aus automobiler Dutzendware für ein paar tausend Dollar Umbaukosten Gefährte, die mit einer Reichweite von rund 80 Kilometern jedem Benziner beim Ampelstart davonfahren. Besonders in Kalifornien hat sich eine rege Szene entwickelt, die Fahrzeuge vom Cabrio bis zum Pickup vom Explosionsmotor befreit. Für 90 Prozent aller täglichen Fahrten, rechnen die Aktivisten vor, genüge diese Wegstrecke.

„Wenn die Autofirmen den Kunden die Wahl ließen, ein Auto zu heutigen Preisen mit Reichweiten um die 100 Kilometer zu kaufen oder 100 000 Mark Aufpreis für hochgezüchtete Varianten zu bezahlen, würde sich schnell zeigen, wo der echte Markt liegt", glaubt Dubé.

Vor allem aber gelte es, das Elektroauto vom intellektuellen Ballast der Öko-Rationalität zu befreien und endlich auch die Emotionen der PS-Fetischisten zu wecken – so wie beim Drag-Rennen in Denver.

Unangefochtener Star der Szene ist Dennis Berube, 46. Sein Elektrorenner „Current Eliminator III" ist ein reinrassiger Dragster, jene extrem langgezogene Bauform mit kleinen Rädern an der spitzen Schnauze und wulstigen Antriebswalzen direkt hinter dem Cockpit.

Seit 1991 ist Berube über 3000mal die Viertelmeile heruntergejagt. Die 1000 Dollar Prämie, die eine Aufschrift am Wagenheck dem ersten Elektroauto verspricht, das ihn schlägt, hat noch kein Konkurrent ergattert.

„Ich bin jedes Wochenende auf irgendeinem Rennplatz", erzählt der Unternehmer, der einen Reparaturservice für Industrieschweißgeräte betreibt. „Die Hälfte meiner Rennen gewinne ich gegen Benziner."

Etwas divenhaft hält sich Berube von den Bastlern fern, die ihre Gefährte im letzten Moment zurechtdengeln. Bei ihm ist jeder Handgriff Routine. 15 Minuten dauert das Aufladen der Batterien am transportablen Generator, dann geht es auf die Rennstrecke.

Die Beschleunigungssequenz wird von einem Mikrocomputer gesteuert. Berube drückt einen Schalter am Lenkrad. Wenn die Startampel in den Countdown springt, übernimmt die Elektronik die Regie.

Für das aggressive Surren, mit dem der Elektrodragster nach vorn schießt, gibt es im Rennsport keine Vokabel, vielleicht würde eine Nähmaschine unter Hochspannung so klingen. Das pfeilförmige Fahrzeug hat keine Gangschaltung und beschleunigt ruckfrei und ohne Unterbrechung bis zur Ziellinie.

10,23 Sekunden leuchten auf der Anzeigetafel, Spitzengeschwindigkeit 197 Stundenkilometer – wieder hat Berube seinen eigenen Weltrekord um einige Zehntelsekunden verbessert.

Für ein paar Minuten sind die Dragracing-Fans von dem Schweigen auf der Rennbahn irritiert. Einige haben die Ohrenstöpsel herausgenommen und lauschen fasziniert dem stillen Spuk. Dann gehen die althergebrachten Knatterboliden aufs neue an den Start, und ihre Welt ist wieder in Ordnung.

Jürgen Scriba

* Informationen unter www.nedra.com im Internet.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

MEDIZIN

Ross-Kur für die Pumpe

Nach 30 Jahren setzt sich eine britische Methode des Herzklappenersatzes durch: Die Patienten spenden sich ihre Klappe selbst.

GAMMA / STUDIO X

Herzpatient Schwarzenegger als Darsteller (1981): *Durch Klappenfehler therapiebedürftig*

Eigentlich hatte der junge Mann beschlossen, daß ihm nichts fehlte. Vielleicht wurde er in letzter Zeit schneller müde als früher, vielleicht waren die Augenringe ein wenig dunkler und die Gesichtsfarbe blasser. Immerhin hatte sein Herz 25 Jahre gegen den Widerstand einer von Geburt an verengten Herzklappe Blut in die Adern pressen müssen. Selbst im Schlaf stand sein Zentralorgan noch unter Hochdruck.

Der Geschädigte, Medizinstudent in Hamburg, gestand sich die zunehmende Schwäche nicht gern ein, weil er wußte, daß er für die Lösung seines Problems nur die Wahl zwischen zwei Übeln hatte: dem mechanischen Klappenersatz, der dem Patienten Medikamente aufzwingt, die ihn künstlich zum Bluter machen, oder eine Prothese vom Schwein, die nach acht bis zehn Jahren zu degenerieren beginnt.

Irgendwann aber, das war klar, drohten ihm Herzrhythmusstörungen und womöglich der Tod. Also überwand der angehende Mediziner die Angst und suchte seinen Arzt auf. Der machte ihm eine überraschende Offerte: Mit der „Ross Procedure“ habe er die beste Chance, sein Problem für immer zu lösen.

Das Prinzip des diffizilen Eingriffs: Jeder Mensch verfügt am Übergang der rechten Herzkammer in den Lungenkreislauf über ein fast identisches Klappendoppel, die sogenannte Pulmonalklappe. Bei der Ross Procedure spendet sich der Patient für eine defekte Aortenklappe das Transplantat selbst. „Switchen“ nennen die Chirurgen den fliegenden Klappenwechsel.

Während Schweineklappen und künstliche Ventile totes Material sind, lebt das frisch entnommene Eigentransplantat. Es paßt sich optimal seiner neuen Funktion an. Für die Klappe in der linken Herzkammer ist das besonders wichtig, weil das Blut dort mit Hochdruck in den Körperkreislauf gepreßt wird. Die Lücke auf der rechten Niederdruckseite wird mit dem zweitbesten Ersatz geschlossen, einer Herzklappe von einer Leiche (siehe Grafik).

Die bisher größte Langzeitanalyse belegt, daß der Erfolg der Ross-Methode den jedes anderen Flickwerks für angeschlagene Aortenklappen übertrifft. James Oury vom St. Patrick Hospital in Missoula (US-Bundesstaat Montana) wertete die Ergebnisse von über 2500 Ross-Patienten aus. Sein Fazit: Die langfristige Überlebenschance ist mit der Ross Procedure höher, die Spätkomplikationsrate niedriger als mit allen anderen Methoden des Aortenklappenersatzes. In elf Jahren mußten sich nur rund fünf Prozent der Betroffenen einer Zweitoperation unterziehen.

Das positive Resümee ist eine späte Genugtuung für den inzwischen 76jährigen Donald Ross. Als der Londoner Herzchirurg Ende der sechziger Jahre die nach ihm benannte Technik einführte, stand er, so der emeritierte Hamburger Herzchirurg Peter Kalmár, „allein in der Wüste“. Die Kollegen in aller Welt implantierten lieber Schweineklappen und mechanische Prothesen.

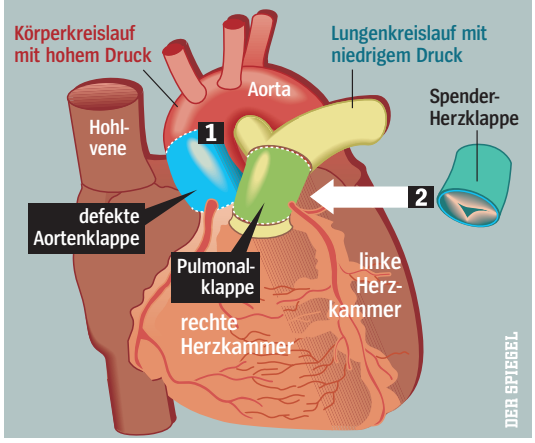
Der schlechte Ruf, der dem Switchen jahrelang anhaftete, hing auch mit der be-

Ventilwechsel

Der Herzklappen-Austausch nach der Ross-Methode vollzieht sich in zwei Schritten:

1 Die defekte Aortenklappe wird gegen die intakte Pulmonalklappe ausgetauscht.

2 Die Herzklappe eines Verstorbenen ersetzt die entnommene Pulmonalklappe.



sonderen Fingerfertigkeit zusammen, die der Eingriff den Ärzten abverlangt. Anfangs verletzten Ärzte dabei mitunter eines der Herzkranzgefäße; etliche der wagemutigen Pionierpatienten erlitten auf dem OP-Tisch einen Herzinfarkt. Auch nach der Operation, die mindestens doppelt so lange dauert wie ein gewöhnlicher Herzklappenersatz, stand nicht immer alles zum besten. Immer wieder verursachten mangelhaft sterilisierte Ersatzklappen bakterielle Infektionen.

Von den etablierten Kollegen wurde „Don“ Ross jahrelang geschnitten. „Ein Viertel der Patienten überlebt den Eingriff nicht“, hieß es lange Zeit. Die hohe Mortalitätsrate irritierte die Chirurgenzunft, fast zwei Jahrzehnte lang boykottierte sie die umstrittene Behandlung. Erst als durch Verbesserung der Methode die Sterblichkeit auf fünf Prozent gesunken war und „Don“ Ross 1987 die ersten soliden Daten vorlegen konnte, stieg die Zahl der Ross-Anhänger deutlich an.

Was als bizarre Außenseitermethode begonnen hatte, entwickelte sich bald zur Erfolgsoperation. Wurden 1987 weltweit nur 25 Personen auf die neue Weise operiert, waren es 1997 rund 450. Aber auch heute, so Ross, wählen die meisten Kollegen noch immer den bequemen Weg. „Die kleine mechanische Klappe von der Stange, 20 Minuten Operation, und dann ist man als Arzt eben schneller wieder auf dem Golfplatz“, schimpft der Klappenkünstler Ross.

Der Hamburger Peter Kalmár, zugleich Präsident der „European Homograft Bank“ (EHB) in Brüssel, gibt dem Mann indirekt recht. „Es kostet den Chirurgen Überwindung, anstelle der technisch relativ schlichten plötzlich mit einer erheblich aufwendigeren Operation anzufangen.“

Auch Marko Turina, Chef der Herzchirurgie am Universitätsspital Zürich, war am Anfang von der Ross-Methode nicht begeistert: „Damals haben wir Witze gemacht: Erst hat man einen Patienten mit einer kaputten Klappe, und nach der Operation hat man vielleicht einen mit zwei kaputten Klappen.“

Inzwischen hält Turina das Switchen besonders bei jungen Patienten um die 25 für sehr geeignet. Sind die Patienten älter oder schwer krank, hat Turina nach wie vor Bedenken gegen die Ross-Kur: „Wenn wir einen Patienten haben mit einer total zerstörten Klappe, dem es wirklich schlechtgeht, dann machen wir natürlich nicht die Operation, die doppelt so lange dauert wie der einfache Klappenaustausch.“

Weltweit rund 200 Herzchirurgen haben den diffizilen Eingriff inzwischen geübt und wollen gern häufiger switchen. Davon würden in Deutschland viele der jährlich rund 15 000 OP-Patienten profitieren, bei denen die Herzklappen durch bakterielle Infektionen, Herzfehler oder durch Altersverkalkung beschädigt sind.

Allerdings sind die Ersatzorgane rar, welche die Chirurgen anstelle der entnommenen Eigentransplantate einsetzen. Seit vier Jahren ist der Absatz von Leichenklappen bei der europäischen Herzklappen-Bank stark gestiegen. „Vor allem wegen der Ross Procedure haben wir zur Zeit eine Warteliste von 19 Patienten“, sagt der medizinische EHB-Direktor Yves Goffin. Herzchirurg Kalmár erwägt schon, Leichen-Herzklappen aus den USA zu importieren.

Noch immer meiden viele Herzchirurgen das Thema Ross Procedure. Diesmal aber liegt es nicht an ihrer Skepsis, sondern an den begrenzten Ressourcen. So muß sich die überwiegende Zahl der Patienten weiterhin mit dem zweitbesten Ersatz zufriedengeben. Außer sie sind jung – oder

S. HYDE

Herzchirurg Ross
Von den Kollegen jahrelang geschnitten

berühmt: Im vorletzten Jahr wurde Arnold Schwarzenegger durch einen angeborenen Aortenklappenfehler therapiebedürftig. Er ließ sich nach der Ross-Methode verarzten. Jetzt geht es ihm prächtig.

Auch der Hamburger Jungmediziner, der sich auf Anraten seines Arztes der Ross-Kur unterzog, erfreut sich bester Gesundheit. Seine Operation liegt 13 Jahre zurück. Nach diesem Zeitraum wäre das Haltbarkeitsdatum einer Schweineklappe schon überschritten. HARRO ALBRECHT

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

G. WESOLOWSKI / AGENTUR RHEINSTRÖHM

Einzelzelle, Wachtturm im Stasi-Gefängnis*: *Licht von draußen durch Glasbausteine, Freigang nur im „Tigerkäfig“*

PSYCHIATRIE

Altlasten der Seele

Neue Studien decken die Gesundheitsfolgen des SED-Terrors auf. Viele, die die Stasi einst drangsalierte, leiden noch heute unter Depressionen, Verfolgungswahn und Todesangst. Nur wenige Therapeuten sind bereit, sich der Opfer anzunehmen.

Ein paar schwere Schritte genügen, oder laute Musik aus der Wohnung über ihr. Für einen Augenblick erstarrt Burga Hofmann dann. Mitten im Satz hört sie auf zu reden. Sie springt auf und rennt auf die Straße. Das hilft.

Natürlich weiß sie, daß die Gegner, vor denen sie flieht, nur noch Gespenster sind. Auch weiß sie, daß sie hier in Charlottenburg niemanden mehr fürchten muß. Aber solches Wissen beruhigt sie nicht.

Zehn Jahre sind vergangen, seit die Sängerin Hofmann im Ostteil der Stadt lebte und ihre Wohnung umstellt sah von Feinden: „Wenn ich nach Hause kam, haben sie mit dem Besenstiel gegen die Wände geklopft und das Wasser abgedreht. Und in den Kinderwagen haben sie Stinktropfen gekippt.“

Verfolgungswahn? Böse Streiche? Solche Fragen stellt sich Hofmann nicht mehr, sie hat lange genug darüber gegrübelt. Fest steht, daß die Staatssicherheit zeitweise 43 Inoffizielle Mitarbeiter auf die unbotmäßige Frau angesetzt hatte, um sie zu zermürben. Das geht aus den Akten hervor.

Zersetzung nannte die Stasi derlei Operationen. Eine Dienstanweisung aus dem Mielke-Ministerium gab das Ziel vor: „die Lähmung feindlich-negativer Kräfte“. Die Stoßrichtung: „in die innersten Regungen des Feindes eindringen und dessen Psyche beeinflussen“. Die Methode: „Panik und Bestürzung“ auslösen.

Viele, bei denen die Zersetzung fruchtete, sind noch heute arbeitsunfähig. Andere wagen sich nicht aus dem Haus, weil sie sich noch immer verfolgt wähnen, oder sie können keine Beziehungen aufbauen, weil sie allem und jedem mißtrauen.

Wie viele ins Visier dieser psychologischen Kriegführung geraten sind, weiß bis heute niemand – zersetzt wurde im Alltagsleben, wie bei Burga Hofmann, ebenso wie in den Gefängnissen der Stasi.

Die kennt Karl-Heinz Hartmann fast alle: Erst saß er im Potsdamer Lindenhotel, einem der berüchtigtsten Gefängnisse der Stasi, dann haben sie ihn im Grotewohl-Expreß kreuz und quer durch die DDR gefahren. So hieß ein als Lieferwagen getarnter Laster mit winzigen Zellen darin, der von Knast zu Knast fuhr. Noch heute wird Hartmann von Panik heimgesucht, wenn er einen Aufzug betritt.

Vor 14 Jahren wurde er entlassen, noch immer verfolgen ihn die alten Gesichter:

* Aufgenommen nach der Wende, links: in Potsdam, rechts: in Berlin.

A. KULL / VISION PHOTOS

wenn er in der U-Bahn einem Mann gegenübersitzt, in dem er seinen Verhörer im Lindenhotel oder einen der Wärter dort zu erkennen glaubt. Aus Furcht, jemand könnte ihn vor den Zug stoßen, betritt er nach einer solchen Begegnung wochenlang keinen U-Bahnhof mehr.

„Wir werden Sie verfolgen bis an Ihr Lebensende“, hat ihm einmal der Vernehmer im Lindenhotel gedroht.

Allein in den Untersuchungsgefängnissen der Stasi waren, solange der Sozialismus herrschte, mehr als eine viertel Million Menschen eingesperrt. „An keinem von denen“, sagt der Berliner Sozialmediziner Ferdinand Haenel, „ist die Haft spurlos vorübergegangen.“

Körperlich sind viele der Stasi-Verfolgten von Gebrechen wie Herzbeschwerden geplagt, eine Folge von Bluthochdruck aus jahrelanger Angst – erst jetzt wird das Ausmaß der Zerstörung sichtbar, das die DDR in den Körpern und Seelen verfolgter Bürger angerichtet hat. „Der Terror des SED-Regimes“, sagt Haenel, „hat in den neuen Bundesländern ein massives Gesundheitsproblem hinterlassen.“

Die seelischen Altlasten deckt eine neue Studie der Freien Universität Berlin auf: Mehr als die Hälfte der einst Inhaftierten klagt noch heute über Schlafstörungen und ständige Angst, drei Viertel über Gereiztheit und Menschenscheu. Knapp ein Zehntel trägt sich mit Selbstmordgedanken.

„Posttraumatische Belastungsstörung“ nennen die Mediziner die Schreckensspur in den Köpfen von Menschen, die Erschütterungen außerhalb ihrer Vorstellungswelt erfuhren, Todesangst oder völlige Isolation durchstehen mußten und damit nicht fertig geworden sind. Ähnliche Symptome von Depression, unbegründet scheinender Wut und Verwirrung zeigen oft Vergewaltigte, Opfer von Flugzeugentführungen oder Überlebende von Katastrophen. Als Krankheit anerkannt ist dieses Leiden erst seit einigen Jahren.

Jede harmlose Erschütterung ruft die alten Ängste wieder wach – bei Überlebenden der nationalsozialistischen Konzentrationslager wurden die Symptome der posttraumatischen Belastungsstörung noch nach Jahrzehnten festgestellt. Viele, die damals mit ihren Erfahrungen scheinbar fertig geworden waren, wurden im Alter, nach der Pensionierung oder nach dem Tod des Partners erneut aus der Bahn geworfen.

Inzwischen hat sich sogar herausgestellt, daß Terror und Todesangst auch physische Verheerungen in den Gehirnen der Opfer anrichten. Als amerikanische Wissenschaftler vor kurzem Vietnam-Veteranen und Vergewaltigungsopfern die Schädel durchleuchteten, erkannten sie, daß der Hippokampus, ein Großhirnteil, der für Gedächtnis und Lernen zuständig ist, stark geschrumpft war. Ursache ist offenbar ein Streßhormon namens Glukokortikoid, das nach traumatischen Erlebnissen vermehrt ausgeschüttet wird und Gehirnzellen zerstört. Bei Gedächtnistests schnitten Kriegsveteranen wie Vergewaltigte um fast 40 Prozent schlechter ab als eine Vergleichsgruppe.

Wer diese Befunde kennt, versteht, weshalb es Karl-Heinz Hartmann, dem einstigen Häftling, unendliche Mühe macht, ein Buch zu entziffern. Schon die Taxi-Nummer aus dem Telefonbuch zu suchen kostet ihn enorme Kraft. Sein Blick springt hin und her, immer wieder fährt er mit dem Finger die Spalten entlang.

Schwer fällt es zu glauben, daß dieser Mann einmal Geistes- und Körperkraft besaß: Fotos, die Hartmann hervorzieht, zeigen ihn als Demonstranten der kirchlichen Friedensbewegung, mit seiner Tochter auf den Schultern. Daß er bespitzelt, daß immer wieder sein Haus durchsucht wurde, nahm er, wie viele aus seiner Gruppe, in Kauf. Seine alten Kolle-

Hartmann in der DDR

Stasi-Opfer Hartmann
Verfolgt von den alten Gesichtern

A. KULL / VISION PHOTOS

Hartman 1999 (im Potsdamer Stasi-Knast)

Konzertplakat in der DDR

Stasi-Opfer Hofmann
„Die waren überall“

A. KULL / VISION PHOTOS

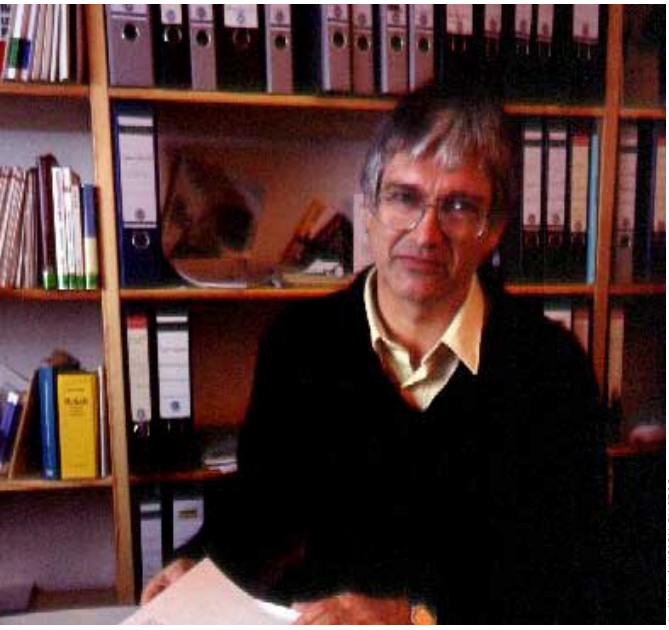
Hofmann 1999

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



A. KULL / VISION PHOTOS

Opfer-Berater Kitzig: *„Der Zorn wächst“*

gen schildern den Computertechniker Hartmann als einen Mann voller Humor.

Am 4. Oktober 1984 um sechs Uhr früh endete dieses Leben. Hartmann war auf dem Weg zur Arbeit, als eine Gestalt in einem schwarzen Ledermantel plötzlich neben ihm auftauchte, in die Lenkstange seines Fahrrads griff und ihn absteigen hieß. Er wurde in einen Wagen gestoßen. Verhaftungsgrund: illegale Kontakte nach West-Berlin.

Kein Fenster gab im Potsdamer Stasi-Gefängnis den Blick frei nach draußen. Hartmann wußte nicht einmal, wo er war. Was er sah, waren die acht Quadratmeter seiner Einzelzelle, in die durch Glasbausteine etwas Licht fiel.

Die Aufseher hatten dafür gesorgt, daß er nicht einmal auf den Gängen einem Menschen begegnete. Dort hingen Ampeln; sobald diese Rot zeigten, weil ein anderer Häftling nahte, drückten Wärter Hartmanns Gesicht an die Wand.

Zum Freigang führte man ihn in ein Gemäuer im Hof, den „Tigerkäfig“, der zum Himmel mit einem Gitter abgedeckt war. Von unten erblickte Hartmann nur die Beine der Wärter, die darauf patrouillierten, ihn beschimpften und herunterspuckten.

Auch wenn er selbst wochenlang niemanden sah – gesehen sollte Hartmann sich zu jeder Zeit fühlen, selbst nachts. Wie alle Stasi-Häftlinge hatte er mit dem Gesicht nach oben und mit den Händen auf der Decke zu schlafen. Zur Kontrolle knipste ein Wärter alle zehn Minuten das Licht an und lugte durch den Türspion.

Nach ein paar Wochen, genau kann es Hartmann nicht mehr sagen, begannen die Verhöre, oft nachts. Endlich begegnete er einem Menschen: dem Vernehmer, der für ihn ausgesucht und über Wochen damit beschäftigt war, ihn über seine Kontakte zu Gesinnungsgenossen und in den Westen zu befragen.

Ohne es zu wollen, faßte Hartmann Vertrauen. Der Vernehmer war Jazzfan – wie er selbst. Ganze Nachmittage redeten sie über Musik. Mit besonderer Perfidie behandelte dieser Leutnant sein Opfer väterlich, fast menschlich. Einmal reichte er Hartmann die Hand – den rührte das so sehr, daß er weinte.

„So begann ich an meiner Wahrnehmung zu zweifeln“, sagt Hartmann. Als ihm nach zwei Monaten kurz seine Frau gegenübergesetzt wurde, beschimpfte er sie, daß sie ihn verhören und verraten wolle.

Hartmann war in eine Wahnwelt geflohen, in der er sich für einen Auserwählten der Staatssicherheit hielt und später gar glaubte, ein Erlöser der Menschheit zu sein. Die wahre Person Karl-Heinz Hartmann war ihm entrückt.

Es war tatsächlich ein anderer Mensch, der, nach eineinhalb Jahren Haft freigekauft, mit Frau und Tochter nach West-Berlin kam. Zwar hatte Hartmann rasch neue Arbeit in einer Computerfirma gefunden, aber sobald er seine Werkstatt betrat, packte ihn Angst. Er sah sich von Spitzeln umgeben; in der DDR standen die meisten Computer unter Aufsicht der Stasi.

Weil er immer noch fürchtete, die Stille der Zelle könnte zurückkehren, pfiff er ständig, aber ohne Melodie. Stundenlang saß er am Straßenrand und las die Autokennzeichen, in denen er Geheimbotschaften vermutete. Meistens aber starrte er nur stundenlang vor sich hin.

Seine Frau erschien ihm als Satan. Sie mußte mit der Tochter immer öfter zu Freunden flüchten und trennte sich von ihm.

Da erst rang Hartmann sich durch, zu einem Psychiater zu gehen. Der aber suchte die Gründe für Hartmanns Verwirrung in dessen Kindheit und wollte von Stasi-Haft nichts wissen.

Nur ein gutes Dutzend Berliner Psychiater und Psychotherapeuten haben Erfahrung mit den seelischen Verwüstungen, die die DDR hinterließ. Noch schlechter ist die Lage in den neuen Bundesländern, wo es oft gar keine Therapeuten gibt, die sich mit den Leiden der Stasi-Verfolgten befassen möchten.

Deswegen führt Stefan Trobisch oft lange Telefongespräche quer durchs Land. Trobisch ist Psychologe und betreibt seit knapp einem Jahr in Berlin eine Beratungsstelle für Stasi-Opfer. Auch Hartmann ist bei ihm in Behandlung. „Oft“, sagt Trobisch, „rufen die Leute erst an, wenn sie sich mit Selbstmordgedanken tragen.“

Jahre, mitunter Jahrzehnte des Schweigens waren meistens vorausgegangen, in denen die Angst in den Hirnen der Opfer wütete. Zu DDR-Zeiten durften die Stasi-Verfolgten nicht reden; später konnten sie es nicht mehr, weil die Furcht vor allgegenwärtigen Spitzeln längst Teil ihrer selbst geworden war.

Weil für viele die Stasi im Osten noch immer lebendig ist, hat Trobisch seine Beratungsstelle in West-Berlin aufgemacht. Trobisch ist Westdeutscher wie alle seine Kollegen und damit unverdächtig: Therapeuten und Ärzten treten viele Stasi-Opfer besonders mißtrauisch gegenüber.

„Bis ins Intimste haben mich Ärzte, die IM waren, verfolgt“, sagt die Sängerin Hofmann. Ihre Geschichte zeigt, wie weit ins Alltagsleben der DDR sich der

TRANSIT

Stasi-Kartei (in Leipzig): *Dienstanweisung für die „Lähmung feindlich-negativer Kräfte“*

Werbeseite

Werbeseite

Moloch Angst hineingefressen hatte – man mußte nicht eingesperrt sein, um aus dem SED-Staat schwere Schäden davonzutragen.

„Von Herzen“ sei sie Kommunistin gewesen, erzählt Hofmann. Parteimitglied war sie auch; im Jahr 1978 wurde sie sogar Sektorenleiterin für Musik in Karl-Marx-Stadt. Alles was sie wollte, war etwas mehr Phantasie, als im Arbeiter-und-Bauern-Staat vorgesehen war.

Ganz arglos – „weil ich ja an den Sozialismus fest glaubte“ – organisierte sie eine Veranstaltungsreihe, in der auch mißliebige Künstler auftreten durften. Nie hätte sie gedacht, daß sie dafür belangt werden könnte. „Naivität“, lächelt sie bitter, „ist ja auch etwas Schönes.“

Einen Haftgrund konnten die Staatsorgane aus dem Treiben der gläubigen Genossin wirklich nicht konstruieren – man mußte anders fertig werden mit ihr. Dafür boten die Berichte, die ihre Bekannten über sie lieferten, Stoff genug. 1000 Seiten umfaßt Hofmanns Akte, jeder Arztbesuch ist darin festgehalten.

Als sie 1981 das erste Mal schwanger war, machte ein Mediziner ihr weis, sie hätte Syphilis. Darauf erlitt sie eine Fehlgeburt. „Die Diagnose war erfunden“, weiß sie heute.

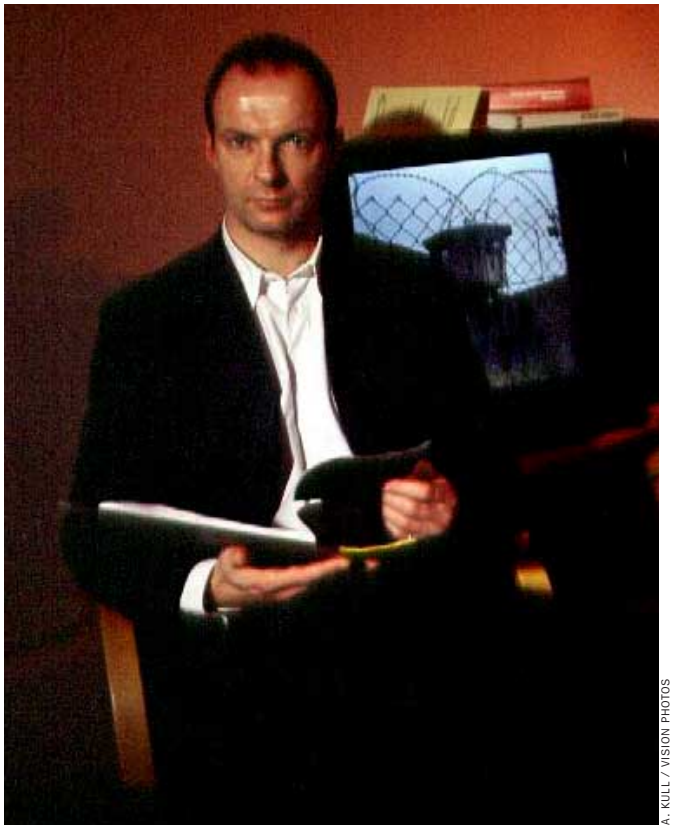
Aber das hat sie erst aus ihrer Gauck-Akte erfahren – die Stasi wollte die Sängerin einige Zeit im Krankenhaus festhalten, um in ihre Wohnung Wanzen einzubauen: „Über das Referat XX/1, mittels des Bezirksarztes wurde legendiert veranlaßt, daß eine gründliche medizinische Untersuchung erfolgt, um eine ausreichende Bindungszeit zu gewährleisten.“

Als sie bald darauf wieder schwanger war, wurde sie kurz vor der Entbindung wieder ins Krankenhaus eingewiesen, diesmal mit der Diagnose Gebärmutterhalskrebs. Sie durfte mit niemandem sprechen und keine Besuche empfangen. Nach sechs Wochen eröffneten ihr die Ärzte, daß sie gesund sei. Sie gebar ohne Probleme; ihr Kind aber bekam sie drei Tage lang nicht zu sehen.

Zu Hause stellte die junge Mutter fest, daß in ihre Wohnung eingebrochen worden war. Außerdem war sie fristlos entlassen, und im Briefkasten lag die Vorladung zu einem Parteiausschlußverfahren. „Eine unbeschreibliche Angst“ habe sie da erfaßt: „Offenbar waren die überall.“

Wo immer sie sich bewarb, wurde ihr mit ähnlichen Worten abgesagt. Was ihr die Genossen anboten, war ein Job beim VEB Fäkalienwirtschaft. Hofmann zog es vor, nach Berlin umzusiedeln, wo ein Pfarrer den Mut hatte, sie einzustellen. Sieben Jahre lang wischte sie Kirchenböden. Zunehmend verließ sie der Mut.

„Als die Mauer fiel, dachte ich, meine Kräfte kehrten zurück“, sagt Hofmann. Aber das trog. Sobald das wiedervereinigte Land zur Tagesordnung überging und der Kampf der Bürgerrechtler in Vergessenheit geriet, fand sie sich wieder in ihrem Elend. Sie begann zu grübeln: Vergebens sei ihr Aufbegehren gewesen, sinnlos das Leid, das ihr Kind deswegen durchstehen mußte.



A. KULL / VISION PHOTOS

Psychologe Trobisch: *„Freisprüche sind ein Schlag ins Gesicht“*

Heute ist sie arbeitslos. 216 Mark Entschädigung nach dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz stehen ihr monatlich zu. Das Zusammenleben mit ihrer Tochter wurde immer schwieriger. Die Angst, die sie sich nicht recht erklären kann, plagt sie nach wie vor, und noch immer spürt sie ihre Glieder wie Blei: „In meinem Körper hat sich große Leere breitgemacht.“

„Die Verfolgten der Stasi müssen aufhören, sich als Opfer zu sehen“, sagt der Psychologe Trobisch. „Sie müssen einsehen, daß sie mit den Staatsorganen aneinandergeraten sind, weil sie mutiger waren als viele andere. Dann geht es ihnen meistens besser.“

Hofmann ist im Berliner Zentrum für Folteropfer in Behandlung. Sobald sie wieder zu Kräften gekommen ist, möchte sie „ein neues Kulturprojekt aufbauen, vielleicht in der Provinz“. Und mit ihren Chansons hat sie schon wieder auf der Bühne gestanden.

Hartmann, der Ex-Häftling, kommt einmal pro Woche in die Beratungsstelle des Psychologen Trobisch, der ihm beizubringen versucht, daß sein Wahn gar keine so absonderliche Antwort auf die Haftumstände war. „Jetzt erst“, sagt Hartmann, „beginne ich zu verstehen, was geschehen ist.“

Inzwischen hat er sich so weit gefangen, daß er die Tür wieder aufmacht, wenn Besuch kommt. Einen Computer, der für ihn zuvor eine Chiffre für Stasi war, kann er auch wieder in seiner Wohnung ertragen; er belegt Kurse, um sich auf einen neuen Job vorzubereiten.

Aber die Hydra Stasi, die ihm so mächtig gegenübergetreten war, erscheint Hofmann noch immer als Gefahr. Wie viele in seiner Lage traut er sich bis heute auf keine Ost-Berliner Behörde: „Dort sitzen ja noch immer die alten Genossen herum.“

„Wie ein hochempfindlicher Seismograph“ reagiere sein Beratungszentrum auf die politische Lage in Ostdeutschland, erklärt Trobisch. „Vor jeder Wahl geht es unseren Patienten miserabel. Wir können den Andrang dann gar nicht bewältigen.“

Während eines jeden Mauerschützenprozesses verbringen viele Patienten wochenlang schlaflose Nächte: aus Angst vor der Erinnerung – und weil jeder Freispruch eines Täters, wie es Trobisch ausdrückt, „ihnen als ein Schlag ins Gesicht vorkommt“.

Die Wut der Opfer, meinen manche Experten, sei die gefährlichste seelische Altlast der DDR. Ein Stück weit kann Wolfgang Kitzig, der als Mitarbeiter des Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen ehemalige Verfolgte berät, seine Klienten verstehen. Aus großer Demütigung erwachse bekanntlich verzweifelter Zorn. „Und dieser steigert sich in dem Maß, in dem andere die Schrecken der DDR vergessen wollen und je öfter die Rede ist von Amnestie für die Täter“, sagt Klitzig. „Wir wundern uns, daß es noch keinen Amokläufer gegeben hat.“

Hartmann gehört zu denen, die frei sind von Wut. „Ich habe nie welche empfunden“, sagt er. „Manchmal wünschte ich, ich hätte sie.“ Was ihn erfüllt, ist Furcht vor dem Apparat, der versucht hat, ihn zu zerstören.

Darum plagt ihn die Vorstellung, über die ostdeutschen Landesregierungen könnten seine Peiniger wieder an die Macht gelangen.

„Vielleicht“, grübelt Hartmann, „würde es dann wieder von vorne beginnen.“

Stefan Klein

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

TIERE

Mauerblümchen der Evolution

Fast vergessen überdauerten in Nordafrika und den Steppen Zentralasiens Wildesel – neben den Zebras die letzten frei lebenden Vertreter der Gattung Pferde.

Ohne sie wären die Horden der Mongolen nie nach Europa vorgedrungen, noch hätte der weiße Mann den Wilden Westen erobert. Die Ritter des Mittelalters hätten sich in ihren Rüstungen zu Fuß dahinschleppen, Bauern und Händler ihre Lasten auf den eigenen Rücken packen müssen.

Kaum ein Tier hat den Lauf der Weltgeschichte so stark geprägt wie das Pferd. Doch so nützlich die Angehörigen der Gattung Equus den Menschen waren, so kläglich versagten die Huftiere in freier Wildbahn.

Nie konnten sich diese Mauerblümchen der Evolution so recht gegen ihre wiederkäuende Nahrungskonkurrenz behaupten. Seit den Tagen des fuchsgroßen Urpferdes Eohippus – es lebte vor 50 Millionen Jahren in den Wäldern der nördlichen Hemisphäre – raffte der Artentod immer wieder ganze Equiden-Gattungen dahin. So verschwanden gegen Ende der letzten Eiszeit alle Pferde vom amerikanischen Kontinent.

Heute ist von der Familie der Pferdeähnlichen bloß ein brüchiges Zweiglein am Stammbaum des Lebens geblieben. Das Przewalski-Pferd, letztmals in den sechziger Jahren in der mongolischen Steppe gesichtet, existiert nur mehr im Zoo – Auswilderungsversuche haben begonnen; amerikanische Mustangs stammen von verwilderten Reitpferden ab. In Freiheit überlebten einzig drei Zebra-Arten – und, von Zoologen wie Naturschützern fast vergessen, drei Arten wilder Esel.

Diesen wenig bekannten Tieren spürten die deutschen Forscher Gertrud und Helmut Denzau zwölf Jahre lang nach. Auf insgesamt 24 Expeditionen in die entlegenen Rückzugsgebiete der Wildesel glückten dem Paar ungewöhnliche Bilder und Beobachtungen, die in einer jetzt erschienenen Monographie zusammengefaßt sind*.

Einst reichte der Lebensraum der Wildesel vom Atlantik bis an den Amur, vom Ural ans Horn von Afrika. Während die europäische Spielart bereits vor 7000 Jahren ausstarb, schwanden die Herden in Afrika und Asien erst in den letzten hundert Jahren dahin. Ausharren konnten die Huftiere nur in einigen der unwirtlichsten Regionen der Erde: der afrikanische Wildesel im Danakil, der heißesten Wüste der Welt; der Kiang auf durchschnittlich 4500 Meter Höhe im eisigen Hochland Tibets; Kulane, Khur, Onager und Dschiggetais, allesamt Unterarten des asiatischen Halbesels, versprengt in Indien, dem Iran und den Steppen Zentralasiens.

Erstmals gelang es den Denzaus, das ausgeprägte Territorialverhalten bei asiatischen Wildeseln zu dokumentieren: Kräftige Hengste versuchen, ein Revier zu erobern und mit möglichst vielen Weibchen zu bevölkern. Unermüdlich trachten die Männchen zur Paarungszeit, ihren Nachbarn die weibliche Gefolgschaft abspenstig zu machen und dabei die eigenen Gespielinnen nicht aus den Augen zu verlieren. Besonders Kiang-Hengste tragen stundenlange Kämpfe aus, richten sich auf, treten und beißen den Rivalen, bis Blut fließt. Vielen Veteranen fehlen Ohren und Schwänze.

Kaum weniger zermürbend gestaltet sich für den Eselhengst das Liebesspiel, denn zunächst muß er die Begehrte in einer stürmischen Verfolgungsjagd stellen. Nicht selten keilt die Eselin ungnädig nach hinten aus. Erst wenn es dem Männchen gelingt, seinen Kopf auf ihre Kruppe zu legen, kommt er zum Zuge. Nach ein paar zärtlichen Nackenbissen allerdings ist die Sache schnell erledigt – die Kopulation dauert im Schnitt 24 Sekunden.

Die streitbaren Kiangs leben als einzige Wildeselart in einigermaßen stabilen Beständen, da sie in ihrer Heimat Tibet traditionell nicht bejagt wurden. Erst die chinesischen Besatzer begannen die Herden zu dezimieren. Akut vom Aussterben bedroht ist hingegen die afrikanische Spezies, von der das Haustier Esel abstammt. Wenig besser steht es um die verschiedenen Unterarten des asiatischen Halbesels, der seinem Namen zum Trotz ein vollwertiger Vertreter der Gattung ist.

G. & H. DENZAU

Kopulierende Onager: *Nach 24 Sekunden ist die Sache erledigt*

In Asien wie Nordafrika sehen Nomaden in den Wildeseln lästige Konkurrenten für das Weidevieh. Ihre Lager und Herden versperren den Eseln den Zugang zu Wasserlöchern. In der Wüste Gobi wurden die Denzaus Zeugen eines Dramas: Dutzende von Hauskamelen und Rindern hielten eine Quelle besetzt, während daneben darbende Dschiggetais vergeblich im ausgetrockneten Flußbett nach Wasser scharrten.

Zu wenig kümmerten sich Naturschützer um die gefährdeten Wildesel, so die Denzaus: „Wüsten, Halbwüsten und Steppen finden nicht dieselbe Beachtung wie große Wald- und Feuchtgebiete.“ Nicht zuletzt bedrohen Wilderer die Bestände. Eselfleisch landet in Kochtöpfen, manchen Körperteilen wird Heilwirkung zugeschrieben. Immer wieder hörten die Forscher im turkmenischen Badchys-Reservat Schüsse hallen. „Mehrfach“, notiert Gertrud Denzau, „fand ich vertrocknete Überreste von Kulanen, die nur aus Schädel und abgetrennten Beinen bestanden.“

Begehrte Beute waren die Wildesel schon in alten Zeiten, wie assyrische Reliefs und eine gemalte Jagdszene aus der Grabkammer des Pharaos Tutanchamun bezeugen. Damals galt das Tier nicht wie heute als Inbegriff der Dummheit, sondern als edles Wild. „Esel“ genannt zu werden war keine Schmach, vielmehr höchst ehrenvoll: „Mein Freund“, so klagt der Held Gilgamesch um seinen toten Kameraden Enkidu in dem 4000 Jahre alten Epos , „der du dem flücht’gen Esel glichst, dem Onager im Feld.“

ALEXANDRA RIGOS

* Gertrud und Helmut Denzau: „Wildesel“. Jan Thorbecke Verlag, Stuttgart; 224 Seiten; 79 Mark.

Werbeseite

Werbeseite

J. MAINX

Suzuki-„Hayabusa"-Fahrer Weilbächer: *Bei Tempo 260 „noch einen Satz nach vorn"*

VERKEHR

Wilde Suzi

Nach 20 Jahren freiwilliger Selbstbeschränkung läuten die Hersteller ein Wettrüsten auf dem Motorradmarkt ein. Erstmals schafft ein Zweirad Tempo 300.

Den Rücken stark gekrümmt, die Hände am Lenker festgekrallt, gab der Speditionskaufmann aus dem hessischen Neu-Isenburg auf seinem Zweirad richtig Gas. Den Rausch auf der A5 zwischen Frankfurt und Darmstadt wird Joachim Weilbächer, 34, so bald nicht vergessen. „Die Tachonadel kletterte auf 300, dann auf 330, ein wahnsinniges Gefühl."

Der Wahnsinn setzt sich derzeit durch: Weilbächer gehört zu jenen rund 700 deutschen Motorradfahrern, die 21 890 Mark für das schnellste Serienmotorrad der Welt ausgegeben haben. Dafür kann er auf seiner Suzuki GSX 1300 R „Hayabusa" (Wanderfalke) mit ihren 175 PS Tempo 300 fahren; der Tacho gaukelt bis zu 340 vor.

Möglich ist die Raserei, seit die Staaten der Europäischen Union (EU) Ende vorigen Jahres beschlossen, Motorräder europaweit ohne Leistungslimit zuzulassen. Das Ergebnis ist seit dem Frühjahr auf deutschen Straßen zu sehen, denn sofort kündigten die Importeure japanischer Zweiräder und BMW ein Friedensabkommen auf, das mehr als 20 Jahre gehalten hat.

1978 hatten sie versprochen, keine Motorräder mit mehr als 100 PS anzubieten und aggressive Werbung zu unterlassen. Das geschah nicht ganz freiwillig: Das Bundesverkehrsministerium hatte mit einem gesetzlichen Leistungslimit gedroht, weil die Zahl der tödlich verunglückten Kradfahrer gewaltig angestiegen war. 1976 kamen pro 100 000 zugelassenen Motorrädern 266 Biker ums Leben, 1997 waren es nur noch 32.

Es hätte alles halbwegs vernünftig bleiben können – doch die EU-Kommission ließ sich von einer Studie des niederländischen Road-Vehicle-Research-Instituts beeindrucken. Kernpunkt: Piloten leistungsstarker Motorräder sind keinem höheren Unfallrisiko ausgesetzt als Fahrer schwächerer Maschinen.

Seitdem hält die Hersteller niemand mehr auf. Suzukis Hayabusa ist, vorläufig, Sieger im neuen Wettrüsten, aber die Konkurrenz bleibt dicht auf den Fersen. Hondas CBR 1100 XX marschiert maximal 292 Stundenkilometer, Yamahas YZF-R1 und Kawasakis ZZ-R 1100 sind kaum langsamer. Selbst BMW, dem Krieg um Pferdestärken bei Motorrädern eher abgeneigt, bietet die K 1200 RS mit 130 PS an, Spitzengeschwindigkeit immerhin 245 km/h.

Werden derartige Geräte voll beschleunigt, kann nichts und niemand mithalten. In 2,7 Sekunden katapultiert sich die Hayabusa aus dem Stand auf Tempo 100 – das schnellste in Deutschland zugelassene Serienauto, der Porsche 911 Turbo, braucht dafür fast doppelt so lange. Nicht einmal ein startender Düsenjäger könnte der Hayabusa folgen. Nach sieben Sekunden, wenn ein Porsche Boxter gerade 100 km/h erreicht hat, ist die Suzi mit 200 Stundenkilometern unterwegs. Dreht Weilbächer bei 260 auf, macht sein Bike „noch einen Satz nach vorn" – da heben Jumbo-Jets ab.

Weil die wilde Suzi schwer zu zähmen ist, mahnte selbst der frühere Motorrad-Weltmeister Toni Mang nach einer Testfahrt, „in jeder Phase mit dem Gasgriff behutsam umzugehen". Noch im vierten Gang könne das Hinterrad bei Vollgas „wegrutschen".

Redakteure des Fachblatts „Motorrad" räumten nach Tests mit der Hayabusa ein, daß „das Leben bei 280 oder 300 Sachen auf dem Motorrad nicht wirklich spaßig" sei. Durchschnittsfahrer sind da schnell überfordert.

„Wir ermahnen jeden Interessenten zum Respekt vor der Leistung", sagt Sönke Seebrandt vom Suzuki-Händler Bergmann im schleswig-holsteinischen Tornesch. Der Mann weiß, wovon er redet: Jüngst gab ein Probefahrer auf regennasser Straße Gas. Das Heck brach aus, die Vorführmaschine wurde zum Totalschaden. Fahrer und Sozia überlebten ihre Verletzungen.

Mit vereinten Kräften schickt sich neben den Herstellern auch die Fachpresse an, das mühsam aufgebaute positive Image der Zweiradfahrt zu ramponieren – obwohl auch die Chefredakteure der Bikerblätter vor 20 Jahren gelobt hatten, dem Leistungswahn nicht länger zu frönen.

Jetzt wird in Anzeigen und Texten wieder zugelangt. „Leichte Beute" seien andere Motorräder für die Hayabusa, wirbt Suzuki. Das Magazin „PS" schwärmt vom „schwarz malenden Hinterradpneu", Autoren von „Motorrad reisen & sport" hörten mitleidsvoll, wie der rückwärtige Hayabusa-Reifen „um Gnade winselt".

Auch wieder üblich sind Fotos von „Wheelies", jenen Brutalstarts, bei denen das Vorderrad abhebt, sowie Abbildungen von „Stoppies", dem gefährlichen Aufbäumen des Hecks bei Vollbremsungen des Vorderrads.

Ein Ende des Wettrüstens ist nicht in Sicht. Kawasaki will im September auf dem Mailänder Salon eine „ZX 12" mit 185 PS präsentieren, die 15 Stundenkilometer schneller sein soll als die Hayabusa.

Noch freilich ist nach oben hin nicht alles offen. Die Leistungsgrenze, sagt Clemens Goth vom Pneufabrikanten Bridgestone, liege „eher beim Reifen als beim Motor". Bei extremen Geschwindigkeiten, jenseits des Limits der Hayabusa, werde der Hinterradreifen „einfach zu heiß". Bald schon könnten die Konstrukteure allerdings „technisch viel weiter sein".

Nach Branchengerüchten müssen sie das schon bald. In England planen Techniker, so die Zeitschrift „Motorrad", eine neue Norton mit einem Achtzylindermotor. Sollte das Monster tatsächlich gebaut werden, dürfte es 280 PS leisten.

CARSTEN HOLM

Werbeseite

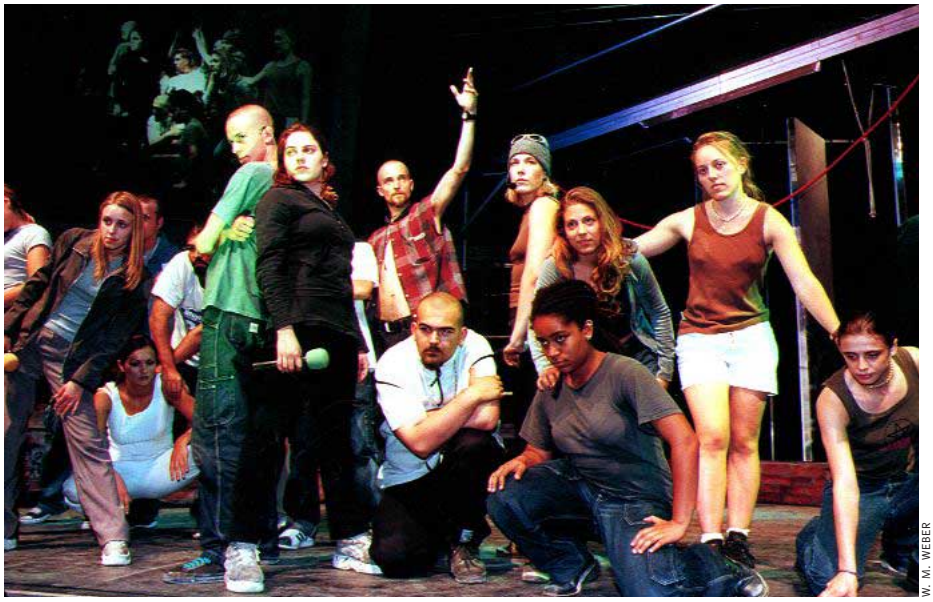
Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

POP-OPER

Straßenköter im HipHop-Fieber



W. M. WEBER

Oper „Cool“

Enz, 25, und Kerstin, 22, gehören zu jenen Jugendlichen, die sich „Straßenköter“ nennen. Jahrelang streunten sie, abgeschrieben von Schule und Elternhaus, in den Drogenecken Münchens und Frankfurts herum. Nun singen und tanzen die beiden mit 29 Altersgenossen, die auch noch nie bessere Zeiten gesehen haben, auf einer Bühne herum, die Zukunftsmusik verheißt. Eine regelrechte Oper hat die Gruppe erarbeitet, mit Arien und Duetten, mit Chorgesang und Ballett – im HipHop-Sound ihrer Generation. „Cool“ heißt die grelle Tragödie um eine Gruppe Jugendlicher, die ihren Lebensmittelpunkt, eine Freizeithalle, vor dem Zugriff eines kommerziellen Unternehmers retten wollen. An ebensolchen Treffpunkten fand der Komponist der Oper, Vridolin Enxing, 49, in den siebziger Jahren Mitglied des Kölner Rockkabaretts „Floh de Cologne“, sein aus zwölf Nationen zusammengesetztes Laien-Ensemble. Unterstützt von der Stadt München, entstand so das Kunst- und Arbeitsbeschaffungsprojekt WestEndOpera. Die rappende, skatende, erfreulich authentisch wirkende Westside Story der neunziger Jahre ist jetzt auf dem Münchner Tollwood-Festival zu hören und geht anschließend auf Europatournee.

AUSSTELLUNGEN

Verfehlte Folie?

Christoph Vitali, 58, Direktor im Münchner Haus der Kunst, über eine einstweilige Verfügung des Erfurter Landgerichts gegen die beanstandete Hängung von zwei Bildern der Malerin Ellena Olsen in der umstrittenen Weimarer Ausstellung „Aufstieg und Fall der Moderne“

SPIEGEL: Herr Vitali, die Weimarer Museen kündigen Berufung gegen den Richterspruch vom Donnerstag an. Doch falls er Rechtskraft bekommt und die angeblich „herabwürdigende“ Hängung nicht sein darf: Werden damit Ausstellungsmacher nicht unerträglich eingeengt?

Vitali: Man sieht das natürlich immer von der eigenen Position aus, und da erscheint mir die Entscheidung nicht so bedrohlich. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ich mir eine derart unreflektierte Installation zuschulden kommen ließe.

SPIEGEL: Sie sind auch Jurist. Ist die Darbietung von DDR-Kunst wie in einem großen Depot für Sie ein justitiabler Gesetzesverstoß?

F. SOMMARIVA

Olsen-Gemälde „Die verrückte Gesellschaft“ (Pfeil) in der Weimarer Ausstellung

A. BRÖSCH

Vitali

Vitali: Sie ist zumindest von triefender Dummheit. Sie suggeriert, alles sei gleich schäbig, gleich belanglos. Offenbar soll sie das auch.

SPIEGEL: Man kann sich doch auf interessante Bilder in der Masse konzentrieren.

Vitali: Das halte ich für ausgeschlossen.

SPIEGEL: Auch alte Gemäldegalerien hängen ihre Bilder bisweilen dicht an dicht und in mehreren Reihen.

Vitali: Aber nach erkennbaren Prinzipien. In Weimar ging es offenbar nur darum, die Wände nahtlos zu bedecken.

SPIEGEL: Gestehen Sie Ausstellungsmachern keinen Gestaltungsanspruch zu?

Vitali: Natürlich darf man auch einmal provozierend hängen, nur muß man erklären können, warum man das tut.

SPIEGEL: Bei aller begründbaren Kritik: Alarmiert Sie nicht der Präzedenzfall, wenn ein Gericht festlegt, graue Plastikfolie als Wandbespannung und die Weimarer Art der Hängung verstießen gegen das Persönlichkeitsrecht der Künstler? Sollen schlechte Ausstellungen tatsächlich verboten werden können?

Vitali: Ich sehe die Gefahr. Nur meine ich, auch einem Gericht immer dartun zu können, daß meine Entscheidung vertretbar ist. Das muß auszuhalten sein.

LITERATUR

Analphabeten erschießen!

Sein Lebenselixier war die Verbindung von Tinte und Bier. Ins Pantheon der Literatur wollte er durch eine böhmische Wirtshaustür eingehen, denn nur in der Kneipe war der Mensch für ihn ganz Mensch. Folgerichtig schrieb Jaroslav Hašek seine „Abenteuer des braven Soldaten Schwejk“ in einem böhmischen Dorfkrug, wohin er sich vor nationalistischen Fanatikern geflüchtet hatte. Der Roman blieb unvollendet, mit gerade 39 Jahren wurde Hašek 1923 ein Opfer des Alkohols.
Eine wesentliche Ergänzung zum „Schwejk“ hat jetzt der Berliner Literaturwissenschaftler Hans Dieter Zimmermann herausgegeben: eine Hašek-Sammlung unter dem Titel „Urschwejk“. Zum einen enthält der Band frühe Entwürfe von „Schwejk“-Geschichten, zum anderen präsentiert er die Erzählung „Kommandant der Stadt Bugulma“. Sie war in der kongenialen Übersetzung Grete Reiners 1929 auf deutsch erschienen, aber weitgehend unbekannt geblieben. Wahrscheinlich weil Hašek hier seine Erfahrungen als zeitweiliger Sympathisant des Kommunismus reflektiert – mit noch größerer satirischer Schärfe wie später im „Schwejk“ die mit der k.u.k.-Monarchie. Im Jahr 1915 in russische Kriegsgefangenschaft geraten, war er nach 1918 für längere Zeit als Funktionär der Roten Armee tätig; er teilte erst die Hoffnungen und dann die Enttäuschungen aller idealistischen Revolutionäre.

Der Titelheld, Kommandant Gaschek – das russische Alphabet kennt kein H –, muß sich mit einem bolschewistischen Widersacher herumschlagen, der Plakate wie dieses kleben läßt: „Ich ordne an, daß alle Einwohner der Stadt und Umgebung, die nicht lesen und schreiben können, dies binnen drei Tagen nachholen. Wer nach dieser Frist als Analphabet sichergestellt wird, wird erschossen.“ Für lesende Zeitgenossen ist dieser Text des großen Humoristen, also Humanisten Hašek ein Glücksfall.

Jaroslav Hašek: „Der Urschwejk und anderes aus dem alten Europa und dem neuen Rußland“. Aus dem Tschechischen von Grete Reiner. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart; 396 Seiten; 42 Mark.

MUSEUM DER BILDENDEN KÜNSTE LEIPZIG

Rosa-Zeichnung „Reiterkampf“

KUNST

Erhabener Schrecken

Für viele Zeitgenossen war er ein Ärgernis – wegen bizarrer Auftritte, giftiger Polemiken, überzogener Preise und wegen seiner wilden Ehe, in der er vier Kinder zeugte. Doch Kenner rühmten Salvator Rosa (1615 bis 1673) als ausdrucksmächtigen „Demosthenes der Malerei“. Mit zerklüfteten Landschaften, gewittrigen Lichteffekten und nervös gestikulierenden Figuren zauberte der Mann aus Neapel in seine Bilder eine vorromantische Aura aus Schrecken und Erhabenheit. Im Leipziger Museum der bildenden Künste wird er nun als „Genie der Zeichnung“ gewürdigt – durch 97 Skizzen, die er zumeist als Gemälde-Entwürfe mit Feder und Pinsel aufs Papier gefetzt hat (24. Juni bis 8. August). Leihgaben aus dem niederländischen Haarlem ergänzen bedeutende Bestände des Hauses, und neue Archivstudien erhärten die Vermutung, beide Konvolute hätten einst der abgedankten Schwedenkönigin Christine gehört.

Kino in Kürze

„Meine Heldin“. Das hat sich der deutsche Verleih dann doch nicht getraut: den Film „Die Langeweile“ zu nennen, wie dessen Romanvorlage von Alberto Moravia. In „La Noia“ hatte der Erotomane seine Figuren im Rom der sechziger Jahre aufeinander losgelassen; Regisseur Cédric Kahn verlegt die Geschichte ins Paris von heute: Martin (Charles Berling), ein depressiver Philosophiedozent Mitte 30, beginnt eine Affäre mit Cécilia (Sophie Guillemin), 17, von kräftiger Statur und scheinbar schwachem Verstand. Doch es sind Martins Sinne, die – zum Vergnügen des Zuschauers – immer mehr von Geilheit und Eifersucht getrübt werden. Schade nur, daß Kahns hübsch-frivole Komödie gegen Ende ins Manierierte kippt; statt Liebe, Drama oder Wahnsinn herrscht dann nur noch – Langeweile.

Kahn-Film „Meine Heldin“

KINOHITS

Aus alt mach neu

TOBIS

Szene aus „Die Zeitritter“

Der europäische Film ist und bleibt ein Sorgenkind, vor allem, weil die Europäer selbst sich immer weniger für ihn interessieren. Die neueste EU-Kinostatistik verrät, daß im Jahr 1998 unter den 20 in Europa erfolgreichsten Filmen 18 made in USA waren. Nur auf den Plätzen 14 und 15 konnten sich zwei französische Filme behaupten, die hierzulande unter den Titeln „Dinner für Spinner“ und „Die Zeitritter“ liefen. In deutschen Kinos waren beide Flops, vermutlich vor allem, weil sie eben den Fehler hatten, nicht amerikanischer Herkunft zu sein. Nun kommt gute Kunde aus Hollywood, wo Remakes französischer Hits schon öfter Erfolg hatten: Beide Produktionen werden à l’américaine neu verfilmt, und für „Die Zeitritter“ sind sowohl der Originalregisseur (Jean-Marie Poiré) als auch die Hauptdarsteller Jean Reno und Christian Clavier im US-Remake wieder in Aktion. Bekanntlich schreckt man in Hollywood vor Unmöglichem nicht zurück: Auch der Film „On connait la chanson“ von Alain Resnais, der mit dem O-Ton von gut 30 französischen Schlagern jongliert, soll als Remake auferstehen – mit einem Bukett von amerikanischen Popsongs.

KULTURPOLITIK

„Vorsätzlich getäuscht“

Lutz von Pufendorf, 57, Staatssekretär in der Berliner Kulturverwaltung, über seine gestörte Zusammenarbeit mit Senator Peter Radunski

SPIEGEL: Herr von Pufendorf, Senator Radunski hat Bernd Wilms als Intendant für das Deutsche Theater in Berlin engagiert – gegen Ihren Rat. Sie baten daraufhin um Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, sind aber immer noch im Amt. Wann gehen Sie?

Pufendorf: Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen hat mich gebeten zu bleiben. Wenn klare Bedingungen getroffen werden, die mir die Weiterarbeit ermöglichen, bin ich dazu bereit. Die Gespräche laufen.

ULLSTEIN BILDERDIENST

Radunski, Pufendorf

SPIEGEL: Wie soll die Kooperation in dieser verfahrenen Situation klappen?

Pufendorf: Wir sind erwachsene Leute. Allerdings mußte ich mich vorsätzlich getäuscht sehen, als der Senator mich beauftragte, nach München zu Dieter Dorn zu fahren, um diesen doch noch für Berlin zu gewinnen. Ich hatte sogar ein persönliches Schreiben von Radunski an Dorn im Gepäck – und dabei war sich der Senator mit Bernd Wilms schon einig geworden. Es geht aber gar nicht um mich, sondern darum, daß mit einem solchen Vorgehen Berlin als seriöser Verhandlungspartner beschädigt worden ist.

SPIEGEL: Wie wird sich das Deutsche Theater unter Wilms entwickeln?

Pufendorf: Ich bin der Ansicht, daß das Haus den Rang eines deutschen Burgtheaters hat, für das nur die Besten in Frage kommen und unter diesen nur jene, die in der Pflege des klassischen Repertoires, der Domäne dieser Bühne, ausgewiesen sind. Der durchaus verdienstvolle Wilms ist meiner Meinung nach für die Intendanz die falsche Wahl. Er ist klug genug, vielleicht noch zu merken, daß er gegen den Widerstand, der ihm im Haus und in der Öffentlichkeit entgegenschlägt, nicht reüssieren kann. Die Situation erinnert mich fatal an die unglückselige Entscheidung, 1985 Heribert Sasse zum Chef des Schiller-Theaters zu machen …

SPIEGEL: … das nach weiteren unglücklichen Personalentscheidungen 1993 geschlossen wurde. Hängen Sie der Theorie an, daß einem Unglück das nächste folgt?

Pufendorf: Das ist keine Theorie, das ist schmerzvoll erlebte Praxis.

Am Rande

Kultur fürs Kosovo

Zu den Organisationen, die kein Mensch vermißte, wenn es sie nicht gäbe, gehört auch das deutsche PEN-Zentrum. Jahrelang damit beschäftigt, sich zu vereinigen, ist die Sozietät der Poeten, Essayisten und Novellisten inzwischen in der wirklichen Welt angekommen. Im Kosovo-Krieg hat sie couragiert nach einem „Moratorium“ der Nato-Angriffe und der „Einstellung“ aller Kampfhandlungen gerufen, und als der Ruf unerhört blieb, da verlangte der PEN-Präsident, das deutsche TV möge wenigstens auf die Ausstrahlung von Unterhaltungssendungen verzichten. Nun ist der Krieg vorbei, und während sich die serbischen Truppen aus dem Kosovo zurückziehen, kündigt das PEN-Zentrum eine neue Offensive an: eine Konferenz westeuropäischer und jugoslawischer Autoren zur „Revitalisierung der Zivilgesellschaft“. Wo die Politik versagt hat und die Militärs verbrannte Erde hinterlassen haben, werden die PEN-Brüder und -Schwestern neues Leben aus den Ruinen zaubern, eine Zivilgesellschaft, um die sich seit der Schlacht auf dem Amselfeld im Jahre 1389 so viele kluge Köpfe vergebens bemüht haben. Natürlich bleibt ein Restrisiko, daß auch die PEN-Initiative zu keinem dauerhaften Erfolg führen wird. Für diesen zwar unwahrscheinlichen, aber doch möglichen Fall hat der Medienbeauftragte der OSZE, Freimut Duve, bereits einen Plan: eine „Kulturinitiative für das Zusammenleben“ von Serben und Albanern. Kultur für alle sozusagen, zivil und vital, ohne deutsche Truppen, aber endlich unter deutschem Kommando.

VG BILD-KUNST, BONN 1999; FOTO: P. RÖSLI

Höller-Installation „Ballhaus“ (1999): *Keine Berührungsängste mit der teuren Ware*

KUNSTMARKT

„Das wahre Geld ist unterwegs“

Das Geschäft mit zeitgenössischer Kunst, seit Jahren flau, boomt plötzlich wieder. Auch auf der Kunstmesse „Art“ in Basel, die an diesem Montag endet, griff das illustre Publikum munter zu – trotz der millionenschweren Rekordpreise.

Ashley Barber, Galerist aus Sydney, inszeniert seine Kunstware mit greller Hingabe: Um die orangefarbenen Gemälde seines Landsmanns John Nixon unübersehbar feilzubieten, hat er dafür eine ganze, große Wand seines Verkaufsstandes auf der Basler Kunstmesse „Art“ mit schwarzer Farbe gestrichen. Der Aufwand lohnte. Bereits am ersten Messetag klebte Barber nach wenigen Stunden einen roten Punkt neben eines der Bilder – das handelsübliche Zeichen für einen erfolgreichen Verkauf.

Auf dem Basler Kunstbazar, der an diesem Montag nach sechs Messetagen schließt, wimmelte es nur so von roten Flecken. Innerhalb der weltweit renommiertesten Verkaufsschau für die Kunst der Zeitgenossen gehören die Nixon-Werke mit einem Preis von höchstens 4000 Dollar pro Stück jedoch zur Unterklasse. An den zahlreichen Ständen mit den Magrittes und Mirós pappte dagegen jeder Punkt stellvertretend für ein Millionengeschäft.

Noch Mitte der neunziger Jahre glaubte kaum ein Galerist an eine Renaissance solch guter Zeiten. In den achtziger Jahren hatte das Geschäft übertrieben geboomt. Und als dann um und nach 1991 die Wirtschaft erst in Amerika und dann in Europa kriselte, wurden Kunstwerke, vor allem die der Moderne, zu Ladenhütern und die Händler depressiv.

Inzwischen ist die Stimmung blendend: Mit den Börsenkursen wuchs auch der Appetit auf die Aktie Kunst kräftig. Die Sammler sind wieder bereit, Rekordpreise zu wagen. Und das nicht nur für barock verstaubte Altmeister: Sotheby’s versteigerte im Mai ein Gemälde des Impressionisten Georges Seurat für über 35 Millionen Dollar, ein Stilleben seines Kollegen Paul Cézanne gar für 60 Millionen Dollar. Und Warhol-Grafiken, die vor zehn Jahren 25 000 Dollar einbrachten, werden heute für das Zehnfache verscherbelt. Für die naive Malerei seines Zöglings Jean-Michel Basquiat, die zu dessen wilden Lebzeiten in den achtziger Jahren für 30 000 Dollar zu haben war, wird inzwischen weit über eine Million Dollar veranschlagt.

Auch die Kunsthändler in Basel, die mit den ganzjährig auftrumpfenden Auktionsgiganten konkurrieren müssen, überraschen 1999 mit einem besonders exquisiten Sortiment – so die US-Galerie C & M mit einem kantigen Frauenporträt von Malerstar Pablo Picasso für 6,5 Millionen Dollar. Ein Triptychon des britischen Sonderlings Francis Bacon aus dem Bestand der New Yorker Galerie Shafrazi kostet 9 Millionen Dollar: „Schließlich“, sagt eine Shafrazi-Mitarbeiterin, „ist es ein Bacon und dazu

COURTESY GALERIE ZAKIROVA

Mamedow-Foto „Geburtsszene“ (1998): *Reaktionen getestet*

das letzte Werk, an dem er vor seinem Tod gearbeitet hat.“

Der Londoner Händler Helly Nahmad, erst 22 Jahre alt, protzt mit einem Gemälde des modernen Klassikers Wassily Kandinsky: „Das Jüngste Gericht“ von 1910, eine Schwelgerei in bunten Farbfeldern, gilt wegen der frühen Tendenz zur Abstraktion als kunsthistorisches Highlight. Auf der „Art“ dürfte es eines der teuersten Stücke sein: Nahmads Familie erwarb das exklusive Werk 1995 für 4,75 Millionen Dollar. Der Sprößling verlangt nun 15 Millionen Dollar – und hatte schon am zweiten Messetag einen Interessenten aufgetan.

Der Kunstmarkt, warnt Michael Werner, der einflußreiche Galerien in Köln und New York betreibt, ist zur Zeit „völlig hysterisch, fast schon überhitzt“. In der Hoffnung auf Mega-Umsätze hatten sich denn auch 800 Händler um Messestände beworben. Nur 271 wurden zugelassen. Sie füllen die unprätentiösen Hallen mit Stücken im geschätzten Gesamtwert von 250 Millionen Dollar.

Der Düsseldorfer Galerist Hans Mayer ist auch diesmal, wie stets seit der ersten „Art“-Veranstaltung 1970, mit einem opulenten Stand vertreten. Das Publikum sei immer hochkarätig gewesen, sagt Mayer. 1999 aber, schwärmt er, sei es so gut wie noch nie: „Dieses Mal ist das wahre Geld unterwegs“ – solvente Kunden, weniger Spekulanten als früher.

Vor allem amerikanische Käufer greifen zu. Neben Kuratoren von Firmenstiftungen sind wohlbetuchte illustre Privatleute darunter – wie die bekanntermaßen kunstverliebten Ehepaare Braman, Rubell und de La Cruz aus Miami. Das Fachmagazin „Artnews“ führt alle drei auf der Topliste der 200 weltwichtigsten Sammler.

In der Schweiz werden so erlesene Kunden schmeichelnd hofiert. Die Creme der Sammler darf das edle Sortiment auf persönliche Einladung der Galerien bereits einen Tag vor Messebeginn begutachten. „First Choice“ – erste Wahl – nennt sich die Vorzugsbehandlung unter Ausschluß der ordinären Öffentlichkeit.

Doch auch während der reguläre Messezirkus läuft, traut sich kaum ein Galerist, seinen Stand zu verlassen. Aus gutem Grund: Er sei, ärgert sich ein deutscher Händler, nur einmal für 20 Minuten zum Mittagessen gegangen und habe schon den Zufallsbesuch von einem wichtigen niederländischen Sammler verpaßt – prompt war ein mögliches Geschäft perdu.

Zeit ist Geld. Um ihre Großkunden zu beraten, nehmen sich die höflichen Kunstverkäufer deswegen viel Zeit. Denn mancher potentielle Kunde weiß zunächst nur, wofür er seine Kreditkarte nicht zücken will. Vor allem die private Klientel scheut Risiken. So glänzt Basel als Salon sicherer Werte und namhafter Bestseller. An jeder zweiten Ecke schweben die berühmten Mobiles von Alexander Calder, die pedantische Flächen-Geometrie von Sol LeWitt hängt im Dutzend herum.

Von der lebenden Künstlergeneration ist gefragt, wer viel ausgestellt hat – vorzugsweise auf so prominenten Schauen wie der „Biennale“ in Venedig, die dieses Jahr eine Woche vor der Messe startete: Wandteppiche und flimmernde Bilder von Rosemarie Trockel, die auf der italienischen Weltschau den deutschen Pavillon mit Videoprojektionen bestückte, sind in Basel ebenso zu ergattern wie collagenhafte Großgemälde des Spaniers Manolo Valdés. Auf sein kunstmarkttechnisches Gütesiegel durch die Biennale-Präsenz verweist die internationale Galerie Marlborough mit Pappschildern.

Solche Supermarkt-Manier allerdings stößt selbst einigen Kollegen als geschmacklos auf. Viele Galerien, zürnt eine Kunsthändlerin aus Mönchengladbach, begriffen die Kunst als bloße Ware, die Gewinn abwerfen müsse. Gerade große Häuser in London oder New York, klagt sie, bemühten sich nicht darum, Nachwuchskünstler aufzubauen. Das hieße ja, spottet sie, jahrelang Geld zu investieren, statt welches einzunehmen – ohne die Garantie,

VG BILD-KUNST, BONN 1999; FOTO: P. RÖSLI

Kandinsky-Gemälde „Das Jüngste Gericht“ (1910)
Highlight im exquisiten Sortiment

P. RÖSLI

Basler Messehalle: *Salon der namhaften Bestseller*

P. RÖSLI

Haider-Silikonobjekte „Männer“ (1997/99) *Auf den ersten Blick wie gemalt*

daß sich der Künstler auch durchsetzt. Man hofft dreist, daß die Konkurrenz die Basisarbeit übernimmt.

Gerade junge Galeristen, die No-name-Künstler vertreten, können sich den Luxus-Auftritt in Basel aber kaum leisten. Die Miete für einen mittleren Stand liegt bei 25 000 Mark, hinzu kommen Transport und Versicherung. Damit dennoch frischerer Wind durch die Hallen zieht, subventionieren die Messemanager ausgewählte Galerien, die weniger Bewährtes präsentieren. Sie dürfen unter dem Motto „Art Statements“ jeweils einen noch unbekannten Künstler vorstellen.

Doch auch die Newcomer-Stände schreiben keine aufregende Kunstgeschichte. Sie hätscheln, was offenbar dem Zeitgeist entspricht und das Gemüt der distinguierten Käufer bloß nicht schockiert.

Weil Fotografie inzwischen zum hochdotierten Establishment zählt – ein Abzug von Cindy Shermans schleimig-grünem Zyklopen rangiert bei 50 000 Dollar –, widmen sich die Junghändler wieder der Malerei. Jahrelang als altbacken verpönt, wird sie zum Hype hochjubiliert.

Die Experimentierfreude auf der Leinwand aber hält sich in Grenzen. Das gilt für die pastellvioletten Huldigungen an die Plattencover der siebziger Jahre vom Berliner Künstlerduo Maike Abetz und Oliver Drescher wie für die fetten Farbflecken der Kalifornierin Monique Prieto. Die Gefahr, Auge und Geist des Publikums ernsthaft zu fordern, ist gering.

Provokanter wirken die Fotos des Russen Rauf Mamedow: Er lichtete mongoloide Männer und Frauen ab – in bekannten Posen. Seine Modelle stellen das Abendmahl Leonardo da Vincis oder eine altmeisterliche Geburtsszene im bethlehemitischen Stall nach. Bevor die russisch-niederländische Händlerin Lilja Zakirova die Bilder nach Basel schickte, hatte sie die Serie aber erst einmal in ihrer Galerie ausgestellt und die Reaktionen getestet: Auf der „Art“, für viele Junggaleristen ein Sprungbrett in die elitären Höhen des Kunsthandels, will sich niemand mit einem Fehlschlag blamieren.

Doch was bei der eigensinnigen Kunstkundschaft wirklich Furore macht, läßt sich im voraus schwerlich kalkulieren. Manchmal reicht ein sperriges Format, um Käufer zu verschrecken. Die typischen Kunstliebhaber, glaubt der Galerist Luis Campaña aus Köln, suchen Werke, die sie sich an die Wand hängen können.

Und viele Künstler kommen dem so alten wie schlichten Bedürfnis willig entgegen. Selbst Videoinstallationen werden handlicher: Statt wie früher klobige Monitore aufzutürmen, projizieren die Künstler ihre Filme direkt auf die platte Wand. Das wirkt dann, sagt Eva Keller, die auf der „Art“ das Videoforum organisierte, wie ein bewegtes Gemälde. Aber auch viele dreidimensionale Objekte wie die muskulösen Männerkörper, von der Österreicherin Ilse Haider aus Silikon und biegsamen, künstlichen Blütenstaubgefäßen geformt, wirken auf den ersten Blick wie gemalt.

Tim Blum aus dem kalifornischen Santa Monica hat zumindest eine eßeckengroße Installation in seine Koje gewuchtet: Der japanische Künstler Takashi Murakami hat bunte Kunststoffpilze und eine niedlich großköpfige Riesenmaus auf einer Scheibe verankert und dazu ein farblich abgestimmtes Bild gemalt. Aufmerksamkeit ist Murakamis Doppelpackwerk auf jeden Fall gewiß: Die Spielzeugfarben und die comicartigen Figuren erinnern auffällig an die Bonbonkunst des japanischen Shooting-Stars Mariko Mori. Diese „äußere Ähnlichkeit“ der Werke sei Zufall, versichert Blum. Doch, gibt er zu, habe Moris kometenhafter Erfolg dazu beigetragen, daß sich die Welt „brennend“ für japanische Künstler interessiere.

Wirklich schwer aber ergeht es im kaufreudigen Basel nur demjenigen, der saalgreifende Installationen an die Klientel bringen will. Die Messe hat 1998 zwar einen Skulpturenpark mit viel Platz und Billigmieten eingerichtet. Dennoch mußte Martin Schwander, früherer Chef des Luzerner Kunstmuseums und in Basel in diesem Jahr für die Skulpturenschau zuständig, die Galeristen „mit vielen Worten zum Mitmachen überreden“. Schließlich, weiß er, seien Acht-Meter-Kolosse kaum zu verkaufen. Für Mammutwerke haben in der Regel nur Museen ausreichend Raum – die aber geizen wegen knapper Etats.

So ist die Skulpturenhalle trotz aller Bemühungen rar besucht. Dabei verzichtet Schwander im Gegensatz zu musealen Inszenierungen weitgehend auf Absperrungen und mindert so die Berührungsängste mit der teuren Ware. In das „Ballhaus“, ein schrillfarbiges Zeltgebilde von Carsten Höller für 70 000 Mark, können Besucher sogar hineinspazieren.

Unter den 35 Installationen und Plastiken findet sich eines der aktuellsten Werke der „Art“: Der chinesische Künstler Wang Du hat sein 32-Quadratmeter-Ensemble „Stratégie en chambre“ für den Messeanlaß arrangiert. 300 Plastikflieger hangeln über Zeitungsbergen, über die Spielautos und Minisoldaten verstreut wurden und auf denen klobige Gipsbüsten von Bill Clinton und Boris Jelzin thronen – gleich neben Figuren, die demonstrierende kosovoalbanische und serbische Kinder darstellen sollen.

Auch wenn der politische Hauch etwas windig daherkommt: Die Installation, lobt der Kurator Schwander, sei so etwas wie ein dreidimensionales Historienwerk, das die absurde Bilderflut in den Massenmedien in Frage stelle. Im Handel hat das Ensemble ausnahmsweise trotz Übergröße gute Chancen. Manchmal, sagt Schwander, investieren Sammler auch in Zukunftsaktien – zumindest wenn Wertsteigerung oder musealer Ruhm als sicher gelten. Und Wang Du ist spätestens seit seinem Auftritt auf der Biennale ein Star.

ULRIKE KNÖFEL

COURTESY METRO PICTURES N. Y.

Sherman-Foto „Untitled“ (1995): *Hochdotiertes Establishment*

Werbeseite

Werbeseite

AUTOREN

Brief an ein fremdes Volk

Von Biljana Srbljanović

Die Belgrader Dramatikerin Srbljanović, 28, hat mit ihrem im SPIEGEL (17/1999) veröffentlichten Kriegstagebuch aus der serbischen Hauptstadt ein internationales Echo ausgelöst. In ihrem „Brief an ein fremdes Volk“ spricht die Autorin zugleich als sie selbst und in der Rolle des ungenannt bleibenden serbischen Herrschers. Ihre literarische Abrechnung nach dem Kosovo-Krieg gilt aber nicht nur den Tätern, sondern ebenso der schweigenden Mehrheit. Denn diese war es, die das Treiben der Täter erst ermöglichte, indem sie jahrelang gleichgültig zusah – innerhalb wie außerhalb der serbischen Grenzen –, im eigenen wie im „fremden“ Volk. „Ich bin nicht nur die serbische Schande“, schließt der Monolog. „Ich bin auch eine Blume aus deinem Garten.“

A. ZAMUR / GAMMA / STUDIO X

Höre, o Volk! Ich will dir ein Geheimnis anvertrauen: Ich habe entdeckt, daß ich fliegen kann. Sag es niemandem, aber ich kann es tatsächlich. Eines Tages hob ich vom Boden ab, meine Füße lösten sich von der Erde, ich flog empor, flog hoch in den Himmel hinauf, zwischen die Wolken, über dieses Land. Und ich flog weiter über den verbotenen Luftraum. Heute fliege ich über zerstörte Brücken, über verbrannte Erde, über kaputte Häuser und rauchende menschliche Körper. Sag es niemandem, das soll unser Geheimnis bleiben: Ich bin keine Frau mehr, ich bin ein Flugkörper, der unter seinen Flügeln alles vereinnahmt: das ganze Territorium und alles, was auf ihm kreucht und fleucht. Auf Leichen und Tierkadaver verzichte ich, die sind nicht meine Sache, die brauche ich nicht, diese Fleischstücke gehören jetzt einem anderen.

Ich bin eine fliegende Maschine, meine heutige Erfahrung hat mich das Herrschen gelehrt. Wenn du willst, kann ich die Herrschaft über dich übernehmen. Ich brauche dazu nur ein braves Volk, ein Volk, das nicht denkt, dessen Hirnzellen betäubt sind, ein armes und armseliges, ein leichtgläubiges und menschlich verwahrlostes Volk. Schalte dein Hirn aus, halte dein Herz an, gib dich mir hin, und du wirst sehen, wie ich zu herrschen verstehe.

Zunächst nehme ich dich zu einem Rundflug mit. Zu den Höhen emporsteigend, werden wir zum himmlischen Volk. Wir werden die engen Grenzen überfliegen und sie als zu eng empfinden. Das Wasser wird uns im Mund zusammenlaufen bei dem Gedanken, daß alles uns gehören könnte. Wir werden aus der Höhe auf fremde Kirchen, auf fremde Sprachen spucken, wir werden alles hassen, was anders ist, wir werden nur an uns und an unser Besonderssein glauben. Werde zusammen mit mir auserwählt, o Volk, und ich verspreche dir eine blühende Zukunft. Zunächst mußt du mir aber alles überlassen. Du mußt mir dein Geld, dein ganzes Vermögen geben, mir deine Töchter leihen und deine Söhne anvertrauen. Ich werde ihnen schöne Uniformen verpassen, sie werden prächtig aussehen, alle wie ein Mann, das Gewehr in der Hand. Die vor ihnen rollenden Kanonen werden ein Volk ankündigen, das im Paradeschritt auf seinem Weg alles zermalmt.

Vergiß menschliche Regungen, o Volk, die Menschlichkeit ist eine zoologische Kategorie, durch die wir uns nur von den Tieren abheben. Unter den Menschen hat sie keine Bedeutung mehr. Alles, was für den Staat gut ist, ist auch für das Volk gut. Das Volk muß sich so weit erheben, daß es zu allem fähig wird.

Du, Volk, bist das auserwählte Volk. Schau dich um, suche dir ein Stück Land. Beschnuppere es, markiere es, zäune es ein – und es gehört dir. Berufe dich auf die Geschichte, die Geschichte des Menschengeschlechts ist die Geschichte der Kriege. Leicht wirst du in ihr eine Zeitnische finden, in der einer der Unseren – nicht der Ihren – auf diesem Stück Land gelebt hat, das wir uns zu erobern anschicken. Wir wollen es lediglich in unseren Besitz zurückführen und denen entreißen, die jetzt da leben. Die haben sich ohnehin zu Unrecht dort niedergelassen, diese Untermieter ohne Vertrag, ohne Anspruch auf die Existenz. Leben – das dürfen nur wir, die anderen müssen weichen.

Ich werde dir ein Geheimnis anvertrauen, das du niemandem verraten darfst: Ich weiß, wie man herrscht. Schon seit zehn Jahren sehe ich mir an, wie das geht, ich habe vier Kriege hinter mich gebracht, ich weiß, wie man eine Schlägerei anzettelt, darin bin ich Expertin. Zuerst werden wir uns in Gruppen aufteilen. Eine Gruppe greift zu den Waffen, eine zweite willigt fügsam in ihre Opferrolle ein. Die größte, die dritte Gruppe, bleibt zu Hause. Sie wird ein stilles Dasein führen, nicht aufmucken, sich mit keinem Seufzer, mit keinem Zeichen des Unmuts verraten. Diese Gruppe trägt die größte Verantwortung. Sie muß lernen, diszipliniert zu schweigen, sie muß taub und stumm sein, sie darf den Kampflärm nicht vernehmen, nicht die Folgen des Krieges sehen, und wenn sie etwas Unmenschliches entdeckt, muß sie voll Anstand den Blick abwenden. Aus diesem gleichgültigen Volk werden wir nützliche Freiwillige rekrutieren. Diese werden schweigend und gehorsam alles akzeptieren, was ich sage und was ich in ihrem Namen tue. Ein Haus oder

Werbeseite

Werbeseite

zwei, ein Dorf oder zwei, ein Land oder mehrere, alles wird verschwinden, im Todeskrampf zerfallen, aber du wirst schweigend wegsehen. Die Bewaffneten werden die Unbewaffneten jagen. So ist das in der Welt der Flora und Fauna, da herrscht das Gesetz des Stärkeren: die Schwachen gehen unter, die Starken regieren.

Sorge dich nicht wegen der Zeugen, du auserwähltes Volk. Die Einwohner der Nachbarländer, und auch die etwas weiter weg von uns auf unserem Kontinent, werden schweigen und sich um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern. Keine Sorge, das kenne ich. Uns bleibt mindestens ein Jahrzehnt, um auf der Welle des Todes zu reiten, im widerlichen Odem des Zerfalls zu surfen, bevor sich überhaupt jemand entschließt, auf uns aufmerksam zu werden und seine Stimme zu erheben. Wir werden Millionen Menschen umsiedeln. Wenn du wüßtest, wie wir uns an deren Vermögen bereichern können. Aus ihren Häusern plündern wir Elektroherde, Tiefkühltruhen, Videorecorder, Toaster. Einen Schatz werden wir zusammentragen. Früher begehrte man Perserteppiche und Gold, heute rauben wir die Kostbarkeiten der Konsumgesellschaft. Wir werden Privathäuser wie Supermärkte betreten, alles, was uns gefällt, in die Einkaufswagen schmeißen, an der Kasse den Ausweis des auserwählten Volks zeigen, da muß man keinem was bezahlen.

Leider wird man auch töten müssen. So sind die Regeln: Für eine Friteuse muß ein Familienoberhaupt dran glauben, für ein Auto sogar eine ganze Familie. Für Traktoren, Kühe, Äcker und Silos werden viele ihr Leben lassen müssen. Aber auch die werden wir noch fleddern: ihnen Goldzähne und Amalgamplomben wegnehmen, Brillen, Hörgeräte, Gehhilfen und schließlich auch Strümpfe und Unterhosen …! Alles wird uns gehören, wir werden reich an gebrauchtem Zeug, wir werden zu einem mobilen Flohmarkt menschlicher Güter und menschlicher Organe, keiner wird uns stoppen können. Nur, du mußt mir alle deine Schätze überlassen. Ich werde sie hüten, dein Tresor sein, ich werde unseren Reichtum mehren, mit ihm an der Weltbörse spekulieren. Das Geld werde ich „waschen“, ich werde Gesellschaften, Scheinfirmen, Privatbanken gründen, und keiner wird jemals nach der Herkunft des Kapitals fragen.

> „Bewaffnete werden die Unbewaffneten jagen, so ist das in der Welt der Flora und Fauna – die Schwachen gehen unter“

Und dann, o Volk, wenn wir das Land von Menschenseelen gesäubert haben, werden auch wir jemandem auffallen. Wir werden den Unmut irgendeiner Macht wecken, den Zorn irgendeines Mächtigen erregen. Dann wird irgendein erboster Heerführer gegen dich losziehen und Bomben auf dich abladen, deren Verbrauchsdatum abläuft – lieber auf dich als in den Stillen Ozean, wo man Wale und Plankton gefährdet und womit man nur Proteste erntet. Die Bürger wollen nicht, daß man in einsamen Gewässern und Wüsten Bombenexperimente durchführt, sie lassen es nicht mehr zu, daß die Armeen ihre Kriegsspiele in schönen Landschaften veranstalten. Unser Land wird ihnen die günstige Gelegenheit bieten, die Videoschlachten „live“ zu schlagen.

Sorge dich nicht um mich, o Volk, ich werde in Sicherheit sein. Da ich weiß, mit wem ich mich anlege, habe ich mir einen Bunker gebaut. Darin gibt es Wasser, einen Stromgenerator, Lebensmittel, intellektuelle Huren und eine letzte Kugel für meine Schläfe. Aber die Geschichte meiner Kriege hat mich gelehrt, daß ich diese Kugel nie werde abschießen müssen. Denn, sobald der Sturm sich gelegt hat, sobald die Donner verklungen sind, werde ich zum Händedruck bereit sein, den Schreibstift zwischen die Zähne neh-

men und alles Nötige unterschreiben. Ich werde einen Großputz veranstalten und weiter herrschen.

Ich werde auch deine Schande sein, o Volk, die Schande der ganzen Welt, ich werde ein geachteter Verhandlungspartner, die Menschen werden auf meinen Wink warten, auf das Zeichen, mit dem ich das Ende verkünde, das Ende der Runde, nicht jedoch das des Spiels. Ich liebe es, zu verlieren, o Volk. Ich mag dieses Gefühl. Ich entledige mich unwirtschaftlicher Betriebe, ich entledige mich der Arbeiter, ohne sie entlassen zu müssen. Ich entledige mich der zweifelnden „Intellektuellen", indem ich sie zu Feiglingen erkläre, die Reißaus nehmen. Ich treibe alle über die Grenze, die sich mir widersetzen. Ich säubere das Land von Andersdenkenden und bereite mich auf einen neuen Krieg vor. Ich entledige mich auch des Territoriums, denn ich kann doch nicht so riesige Gebiete regieren. Da ich eine Person mit begrenztem Verfallsdatum bin, muß ich meinen Wirkungskreis einschränken.

REUTERS

Diktator Milošević: *„Ich weiß, wie man herrscht"*

Darum, o Volk, steig herauf auf meine himmlische Plattform. Es spielt keine Rolle, daß wir nicht von gleicher Herkunft sind, es spielt keine Rolle, daß wir nicht dieselbe Sprache sprechen. Das ist ja keine nationale Angelegenheit. Ich befinde mich jetzt auf einer höheren Ebene, ich werbe um ein Volk von Freiwilligen. Alle sind willkommen, die meinen Ehrgeiz teilen. Und denke nicht, o Volk, das hätte nichts mit dir zu tun. Dies ist nicht nur eine Geschichte über mein Land, das ist nicht nur mein Krieg. Auch du bist darin involviert, fremdes Volk, das habe ich mit deinen Herrschenden ausgemacht. Durch die Hotline mit deinen obersten Verantwortlichen verbunden, habe ich ihnen meine geheimen Wünsche anvertraut. Sie wissen alles, fremdes Volk, frag sie, wenn du den Mut dazu hast.

Die Blumen an meinem Fenster welken seit dem letzten radioaktiven Regen. Glaubt ihr, Fremde, diese Wolke schwebt nicht auch irgendwo über euch? Die Blätter und Blüten werde ich in meinem Herbarium als Erinnerung an einen erfolglosen Demokratisierungsversuch mit Uranbomben aufbewahren. Und während ich warte, daß mir ein zweiter Kopf wächst, daß meine Fingernägel abfallen und mein Haar zu dünnem Flaum wird, während ich warte, daß der Geigerzähler in meiner Nähe vor Glück explodiert und ich zur Weltkatastrophe mutiere, schreibe ich folgendes in mein Tagebuch: Ich bin ein globales Problem. Wer sich allein von mir abwendet, wird mein Komplize. Wer aufheult und mit dem Finger nicht nur auf mich zeigt, sondern auch auf die, die sich mit mir arrangieren wollen, auf die, die nur die Sprache der Gewalt kennen, auf die, die bestrebt sind, Löcher zu stopfen, Probleme zu vertuschen, Schuldige ungestraft ziehen zu lassen, wer auf all dies hinweist, der kann die Zukunft verändern.

Ich bin nicht nur die serbische Schande. Ich bin auch eine Blume aus deinem Garten.

Heule auf, du fremdes Volk! Wir wollen zusammen aufheulen! Auch wir hier haben alles satt.

Laß nicht zu, daß mein Duft dich betört.

Aus dem Serbischen von Mirjana und Klaus Wittmann

FILM

Mauerblümchen groß in Form

Kinotriumph für eine britische Show-Frau: Jane Horrocks spielt „Little Voice“.

„Little Voice“-Star Horrocks (r.) mit Annette Badland: *Ihr Herz gehört ihrem Daddy*

Manche Filme sind nach hundert Minuten gnädig zu Ende, ohne daß sie die Frage beantwortet hätten, warum es sie überhaupt gibt (oder warum man nun etwas darüber erzählen sollte, außer um einen Text abzuliefern). Bei anderen, bei „Little Voice“ etwa, stellt sich die Frage nicht, weil Seele und Sinn der Unternehmung sich auf den ersten Blick offenbaren: Diesen Film gibt es, weil es Jane Horrocks gibt, er ist nur für sie und um sie herum zusammengebastelt.

Zu bewundern ist also, wenn man dafür Sinn hat, eine kindlich zarte, ja schmächtige britische Schauspielerin und Sängerin mit einer verblüffenden Spezialbegabung, einem geradezu chamäleonhaften Stimm-Imitationstalent: Wenn sie aus voller Brust einen Song von Judy Garland, Shirley Bassey, Billie Holiday oder Marlene Dietrich anstimmt, ist der Kontrast zwischen ihrer elfenhaften Figur und dem voluminösen Organ von einer Wirkung, die im Lauf von sieben Jahren zu einer bemerkenswerten Karriere geführt hat. Sie gipfelt nun in der Verfilmung des Theaterstücks „The Rise and Fall of Little Voice“, dessen Titel eigentlich schon verrät, daß auch solche Phänomene ihr Verfallsdatum haben.

Dieses schlicht gestrickte Bühnen-Vehikel, verfaßt von Jim Cartwright, filmisch aufbereitet von Mark Herman, tut sein Bestes, um den Gegensatz von Körper und Stimme ins Rührselige zu steigern: Jane Horrocks als Laura schaut unter blonden Fransen kulleräugig in die Welt, ganz scheues Reh, wie es im Buche steht, mit winzigem Stimmchen kaum zu einem Wort fähig, doch glücklich versponnen in die Traum- und Erinnerungswelt ihres Dachboden-Zimmers in dem tristen nordenglischen Seebad, wo die Geschichte spielt.

Ihr Familienname könnte gut Wingfield sein, denn Laura Wingfield, dem klassischen Rührstück-Sensibelchen aus der „Glasmenagerie“ von Tennessee Williams, ist sie in manchem nachgebildet – nur daß ihre Glücks-Innenwelt nicht aus Glasfigürchen besteht, sondern aus der Schallplattensammlung ihres verstorbenen Vaters. Da sitzt sie dann nachts, wenn alle Welt schläft, anbetungsvoll vor dem lächelnden Foto ihres Daddys, hört sich wieder und wieder seine Lieblingsnummern an und beginnt irgendwann, allein für sich (und für ihn) mit ihrer mirakulös aufblühenden Stimme diese Lieder zu singen.

Zwei Männer werden auf das scheue Vögelchen aufmerksam: Den einen, den schüchternen Telefontechniker und Hobby-Taubenzüchter Billy (Ewan McGregor), der sie für stumm hält, rühren ihre seelentiefen blauen Augen so sehr, daß er sich mit einer Montagebühne vor ihr Dachfenster heben läßt, um ihr seine Liebe zu erklären.

Dem anderen jedoch, Ray Say (Michael Caine), einem verkommenen Provinz-Revueagenten und Gelegenheitsliebhaber ihrer bumslustigen Mutter (Brenda Blethyn), geht Lauras Judy-Garland-Stimme, als er sie eines Nachts zufällig hört, so machtvoll durch Mark und Bein, daß er sein sprichwörtliches letztes Hemd und zuletzt sogar seinen Oldtimer-Cadillac verscherbelt, um das ängstliche, kontaktgestörte Mauerblümchen als Nachtclub-Star groß herauszubringen. Natürlich ist der kurze Weg zum Ruhm alles andere als glaubhaft, doch reich an Gelegenheiten für das Duo Blethyn und Caine, mit komödiantischer Hemmungslosigkeit über die Stränge zu schlagen, und natürlich erweist sich im Augenblick von Lauras Triumph, der zugleich ihr Scheitern bedeutet, die Darstellerin als Show-Frau von echtem Format.

Über Jane Horrocks, 35 und im sogenannten wirklichen Leben Mutter von zwei Kindern, ließe sich noch sagen: Ihre erste auffällige Filmrolle hatte sie vor neun Jahren in Mike Leighs „Life is Sweet“ als magersüchtiges Girlie, das sich über und über mit Nutella beschmierte; im Wechsel zwischen komödiantischen Fernsehauftritten und Experimentiertheater-Abenteuern (als Lady Macbeth zum Beispiel mußte sie in jeder Vorstellung auf offener Bühne pinkeln) ist sie vorangekommen; seit der Premiere von „Little Voice“, 1992 im Londoner National Theatre, gilt sie als Star.

Ihre „Little Voice“-Darbietung ist, auch im Film, ein Show-Business-Triumph mit klassischer Show-Business-Doppelmoral, die da lautet: Auch der schönste Show-Business-Triumph ist Staub und Asche gegen die aufrichtige Liebe eines Brieftaubenzüchters.

URS JENNY

„Little Voice“-Stars Caine, Blethyn: *Immer volle Pulle*

Werbeseite

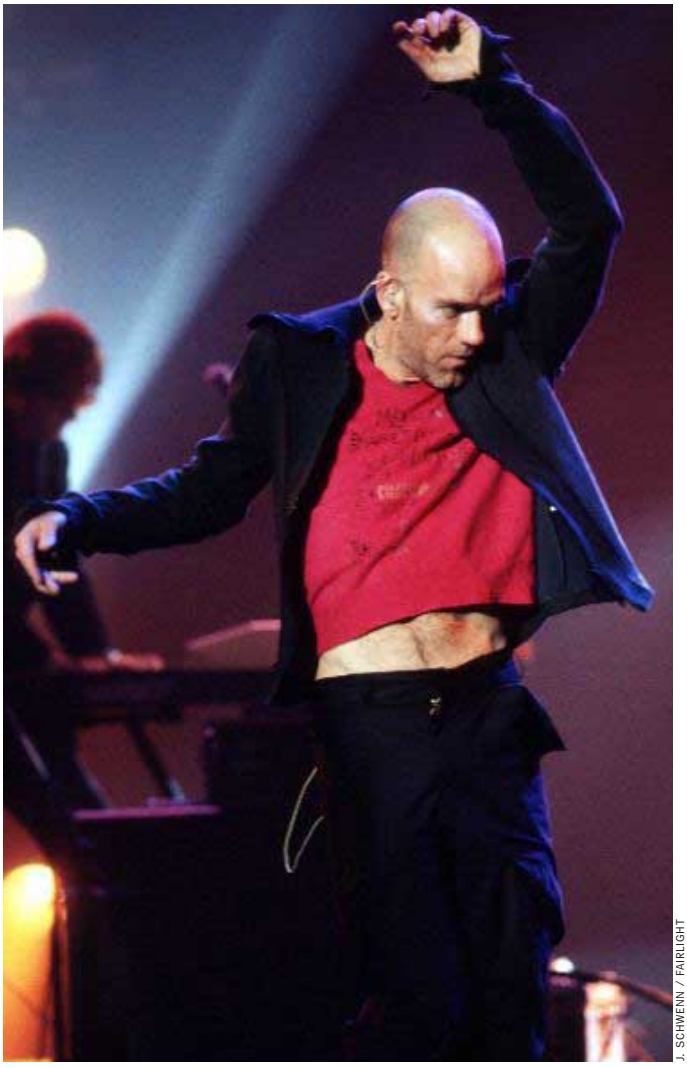
Werbeseite

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Ich bin den Leuten unheimlich“

Michael Stipe, Sänger der amerikanischen Rockband R.E.M., über schlechte Verkaufszahlen, Fotografie und das Geheimnis eines guten Popsongs

Stipe, 39, gilt als Intellektueller der Popwelt und ist berüchtigt für seine Abneigung gegen Interviews. Neben der Arbeit mit seiner Band R.E.M., die von Samstag an in fünf deutschen Städten auftritt, versuchte er sich in den vergangenen Jahren als Filmproduzent und Fotograf und musizierte unter anderem mit Stars wie Neneh Cherry, Patti Smith und Kristin Hersh. Stipe lebt in Athens im US-Bundesstaat Georgia.



J. SCHWENNY / FAIRLIGHT

Popstar Stipe: *„Hinter der Bühne lieber Bücher als Groupies“*

SPIEGEL: Mr. Stipe, Sie und Ihre Kollegen von R.E.M. gehörten in der ersten Hälfte der Neunziger zu den Superstars des Popgeschäfts. Ihre jüngeren Platten wie das aktuelle R.E.M.-Album „Up“ aber sind in Europa weit erfolgreicher als in den USA. Wird Ihre Musik hier besser verstanden?

Stipe: Was ist das denn bitte schön für eine idiotische Frage? Ein ganz schlechter Start.

SPIEGEL: Was ärgert Sie so?

Stipe: Diese typische, bösartige Medienhaltung, die uns dauernd unser Versagen vor Augen führen will. Die Unterstellung, daß wir als Künstler Verlierer sind, wenn wir nicht mindestens fünf Millionen Tonträger verkaufen …

SPIEGEL: … Moment, großes Mißverständnis. Wir halten „Up“ für eine tolle Platte und R.E.M. nicht für Versager.

Stipe: Zum Glück ist das europäische und deutsche Publikum wesentlich toleranter gegenüber Experimenten als das amerikanische.

SPIEGEL: Was läuft falsch in den USA?

Stipe: Das beginnt mit der totalen Formatierung der Medien. Musik, die nicht problemlos einzuordnen ist, ist kommerziell nicht nutzbar – und gilt deshalb als tot. Das ist ein Nachbeben der achtziger Jahre unter Leuten wie Reagan und Bush, einer Ideologie, die Erfolg nur in Absatzzahlen mißt. Dieser Hollywood-Rekordwahn hat auch die Musikindustrie voll erfaßt: Der Rummel um Fragen wie „Wieviel hat die Platte in der ersten Woche verkauft?“ und all dieser Quatsch drohen alles andere zu übertönen. Ob der Künstler etwas gewagt oder zu sagen hat, schert niemanden mehr. Wer zum Beispiel hat den Großkotz und Hollywood-Manager Michael Ovitz um seine Autobiographie gebeten? Und wen außer einigen Mediennarren interessiert das Zeug, das der schreibt? Vergessen wir diesen Dreck und sprechen lieber über die Schönheit unserer neuen Lieder.

SPIEGEL: Lieder, für die Sie die Texte verfaßt haben und in denen es oft um die Furcht geht, kategorisiert zu werden.

Stipe: Ach ja? Sehr interessante Interpretation. Aber als Band legen wir tatsächlich viel Wert darauf, in kein Schema zu verfallen. Deshalb mischen wir gern alles neu.

SPIEGEL: Die Medien lieben es doch, wenn Künstler wie Sie oder Madonna sich regelmäßig neu erfinden.

Stipe: Irrtum. Die Medien wollen, daß man für immer so bleibt, wie man ist. Sie legen dich auf eine Schablone, dein Image fest, und wenn du es wagst, da auszubrechen, werden sie es dir umgehend heimzahlen. Madonna ist eine rare Ausnahme, die sich mit viel Arbeit darüber hinweggesetzt hat. Und ich kann mir immerhin zugute halten, daß sie aus mir bis heute nicht schlau geworden sind.

SPIEGEL: Nach dem Welterfolg Ihrer Songs „Shiny Happy People“ und „Losing My Religion“ und der Platten „Out of Time“ und „Automatic for the People“ wirkten Sie eher irritiert als erfreut. Sie sagten, R.E.M. sei zur „Jukeboxband“ verkommen und daß Sie ihrem damaligen Publikum, mit dem Sie nichts gemein hätten, kräftig „in den Arsch treten wollten, um es wieder loszuwerden“. Was war da passiert?

Stipe: Das habe ich wohl gesagt, aber nicht so böse gemeint, wie es heute vielleicht klingt. Wir fanden ganz unerwartet ein gewaltiges Publikum und hatten das Gefühl, daß die Mehrheit dieses Publikums uns ohne die Musik unausstehlich gefunden hätte. Heute ist mir so was egal. Aber damals war ich jung und aufbrausend. Ich war sicher, daß viele unserer Fans mich verprügelt hätten, wären wir uns nachts auf der Straße begegnet. Und ich fragte mich: Warum zahlt ihr viel Geld dafür, um in einem Fußballstadion meine Lieder mitzugrölen?

SPIEGEL: Ist es so schlimm, daß Millionen die melodischen Songs von R.E.M. schätzen, ohne sich für die Musiker zu interessieren?

Stipe: Nach dem Motto „Ist doch nur Musik, was soll's“? Natürlich können wir melodisch sein und Klangmöbel abliefern, kein Problem. Das ist nett und transportiert uns ins Radio und ins Wohnzimmer. Unsere Musik ist dann nichts anderes als ein Sessel, in den Sie sich gern fallen lassen, dem sie aber keine Bedeutung beimessen. Schließen Sie mal die Augen.

SPIEGEL: Und?

Das Gespräch führten SPIEGEL-Mitarbeiter Christoph Dallach und SPIEGEL-Redakteur Wolfgang Höbel.

Werbeseite

Werbeseite

Stipe: Können Sie mir die Farbe des Sessels sagen, in dem Sie gerade sitzen? Nein? Na also. Sie sitzen eben nur drauf. Wen schert da die Farbe? Genauso ist das mit der ganzen melodischen Radiomusik. Sie können R.E.M. als simple Gebrauchsmusik verstehen, das ist okay. Aber wer mehr will, kann bei uns eine Menge entdecken: Farben, komplexe Strukturen und so weiter.

SPIEGEL: Mit Ihren letzten Alben haben Sie Millionen von Fans vergrault, die sich nicht auf so was einlassen wollten. Macht Ihnen diese Massenflucht niemals Sorgen?

Stipe: Der Fehler ist doch, daß wir vollkommen falsch bewertet werden. Man mißt uns bis heute an einer Platte, die ganz überraschend ein Welterfolg wurde. Das war wunderbar – und doch nur eine Episode. Wir wollen unsere Musik weiterentwickeln und nicht uns selbst kopieren. Ich bin mein schärfster Kritiker und möchte mich später nicht für eine erfolgreiche, aber schlechte Platte schämen müssen.

SPIEGEL: Für welche Songs schämen Sie sich heute?

Stipe: Auf unserem Album „Automatic for the People“ ist ein Song namens „Ignoreland“. Der ist grauenhaft. Echter Schrott. Die ganze Band haßt das Stück.

SPIEGEL: Sie haben einmal gesagt, daß Sie heute tot wären wie Ihr Freund, der Nirvana-Sänger Kurt Cobain, wenn Sie von Beginn an erfolgreich gewesen wären und nicht erst gut zehn Jahre nach der Gründung von R.E.M. im Jahr 1980.

Stipe: Ich bin heilfroh, daß der Erfolg nicht so abrupt über uns hereinbrach. Man benötigt Zeit, um sich an die hysterische Entertainment-Welt zu gewöhnen. So konnten wir als Band fest zusammenwachsen, um uns gegen den Wahnsinn des Ruhms zu stemmen.

SPIEGEL: Wann ist Ihnen der Ruhm zum erstenmal unheimlich geworden?

Stipe: Mit unserem dritten Album „Fables of the Reconstruction“ Mitte der Achtziger. Da war ich mir wirklich nicht sicher, ob ich die beste Zeit meines Lebens in einer Band verbringen möchte. Wir sind damals nonstop auf Tournee gewesen, überall auf der Welt. Und wenn wir mal pausierten, sind wir sofort ins Studio marschiert, um Platten aufzunehmen. Das war harte Arbeit. Da ist die Bürde des Ruhms wesentlich leichter zu tragen. Es ist ja auch heute keineswegs so, daß Autos kollidieren, wenn ich das Haus verlasse.

SPIEGEL: Sie gelten als herausragende Figur der Musikwelt, aber zugleich als Sonderling und Grübler. Nervt Sie dieses Image?

Stipe: Auch wenn ich kein Rock’n’Roll-Star wäre, würden die Leute mich anstarren. Das ist nun mal so.

SPIEGEL: Warum?

Stipe: Ich bin anders und sehe anders aus als die meisten. Das ist schon seit meiner Kindheit so. Schon damals war ich viel empfindlicher als alle anderen. Ich habe einen Sinn dafür, wenn Dinge nicht so laufen, wie sie sollten. Ich war ein Kind, das den Erwachsenen so viele Fragen stellte, daß es ihnen wohl unheimlich gewesen sein muß. Und offenbar wirkte ich wie jemand, der wesentlich mehr weiß, als er zugibt. Rein äußerlich war ich ein ganz gewöhnlicher Außenseiter mit schlechter Haut und Brille. Aber damit läßt sich leben. Mein Bandkollege Mike Mills und ich haben immer Brillen getragen. So einfach wirkt man intellektuell. Auch weil wir uns hinter der Bühne lieber mit Büchern als mit Groupies beschäftigten, galten wir stets als die „Rockband des denkenden Mannes“. Mein chinesischer Arzt hat mir mal gesagt, ich würde zuviel grübeln. Ich nahm das als Kompliment und brauchte ein Weilchen, bis mir klar wurde, daß es das nicht war. Aber ich bin nun mal so, das kann ich nicht

ändern. Alles, was ich sehe, erlebe und erfahre, inspiriert und beschäftigt mich.

SPIEGEL: Und diese Haltung erklärt, warum Sie Pop bis heute auch mit politischen Statements verknüpfen?

Stipe: Tja, wir neigen nun mal zum Proselytizing.

SPIEGEL: Wozu bitte?

Stipe: So ist das, wenn man einen Intellektuellen interviewt: Proselytizing ist ein sehr schönes Wort, für das es sich lohnt, im Wörterbuch nachzuschlagen. Es bedeutet so etwas ähnliches wie predigen. Wir waren alle politisch interessiert, bevor wir eine Band hatten. Und das blieb so, auch wenn es weniger durch die Songs zum Ausdruck kommt als durch die Dinge, die wir unterstützen.

SPIEGEL: Im jüngsten Präsidentschaftswahlkampf haben Sie sich zu Bill Clinton bekannt. Hat Sie die Lewinsky-Affäre irritiert?

Stipe: O Gott, ich hoffe, der Rest der Welt schüttelt den Kopf über den Irrsinn, der in unserem Land stattfand. Ein oder zwei Blowjobs sind wohl kaum eineinhalb Jahre Medienhysterie wert, selbst wenn es den Präsidenten betrifft. Das war so beschämend, daß ich in totale Lethargie verfiel und monatelang weder den Fernseher eingeschaltet noch Zeitungen angerührt habe.

SPIEGEL: In den letzten Jahren veröffentlichten Sie Fotobücher und produzierten Filme. Langweilt Sie die Musik allein auf Dauer?

Stipe: Wohl kaum, sonst würde ich es nicht seit 19 Jahren in einer Band aushalten. Aber ich halte mich nicht bloß für einen Musiker. Dafür habe ich einfach zu viele andere Interessen. Ich fotografiere, seit ich 15 bin. Und ich glaube, ich bin sehr gut darin. War ich von Beginn an. Es fällt mir leicht, ein gutes Foto zu machen, es kostet mich ein Lächeln. Jedes R.E.M.-Plattencover, das keinen Foto-Credit aufweist, ist von mir. Jedes Poster, jedes T-Shirt, jedes Video und jede Anzeige gehen über meinen Schreibtisch, bevor sie zur Veröffentlichung freigegeben werden.

SPIEGEL: Was kostet Sie mehr Mühe: ein guter Song oder ein tolles Foto?

Stipe: Fotos mache ich nebenbei. Mit der gleichen Energie schreibe ich Ihnen auf der Stelle auch ein mittelmäßiges Lied. Aber ein großartiges Lied ist wirklich eine Herausforderung.

SPIEGEL: Sie haben den nostalgischen Glamrock-Film „Velvet Goldmine“ produziert und sind nun als Produzent von „American Psycho“ im Gespräch, der Verfilmung des umstrittenen Yuppie-Horrorromans von Bret Easton Ellis. Was reizt Sie daran?

Stipe: Ein grandioses Buch. Ich liebe es. Aber aus dem Projekt bin ich gerade ausgestiegen, weil meine Besetzungswünsche nicht zu verwirklichen waren. Dafür arbeite ich an einer Menge anderer Projekte.

SPIEGEL: Neulich sind Sie in der „Sesamstraße“ aufgetreten. Wollen Sie so Fan-Nachwuchs rekrutieren?

Stipe: Ich wollte schon immer mal mit diesen Puppen tanzen. Wir haben dafür unseren Hit „Shiny Happy People“ zu „Furry Happy Monsters“ umgetextet und hatten einen Mordsspaß. Mein Neffe war davon so begeistert, daß er es jeden Abend sehen muß, bevor er ins Bett geht.

SPIEGEL: Wie erledigen Sie Ihre Nebenjobs, wenn Sie wie derzeit auf Tournee sind?

Stipe: Fotografieren kann man überall. Auch als Produzent kann man viel unterwegs sein. Du mußt nur viel telefonieren, das kann man von jedem Ort der Welt aus.

SPIEGEL: Langweilen Sie sich manchmal?

Stipe: Ab und zu.

SPIEGEL: Was tun Sie dann?

Stipe: Da gibt’s einiges: abwaschen, mich betrinken oder masturbieren.

SPIEGEL: Mr. Stipe, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Stipe: Übrigens: Die Farbe der Sessel, auf denen Sie sitzen, ist Orange.

PSYCHOTHRILLER

Das Spukschloß der Seele

Stephen King über den neuen Hannibal-Lecter-Roman von Thomas Harris

Im Eßzimmer stehen Blumen, Kerzen brennen, und ein Cembalo erklingt – man hört das im Jahre 1510 von Heinrich VIII. komponierte Stück „Würde die Liebe nun herrschen“. Eine Frau betritt den Raum, sie trägt ein langes Abendkleid aus cremefarbener Seide und Smaragdohrringe. Ihr Begleiter ist leger, aber elegant gekleidet, mit einer dunklen Hose, einem weißen Hemd und einem Halstuch. „Was gibt es?“ fragt die Frau. Ihr Gastgeber, Dr. Lecter – in manchen Kreisen als Hannibal der Kannibale bekannt – führt den Zeigefinger an die Lippen. „Das sollte man niemals fragen“, antwortet er. „Es verdirbt einem die Überraschung.“

In der Tat. Und was für Gourmetmahle und kannibalische Festgelage gilt, trifft ebenso auf Kriminalromane zu: Wenn man zuviel im voraus weiß, verdirbt es einem die Überraschung. Das Schlimmste, was ich tun könnte, wäre, diesen Roman eingehend zusammenzufassen. Und wäre ich der Verlagslektor für dieses Buch, würde ich mich energisch dafür einsetzen, daß der Text auf dem Umschlag sich auf drei Wörter beschränken sollte: „Hier ist es“.

Gewiß würde das den Fans von Thomas Harris ausreichen, die seit elf Jahren auf ein Rückspiel zwischen Clarice Starling, der kühnen FBI-Agentin („ländlich, aber mit etwas Geschmack“) und Hannibal Lecter, dem großen fiktiven Ungeheuer unserer Zeit, warten. Die meisten Verehrer von Harris haben sein Gesamtwerk gelesen und warum auch nicht? Bisher bestand es lediglich aus drei Büchern. In einer Kultur, in der eine Handvoll populärer Romanschriftsteller wie am Fließband ein bis zwei Bücher pro Jahr herausbringt, sie wie mit Hormonen abgefüllte Legehennen produzieren, in einer solchen Kultur machen die seltenen Erscheinungen von Harris ihn auf dem Markt zu einem Unikum: ein Schriftsteller, dessen Arbeit sich in seiner Gesamtheit erfassen läßt, nicht nur von Literaturprofessoren und aufstrebenden Jungakademikern, sondern vom bescheidenen Volk, das Romane in Flugzeugen und in überfüllten Wartezimmern zur Unterhaltung liest.

AP

Autor King: *Sehr lange und sehr gruselige Reise*

Harris liegt natürlich nicht all diesen Menschen – die wenigsten Anhänger der sentimentalen Danielle Steel werden wohl loslaufen, um sich ein Buch zu kaufen, in dem jemand von innen nach außen durch eine räuberische, ausgehungerte Muräne verschlungen wird –, aber für diejenigen, die Gefallen an dem finden, was Harris so genial beherrscht, ist keine Rezension nötig. Die Leser, die auf „Hannibal“ gewartet haben, wollen nur wissen, ob er so gut ist wie „Roter Drache“ und „Das Schweigen der Lämmer“ (Harris’ anderen Roman, ein Terroristenthriller mit dem Titel „Schwarzer Sonntag“, können wir bei dieser Diskussion übergehen; der Autor scheint ihn geschrieben zu haben, bevor er selber verstand, was er im Schilde führte). Es ist mir ein Vergnügen, diese Frage zu vernei-

DOMINO

Filmszene aus „Das Schweigen der Lämmer“: *Finsternis im Herzen*

Stephen King

wurde mit „Carrie“, „Es“ und „Dolores“ berühmt, Bücher, die Elemente aus Horrorliteratur, Science-fiction, Fantasy und Psychothriller vereinen. King, 51, gilt heute als erfolgreichster Horrorautor der Welt. „Meine Bücher sind das literarische Äquivalent eines Big Mac mit einer großen Portion Pommes“, sagte er einmal über seine Arbeit. Thomas Harris, der keine Interviews gibt und zu keiner Buchpräsentation geht, erfand Dr. Hannibal Lecter, Psychiater und Serienmörder von bemerkenswertem Intellekt. Harris’ Roman „Das Schweigen der Lämmer“ war als Buch und vor allem in der Verfilmung von Jonathan Demme (1991) ein Welterfolg. Über zehn Jahre ließ sich Harris mit der Fortsetzung Zeit, nun erschien der Roman „Hannibal“ in einer Auflage von eineinhalb Millionen Exemplaren in den USA.

Werbeseite

Werbeseite

nen. Nein, dieser Roman ist nicht so gut. Er ist besser. Tatsächlich ist er, neben dem „Exorzisten“ von William Peter Blatty, einer der zwei schreckenerregendsten Populärromane unserer Zeit. In den meisten Fällen sind Fortsetzungen lediglich lahme Enten, kümmerliche Dinge, die nicht imstande sind, mit ihren Vorgängern mitzuhalten. „Hannibal“ ist eigentlich gar keine Fortsetzung, sondern der dritte und vergnüglichste Teil einer einzigen, sehr langen und sehr gruseligen Reise durch das Spukschloß der abnormen Psychiatrie.

In den Büchern der Lecter-Trilogie sehen wir, wie der Doktor langsam Gestalt an-

Hannibal Lecter ist der Graf Dracula der Computer- und Handy-Ära

nimmt, sich von einer kleinen, fast zufälligen Nebenfigur in „Roter Drache“ zu einem wichtigen Mitspieler in „Das Schweigen der Lämmer“ mausert, wo seine Bosheit und seine Intelligenz sehr bald die weniger interessante Gestalt des Jame Gumb in den Schatten stellen (ein Serienmörder, der auch als Buffalo Bill bekannt ist, weil er in dem Ruf steht, seine Opfer zu häuten), bis er in diesem Buch, das seinen Namen trägt, zur Hauptfigur avanciert. In einer literarischen Landschaft am Ende des Jahrhunderts, in der die meisten Psychobösewichte kleine Kerle in Gummimasken sind, die mit Messern bewaffnet und mit schwerfälligen, abartigen sexuellen Veranlagungen belastet sind, wirft Dr. Lecter in der Tat einen sehr langen Schatten.

„Eigentlich“, so Harris in dem ihm eigenen, sorgsam durchdachten Stil, „herrscht in psychiatrischen Fachkreisen keine Einigkeit darüber, ob Dr. Lecter als Mensch zu bezeichnen ist. Seit langem betrachten ihn seine Fachkollegen in der Psychiatrie, von denen viele seine spitze Feder in den Fachzeitschriften fürchten, als etwas vollkommen Andersartiges. Aus Bequemlichkeit bezeichnen sie ihn als ‚Ungeheuer‘.“ Das Wort ist also gefallen, und es ist der treffende Begriff. Wenn Hannibal Lecter nicht der Graf Dracula der Computer- und Handy-Ära ist, dann haben wir gar keinen.

Harris, sowohl im Hinblick auf seine Unauffälligkeit und seine spärliche Produktion der Thomas Pynchon des populären Romans, hat seine Erzählung und sein Material gleich vom Anfang des Buches an fest im Griff: „Clarence Starlings Mustang dröhnte die Auffahrtsrampe zum Lagerraum für Alkohol, Tabak und Waffen hinauf … ein Hauptquartier, das aus Gründen der Sparsamkeit vom Reverend San Myung Mun gemietet wurde.“ Schon bei diesem ersten Satz hat man das starke Gefühl, als wäre Harris nie fort gewesen, und man fragt sich, warum er es überhaupt war. Und vielleicht, wo er so lange gewesen ist.

Wenn man um die Bücher trauert, die es in diesen Jahren hätte geben können, in denen wir blasse Lecter-Ersatzleute ertragen mußten (eine gute Faustregel für Buchkäufer könnte lauten: Kaufe nie einen Roman, auf dessen Umschlag die Worte „in der Tradition von“ stehen), so muß man doch auch eingestehen, daß der Schat-

Bestseller

Belletristik

1 (1) **John Irving** Witwe für ein Jahr
Diogenes; 49,90 Mark

2 (2) **Henning Mankell** Die fünfte Frau
Zsolnay; 39,80 Mark

3 (3) **John Grisham** Der Verrat
Hoffmann und Campe; 44,90 Mark

4 (–) **Henning Mankell** Die falsche Fährte
Zsolnay; 45 Mark

Warum skalpiert der Serienkiller seine Opfer?

5 (4) **Walter Moers** Die 13$^1/_2$ Leben des Käpt’n Blaubär *Eichborn; 49,80 Mark*

6 (5) **Marianne Fredriksson** Simon
W. Krüger; 39,80 Mark

7 (6) **Maeve Binchy** Ein Haus in Irland
Droemer; 39,90 Mark

8 (9) **John le Carré** Single & Single
Kiepenheuer & Witsch; 45 Mark

9 (7) **Minette Walters** Wellenbrecher
Goldmann; 44,90 Mark

10 (8) **P. D. James** Was gut und böse ist
Droemer; 39,90 Mark

11 (10) **Tom Clancy** Operation Rainbow
Heyne; 49,80 Mark

12 (12) **Cees Nooteboom** Allerseelen
Suhrkamp; 48 Mark

13 (13) **Donna Leon** Sanft entschlafen
Diogenes; 39 Mark

14 (11) **David Guterson** Östlich der Berge *Berlin; 39,80 Mark*

15 (15) **Paulo Coelho** Der Alchimist
Diogenes; 32 Mark

ten dieses Antihelden wegen der langen Wartezeit hinter den Kulissen noch finsterer geworden ist.

Keine andere Figur der populären Erzählliteratur ist so zerbrechlich wie das Ungeheuer, und keine neigt so sehr dazu, bei späteren Auftritten die Hose zu verlieren. Freddy Krueger ist wahrhaft grauenerregend, wenn er in „Nightmare – Mörderische Träume“ zum erstenmal die skalpellartigen Fingernägel aufblitzen läßt, aber spätestens bei der dritten Fortsetzung ist er ein Kumpel geworden, und bei der sechsten ist er eine Witzfigur. Im Verlauf von elf Jahren ist der Ruf Hannibal Lecters gewachsen, statt zu verblassen, und er ist keine Witzfigur – obwohl es ihm, wie allen großen Ungeheuern, nicht an einem gewissen seelenlosen Humor fehlt. Barney, sein alter Wärter, erinnert sich, daß Dr. Lecter einmal sagte, „er ziehe es vor, wann immer machbar, die Unverschämten zu essen. ‚Freilaufende Unverschämte‘ nannte er sie“.

„Hannibal“ ist ein Roman voller derber Stöße und kleiner Einsichten, so spitz wie eine Nadel des Doktors höchstpersönlich; Harris beobachtet Amerika mit einer kultivierten Höflichkeit und einer perfekten Beherrschung der Ausdrucksweise in den Südstaaten, mit der es sonst nur Tom Wolfe aufnehmen kann. Das Ergebnis ist ein Buch, in dem man nie das Gefühl hat, der Autor schleppe die Geschichte auf seinem Rücken herum wie ein schweres Möbelstück, zähneknirschend und mit hervorstehenden Sehnen am Hals. „Hannibal“ ist ein Ballon, den Harris immer weiter vorantreibt, wahrscheinlich mit einem Grinsen auf dem Gesicht. Der Ballon ist zufällig mit Giftgas und Alpträumen gefüllt, das stimmt, aber Harris schreibt, wie bereits angedeutet, nicht für jedermann. Dies ist ein echtes Hexengebräu, aus Molchsaugen und Südstaatenkeulen, und keine Hühnersuppe.

Mit anderen Worten: „Hannibal“ ist ein ausgewachsener, unverhohlener Horrorroman. Ein einstiger Patient von Dr. Lecter beschreibt, wie ihn der Doktor dazu überredet hat, sein Gesicht mit einem Stück Spiegelglas abzuschälen und es dann seinen Hunden zum Fraß vorzuwerfen. Das ist nicht grauenhaft, nur ekelerregend. Das Grauen kommt, als der Patient hinzufügt: „Als im Tierheim die Mägen der Hunde ausgepumpt wurden, haben sie meine Nase wiedergefunden; aber der Versuch, sie wieder anzunähen, ist fehlgeschlagen.“

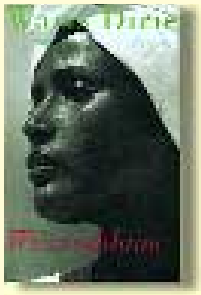
Wir sind unaufhörlich dem Anstößigen und dem Vulgären ausgesetzt

Doch Harris ist auch zu Formulierungen fähig, die man im neuesten Roman von Patricia Cornwell vergeblich suchen würde. „Er trug die Narben eines Mannes, der in der Eile und der Angst seines Ehrgeizes einmal sein wertvollstes Fundstück statt am Griff an der scharfen Klinge gepackt hatte“, schreibt Harris vom unglückseligen florentinischen Polizisten, der versucht, Lecter zu schnappen, um die Belohnung zu kassieren. Harris ist sich auch durchaus bewußt und im klaren darüber, was unser eigenes Interesse an solch dunkler Kost für

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „Buchreport“

Sachbücher

1 (1) **Waris Dirie**
Wüstenblume
Schneekluth; 39,80 Mark



Warum werden kleine Mädchen genital verstümmelt?

2 (2) **Corinne Hofmann** Die weiße Massai *A1; 39,80 Mark*

3 (4) **Sigrid Damm** Christiane und Goethe *Insel; 49,80 Mark*

4 (3) **Klaus Bednarz** Ballade vom Baikalsee *Europa; 39,80 Mark*

5 (5) **Dale Carnegie** Sorge dich nicht, lebe! *Scherz; 46 Mark*

6 (6) **Tahar Ben Jelloun** Papa, was ist ein Fremder? *Rowohlt Berlin; 29,80 Mark*

7 (9) **Ruth Picardie** Es wird mir fehlen, das Leben *Wunderlich; 29,80 Mark*

8 (8) **Guido Knopp** Kanzler – Die Mächtigen der Republik
C. Bertelsmann; 46,90 Mark

9 (7) **Jon Krakauer** In eisige Höhen
Malik; 39,80 Mark

10 (10) **Daniel Goeudevert**
Mit Träumen beginnt die Realität
Rowohlt Berlin; 39,80 Mark

11 (11) **Jon Krakauer** Auf den Gipfeln der Welt *Malik; 39,80 Mark*

12 (12) **Gary Kinder** Das Goldschiff
Malik; 39,80 Mark

13 (13) **Gerd Ruge** Sibirisches Tagebuch
Berlin; 39,80 Mark

14 (14) **Peter Kelder** Die Fünf „Tibeter“
Integral; 22 Mark

15 (15) **Monty Roberts** Shy Boy
Lübbe; 49,80 Mark

unsere Kultur und unsere Zivilisation bedeuten könnte: „Jetzt, da wir dadurch abgestumpft sind, daß wir unaufhörlich dem Anstößigen und dem Vulgären ausgesetzt sind, ist es ganz aufschlußreich zu beobachten, was uns noch immer als böse erscheint. Was klatscht noch fest genug gegen den klammen Schwabbel unseres unterwürfigen Bewußtseins, um unsere Aufmerksamkeit zu erregen?“

Nun ja, Hannibal Lecter schafft es.

In der eher flachen Topographie des großamerikanischen Massenkults wird es dieses Jahr wahrscheinlich zwei Höhepunkte geben: George Lucas' vierten „Star Wars“-Film und diese dritte Folge von Harris' kluger und erschreckender Variation des Themas „Die Schöne und das Biest“ (eine Figur aus „Hannibal“ bemerkt sogar diese Ähnlichkeit, wenn auch auf ungerechtfertigt abfällige Art). Lucas' Weltraumkadetten werden aller Wahrscheinlichkeit nach die Kinokassen beherrschen, und Harris' Wahnsinnige (darunter Dr. Lecters alter Freund Sammie, der einmal den Kopf seiner Mutter in der Kirche auf den Kollektenteller gelegt hat) werden aller Wahrscheinlichkeit nach die Bestsellerlisten beherrschen. Der Roman ist das nuanciertere der beiden Werke: „Es lag im Wesen Krendlers, daß er Starlings Bein schätzte und gleichzeitig nach der Achillessehne suchte.“ Es ist auch jenes, in dem ein Mensch bei lebendigem Leib von einem Schwein gefressen wird. In „Star Wars“ ist von einer dunklen Seite der Macht die Rede; Dr. Hannibal Lecter *ist* diese dunkle Seite.

Ist dies das Ende für den Doktor und die FBI-Agentin?

In „Dracula“, dem einzigen genialen Werk eines sonst untalentierten Schriftstellers, ist Bram Stoker schlau genug, den Grafen in einer Szene als lächerliche Figur darzustellen – im Schlapphut eines Malers, zur Abwehr der verhaßten Sonnenstrahlen, taucht er in den Londoner Docks auf, um persönlich die Verladung der Kisten mit Erde zu überwachen, die seine Schlafzimmer werden sollen. Die Hafenarbeiter schenken ihm und seinem Gestikulieren kaum Beachtung und bemerken nur, daß er viel von „Blüte“ und „Blut“ spricht.

In „Hannibal“ beschert uns Thomas Harris eine ebenso geniale Szene, als sich Dr. Lecter – der in einem Pullover des Eishockeyclubs Toronto Maple Leafs als Mitglied einer Flugreisegruppe heimlich nach Nordamerika zurückkehrt – darauf vorbereitet zu speisen. Nach Jahren in einer Hochsicherheitszelle kann er sich mit seinem engen Quartier im hinteren Bereich eines Jumbo-Jets abfinden, und er hat seinen Geist darauf trainiert, sich mit der Nähe so vieler Menschen abzufinden (es ist in erster Linie ihr Geruch, der ihm zu schaffen macht); aber er erträgt nicht den Gedanken, die im Flugzeug gereichte Mahlzeit zu essen, „eiskalte Sandwiches mit glitschigem Fleisch“.

A. VAROUNIS

Autor Harris
Dunkle Kost für unsere Kultur

Deshalb hat er sich bei „Fauchon“, dem Pariser Edelfeinkostgeschäft, eine Mahlzeit besorgt: Gänseleberpastete und anatolische Feigen. Er wartet „mit der Geduld einer Pythonschlange“, bis die anderen Passagiere eingeschlafen sind, zieht dann verstohlen das mitgebrachte Essen unter seinem Sitz hervor und löst die seidene Schleife, mit der die Schachtel zugebunden ist. An dieser Stelle schnappt sich ein kleiner Junge, der ihn die ganze Zeit über beobachtet hat, das Essen des Ungeheuers: Gierig verschlingt er die Gänseleberpastete, die er für ein Leberwurstbrot ohne Brot hält. Es ist ein herrlicher Augenblick, ein Lichtstrahl der Komik, der die Finsternis im Herzen und Geist von Dr. Lecter nur um so dunkler werden läßt.

Ist dies das Ende für den Doktor und die FBI-Agentin? Harris ist clever genug, die Tür für eine vierte Folge offenzulassen, aber nur einen Spalt weit. Ich hoffe von ganzem Herzen, daß er wieder schreiben wird und daß er uns nicht zu lange darauf warten läßt – Romane, die so mutig und klug die Grenze zwischen Populärroman und Literatur verwischen, sind sehr hoch zu schätzen –, aber ich würde es lieber sehen, wenn er diese Tür versperren und einen anderen Gang nehmen würde. Allzu große Vertrautheit, selbst mit einem Ungeheuer, erzeugt Verachtung. Im Moment denke ich gerne an Dr. Lecter in seinem Pullover der Maple Leafs, wie er sein sorgsam gehütetes Gourmetmahl an den kleinen Jungen verliert. Ich muß dazu sagen, daß er den Verlust mit einiger Fassung trägt. Ja sogar freundlich. So ein Mensch könnte einem direkt das Herz stehlen. Ganz zu schweigen von der Leber … dem Bries … der …

© „The New York Times“

Werbeseite

Werbeseite

FOTOS: G. KREWITT / VISUM

Chefdirigent Abbado, Berliner Philharmonisches Orchester: *Den amtierenden Vorarbeiter beerben*

DIRIGENTEN

Mit Pfiff auf den heiligen Stuhl

Diese Woche wählen Berlins Philharmoniker ihren neuen Chefdirigenten. Nach dem ersten Urnengang ohne klare Mehrheit bahnt sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Daniel Barenboim und dem Briten Simon Rattle an. Dabei spricht alles für den Mann aus Birmingham.

Die „Titanic“ ist untergegangen, Hongkong an Rotchina gefallen, Rolls-Royce unter die Räder gekommen. Nun droht Merry Old England neue Schmach, und wieder tönt landesweit ein SOS. Diesmal: Save our Simon!

Dem Ansehen der Insel, prophezeite jüngst der „Independent“, stehe abermals „ein schwerer Schlag“ bevor. „Großbritanniens größter lebender Dirigent“, so der „Guardian“, drohe seiner Heimat den Rücken zu kehren. Für die „Sunday Times“ würde mit dieser „lebenden Legende“ sogar „der vielleicht bedeutendste Dirigent, den das Land je hervorgebracht hat“, das Weite und dort sein Heil suchen.

Dabei hat der Dirigent Sir Simon Rattle, 44, bislang eine Neigung zur Fahnenflucht allenfalls angedeutet. „Ich würde mich nicht wundern“, verlautbarte er Ende letzten Jahres in einer TV-Sendung der BBC, „wenn mein nächster Job, egal welcher Art, nicht hier in Britain sein würde. In Europa passieren eine Menge ungewöhnlicher Dinge, und da gibt es auch Möglichkeiten, sie zu realisieren.“

Seit diesem smarten Menetekel, daß er schließlich daheim nicht angewachsen sei, vernehmen die hellhörigen Briten überall Sirenen, die ihren musikalischen Nationalhelden außer Landes locken wollen. Spaltenweise füllen die englischen Szenebeobachter ihre Feuilletons mit Appellen an den Stolz und die Pflichten der Nation. Rattle, zu deutsch: Trubel, macht seinem Namen mal wieder alle Ehre.

Tatsächlich buhlen die feinsten Adressen der Musikwelt um den Star mit dem leuchtenden Lockenkopf. Die Leitung der Londoner Covent Garden Opera oder die Festspiele in Glyndebourne zu übernehmen, hat er bereits abgelehnt, der New Yorker Met einen Korb verpaßt, Lockrufe nach Los Angeles unerhört verhallen lassen.

W. POLAK / LEBRECHT COLLECTION

Dirigent Rattle
Kick ins musikalische Abenteuer

Nun möchten ihn Bostons Sinfoniker, Neu-Englands feinste Big Band, als Nachfolger des ausgedienten Seiji Ozawa. Das Philadelphia Orchestra würde ihn gern als Erben des scheidenden Wolfgang Sawallisch angeheuert haben. Vom Cleveland Orchestra, dessen Oberhaupt Christoph von Dohnányi amtsmüde ist, wurde dem Liverpooler für sein Jawort sogar der Bau eines neuen Opernhauses versprochen.

Um das Schlimme, den Verlust des von der Queen geadelten Maestro, zu verhindern, startete Rattles langjähriger Lehrer, der Londoner Kapellmeister John Carewe, 65, im vergangenen November eine landesweite Kulturkampagne und trommelte dafür bis hinauf in höchste Regierungskreise.

In einem vierseitigen Dokument, dem „Rattle Project“, regte der Musikprofessor die Gründung eines neuen Orchesters „aus den besten der jungen Musiker“ und die Errichtung eines zeitgemäßen Konzertsaals in London an – und das alles soli Maestro gloria. Mister Trubel bedankte sich artig für die Initiative und hielt sich weiter bedeckt.

Doch am Mittwoch dieser Woche könnte es ernst werden. Dann votieren die 112 wahlberechtigten Mitglieder des Berliner Philharmonischen Orchesters in geheimer Schriftform über ihren künftigen Chefdirigenten, und die könnten sich, wenn sie mit Verstand entscheiden, diesen begabtesten und begehrtesten Stabführer des heutigen Klassikbetriebs auf ihr Podium wählen. Nicht zu fassen, daß sie da zaudern.

Letzte Woche, beim ersten Wahlgang, hatten sich Deutschlands Elitemusiker noch nicht auf einen durchschlagenden Kandidaten einigen können. Zu verschieden sind unter ihnen die Vorstellungen, welcher Typ Vorarbeiter den amtierenden Maestro Claudio Abbado 2002 beerben und den Klangkörper ins nächste Jahrtausend leiten soll: ein sinfonischer Lordsiegelbewahrer, ein Draufgänger mit Spaß am Experiment und einem Händchen für Zukunftsmusik, vielleicht gar – unerwartet und unberechenbar – ein Außenseiter. Die Herrschaften aus der Philharmonie, man weiß es, wa-

Werbeseite

Werbeseite

ren schon immer für Überraschungen gut.

Dabei steht außer Frage: Der führende Kopf in der Kandidaten-Riege ist der Feuerkopf Rattle. Wenn der loslegt und in einem scheinbar konfusen Handgemenge Kurven, Schleifen und Achterbahnen in die Luft zeichnet, wirkt er so impulsiv und suggestiv wie Carlos Kleiber und ist genauso perfekt wie dieser genialische Kollege.

Mit exquisitem Sinn für klangliche Delikatessen, mit der rauschhaften Lust an großen philharmonischen Aufschwüngen und voll mit musikantischem Esprit verkörpert Rattle eine rare dirigentische Dreifaltigkeit: goldenes Handwerk, bravouröse Intelligenz, Showtalent.

Sir Simons Taktstock ist, ganz nach Bedarf, ziselierender Zauberstab, große Keule oder Wünschelrute. Mit ihm veredelt er ein sonst dröge taktiertes Haydn-Andante zum erlesenen Glasperlenspiel, zwingt einer Beethoven-Sinfonie wieder die schroffe Wut ihres Schöpfers auf, schwärzt Gustav Mahler zum apokalyptischen Reiter und schlägt für Alters- und Zeitgenossen eine breite Schneise in die verkrusteten Spielpläne, lächelnd und lustbetont.

Klar ist er ein Beau, klar weiß er das, spielt es auch aus und genießt die Kür. Keine Frage, daß er dem Publikum liebend gern seine ästhetischen Pirouetten vorschnörkelt und dabei vor allem die Damenwelt um den kleinen Finger wickelt.

Aber der Traumtänzer, der in Wahrheit ein begnadeter Facharbeiter ist, steht doch mit beiden Lackschuhen auf dem musikalischen Mutterboden von Taktstrich und Violinschlüssel. Er probt ohne Wenn und Aber; nix ex und hopp. Was er anpackt, paukt er durch. Und wenn es abends ernst wird, setzt er nicht auf Nummer Sicher, sondern immer noch eins drauf: Fast jeder seiner Auftritte verspricht und verschafft den Kick ins musikalische Abenteuer.

Und doch ist es weniger die smarte Attitüde des überlegenen, überlegenden Draufgängers und nicht allein die verblüffende Paarung von Charme und Könnerschaft, die Rattle zum idealen Maestro des neuen Millenniums qualifizieren. Als Dirigent der Zukunft weist ihn vor allem sein springlebendiger Trieb aus, sich auch in den Nischen des Repertoires zu tummeln und die heiligen Kühe der abendländischen Klassik mit den Paradiesvögeln der zeitgenössischen Tonkunst zu kreuzen. Das macht ihn, volle Hochachtung, zum poppigsten aller Maestros.

Wo Musik, wie er lästert, „immer mehr zum Verschnitt“ mißrät und „am Ende alles in der großen Sauce des 20. Jahrhunderts aufgeht“, strebt er in tönendes Neuland. Bei aller Verehrung für das Ancien régime der Klassik will dieser Einzelgänger weg vom muffigen Stallgeruch der Abonnementskonzerte mit ihren philharmonischen Schlachtrössern.

J. VANHOFEN / OSTKREUZ

Berliner Philharmonie: *„In Europa passieren ungewöhnliche Dinge“*

„Ich liebe gerade die Partituren, die andere achtlos in die Ecke werfen“, sagt der Nonkonformist und koppelt Wagners „Walkürenritt“ mit Messiaens endzeitlicher Blasmusik. „Und ich erwarte die Auferstehung der Toten.“ Oder er verkettet, wie letzten Sommer in Salzburg, dicke sinfonische Brummer mit avantgardistischen, gar jazzigen Werken junger Landsleute.

Und – o Wunder im Parkett: Das Publikum frißt ihm aus der Hand. Ob er, im „Alleluja“ der russischen Neutönerin Sofia Gubajdulina, einen 32fach gespleißten Streichersatz aus hauchdünnen Klangschleiern zu Orchesterkaskaden in dreifachem Forte hochpowert oder mit nervöser Eleganz den virtuosen „Eclat“ von Pierre Boulez dirigiert, ob er sich für Außenseiter wie den Polen Karol Szymanowski stark macht oder Gershwins „Porgy and Bess“ den putzigen Ungeist von „Onkel Toms Hütte“ austreibt – die Bude ist voll, die Leute sind high.

W. KUNZ / BILDERBERG

Dirigent Barenboim

Munter aufgemischt hat Rattle die schwerfällige Klassikszene schon immer. Als er 1980, mit 25, die Leitung des City of Birmingham Symphony Ochestra übernahm, war die Stadt kaum mehr als eine Bahnstation zwischen London und Liverpool und ihr Klangkörper eine Provinzkapelle. „Simon and his bloody band“, spotteten damals die Puristen über den Twen und seinen Saftladen.

Unbeirrt, ebenso kumpelhaft wie ehrgeizig, ging Rattle ans Werk, und seine Musiker zogen mit. Zwischen den Hügeln der britischen Midlands, abseits des philharmonischen Mainstreams, reifte allmählich ein Weltklasse-Orchester heran, und an seiner Spitze wuchs sich ein stiller Revolutionär mit exotischem Flair zum charismatischen Megastar aus – nie ausgebuht, stets ausgebucht.

1991 starteten Mann und Mannschaft ein pfiffiges Langzeitprojekt: Jedes Frühjahr bis ins Jahr 2000 stellen sie unter dem Titel „Towards the Millennium“ ein Jahrzehnt des ausgehenden Jahrhunderts vor – ein Gesamtkunstwerk aus Musik, Film, Schauspiel und Nachhilfe in Geschichte. Motto, laut Rattle: „Wer nichts über die Französische Revolution weiß, kann auch Mozart nicht verstehen.“

Als sich dieser Schlaukopf Ende August 1998, nach sage und schreibe 18 Jahren nibelungentreuer Zusammenarbeit, in einem Blumenmeer als Chefdirigent von seiner Mannschaft verabschiedete, war er längst die heißeste Nummer im globalen Dirigentenzirkus, das Orchester stand in voller Blüte, und Birmingham hatte eine neue Symphony Hall, einen gigantischen Wunderbau mit 2200 Plätzen und sagenhafter Akustik – auch das sein, Rattles Verdienst und nun sein Denkmal.

Auf so einen Wundermann hätten Berlins Philharmoniker eigentlich fliegen müssen: Was, bei Gott und Gott Karajan, wollen sie mehr? Wollen sie wirklich eher den in Ehren ergrauten Daniel Barenboim, 56, der am liebsten das gußeiserne Repertoire der deutschen Romantik gralshütet und seine zweifellos stupenden musikalischen Gaben längst bis zum Überdruß verteilt und verspielt hat? Haben Deutschlands Elitespieler vergessen, mit welch bescheidenem Selbstbewußtsein Rattle reagierte, nachdem sie zum erstenmal bei ihm angeklopft hatten?

Als die Philharmoniker 1989 plötzlich ohne ihren Übervater Karajan dastanden und rasch ein Nachfolger ausgeguckt werden mußte, war Rattle, so erinnert er sich, „einer von denen, die sie angerufen haben“. Seine Antwort: Er fühle sich „sehr geschmeichelt“, aber „noch zu jung“ für den heiligen Stuhl der Klassikwelt. Das war damals, alle Achtung, der Thronverzicht eines nicht mal 35jährigen.

Jetzt ist die Reihe wieder an ihm, und diesmal, soviel steht fest, würde er annehmen. Also: ran an die Urne und ein herzliches SOS ins philharmonische Wahllokal – Save our Simon!

KLAUS UMBACH

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

SERVICE

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Brandstwiete 19, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln
Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachbestellung von SPIEGEL-Ausgaben
Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:
Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:
New York Times Syndication Sales, Paris
Telefon: (00331) 47421711 Fax: (00331) 47428044

für Fotos: Telefon: (040) 3007-2869
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

DER SPIEGEL auf CD-Rom / SPIEGEL TV-Videos
Telefon: (040) 3007-2485 Fax: (040) 3007-2826
E-Mail: service@spiegel.de

Abonnenten-Service
SPIEGEL-Verlag, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg
Reise/Umzug/Ersatzheft
Telefon: (040) 411488

Auskunft zum Abonnement
Telefon: (040) 3007-2700
Fax: (040) 3007-2898
E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnenten-Service Schweiz: DER SPIEGEL, Postfach, 6002 Luzern,
Telefon: (041) 3173399 Fax: (041) 3173389
E-Mail: leserservice@dcl.ch

Abonnement für Blinde
Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
Telefon: (06421) 606267 Fax: (06421) 606269

Abonnementspreise
Inland: Zwölf Monate DM 260,–
Studenten Inland: Zwölf Monate DM 182,–
Schweiz: Zwölf Monate sfr 260,–
Europa: Zwölf Monate DM 369,20
Außerhalb Europas: Zwölf Monate DM 520,–
Halbjahresaufträge und befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Abonnementsaufträge können innerhalb einer Woche ab Bestellung mit einer schriftlichen Mitteilung an den SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg, widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,
Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg.
Oder per Fax: (040) 3007-2898.

Ich bestelle den SPIEGEL frei Haus für DM 5,– pro Ausgabe mit dem Recht, jederzeit zu kündigen. Zusätzlich erhalte ich den kulturSPIEGEL, das monatliche Programm-Magazin.

Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte bekomme ich zurück.
Bitte liefern Sie den SPIEGEL ab _____ an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich möchte wie folgt bezahlen:

❑ Zahlung nach Erhalt der Jahresrechnung
❑ Ermächtigung zum Bankeinzug von 1/4jährlich DM 65,–

Bankleitzahl Konto-Nr.

Geldinstitut

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

Widerrufsrecht
Diesen Auftrag kann ich innerhalb einer Woche ab Bestellung schriftlich beim SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg, widerrufen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

2. Unterschrift des neuen Abonnenten SP99-003

DER SPIEGEL

Brandstwiete 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax-2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · **SPIEGEL ONLINE** www.spiegel.de · **T-Online** *SPIEGEL#

HERAUSGEBER Rudolf Augstein

CHEFREDAKTEUR Stefan Aust

STELLV. CHEFREDAKTEURE Dr. Martin Doerry, Joachim Preuß

DEUTSCHE POLITIK *Leitung:* Dr. Gerhard Spörl, Michael Schmidt-Klingenberg. *Redaktion:* Karen Andresen, Dietmar Hipp, Bernd Kühnl, Joachim Mohr, Hans-Ulrich Stoldt, Klaus Wiegrefe. *Autoren, Reporter*: Dr. Thomas Darnstädt, Matthias Matussek, Hans-Joachim Noack, Dr. Dieter Wild

DEUTSCHLAND *Leitung:* Clemens Höges, Ulrich Schwarz. *Redaktion:* Klaus Brinkbäumer, Annette Bruhns, Doja Hacker, Carsten Holm, Ulrich Jaeger, Sebastian Knauer, Ansbert Kneip, Udo Ludwig, Thilo Thielke, Andreas Ulrich. *Autoren, Reporter*: Jochen Bölsche, Henryk M. Broder, Gisela Friedrichsen, Norbert F. Pötzl, Bruno Schrep

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Gabor Steingart. *Redaktion:* Dr. Hermann Bott, Konstantin von Hammerstein, Dietmar Hawranek, Frank Hornig, Hans-Jürgen Jakobs, Alexander Jung, Klaus-Peter Kerbusk, Thomas Tuma. *Autor*: Peter Bölke

AUSLAND *Leitung:* Dr. Olaf Ihlau, Dr. Romain Leick, Fritjof Meyer, Erich Wiedemann. *Redaktion:* Dieter Bednarz, Adel S. Elias, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Hans Hielscher, Joachim Hoelzgen, Siegesmund von Ilsemann, Claus Christian Malzahn, Dr. Christian Neef, Roland Schleicher, Dr. Stefan Simons, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Dr. Erich Follath, Carlos Widmann

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Johann Grolle, Jürgen Petermann. *Redaktion:* Dr. Harro Albrecht, Marco Evers, Dr. Stefan Klein, Dr. Renate Nimtz-Köster, Rainer Paul, Alexandra Rigos, Matthias Schulz, Dr. Jürgen Scriba, Olaf Stampf, Christian Wüst. *Autoren, Reporter*: Klaus Franke, Henry Glass, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg

KULTUR UND GESELLSCHAFT *Leitung:* Wolfgang Höbel, Dr. Mathias Schreiber. *Redaktion:* Susanne Beyer, Anke Dürr, Nikolaus von Festenberg, Angela Gatterburg, Lothar Gorris, Dr. Volker Hage, Dr. Jürgen Hohmeyer, Ulrike Knöfel, Dr. Joachim Kronsbein, Reinhard Mohr, Anuschka Roshani, Dr. Johannes Saltzwedel, Peter Stolle, Dr. Rainer Traub, Klaus Umbach, Claudia Voigt, Susanne Weingarten, Marianne Wellershoff, Martin Wolf. *Autoren, Reporter*: Ariane Barth, Uwe Buse, Urs Jenny, Dr. Jürgen Neffe, Cordt Schnibben, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Alfred Weinzierl. *Redaktion:* Matthias Geyer, Jörg Kramer, Gerhard Pfeil, Jörg Winterfeldt, Michael Wulzinger

SONDERTHEMEN Dr. Rolf Rietzler; Christian Habbe, Heinz Höfl, Hans Michael Kloth, Dr. Walter Knips, Reinhard Krumm, Gudrun Patricia Pott

SONDERTHEMEN GESTALTUNG Manfred Schniedenharn

PERSONALIEN Dr. Manfred Weber; Petra Kleinau

CHEF VOM DIENST Horst Beckmann, Thomas Schäfer, Karl-Heinz Körner, Holger Wolters

SCHLUSSREDAKTION Rudolf Austenfeld, Reinhold Bussmann, Dieter Gellrich, Hermann Harms, Sandra Hülsmann, Bianca Hunekuhl, Rolf Jochum, Katharina Lüken, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Gero Richter-Rethwisch, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Josef Csallos, Christiane Gehner; Werner Bartels, Manuela Cramer, Rüdiger Heinrich, Peter Hendricks, Maria Hoffmann, Antje Klein, Matthias Krug, Claudia Menzel, Peer Peters, Dilia Regnier, Monika Rick, Elke Ritterfeldt, Karin Weinberg, Anke Wellnitz. *E-Mail*: bildred@spiegel.de

GRAFIK Martin Brinker, Ludger Bollen; Cornelia Baumermann, Renata Biendarra, Tiina Hurme, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter, Stefan Wolff

LAYOUT Rainer Sennewald, Wolfgang Busching, Sebastian Raulf; Christel Basilon-Pooch, Sabine Bodenhagen, Katrin Bollmann, Regine Braun, Volker Fensky, Ralf Geilhufe, Petra Gronau, Ria Henning, Barbara Rödiger, Doris Wilhelm

PRODUKTION Wolfgang Küster, Frank Schumann, Christiane Stauder, Petra Thormann, Michael Weiland

TITELBILD Thomas Bonnie; Stefan Kiefer, Ursula Morschhäuser, Oliver Peschke, Monika Zucht

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN *Leitung:* Heiner Schimmöller, Michael Sontheimer; Georg Mascolo. *Redaktion:* Wolfgang Bayer, Stefan Berg, Petra Bornhöft, Markus Dettmer, Carolin Emcke, Jan Fleischhauer, Jürgen Hogrefe, Susanne Koelbl, Irina Repke, Dr. Gerd Rosenkranz, Harald Schumann, Peter Wensierski, Friedrichstraße 79, 10117 Berlin, Tel. (030) 203874-00, Fax 203874-12

BONN *Leitung:* Jürgen Leinemann; Hartmut Palmer, Hajo Schumacher. *Redaktion:* Martina Hildebrandt, Horand Knaup, Ursula Kosser, Dr. Paul Lersch, Dr. Hendrik Munsberg, Elisabeth Niejahr, Olaf Petersen, Rainer Pörtner, Christian Reiermann, Ulrich Schäfer, Alexander Szandar, Dahlmannstraße 20, 53113 Bonn, Tel. (0228) 26703-0, Fax 215110

DRESDEN Andreas Wassermann, Königsbrücker Straße 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 8020271, Fax 8020275

DÜSSELDORF Georg Bönisch, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalenbach, Andrea Stuppe, Karlplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

ERFURT Almut Hielscher, Löberwallgraben 8, 99096 Erfurt, Tel. (0361) 37470-0, Fax 37470-20

FRANKFURT A. M. Dietmar Pieper; Wolfgang Bittner, Felix Kurz, Christoph Pauly, Wolfgang Johannes Reuter, Wilfried Voigt, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt a. M., Tel.(069) 9712680, Fax 97126820

HANNOVER Hans-Jörg Vehlewald, Georgstraße 50, 30159 Hannover, Tel. (0511) 36726-0, Fax 3672620

KARLSRUHE Postfach 5669, 76038 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Wolfgang Krach, Heiko Martens, Bettina Musall, Stuntzstraße 16, 81677 München, Tel. (089) 4180040, Fax 41800425

SCHWERIN Florian Gless, Spieltordamm 9, 19055 Schwerin, Tel. (0385) 5574442, Fax 569919

STUTTGART Jürgen Dahlkamp, Katharinenstraße 63a, 73728 Esslingen, Tel. (0711) 3509343, Fax 3509341

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BASEL Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. (004161) 2830474, Fax 2830475

BELGRAD Renate Flottau, Teodora Drajzera 36, 11000 Belgrad, Tel. (0038111) 669987, Fax 3670356

BRÜSSEL Dirk Koch; Winfried Didzoleit, Sylvia Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

ISTANBUL Bernhard Zand, Başkurt Sokak No. 79/4, Beyoğlu, 80060 Istanbul, Tel. (0090212) 2455185, Fax 2455211

JERUSALEM Annette Großbongardt, 16 Mevo Hamatmid, Jerusalem Heights, Apt. 8, Jerusalem 94593, Tel. (009722) 6224538-9, Fax 6224540

JOHANNESBURG Birgit Schwarz, P. O. Box 2585, Parklands, SA-Johannesburg 2121, Tel. (002711) 8806429, Fax 8806484

KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 3604944, Fax 3607655

LONDON Hans Hoyng, 6 Henrietta Street, London WC2E 8PS, Tel. (0044171) 3798550, Fax 3798599

MOSKAU Jörg R. Mettke, Uwe Klußmann, 3. Choroschewskij Projesd 3 W, Haus 1, 123007 Moskau, Tel. (007095) 9400502-04, Fax 9400506

NEW DELHI Padma Rao, 91, Golf Links (I & II Floor), New Delhi 110003, Tel. (009111) 4652118, Fax 4652739

NEW YORK Thomas Hüetlin, Mathias Müller von Blumencron, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N Y 10036, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Lutz Krusche, Helmut Sorge, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. (00331) 42561211, Fax 42561972

PEKING Andreas Lorenz, Ta Yuan Wai Jiao Ren Yuan Gong Yu 2-2-92, Peking 100600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

PRAG Jilská 8, 11000 Prag, Tel. (004202) 24220138, Fax 24220138

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Avenida São Sebastião 157, Urca, 22291-070 Rio de Janeiro (RJ), Tel. (005521) 2751204, Fax 5426583

ROM Hans-Jürgen Schlamp, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Rafaela von Bredow, 3782 Cesar Chavez Street, San Francisco, CA 94110, Tel. (001415) 6437550, Fax 6437530

SINGAPUR Jürgen Kremb, 15, Fifth Avenue, Singapur 268779, Tel. (0065) 4677120, Fax 4675012

TOKIO Dr. Wieland Wagner, Chigasaki-Minami 1-3-5, Tsuzuki-ku, Yokohama 224, Tel. (008145) 941-7200, Fax 941-8957

WARSCHAU Andrzej Rybak, Krzywickiego 4/1, 02-078 Warschau, Tel. (004822) 8251045, Fax 8258474

WASHINGTON Michaela Schießl, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20 045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

WIEN Walter Mayr, Herrengasse 6-8/81, 1010 Wien, Tel. (00431) 5331732, Fax 5331732-10

DOKUMENTATION Dr. Dieter Gessner, Dr. Hauke Janssen; Jörg-Hinrich Ahrens, Sigrid Behrend, Dr. Helmut Bott, Lisa Busch, Heiko Buschke, Heinz Egleder, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Cordelia Freiwald, Silke Geister, Dr. Sabine Giehle, Hartmut Heidler, Gesa Höppner, Christa von Holtzapfel, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Michael Jürgens, Ulrich Klötzer, Angela Köllisch, Anna Kovac, Sonny Krauspe, Peter Kühn, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Inga Lindhorst, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Sigrid Lüttich, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Gerhard Minich, Wolfhart Müller, Bernd Musa, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Thorsten Oltmer, Anna Petersen, Peter Philipp, Katja Ploch, Axel Pult, Ulrich Rambow, Thomas Riedel, Paul-Gerhard Roth, Constanze Sanders, Petra Santos, Maximilian Schäfer, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Dr. Iris Timpke-Hamel, Heiner Ulrich, Hans-Jürgen Vogt, Carsten Voigt, Peter Wahle, Ursula Wamser, Peter Wetter, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt

BÜRO DES HERAUSGEBERS Irma Nelles

INFORMATION Heinz P. Lohfeldt; Andreas M. Peets, Kirsten Wiedner, Peter Zobel

KOORDINATION Katrin Klocke

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

SPIEGEL ONLINE (im Auftrag des SPIEGEL: a + i art and information GmbH & Co.)
Redaktion: Hans-Dieter Degler, Ulrich Booms

NACHRICHTENDIENSTE AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid, Time

Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Vertrieb: Ove Saffe
Verantwortlich für Anzeigen: Christian Schlottau
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 1. Januar 1999
Postbank AG Hamburg Nr. 7137-200 BLZ 200 100 20
Druck: Gruner Druck, Itzehoe

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck

MÄRKTE UND ERLÖSE Werner E. Klatten

GESCHÄFTSFÜHRUNG Rudolf Augstein, Karl Dietrich Seikel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $310 per annum.
K.O.P.: German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Telephone: 1-800-457-4443. e-mail: info @ glpnews.com. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and at additional mailing offices. Postmaster:
Send address changes to: DER SPIEGEL, German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631.

SAMSTAG, 12. 6.

KOSOVO 200 russische Soldaten besetzen den Flugplatz von Priština und kommen so dem Einmarsch von Nato-Truppen in das Kosovo zuvor.

SONNTAG, 13. 6.

KFOR-TRUPPEN Deutsche Soldaten rücken in das Kosovo ein. Die „Stern"-Journalisten Gabriel Grüner und Volker Krämer sowie deren Dolmetscher Senol Alit werden aus einem Hinterhalt getötet.

EUROPAWAHL Bei geringer Wahlbeteiligung erreichen die Konservativen im Straßburger Parlament die Mehrheit. In Deutschland erleidet die SPD eine schwere Niederlage: 30,7 Prozent.

MONTAG, 14. 6.

EU-KOMMISSION Nach ihrem Europawahlsieg (48,7 Prozent) erhebt die Union Anspruch auf einen der zwei deutschen Posten in der EU-Kommission.

BÜCHER EU-Kommissar Karel Van Miert droht erneut mit der Abschaffung der Buchpreisbindung; der deutsche Buchhandel befürchtet den Verlust von 24 000 Arbeitsplätzen.

VERMÖGEN Das Berliner Verwaltungsgericht weist die Klage von Margot Honecker auf Herausgabe eines Guthabens in Höhe von 100 000 Mark ab.

DIENSTAG, 15. 6.

JUGOSLAWIEN Die serbisch-orthodoxe Kirche fordert Milošević zum Rücktritt auf.

GETRÄNKE Vier europäische Länder stoppen den Verkauf verunreinigter Coca-Cola-Getränke aus belgischer und französischer Produktion.

MITTWOCH, 16. 6.

BANKEN Gegen den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Rolf Breuer, und weitere fünf Bankmanager ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung.

KIRCHE In der Stuttgarter Innenstadt symbolisiert ein fünf Meter hoher Salzberg das Motto des 28. Deutschen Evangelischen Kirchentages: „Ihr seid das Salz der Erde."

SPORT In Athen läuft der US-Leichtathlet Maurice Greene auf der 100-Meter-Strecke mit 9,79 Sekunden neuen Weltrekord.

DONNERSTAG, 17. 6.

ABTREIBUNG In einem Brief an die deutschen Bischöfe verlangt der Papst die Einstellung der kirchlichen Schwangerenberatung.

ATOMKRAFT Der Bundestag verweigert die Vergabe von Krediten für den Bau neuer ukrainischer Atomkraftwerke.

PREISE Der Film „Lola rennt" wird mit dem Deutschen Filmpreis in Gold ausgezeichnet.

FREITAG, 18. 6.

WAFFENBESITZ Trotz beschwörender Appelle von Präsident Clinton verhindert das US-Repräsentantenhaus, zwei Monate nach dem Blutbad von Littleton, strikte Kontrollen beim Verkauf von Handfeuerwaffen im Rahmen von Waffenschauen – ein vorläufiger Sieg der Waffenlobby.

RENTE Arbeitsminister Walter Riester (SPD) beharrt darauf, die Rentensteigerung in den beiden nächsten Jahren zu reduzieren und ab 2003 eine zwangsweise private Altersversorgung einzuführen.

650 000 Gläubige wohnten der von Papst Johannes Paul II. im polnischen Stary Sacz zelebrierten Heiligsprechung der Herzogin Kunigunde bei, die im 12. Jahrhundert gelebt hatte.

AFP / DPA

SPIEGEL TV

MONTAG
23.00 – 23.30 UHR SAT 1

SPIEGEL TV REPORTAGE

Fernsehen unterm Hakenkreuz – Unbekanntes von der braunen Mattscheibe

SPIEGEL TV

NS-TV-Ansagerin

Das erste regelmäßige Fernsehprogramm der Welt wurde in Deutschland ausgestrahlt. In Zusammenarbeit mit dem Bundesfilmarchiv hat Michael Kloft die verschollen geglaubten Sendungen des „Deutschen Fernseh-Rundfunks" für eine zweiteilige Reportage ausgewertet.

DONNERSTAG
22.05 – 23.00 UHR VOX

SPIEGEL TV EXTRA

Stock-Car-Race
Rüpelhafte Autofahrer siegen beim Stock-Car-Rennen. Reportage über eine eigenwillige Sportart auf dem Lande.

FREITAG
22.05 – 0.10 UHR VOX

SPIEGEL TV

Themenabend: 30 Jahre Mondlandung
Viele Menschen fieberten mit, als Neil Armstrong den Mond betrat. Zu Gast: Jesco von Puttkamer, Nasa-Manager.

SAMSTAG
22.15 – 0.20 UHR VOX

SPIEGEL TV SPECIAL

Unglücksflug Apollo 13
Im April 1970 kehrte das durch eine Explosion schwer beschädigte Mondlandeschiff auf die Erde zurück. Die Dokumentation erzählt die dramatische Geschichte dieses Fluges.

SONNTAG
22.15 – 23.00 UHR RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Spuren eines Völkermords – mit Uno-Ermittlern auf der Suche nach Massengräbern im Kosovo; Ausnahmezustand in der Zarenstadt – die „weißen Nächte" von St. Petersburg; Klassenkampf auf dem Rasen – die Stasi und der deutsch-deutsche Fußball-WM-Krimi 1974.

Gestorben

DeForest Kelley, 79. Als ihm ein Fernsehproduzent 1966 die Rolle eines „grün angemalten Außerirdischen“ in einer neuen Science-fiction-Serie anbot, lehnte der Schauspieler ab. Leisten konnte er sich diesen Stolz eigentlich nicht: Kelley, der 1947 in einem Trainingsfilm der U. S. Navy („Zeit zum Töten“) entdeckt worden war, spielte damals meist zweitklassige Rollen in drittklassigen Western. Doch der Produzent hatte noch eine andere Rolle zu besetzen: die des Raumschiffarztes McCoy, Spitzname „Pille“. Kelley, ein verhinderter Medizinstudent, griff zu. Die Serie hieß „Star Trek“ und war auch im Kino ein Welterfolg, er selbst ein Kultstar. DeForest Kelley starb am 11. Juni in Los Angeles.

IMPRESS

Hans Harald Bräutigam, 76. „Ich wußte immer“, erklärte der Mediziner kürzlich, „du willst Chefarzt werden. Nicht in der zweiten Reihe stehen.“ Sein Planziel hat der streitbare Frauenarzt erreicht: Bis zu seinem 66. Lebensjahr leitete Bräutigam 27 Jahre lang die Gynäkologie und Geburtshilfe des Hamburger Marienkrankenhauses. Auch nach seiner Laufbahn als neuen Methoden stets aufgeschlossener Klinikchef befriedigte der graumelierte Prototyp eines Frauenarztes, was er selbst sein Bedürfnis „nach Macht und Einfluß“ nannte. Bundesweit bekannt, da er keine Talkshow ausließ, beschäftigte ihn „Die Zeit“ als chefärztlichen Redakteur, der sich freimütig in die Belange seiner Zunft einmischte. Dabei blieb der Mediziner im Ton, beispielsweise als Warner vor der „natürlichen“ Geburt, immer der Chef, wohl wissend, daß ihm Praxisferne und Ahnungslosigkeit nicht vorgeworfen werden konnten. Hans Harald Bräutigam starb vergangenen Montag nach einem Schlaganfall.

Jiří Vrstala, 78. Eine DDR-Kindergeneration nach der anderen schlug der im böhmischen Liberec geborene Vrstala als „Clown Ferdinand“ in der gleichnamigen Fernsehserie in Bann. Seit 1965 zum festen Ensemble der Defa gehörend, spielte Vrstala im Friedrichstadtpalast, im DDR-Fernsehen, auf unzähligen Tourneen, gekleidet im buntkarierten Mantel und weiter Hose, immer eine Sonnenblume im Revers, immer leise und immer ein bißchen traurig den „Kinder-Schwejk“. Doch auch als Schauspieler reüssierte Vrstala. Den tschechischen, weichen Akzent mit dem sanft rollenden R bekam man auch in 70 Filmen zu hören, etwa in „Transport aus dem Paradies“, „Verräter im Netz“, „Chronik eines Mordes“. Jiří Vrstala starb am 10. Juni in Berlin an Krebs.

T. SANDBERG

Screaming Lord Sutch, 58. Der Exzentriker war der „am längsten amtierende Parteichef in Großbritannien“: Seit 1964 hatte der selbsternannte Vorsitzende der von ihm gegründeten „Official Monster Raving Loony Party“ immer wieder für das Unterhaus kandidiert unter dem Motto „Vote for insanity – you know it makes sense“ („Wählen Sie den Wahnsinn – Sie wissen, daß es Sinn macht“). Angefangen hatte er als erfolgreicher Rockmusiker mit seiner Band „The Savages“. Um den Verkauf seiner Platten zu fördern, weil er Spaß am Schabernack hatte und Lust, sich für Ausgefallenes oder Unpopuläres einzusetzen, engagierte er sich in der Politik. Einiges wurde Wirklichkeit, zum Beispiel das Wahlrecht ab 18, ganztägige Öffnungszeiten für Kneipen und kommerzielles Radio. Screaming Lord Sutch, seit langem an Depressionen leidend, wurde vergangenen Mittwoch erhängt in seiner Londoner Wohnung aufgefunden.

R. OPEN / CAMERA PRESS / PICTURE PRESS

Helmut Martin, 59. In der asiatischen Welt war der ehrgeizige Sinologe nur unter seinem chinesischen Namen Ma Hanmao bekannt. Unter Kollegen haftete dem in Kassel geborenen Literaturexperten mitunter der zweifelhafte Makel des Wissenschaftsmanagers an. Doch seine Leistungen für die Chinalehre in Deutschland können nicht hoch genug eingeschätzt werden. Nach dem Studium in Heidelberg, Belgrad, Paris und Taipeh befreite er das lange mystifizierte Orchideenfach vom Muff der klassischen Sinologie und vollzog die Wende zur modernen Ostasienforschung. An der Ruhr-Universität Bochum, wo er seit 1979 als Professor unterrichtete, gründete Martin 1993 das Richard-Wilhelm-Übersetzungszentrum für chinesische Literatur. Wie kein anderer Sinologe nutzte Martin seine Popularität zu politischem Engagement. Nach dem Tiananmen-Massaker vom 4. Juni 1989 suchte Martin Kontakte zu Dissidenten, organisierte Demonstrationen und sparte nicht mit Kritik an der kommunistischen Diktatur in Peking. Diese setzte ihn deshalb auf die schwarze Liste und verwehrte die Einreise. Am 8. Juni nahm Helmut Martin, an schweren Depressionen leidend, sich in einem Bochumer Krankenhaus das Leben.

Werbeseite

Werbeseite

FOTOS: FREELANCE PHOTOGRAPHER

New Yorker Gefängnispersonal als Kalender-Models

Richard Monroe, 30, Gefängniswärter und Bewährungshelfer in New York, ließ sich zusammen mit Kollegen und Kolleginnen zu PR-Zwecken für einen Kalender des Jahres 2000 fotografieren. Natürlich nicht einfach so in üblicher Wärter-Uniform, sondern entblößt. Die Männer und Frauen zeigen, wie wohlgeformt, fit und durchtrainiert New Yorker Gefängnisbeamte sind. Denn sie haben offenbar ein narzißtisches Problem, das der Sprecher der Gefängniswärter-Vereinigung, Peter Benjaminson, so auf den Punkt bringt: Feuerwehrleute und Polizisten könnten sich in der Öffentlichkeit produzieren. „Wer aber nie im Gefängnis war, weiß auch nicht, wie Gefängniswärter aussehen.“ Dieser Übelstand soll mit den Kalenderfotos behoben werden, zugleich erhofft sich die Zunft damit ein „höheres Ansehen“. Der Kalender soll zehn Dollar kosten, und der Erlös wird einem guten Zweck gestiftet. Er geht an den Hilfsfonds für Witwen und Waisen – von New Yorker Gefängnisbeamten.

NATTI / FLASH

Weizman

Eser Weizman, 75, israelischer Staatspräsident, zeigte sich auch an seinem Geburtstag streitlustig. Während eines festlichen Mittagessens der in Jerusalem tagenden Zionistischen Generalversammlung klagte der ehemalige Fliegergeneral vergangene Woche am Tag seines 75. Geburtstags, 1948 seien zu wenige Freiwillige aus der jüdischen Dispora nach Israel gekommen, um den Kampf gegen die Araber zu unterstützen. Als sich daraufhin an einem der Tische Protest regte, blaffte Weizman in den Saal: „Wer will hier was gegen mich sagen? Wer mir widersprechen will, soll sofort aufstehen und sich zeigen.“ Mehrmals rief Weizman „Wer ist der Feigling?“, bis sich schließlich ein niederländischer Delegierter erhob. „Ich habe als Freiwilliger für Israel gekämpft“, sagte er. „Wann war denn das?“ gab Weizman zurück, „was, 1967? Wer redet denn vom Sechs-Tage-Krieg, der ist passé, ich rede von 1948“. Als sich der Zurechtgewiesene schließlich wieder setzte, war der für seine rhetorischen Ausrutscher bekannte Präsident noch nicht besänftigt. „Ah, ich weiß“, grummelte Weizman, „jetzt wird gleich eine Pressemitteilung in Niederländisch über mein Betragen herausgegeben.“

Henning Scherf, 60, SPD-Bürgermeister von Bremen und grandioser Wahlsieger bei den Landtagswahlen, hatte auch bei einem anderen Spiel Riesenglück. Vor dem Finale im DFB-Pokal zwischen Bayern München und Werder Bremen am vorvergangenen Wochenende hatte Scherf mit dem rheinlandpfälzischen Landessportbund-Präsidenten Rüdiger Sterzenbach gewettet, daß Werder gewinnt. Ziemlich unerwartet durfte Scherf seine Wette einlösen: Bei der Siegesfeier der Werderaner, die mit 5:4 nach Elfmeterschießen triumphierten, erschien Scherf mit einem in den Vereinsfarben grün und weiß bemalten Gesicht. Daß weit und breit in der jubelnden Menge und schon gar unter der Prominenz im Rathaus kein anderes grünweiß bemaltes Gesicht zu sehen war, ließ den sozialdemokratischen Landesvater völlig kalt: „Was den Fans in der Ostkurve gut zu Gesicht steht, ziert auch ihren Bürgermeister.“ Sterzenbach sandte inzwischen an Scherf ein Glückwunschschreiben samt einer Kiste Wein. Die wird der Sozialdemokrat wohl weiterreichen. Scherf trinkt keinen Alkohol.

FORUM

Scherf

K. B. KARWASZ

Fischer nach dem Farbbeutel-Attentat

Joschka Fischer, 51, Bundesaußenminister, plant einen außergerichtlichen Täter-Opfer-Ausgleich. Der Grüne war auf dem Sonderparteitag am Himmelfahrtstag in Bielefeld von einem Beutel, gefüllt mit roter Farbe und Buttersäure, getroffen worden, wobei Fischers Trommelfell verletzt wurde. Bevor es zu einem Prozeß kommt, will Fischer dem Werfer ein Angebot machen: Der 36jährige Samir F. aus der linken Berliner Szene soll Fischers Behandlungskosten übernehmen und, so der Minister, eine „ordentliche Spende an die Kosovo-Hilfe machen". Damit kommt der Täter noch glimpflich davon. Früher, so ein alter Mitstreiter Fischers, „wäre der Joschka selbst vom Podium runter und hinter dem Kerl her".

Sidney Frank, 79, Besitzer einer Importfirma für geistige Getränke im US-Bundesstaat New York, zahlt 104 Frauen, die gegen ihn wegen sexueller Belästigung klagten, saftigen Schadensersatz. Der Schwerenöter trieb es jedesmal auf dieselbe Tour. Er bot seinen weiblichen Angestellten Kleider, Reisen und bessere Jobs im Austausch für sexuelle Gunstbeweise. Etliche der Frauen waren von dem alten Herrn als Werbedamen für den auch hierzulande hinlänglich bekannten, mit Lakritz aufgepeppten Likör „Jägermeister" (Werbespruch: „Ich trinke Jägermeister, weil …") angestellt. Sie animierten US-weit in Bars zur Getränkeprobe. Bei dieser Tätigkeit hatten die Models, in der Szene „Jagerettes" genannt, Bodystockings zu tragen samt schwarzen Strumpfhosen. Nicht nur Mr. Frank machte da eindeutige Avancen, auch Barbesitzer und Kunden. Dabei wurden die Frauen verbal und körperlich belästigt. Die Klageschrift zählt auf: „Umarmen, Küssen, Lecken, Betatschen". „Jägermeister"-Höker Frank stimmte dem Vergleich vor Gericht zu: Die Damen erhalten zusammen 2,6 Millionen Dollar und verzichten auf weitere Strafverfolgung.

Wolfgang Kubicki, 47, FDP-Fraktionsvorsitzender im Kieler Landtag, darf sich auf ein Kaffeekränzchen freuen. Der Politiker wurde jetzt von der grünen Fraktionschefin Irene Fröhlich, 55, zu Kaffee und Kuchen in ihr Husumer Haus eingeladen. Kubicki hatte vor kurzem seinen Motorradführerschein bestanden („In der Theorie null Fehler und auch sonst keine Beanstandungen!") und angedroht, er werde nun mit befreundeten Bikern eine Runde „kräftig um Irene Fröhlichs Haus" fahren. Schließlich sei sie „das Sinnbild einer Politikerin, die Lebensfreude verderben will". Fröhlich konterte: Der FDP-Mann solle doch künftig mit Helm fahren – auf einem Zeitungsfoto war Kubicki „oben ohne" zu sehen – und sei zudem „herzlich eingeladen". „Pharisäer" allerdings, ein an der Nordseeküste beliebter Trank aus Kaffee, Rum und Schlagsahne, werde es nicht geben, „obwohl das für Kubicki das angemessene Getränk wäre".

Elizabeth II., 73, Oberhaupt des Vereinigten Königreichs, „was not amused" über das Benehmen des Commonwealth-Mitglieds Australien. Ohne Majestät benachrichtigt zu haben, tat der australische Regierungschef John Howard den Bürgern im eigenen Lande kund, die Eröffnungsrede für die Olympischen Sommerspiele in Sydney 2000 höchstselbst halten zu wollen. Nach der Satzung des IOC gebührt dieses Privileg dem Staatsoberhaupt des jeweiligen Landes, in dem die Spiele ausgetragen werden. In Australien ist Staatsoberhaupt immer noch die Queen. Doch Howard will den Ruhm der Jahrhundertspiele nicht teilen: „Die Spiele gehören uns." Die Königin will nun Olympia fernbleiben und gibt Vertrautem den Vorzug: Während der Spiele weilt sie in ihrem traditionellen Feriendomizil auf Schloß Balmoral.

M. V. AGINS / NYT

Frank, „Jagerettes"

Aus „Sonntag Aktuell“: „47 000 Arbeitsplätze gingen allein in Oberhausen verloren; heute hat die Stadt mit 223 000 Einwohnern keinen einzigen mehr.“

Aus der Wüstenrot-Zeitschrift „Mein Eigenheim“: „Gemütlichkeit pur strahlt die Wohnoase mit ihrem bequemen Sessel auf weichen Teppichfliesen aus. Der farbige Rundrohrheizkörper ist ein gleichwertiger Ersatz für ein Wandbild.“

Aus der „Bild“-Zeitung: „Vermutlich erschoß der Beamte mit seiner Dienstpistole erst sich und dann seine Frau.“

Was sich nicht ändert, ist die hohe Qualität des BERLINER ABENDBLATTS. Sie ist das Fund, mit dem die Redaktion wuchern kann. Der

Aus dem „Berliner Abendblatt“

Aus dem „Münchner Merkur“: „Trotz seiner administrativen Bedeutung ist Montgomery eine sehr ruhige Stadt geblieben. Die meisten Viertel werden entweder von Weißen oder von Schwarzen bewohnt – die Bürgerrechtsbewegung hat hier ihre Spuren hinterlassen.“

Diepgen lacht, Momper schmollt

CDU will Ergebnis der Europawahl im Herbst wiederholen – SPD wieder deutlich über fünf Prozent

Aus der „Süddeutschen Zeitung“

Aus „TV direkt“: „Eine Reise ins Land der aufgehenden Sonne ist ein Besuch in einer fremden Welt. Japan bietet mehr als Kirschblüte und Kilimandscharo.“

Aus der „Westfalenpost“: „Wenn Arnold Neveling seine Fastenpredigten hielt, brach die Kirche. Die Gläubigen strömten durch die Sakristei sogar bis auf den Hochaltar. Und zum Schluß seiner Predigten donnerte er von der Kanzel über die unzähligen Köpfe: ‚Und wo stehst Duuuu?‘“

Aus dem „Südkurier“: „Knapp die Hälfte aller Kinder an der Hebelschule haben eine nichtdeutsche Herkunft oder eine andere Nationalität.“

Aus der „SZ“: „Egal, wie qualifiziert Havemann ist oder nicht – sein Name reiht sich in die Liste jener Prominenten, die man in der PDS für Posten handelt wie Äpfel … Und nun also Florian Havemann, der ja gar nicht berühmt ist, sondern sein Vater.“

Zitate

Die „Lausitzer Rundschau/Elbe-Elster Rundschau“ zum SPIEGEL-Bericht „Rechtsextremisten – Brauner Alltag in Cottbus (Nr. 23/1999):

Während Tausende im Spreeauenpark den Klängen von Stargeiger André Rieu lauschten, kam es in einer Cottbuser Straßenbahn zu Übergriffen auf afrikanische Bürger … Der Vorfall erhält zusätzliche Brisanz, weil er sich nur fünf Tage nach einer SPIEGEL-Veröffentlichung ereignete, in der Cottbus als „braune Stadt“ stigmatisiert worden war, was große Empörung und Widerspruch ausgelöst hatte. Der Cottbuser Dezernent für Ordnung und Sicherheit, Wolfgang Bialas, sprach gestern gegenüber der „Rundschau“ von einer „schrecklichen Tat, die schnell und gründlich zu ahnden sei“. Trotz alledem sei Cottbus aber keine „braune Stadt“, man werde den seit 1991 beschrittenen Weg mit Streetwork und Schulsozialarbeit konsequent fortsetzen, noch intensiver als bisher mit Jugendlichen und Eltern reden.

FDP-Chef Wolfgang Gerhardt in der „Bild“-Kolumne „Bonn vertraulich“, in der Autor Nayhauß den Liberalen nach seiner Reaktion auf den SPIEGEL-Bericht „FDP – Parteichef Gerhardts unaufhaltsamer Abstieg“ (Nr. 24/1999) fragte:

„Ärgert es Sie, wenn Sie im neuen SPIEGEL lesen, Ihre Tage seien gezählt, Sie seien ein profilloses Weichei?“ Er (Gerhardt): „Man ärgert sich schon. Vor allem weil die mich auf vielen Veranstaltungen gehört und beobachtet haben, wo ich gute Reden gehalten habe. Und dann machen sie einen runter. Das ist Masche.“ Vorher in der Pressekonferenz – trotzig in die nur knapp fünf Meter vor seiner Nase aufgebauten zehn TV-Kameras blickend – ging er zur Vorwärtsverteidigung über: „Ich bin kein fahnenflüchtiger Mensch, ich habe Stehvermögen. Ich möchte Ihnen vorschlagen, mich nicht zu unterschätzen!“

Der SPIEGEL berichtete …

… in Nr. 13/1999 in „Familie – Aufstand in Niederbayern“ über zwei Pflegemütter, denen die fünf ihnen anvertrauten Kinder weggenommen werden sollten, weil die Frauen homosexuell sind.

Nach sieben Monaten verkündete das Bayerische Sozialministerium in einem Brief an die Grünen-Abgeordnete Theresa Schopper, die Kinder könnten bei den Frauen bleiben. „Der Entscheidung lag nicht die Prämisse zugrunde, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften seien grundsätzlich als Pflegestelle nicht geeignet.“